



STATISTISCHES  
LANDESAMT



Freistaat  
**SACHSEN**

# Statistik in Sachsen

Jahrgang 19 - 3/2013



# Inhaltsverzeichnis

<b>Wirtschaftsentwicklung 2012 in Sachsen</b>	<b>2</b>
Leonore Hesse, Carola Hoffmann, Heike Matticz, Andreas Oettel, Wolf-Dietmar Speich und Roman Straube	
<b>Das Verarbeitende Gewerbe Sachsens 2012</b>	<b>17</b>
Jürgen Stelzner	
<b>Die Reisegebiete in Sachsen – ein Vergleich</b>	<b>25</b>
Brigitta Töpfer	
<b>IKT-Erhebung 2012 – Computernutzung und Internetaktivitäten der sächsischen Privathaushalte</b>	<b>29</b>
Marcel Goldmann, Bettina Koreng	
<b>Ambulante und stationäre Versorgung von Pflegebedürftigen in Sachsen</b>	<b>35</b>
Gina Gäbler, Gabriele Philipp	
<b>Sonderpädagogischer Förderbedarf – Einzelintegration und Förderschulen</b>	<b>45</b>
Birgit Scheibe	
<b>Fachschulen für Technik im Freistaat Sachsen – Entwicklungslinien und aktueller Stand</b>	<b>52</b>
Peter Kuklinski, Frank Wehrmeister	
<b>In eigener Sache</b>	
<b>Nachlese zum zweiten Sächsischen Datensalon</b>	<b>63</b>
Claudia Rudolph	
<b>Neues aus Sachsen</b>	<b>65</b>
<b>Sächsischer Zahlenspiegel</b>	<b>67</b>

# Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

das dritte Heft unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ in diesem Jahr bietet wieder zahlreiche Beiträge aus verschiedenen Gebieten der amtlichen Statistik.

Der Schwerpunkt in dieser Ausgabe liegt auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung in Sachsen. Im ersten Beitrag wird von den Autoren aus dem Referat Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Landesamtes die jährliche Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen für das Jahr 2012 fortgesetzt. Dabei wurde festgestellt, dass die sächsische Wirtschaft nach den bisher vorliegenden Daten nicht gewachsen ist, während die Zahl der Erwerbstätigen das dritte Jahr in Folge zunahm.

Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb des sächsischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 2012 enthält der zweite Beitrag.

Der Tourismus entwickelt sich immer mehr zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor in Sachsen. Welche Bedeutung und welche Spezifik die insgesamt neun Reisegebiete haben, wird in einem weiteren Aufsatz dargestellt.

Interessante Informationen bietet das vorliegende Heft auch zu folgenden Themenfeldern:

Die Erhebung über die Nutzung von Computern und die Internetaktivitäten der sächsischen Haushalte wird für das Jahr 2012 dargestellt und analysiert.

Durch die aktuelle demografische Entwicklung mit einer wachsenden Anzahl älterer Menschen steht die Pflegebedürftigkeit immer mehr im Mittelpunkt der Betrachtung. Wie sich die Betreuungssituation in der ambulanten und stationären Pflege in Sachsen von 1999 bis 2011 entwickelt hat, erläutert ein weiterer Beitrag.

Der Inhalt der Zeitschrift wird ergänzt durch zwei Abhandlungen zum Bildungswesen. Die Frage der Inklusion wird derzeit deutschlandweit intensiv diskutiert. Dabei geht es darum, ob Kinder mit einer Behinderung soweit wie möglich gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern die Kindertageseinrichtungen und die Schulen besuchen sollen. Wie dies in Sachsen umgesetzt wird, wird auf der Basis von Daten der amtlichen Statistik und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz betrachtet. Darüber hinaus analysiert ein Gastbeitrag von externen Autoren die Entwicklung und den aktuellen Stand der Fachschulen für Technik im Freistaat Sachsen.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de). Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. +49 3578 33-1913).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich, wenn Sie unsere Daten und Informationen für Ihre Arbeit nutzen.

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

# Wirtschaftsentwicklung 2012 in Sachsen\*)

## Vorbemerkungen

Mit dem vorliegenden Beitrag wird die jährliche Betrachtung der Entwicklung der sächsischen Wirtschaft in dieser Zeitschrift fortgesetzt. [1] Neben Ergebnissen der regionalen Gesamtrechnungen<sup>1)</sup> fußt die Darstellung auf Daten aus verschiedenen Fachstatistiken und wird durch Angaben der Bundesagentur für Arbeit ergänzt. Weiterführende und zum Teil ausführlichere Informationen zur Wirtschaftsstruktur Sachsens bietet der entsprechende Statistische Bericht. [2] Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die sächsische Wirtschaft im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr nach dem gegenwärtigen Berechnungsstand preisbereinigt nicht gewachsen ist (minus 0,3 Prozent). Die Wirtschaftsleistung in Höhe von 96,6 Milliarden € wurde von 1,974 Millionen Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt) erbracht, wobei deren Zahl das dritte Jahr in Folge zunahm, aktuell um 0,5 Prozent. Die Jahresteuersatzrate lag – wie schon 2011 – bei 2,0 Prozent. Das hohe Exportniveau von 2011 konnte im letzten Jahr sogar nochmals um 7,6 Prozent übertroffen werden (vgl. Abb. 1).

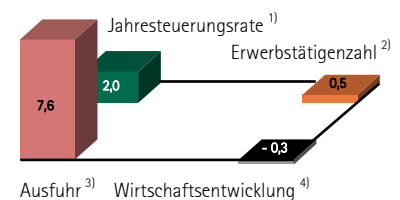
## Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Nachdem das sächsische Bruttoinlandsprodukt (Summe der in Sachsen produzierten Waren und Dienstleistungen) im Jahr 2011 preisbereinigt um 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen war, setzte sich diese Entwicklung im Jahr 2012 – nach dem gegenwärtigen Berechnungsstand – nicht fort (minus 0,3 Prozent). Die preisbereinigte sächsische Wirtschaftsentwicklung wurde maßgeblich durch Rückgänge in Bereichen des Produzierenden Gewerbes geprägt, die durch Zuwächse in den Dienstleistungsbereichen nicht ausgeglichen werden konnten. Insgesamt betrug die Wirtschaftsleistung in jeweiligen Preisen

96,6 Milliarden € und lag somit nominal 1,3 Prozent über der des Jahres 2011 (vgl. Abb. 2). Der Anteil Sachsens am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) blieb unverändert bei 3,7 Prozent. In Deutschland insgesamt war 2012 preisbereinigt eine 0,7-prozentige Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen, wobei im Jahresverlauf die konjunkturelle Dynamik stetig nachließ. Bis auf Sachsen, Thüringen und das Saarland nahm das Bruttoinlandsprodukt in allen anderen Ländern zu, wobei in Mecklenburg-Vorpommern sogar ein knapp zweiprozentiges reales Plus erreicht wurde. Im Mittel der alten Länder (ohne Berlin) betrug die Zunahme 0,7 Prozent, in den fünf neuen Ländern noch 0,3 Prozent. Die Berliner Wirtschaft verzeichnete ein gut einprozentiges Plus.

Zu Jahresbeginn 2013 erwartete die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion für 2013 zwar eine Wiederaufnahme des Wachstumskurses der deutschen Wirtschaft, wies aber letztlich nur eine geringfügige preisbereinigte Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts von 0,4 Prozent gegenüber 2012 aus. [5] Im April 2013 gingen die Konjunkturforscher davon aus, dass die Konjunktur in Deutschland wieder aufwärtsgerichtet sei und prognostizierten bereits ein reales Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent. [6] Als Begründung führten sie an, dass sich die Lage an den Finanzmärkten entspannt und der weltwirtschaftliche Gegenwind nachgelassen habe. Auch die Bundesregierung schaute kurz danach wieder optimistisch in die Zukunft. In ihrer Frühjahrsprojektion ging sie von einer 0,5-prozentigen preisbereinigten Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts für 2013 aus. [7] Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war die gesamtdeutsche Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2013 preis-, saison- und kalenderbereinigt jedoch nur um 0,1 Prozent höher als Ende 2012. [8] Im Ver-

Abb. 1 Eckdaten der Wirtschaft Sachsens 2012 (in Prozent)



- 1) Jahresdurchschnitt; Basis: 2010=100
- 2) Veränderungsrate gegenüber 2011; Basis: Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort - Berechnungsstand: 1. Fortschreibung
- 3) Veränderungsrate gegenüber 2011; Datenstand: 23. April 2013
- 4) preisbereinigte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 2011; Berechnungsstand: Februar 2013 (VGR des Bundes)

gleich zum Vorjahresquartal wurde preisbereinigt sogar ein 1,4-prozentiger Rückgang ausgewiesen, wobei hier die Kalendereffekte (Lage der Osterfeiertage in beiden Jahren) zu beachten sind. Kalenderbereinigt ging die Wirtschaftsleistung lediglich um 0,2 Prozent zurück. Für Sachsen wurde von den Konjunkturforschern des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, zum Jahreswechsel 2012/13 für 2013 eine geringfügige Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,6 Prozent prognostiziert, wobei zum gleichen Zeitpunkt für 2012 kein Wirtschaftswachstum für Sachsen vorhergesagt worden war. [9] Aufgrund der aktuellen Anzeichen ist jedoch wohl eher davon auszugehen, dass die sächsische Wirtschaft in diesem Jahr preisbereinigt nochmals nicht wachsen wird.

\*) Anmerkung der Redaktion: Die Darstellung der Wirtschaftsentwicklung fußt auf den Daten, die bis Ende Mai 2013 verfügbar waren. Später eingegangene Korrekturen konnten aus redaktionellen Gründen nicht berücksichtigt werden.  
 1) Die Ergebnisse der regionalen Gesamtrechnungen für die Jahre bis 2011 fußen auf dem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2012, die Daten für 2012 entsprechen dem Berechnungsstand Februar 2013. Die unterschiedlichen Berechnungsstände sind Folge der verschiedenen Berechnungsphasen (vgl. [3, 4]).

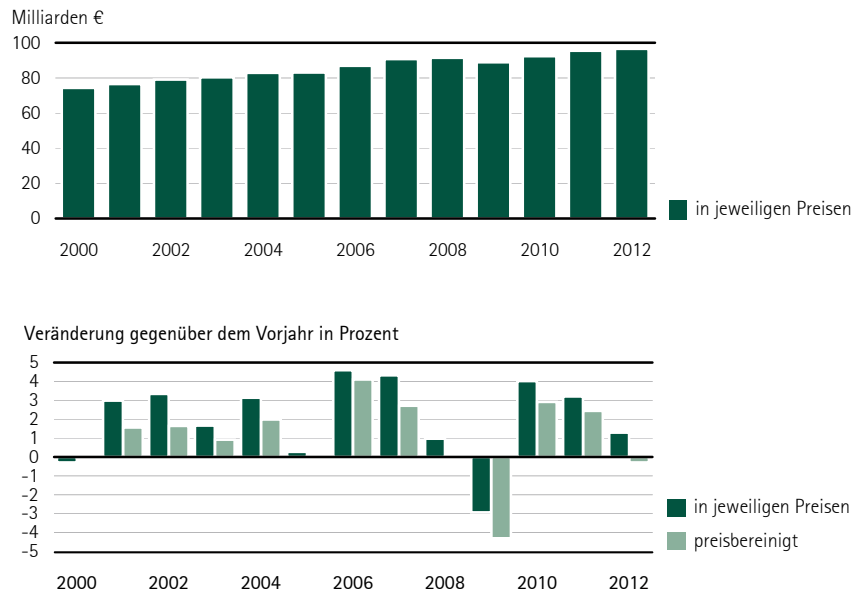
## Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Die reale Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2012 wurde maßgeblich durch Rückgänge in Bereichen des Produzierenden Gewerbes geprägt. Dies betraf zum einen das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe, wo der Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wachstums- bzw. Veränderungsbeitrag<sup>2)</sup>) minus 0,53 Prozentpunkte betrug. Die preisbereinigte Veränderungsrate der Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr lag hier bei minus 2,4 Prozent, nach einem deutlichen Plus von 5,0 Prozent im Jahr 2011 (vgl. Tab. 1). Für das **Verarbeitende Gewerbe** wird 2012 eine Verminderung der Wirtschaftsleistung von drei Prozent ausgewiesen (Veränderungsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt von -0,53 Prozentpunkten). Im Jahr 2011 lag preisbereinigt ein mehr als siebenprozentiges Plus vor. Bundesweit nahm die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich 2012 im Mittel nur um ein Prozent ab, wobei nur noch wenige Länder ein reales Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe verzeichneten.

### Verarbeitendes Gewerbe<sup>3)</sup>

Der Gesamtumsatz der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen lag 2012 bei 59,5 Milliarden €, das waren 2,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Auslandsumsatz betrug im gleichen Jahr 21,2 Milliarden €. Hier waren es 2,5 Prozent weniger als 2011. Das heißt, der Auslandsumsatz sank geringfügig stärker als der Inlandsumsatz mit 2,1 Prozent. Die Exportquote lag 2012 damit bei 35,7 Prozent, faktisch auf dem Vorjahresstand (35,8 Prozent). In Deutschland ist 2012 der Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe einschließlich

Abb. 2 Bruttoinlandsprodukt 2000 bis 2012<sup>1)</sup>



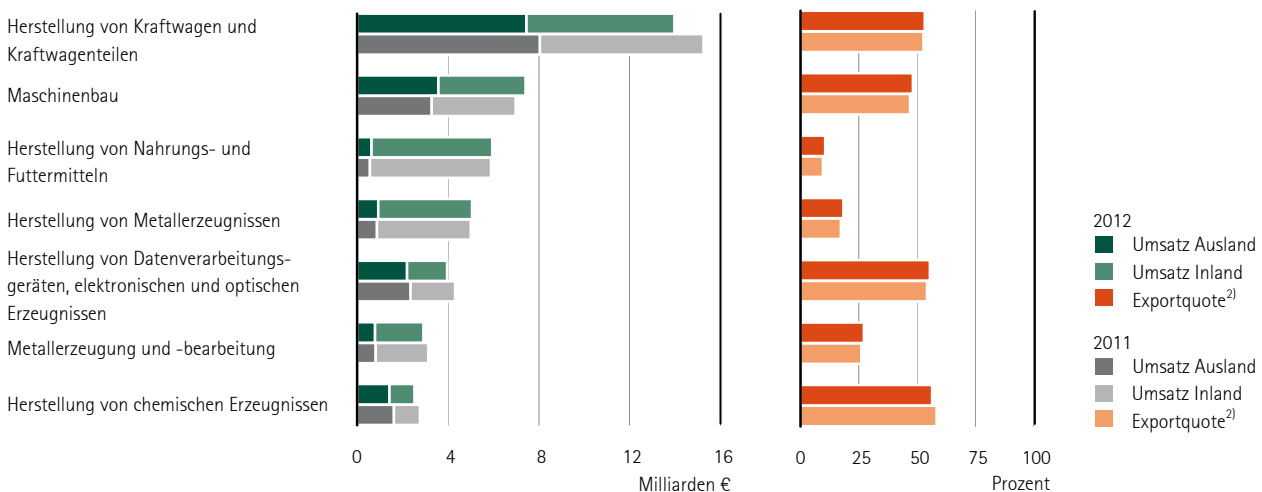
1) Berechnungsstand: 2000 bis 2011 - August 2012, Jahr 2012 - Februar 2013 (VGR des Bundes)

Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden leicht um 0,3 Prozent gestiegen, darunter der Auslandsumsatz um 1,7 Prozent. Die sieben umsatzstärksten Industriebereiche zeigt Abbildung 3. Sie erbrachten zusammen mehr als 70 Prozent des Gesamtumsatzes. Im Vorjahresvergleich verzeichnete die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen einen Umsatzrückgang von 8,4 Prozent, die Herstellung von DV-Geräten, elektrischen und optischen Erzeugnissen von 8,2 Prozent. Auf der anderen Seite stieg der Gesamtumsatz im Maschinenbau um 6,3 Prozent und auch in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln leicht um 1,1 Prozent. Im 1. Quartal 2013 hatte das Verarbeitende

Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - hier nur Betriebe von 50 und mehr tätigen Personen - einen Umsatzrückgang von 7,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Der Auslandsumsatz lag mit 7,7 Prozent geringfügig mehr unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes.

- 2) Den Wachstumsbeitrag (oder allgemein Veränderungsbeitrag - denn er kann auch negativ sein) erhält man, indem die preisbereinigte Veränderung der Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftsbereichs bzw. der Nettogütersteuern mit dem entsprechenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr (in jeweiligen Preisen) multipliziert wird.
- 3) einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Abb. 3 Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2011 und 2012 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>



- 1) Zusammengefasste Ergebnisse auf Basis der Angaben im Monats- und Jahresbericht für Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen.
- 2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz



## Baugewerbe

Das Baugewerbe ist der zweite Wirtschaftsbereich, dessen geringere reale wirtschaftliche Leistung im Vergleich zu 2011 die rückläufige reale Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2012 maßgeblich prägte. Hier wurde eine Verminderung der Wirtschaftsleistung von 4,9 Prozent ausgewiesen (vgl. Tab. 1), so dass sich ein Veränderungsbeitrag von minus 0,32 Prozentpunkten zur preisbereinigten Veränderung des sächsischen Bruttoinlandsprodukts ergab. Im Bundesdurchschnitt betrug der Rückgang 2,5 Prozent, nachdem im Jahr 2011 noch ein knapp fünfprozentiger Zuwachs vorlag (Sachsen: 4,8 Prozent).

Im sächsischen Bauhauptgewerbe erwirtschafteten die Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen 2012 einen Gesamtumsatz von 4 069 Millionen €, 2,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Der baugewerbliche Umsatz insgesamt sank um 3,0 Prozent. Der Hochbau und der Tiefbau verzeichneten dabei eine gegenläufige Entwicklung. Im Tiefbau ging der Umsatz um 7,2 Prozent zurück, im Hochbau stieg er dagegen um 2,7 Prozent. Dieser Umsatzzuwachs ist auf den Wirtschaftshochbau und den Wohnungsbau zurückzuführen.

Im 1. Quartal 2013 lag der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe witterungsbedingt um 13,4 Prozent unter dem Wert des Vorjahresquartals. Insbesondere im Tiefbau wirkte sich die lang anhaltende Winterwitterung negativ aus. Hier lag der baugewerbliche Umsatz um ein Viertel unter dem Vorjahreswert. Dem-

entsprechend lag der Auftragsbestand am Ende des 1. Quartals 2013 um 21,5 Prozent über dem Stand des Vorjahresquartals, im Tiefbau sogar um 31,7 Prozent höher.

Im Ausbaugewerbe – Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen – erreichte der Gesamtumsatz 2012 einen Wert von 2 115 Millionen €, 2,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Im 1. Quartal 2013 lag der Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe bei 433 Millionen €, 1,4 Prozent unter dem Wert des Vorjahresquartals.

## Dienstleistungsbereiche

Die preisbereinigten Zuwächse der Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen im Jahr 2012 konnten die rückläufige Entwicklung der sächsischen Wirtschaft insgesamt nicht auffangen. Im Mittel betrug das reale Plus hier ein Prozent. Dies entspricht einem Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt von 0,63 Prozentpunkten. Auch in den Dienstleistungsbereichen war die preisbereinigte Wirtschaftsentwicklung in Sachsen dem Betrag nach geringer als im gesamtdeutschen Maßstab (1,5 Prozent). Während im sächsischen **Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Information und Kommunikation** die Bruttowertschöpfung 2012 gegenüber dem Vorjahr real nur noch um 0,9 Prozent gesteigert werden konnte (2011: 4,1 Prozent), fiel der preisbereinigte Zuwachs im Bereich **Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister** mit 2,1 Prozent größer aus (2011: 1,9 Prozent; vgl.

Tab. 1). In beiden Bereichen lag die Leistungssteigerung unter der Bundesentwicklung (1,3 Prozent bzw. 2,2 Prozent), wenn auch vergleichsweise knapp. Die Wachstumsbeiträge dieser beiden Dienstleistungsbereiche zum sächsischen Bruttoinlandsprodukt betragen 0,15 Prozentpunkte bzw. 0,40 Prozentpunkte.

Der Dienstleistungsbereich **Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit** verzeichnete 2012 real nunmehr ein geringfügiges Plus von 0,3 Prozent, nachdem sich der Leistungsbeitrag hier auch 2011 um 0,7 Prozent vermindert hatte (vgl. Tab. 1). Der Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt betrug zuletzt 0,08 Prozentpunkte. Im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) betrug im Jahr 2012 die Erhöhung hier 0,4 Prozent, lag aber noch unter dem Wertschöpfungszuwachs von 0,8 Prozent im gesamtdeutschen Maßstab.

Die Wertschöpfungsentwicklung im Bereich **Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit** wird u. a. von den Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte bestimmt. Bekanntlich setzt sich die Bruttowertschöpfung bei Nichtmarktproduktion nahezu ausschließlich aus Personalausgaben und Abschreibungen zusammen, so dass Einsparungen hier zu einer Verringerung der Wertschöpfung führen. Für die Jahre 2010 und 2011 ist für diesen Dienstleistungsbereich festzuhalten, dass sich hier das Arbeitnehmerentgelt nur unterdurchschnittlich erhöhte.

Tab. 1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche<sup>1)</sup>

Merkmal Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt, verkettet			
	2012			2011	2012		2011	
	absolut	Anteil der Wirtschafts- bereiche an der Bruttowertschöpfung	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
	Mill. €	%			2005 = 100	%		
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	96 608	x	1,3	3,2	107,5	-0,3	2,4	
<b>Bruttowertschöpfung<sup>2)</sup></b>	86 399	100	1,3	3,0	108,2	-0,2	2,4	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 103	1,3	7,5	23,1	126,1	2,7	-9,8	
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	20 974	24,3	-0,4	6,3	113,3	-2,4	5,0	
darunter Verarbeitendes Gewerbe	16 473	19,1	-1,6	7,7	112,5	-3,0	7,3	
Baugewerbe	6 026	7,0	-1,2	5,7	99,7	-4,9	4,8	
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	15 604	18,1	2,1	3,7	116,4	0,9	4,1	
Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister	18 669	21,6	1,4	0,6	105,9	2,1	1,9	
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	24 024	27,8	2,7	0,1	101,8	0,3	-0,7	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); Berechnungsstand: Jahr 2011 – August 2012; Jahr 2012 – Februar 2013 (VGR des Bundes)

2) Bruttowertschöpfung = Bruttoinlandsprodukt ./. Gütersteuern + Gütersubventionen

## Binnenhandel und Gastgewerbe

Der sächsische Einzelhandel setzte im Jahr 2012 nach vorläufigen Angaben mehr um als im Vorjahr (vgl. Abb. 4). Nominal, d. h. in jeweiligen Preisen, betrug der Anstieg 2,7 Prozent. Real, d. h. unter Ausschaltung von Preisveränderungen, war es ein Plus von 0,9 Prozent. In Sachsen wurde damit im Einzelhandel eine nominal höhere Zuwachsrates verzeichnet als in Deutschland mit 1,9 Prozent. Real verharrte der gesamtdeutsche Umsatz auf Vorjahresniveau.

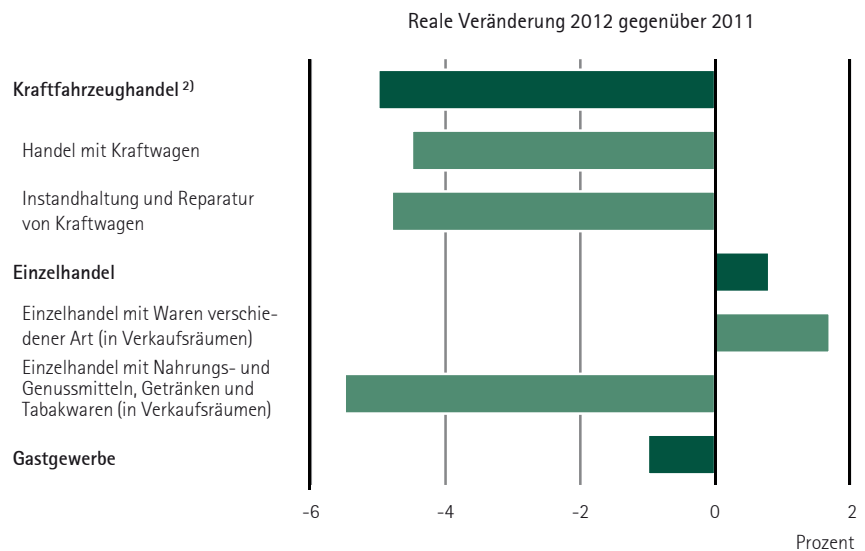
Einen Umsatzrückgang wies hingegen in Sachsen der Bereich „Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ im Jahresvergleich 2012 zu 2011 auf, und zwar nominal um 4,2 Prozent und real um 5,0 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr mussten im Jahr 2012 auch deutschlandweit Einbußen im Kfz-Handel hingenommen werden. Allerdings waren diese mit nominal 1,4 Prozent und real 2,4 Prozent nicht so deutlich wie in Sachsen. Eine rückläufige Entwicklung vollzog sich in diesem Bereich ebenfalls im 1. Quartal 2013 in Sachsen. Nominal betrug der Rückgang im Vergleich zum Vorjahresquartal 8,8 Prozent. Real war es ein Minus von 8,6 Prozent.

Der Einzelhandel in Sachsen erbrachte im 1. Quartal 2013 nominal ein Plus von 0,5 Prozent. Real wurde hingegen ein Rückgang von 1,0 Prozent ausgewiesen. In Deutschland lagen die Umsätze in den ersten drei Monaten 2013 zwar nominal noch auf dem Vorjahresstand, preisbereinigt wurde jedoch ein Rückgang von 1,0 Prozent registriert.

Im Gastgewerbe zeigt sich folgendes Bild. Im Jahresvergleich 2012 zu 2011 konnte dieser Bereich in Sachsen seinen Umsatz zwar nominal um 1,0 Prozent steigern, real entspricht

Abb. 4 Umsatz in ausgewählten Bereichen des Binnenhandels sowie im Gastgewerbe 2012<sup>1)</sup>



1) Basis: Messzahlen (2010 = 100); Datenstand zum Berichtsmonat März 2013 (2012: vorläufige Daten; 2011: endgültige Daten)  
2) Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

dies jedoch einem einprozentigen Rückgang. Diese Entwicklung setzte sich im 1. Quartal 2013 fort. Bundesweit zeigte sich für den Umsatz 2012 im Vorjahresvergleich ein etwas besseres Bild als in Sachsen. Hier stieg der Umsatz nominal um 2,1 Prozent und real immerhin noch um 0,2 Prozent. Im 1. Quartal 2013 wurde für Deutschland im Gastgewerbe preisbereinigt ein Umsatzrückgang von 2,2 Prozent verzeichnet, während der nominale Umsatz hier das Niveau des Vorjahreszeitraumes erreicht hatte.

minderung von nahezu einem Zehntel festzustellen gewesen war (vgl. Tab. 1). In diesem Wirtschaftsbereich haben Witterungsverhältnisse einen großen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung, so dass deutliche Schwankungen der Jahresveränderungsraten nicht unüblich sind. Da der Wertschöpfungsanteil (in jeweiligen Preisen) lediglich gut ein Prozent beträgt, ist die Veränderung in diesem Bereich für das sächsische Gesamtergebnis faktisch vernachlässigbar.

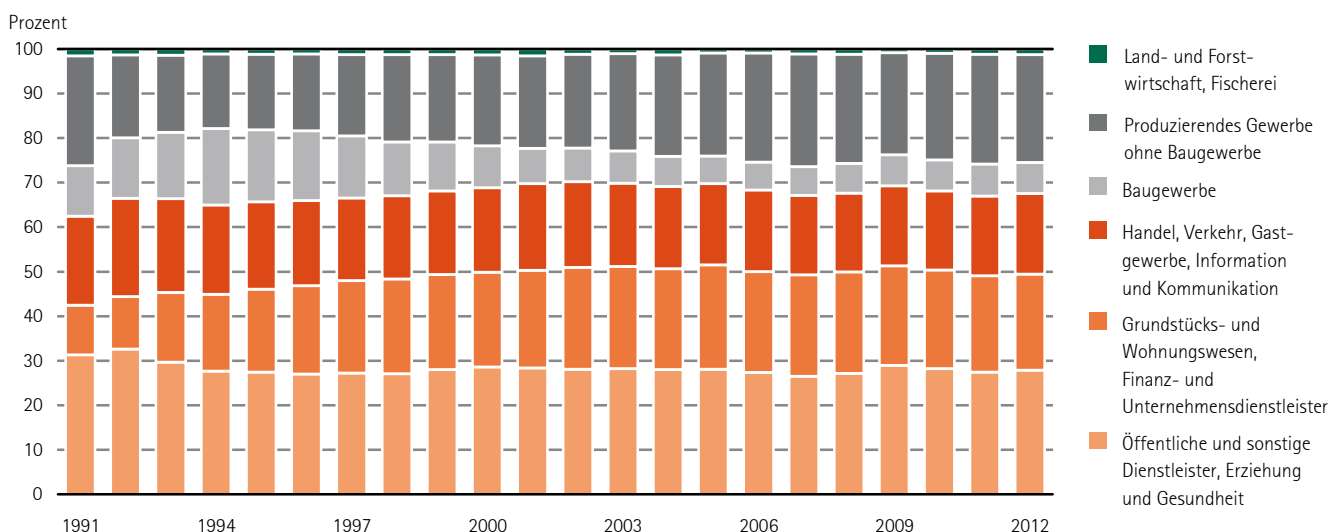
## Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei wies in Sachsen 2012 ein reales Wertschöpfungsplus von 2,7 Prozent aus, nachdem im Jahr 2011 hier eine Leistungs-

## Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur Sachsens gleicht sich immer mehr an die Westdeutschlands (alte Länder ohne Berlin) an, auch wenn es in einzelnen Jahren infolge unterschiedlicher Entwicklungen in den verschiedenen Wirt-

Abb. 5 Bruttowertschöpfung<sup>1)</sup> 1991 bis 2012 nach Wirtschaftsbereichen<sup>2)</sup>



1) in jeweiligen Preisen; Berechnungsstand: 1991 bis 2011 - August 2012; Jahr 2012 - Februar 2013 (VGR des Bundes)  
2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

schaftsbereichen Schwankungen im langfristigen Verlauf gibt (vgl. Abb. 5). So nahm der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) im Jahr 2012 auf 67,5 Prozent zu, der des Produzierenden Gewerbes entsprechend ab. Letzteres war auf die dortigen ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes betrug 31,3 Prozent, darunter der des Verarbeitenden Gewerbes 19,1 Prozent und der des Baugewerbes 7,0 Prozent. Der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes im Mittel der alten Länder (ohne Berlin) betrug 31,2 Prozent. Allerdings spielt das Baugewerbe hier mit einem Anteil an der Bruttowertschöpfung von 4,3 Prozent eine geringere Rolle als in Sachsen. Dementsprechend ergab sich für das Verarbeitende Gewerbe ein Wertschöpfungsanteil von 23,5 Prozent.

Den höchsten Wertschöpfungsanteil in Sachsen verzeichnete weiterhin der Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit mit 27,8 Prozent. Er lag weiter deutlich über dem westdeutschen Vergleichswert von 21,3 Prozent. Der Leistungsbeitrag des Bereichs Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister lag bei 21,6 Prozent und unterschritt damit weiter den westdeutschen Wertschöpfungsanteil von 26,5 Prozent. Auf Ursachen dafür wurde bereits in früheren Aufsätzen eingegangen. [10] Mit einer 2012 veröffentlichten Studie von Wirtschaftsforschern wurden die früheren Aussagen zur spezifischen ostdeutschen Situation, speziell bezüglich der Unternehmensdienstleister bestätigt. Ostdeutschland hinkt hier sowohl bei der Wirtschaftsleistung als auch bei der Produktivität hinterher, da die so genannten höherwertigen Unternehmensdienste weiter unterrepräsentiert sind. [11]

## Erwerbstätigkeit und Verdienste

### Erwerbstätigenzahl erhöhte sich um mehr als 10 000 Personen

Im Jahresdurchschnitt 2012 hatten 1 973 800 Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Sachsen. Damit wurde auf dem Arbeitsmarkt das dritte Jahr in Folge ein Zugang bei der Zahl der Erwerbstätigen verzeichnet, der aktuell gegenüber dem Jahr 2011 bei 0,5 Prozent lag (vgl. Abb. 6). Dadurch wurde 2012 der Höchststand an Beschäftigung seit dem Jahr 2000 erreicht. Der Zuwachs an Erwerbstätigen wurde maßgeblich von einem Anstieg der Zahl der Arbeitnehmer (Anstieg ebenfalls um 0,5 Prozent) getragen. Im Jahr 2012 gingen in Sachsen innerhalb der Personengruppe

der Arbeitnehmer die Impulse ausschließlich von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus, während sich die Zahl der marginal Beschäftigten seit dem Jahr 2006 jährlich deutlich verringerte. Als marginal Beschäftigte zählen neben den geringfügig Beschäftigten auch die Erwerbstätigen in Arbeitsgelegenheiten, also in so genannten Ein-Euro-Jobs. Ergebnisse über marginale Beschäftigung stehen aus der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder ab dem Jahr 2003 zur Verfügung. Zwischen den Jahren 2003 und 2006 erhöhte sich danach die Zahl der marginal Beschäftigten in Sachsen um 14,3 Prozent bzw. rund 31 000 Personen und ihr Anteil an allen Erwerbstätigen stieg von 11,4 auf den bisher höchsten Wert von 13,1 Prozent. Im Jahr 2012 betrug der Anteil der marginal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen noch 10,5 Prozent.

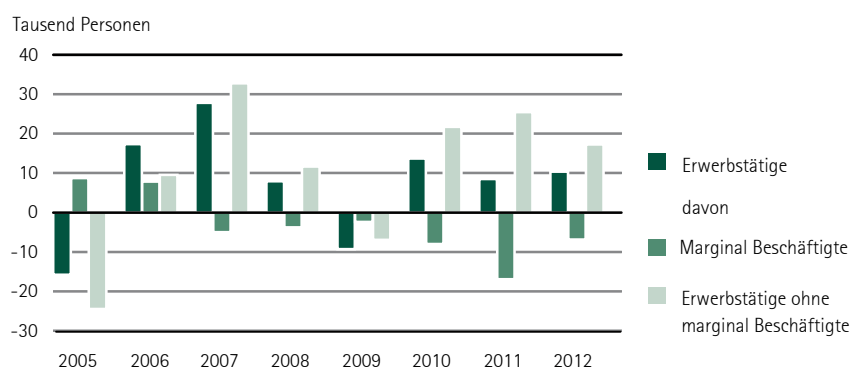
Deutschlandweit nahm 2012 die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 449 000 Personen bzw. 1,1 Prozent zu. Die Betrachtung der Großraumregionen zeigt in den alten Ländern (ohne Berlin) einen Zuwachs um 1,2 Prozent. Im Gegensatz dazu fiel in den neuen Ländern (ohne Berlin) der Anstieg mit 0,1 Prozent deutlich geringer aus. Im gesamtdeutschen Rahmen sank 2012 die Zahl der marginal Beschäftigten das dritte Jahr in Folge.

Der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen 2012 im Vergleich zum Vorjahr erreichte nicht alle sächsischen Wirtschaftsbereiche. Prozentual wuchs das Produzierende Gewerbe mit 1,1 Prozent mehr als die Dienstleistungsbereiche mit 0,4 Prozent. Die größten Arbeitsplatzgewinne verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe mit einem Zuwachs von rund 7 200 Personen bzw. 2,2 Prozent. Im Gegensatz dazu nahm innerhalb des Produzierenden Gewerbes die Erwerbstätigenzahl im Baugewerbe um knapp 1 200 Personen bzw. 0,7 Prozent ab (vgl. auch Abb. 7).

Innerhalb der Dienstleistungsbereiche gab es gegenläufige Entwicklungen. Im Bereich **Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation** verbuchten alle Wirtschaftsabschnitte Gewinne und der gesamte Bereich verzeichnete einen Zuwachs um 3 900 Erwerbstätige bzw. 0,8 Prozent. Im Bereich **Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister** betrug der Anstieg der Erwerbstätigenzahl 1 600 Personen bzw. 0,5 Prozent. Zu diesem Wirtschaftsbereich zählen auch die Beschäftigten, die im Rahmen der Überlassung von Arbeitskräften (Zeitarbeit) ihrer Erwerbstätigkeit in anderen Wirtschaftsbereichen nachgehen und deren Zahl aktuell deutlich zurückgegangen ist. Im Bereich **Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit** blieb die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zu 2011 unverändert. Innerhalb dieses Bereiches standen jedoch dem Anstieg im Abschnitt Gesundheits- und Sozialwesen in Höhe von 6 600 Erwerbstätigen bzw. drei Prozent Arbeitsplatzverluste in der Öffentlichen Verwaltung bzw. im Erziehungsbereich von jeweils rund 3 000 Personen oder zwei Prozent gegenüber. Auch die **Land- und Forstwirtschaft, Fischerei** verzeichnete 2012 weniger Erwerbstätige als noch im Vorjahr.

Trotz der 2012 erneut rückläufigen Entwicklung im Baugewerbe liegt dessen Anteil an der Gesamterwerbstätigenzahl in Sachsen mit reichlich acht Prozent im Jahr 2012 noch immer deutlich über dem Verhältnis in der gesamten Bundesrepublik von knapp sechs Prozent. Auf das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe entfielen 18,6 Prozent, darunter allein auf das Verarbeitende Gewerbe 16,9 Prozent. 2012 hatten im gesamten Dienstleistungsbereich 71,4 Prozent der Erwerbstätigen in Sachsen ihren Arbeitsplatz. Gemessen an allen Erwerbstätigen entfielen auf den Bereich Öffentliche und sonstige

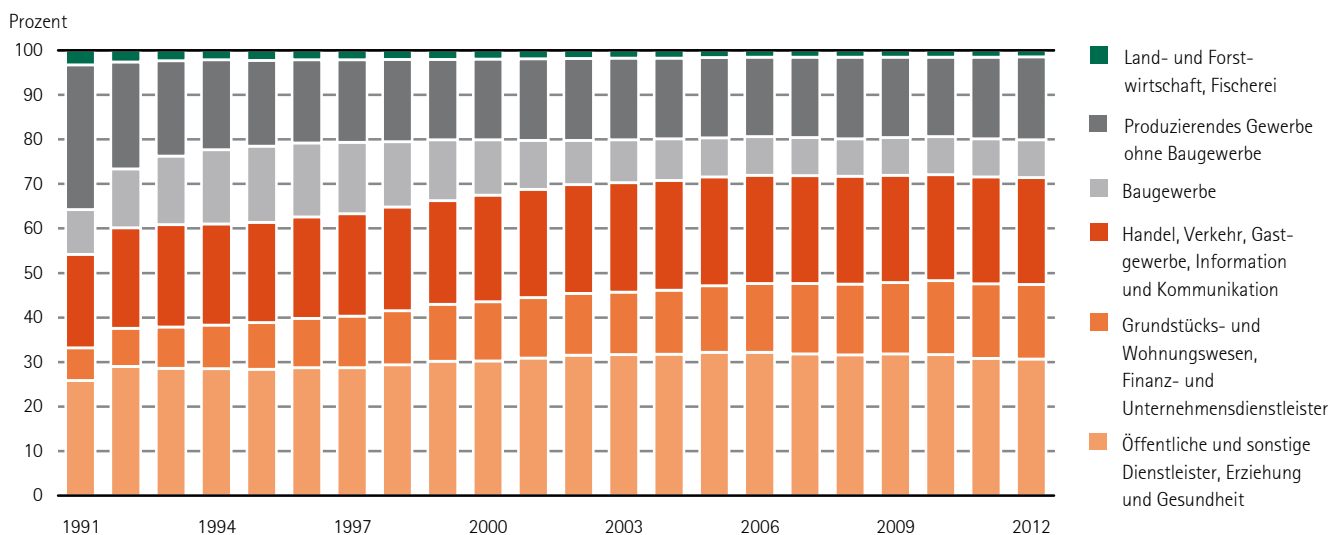
Abb. 6 Erwerbstätige<sup>1)</sup> 2005 bis 2012<sup>2)</sup>  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort (ab 2009 vorläufig; 2012 - Ergebnisse der 1. Fortschreibung)  
2) Berechnungsstand: 2005 bis 2011 - August 2012; Jahr 2012 - Februar 2013 (VGR des Bundes)



**Abb. 7 Erwerbstätige<sup>1)</sup> 1991 bis 2012 nach Wirtschaftsbereichen<sup>2)</sup>**



1) Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort (ab 2009 vorläufig); Berechnungsstand: 1991 bis 2011 - August 2012; Jahr 2012 - Februar 2013 (VGR des Bundes)  
 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Dienstleister, Erziehung und Gesundheit 30,6 Prozent. Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation waren aktuell 24,1 Prozent aller Erwerbstätigen sowie im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister 16,7 Prozent der Erwerbstätigen in Sachsen beschäftigt. In einigen Wirtschaftsbereichen sind die Unterschiede zwischen dem Erwerbstätigenanteil und dem zuvor betrachteten Wertschöpfungsanteil nicht unerheblich. Diese Strukturunterschiede zwischen beiden Aggregaten spiegeln sich letztlich in den unterschiedlichen Produktivitätszahlen der einzelnen Wirtschaftsbereiche wider (vgl. w. u.).

Im Jahr 2011 standen den 1,963 Millionen Personen, die in Sachsen ihrer Erwerbstätigkeit nachgingen, rund 2,013 Millionen erwerbstätige Inländer gegenüber. Damit ergab sich auch aktuell ein Auspendlerüberschuss, denn die Zahl der erwerbstätigen Personen mit Wohnort in Sachsen überstieg die Zahl der Erwerbstätigen, die – unabhängig von ihrem jeweiligen Wohnort – ihren Arbeitsplatz in Sachsen hatten. Der Pendleraldo betrug 2011 knapp 50 000 Personen.

**Pro-Kopf-Arbeitszeit betrug 1 478 Stunden**

In Sachsen wurden im Jahr 2012 von den 1,974 Millionen Erwerbstätigen fast 2,92 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Damit ging das Arbeitsvolumen um knapp 10 Millionen Stunden oder 0,3 Prozent gegenüber dem Jahr 2011 zurück (vgl. Abb. 8). Beim Vergleich der Entwicklung des Arbeitsvolumens mit der Erwerbstätigenzahl ist zunächst zu berücksichtigen, dass im Jahr 2012 kalenderbedingt in Sachsen ein Arbeitstag weniger zur Verfü-

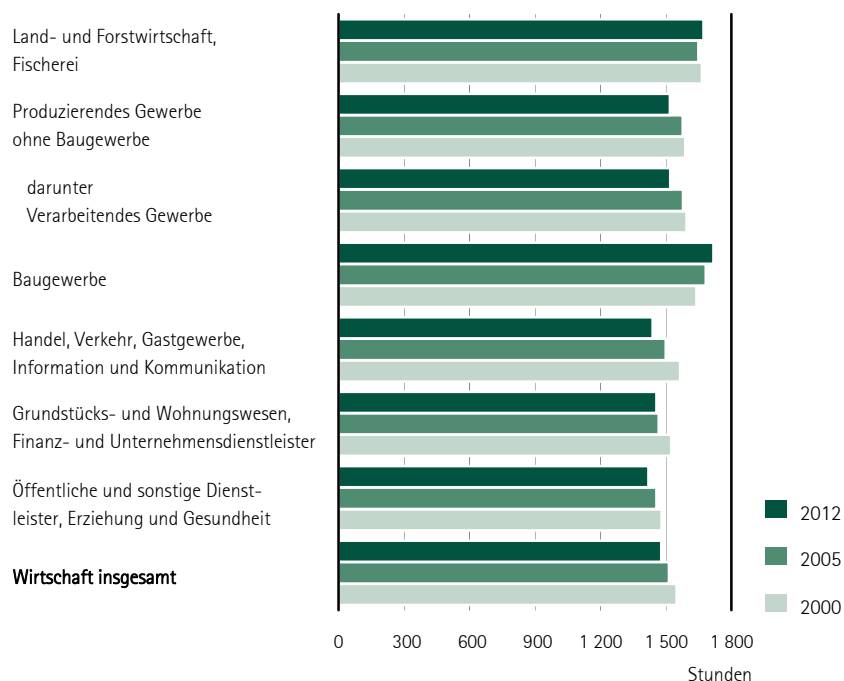
gung stand als 2011. Darüber hinaus wurde die Entwicklung noch von weiteren Faktoren, wie beispielsweise dem Einfluss von Teilzeitbeschäftigung oder dem Umfang von Überstunden bzw. von Ausfallzeiten, wie dem Krankenstand, beeinflusst. Im gesamtdeutschen Maßstab stieg das Arbeitsvolumen 2012 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent, im Mittel der fünf neuen Länder ging es um 0,6 Prozent zurück.

Das Arbeitsvolumen umfasst die Gesamtzahl der während eines Berichtszeitraumes am je-

weiligen Arbeitsort von allen Erwerbstätigen tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, wobei allerdings weder Intensität noch Qualität der Arbeit berücksichtigt werden können. Die Ergebnisse für Deutschland basieren auf Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Diese wurden vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ entsprechend regionalisiert.

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit pro Erwerbstätigen betrug im Jahr 2012 in

**Abb. 8 Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 2000, 2005 und 2012<sup>1)</sup> nach Wirtschaftsbereichen<sup>2)</sup>**



1) Berechnungsstand: 2000 und 2005 - August 2012; Jahr 2012 - Februar 2013 (VGR des Bundes)  
 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Sachsen 1 478 Stunden. Sie lag um 13 Stunden unter dem Mittel des Vorjahres von 1 491 Stunden und war um 81 Stunden größer als der Bundesdurchschnitt. In den alten Ländern (ohne Berlin) arbeitete ein Erwerbstätiger durchschnittlich 1 378 Stunden, in den fünf neuen Ländern waren es mit 1 489 Stunden im Mittel elf Stunden mehr als in Sachsen. Die Spanne reichte 2012 von 1 355 Stunden je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz bis zu 1 503 Stunden in Thüringen. Hauptursache für diese große Spannweite zwischen den Ländern sind die unterschiedlichen tariflichen Arbeitszeiten der Arbeitnehmer, die individuellen Arbeitszeiten (Voll- oder Teilzeitbeschäftigung) sowie die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen.

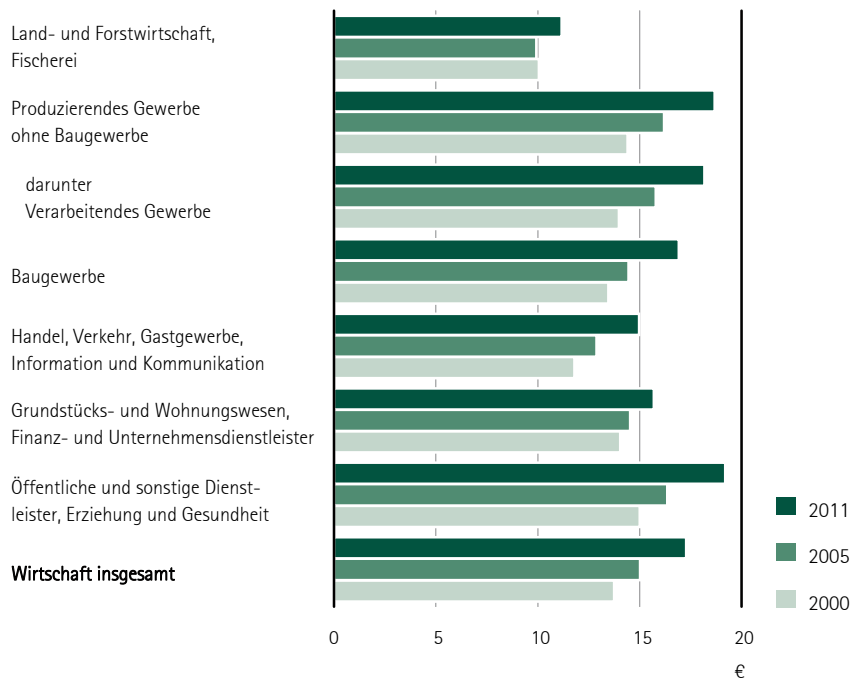
Im Vergleich zum Jahr 2000 sank die durchschnittliche Pro-Kopf-Arbeitszeit in Sachsen um 72 Stunden bzw. 4,6 Prozent. Während in diesem Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen um 0,4 Prozent zurückging, verringerte sich das Arbeitsvolumen sogar um fünf Prozent. Neben der Veränderung hin zu immer mehr Teilzeitarbeit trug zu dieser Entwicklung auch die bis 2006 starke Zunahme der marginalen Beschäftigung bei. Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet liegen innerhalb Sachsens ebenfalls deutliche Unterschiede der pro Kopf geleisteten Arbeitszeiten vor. Das sächsische Baugewerbe war dabei auch 2012 der arbeitszeitintensivste Bereich mit 1 718 Stunden je Erwerbstätigen. Am niedrigsten war die Pro-Kopf-Arbeitszeit im Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit mit nur 1 419 Stunden je Erwerbstätigen und damit 299 Stunden je Kopf weniger als im Baugewerbe.

### Anstieg der Pro-Kopf-Verdienste um 453 € im Jahr 2012

In Sachsen wurden im Jahr 2012 Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von 43,4 Milliarden € gezahlt, 2,4 Prozent mehr als 2011. Die Bruttolöhne und -gehälter sind Teil des Arbeitnehmerentgelts und werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für alle Länder ermittelt. Pro Kopf verdienen die Arbeitnehmer in Sachsen damit brutto, d. h. vor Abzug der Lohnsteuern und Sozialbeiträge, im Mittel 24 862 €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um 453 € oder 1,9 Prozent pro Person (vgl. Abb. 9).

Im Bundesdurchschnitt betrug der Jahresverdienst 30 330 € je Arbeitnehmer und erhöhte sich gegenüber 2011 um 788 € oder 2,7 Prozent. Der Abstand des sächsischen zum gesamtdeutschen Verdienst lag seit 2003 knapp unter 20 Prozent (aktuell: 18 Prozent bzw. 5 468 € im Jahr). Im Vergleich dazu verdiente ein Arbeitnehmer mit Arbeitsplatz in den

**Abb. 9 Bruttolöhne und -gehälter je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer 2000, 2005 und 2011<sup>1)</sup> nach Wirtschaftsbereichen<sup>2)</sup>**



1) Berechnungsstand: August 2012 (VGR des Bundes)

2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

alten Ländern (ohne Berlin) durchschnittlich 31 305 €, 832 € bzw. 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Der sächsische Durchschnittsverdienst lag um 238 € über dem Wert der fünf neuen Länder von 24 624 €. Hier war 2012 ein Zuwachs um 571 € je Arbeitnehmer bzw. 2,4 Prozent zu verzeichnen.

Ermittelt man die Verdienste auf der Grundlage der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit der Arbeitnehmer in Sachsen, so ergab sich im Jahr 2012 ein Wert von 17,75 € je Arbeitnehmerstunde, 47 Cent bzw. 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit lagen die derart errechneten Verdienste um 33 Cent über dem Mittel der neuen Länder (ohne Berlin). Der Anstieg gegenüber dem Jahr 2011 betrug in den fünf neuen Ländern 52 Cent bzw. 3,1 Prozent. Der Vergleich mit dem bundesdeutschen Durchschnittswert von 23,03 € zeigt für Sachsen einen Stand der Angleichung der Stundenverdienste von 77,1 Prozent. Dieser Angleichungsstand war mit 4,9 Prozentpunkten Unterschied deutlich geringer als bei den Pro-Kopf-Werten. Gegenüber dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 24,12 € je Arbeitnehmerstunde waren die sächsischen Verdienste um 6,37 € je Stunde bzw. rund ein Viertel geringer. Hinsichtlich der Veränderung gegenüber 2011 war im Bundesdurchschnitt eine Erhöhung der Verdienste je Arbeitnehmerstunde um 3,3 Prozent bzw. 74 Cent und in den alten Ländern (ohne Berlin) ebenfalls ein Plus von 3,3 Prozent bzw. 78 Cent zu verzeichnen.

Innerhalb der sächsischen Wirtschaft erreichte der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf bzw. pro Arbeitnehmerstunde in den Jahren 2011 und 2012 zwar alle Wirtschaftsbereiche, jedoch gab es sowohl hinsichtlich des Niveaus, als auch der Höhe der Zuwächse deutliche Differenzen. Die derzeit verfügbaren Branchenergebnisse zeigen den Spitzenverdienst je tatsächlich geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer mit 19,34 € im Verarbeitenden Gewerbe. Im Vergleich zum Vorjahr gab es hier einen Zugang um 6,4 Prozent bzw. 1,17 € je Stunde. Die mit Abstand niedrigsten Bruttolöhne und -gehälter wurden in Sachsen auch 2012 in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit 11,31 € je Arbeitnehmerstunde erzielt. Hier gab es im Vergleich zum Jahr 2011 einen Anstieg um 1,3 Prozent bzw. 14 Cent. Der Abstand zum Verarbeitenden Gewerbe betrug in diesem Bereich 8,03 € je Arbeitnehmerstunde.

Bei den Verdiensten ist ebenso nach Wirtschaftsbereichen ein Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt von Interesse. Das sächsische Verdienstniveau je Arbeitnehmerstunde lag aktuell 22,9 Prozent unter dem von Deutschland. Während sich die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit 92,1 Prozent dem bundesdurchschnittlichen Verdienstniveau am stärksten annäherten, war der Abstand im Verarbeitenden Gewerbe mit 33,1 Prozent am größten. In den Dienstleistungsbereichen wurde

im Jahr 2012 in Sachsen ein Verdienst von 17,46 € erreicht, 42 Cent bzw. 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Abstand zum Bundesdurchschnitt betrug in diesem Bereich 19,1 Prozent. Hier ist zu berücksichtigen, dass es innerhalb der zum Dienstleistungsbereich gehörenden Wirtschaftsabschnitte sowohl Unterschiede im Niveau als auch hinsichtlich der Entwicklung gibt.

### Arbeitsmarkt

Im Jahresdurchschnitt 2012 waren in Sachsen 207 796 Arbeitslose registriert und somit 8,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (vgl. Tab. 2). Die Arbeitslosenquote<sup>4)</sup>, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, lag mit 9,8 Prozent erstmals im einstelligen Bereich. Dabei verringerte sich die Quote der Frauen auf 9,5 Prozent und die der Männer auf 10,0 Prozent. Im ostdeutschen Mittel war die Arbeitslosenquote mit 10,7 Prozent um fast einen Prozentpunkt höher als in Sachsen. Deutlich niedriger lag indes das bundesdeutsche Mittel von 6,8 Prozent.

In den ersten Monaten 2013 bewegte sich die Arbeitslosenzahl in Sachsen ebenfalls unter ihrem Vorjahresniveau. So waren im Mai 199 525 Arbeitslose registriert, 4,0 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote wurde mit 9,4 Prozent ausgewiesen.

Nach Altersgruppen betrachtet ist bei den unter 25-Jährigen 2012 im Vergleich zu 2011 ein Rückgang der Arbeitslosenzahl um 14,3 Prozent zu beobachten. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag mit 8,4 Prozent um mehr als einen Prozentpunkt unter der Gesamtarbeitslosenquote. In der Gruppe der 25- bis unter 55-Jährigen ging die Arbeitslosenzahl um 9,2 Prozent zurück und in der Gruppe der 55- bis unter 65-Jährigen um 3,4 Prozent. Die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe verringerte sich zwar gegenüber dem Vorjahr, lag mit 12,6 Prozent aber weiterhin deutlich über der Gesamtarbeitslosenquote. Der Zahl von 207 796 Arbeitslosen standen 2012 im Jahresdurchschnitt 19 241 gemeldete Arbeitsstellen gegenüber. Hierzu zählen nur die ungeforderten Stellenangebote des sogenannten ersten Arbeitsmarktes.

Auch im Jahr 2012 entlastete der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente den sächsischen Arbeitsmarkt. Im Folgenden werden die Teilnehmerzahlen an ausgewählten Maßnahmen betrachtet. In Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung wurden 2012 im Mittel 9 255 Personen gefördert, 13,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Verminderte Fallzahlen wurden auch bei der Förderung abhängiger Beschäftigung verzeichnet, hier lag eine Abnahme um 22,0 Prozent auf

13 895 Fälle vor. Die zahlenmäßig stärkste Rolle spielte dabei mit 9 965 Fällen der Eingliederungszuschuss. Dieses Instrument unterstützt die Eingliederung von Arbeitnehmern, deren Vermittlung wegen in ihrer Person liegender Gründe erschwert ist. Nach § 88 SGB III können Arbeitgeber zur Eingliederung dieser Arbeitnehmer einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt erhalten. Leistungen zur Förderung der Selbstständigkeit erhielten 2012 im Jahresdurchschnitt 5 480 Personen, 35,8 Prozent weniger als 2011. Der größte Teil der Maßnahmen zur Förderung der Selbstständigkeit entfiel mit 4 721 Geförderten auf den Gründungszuschuss. In Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten 2012 im Vergleich zu

2011 um ein Fünftel auf 12 990 Personen. Ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument stellte 2012 die Bürgerarbeit dar. Die Zahl der in der Beschäftigungsphase der Bürgerarbeit Geförderten stieg von 1 120 im Jahr 2011 auf nun 2 950. Bürgerarbeit ist ein im Juli 2010 mit einer Laufzeit von drei Jahren gestartetes mehrstufiges Modellprojekt. Dieses soll arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige dabei unterstützen, auf dem allgemeinen Ar-

4) Die hier dargestellte Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose sowie ab Mai 2007 Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante) in Prozent. Die Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquoten werden einmal jährlich aktualisiert. Dies geschieht in der Regel ab Berichtsmonat April oder Mai. Rückrechnungen werden nicht vorgenommen.

Tab. 2 Arbeitsmarkt<sup>1)</sup>

Merkmal	2012	2011	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2012	2011
			%	
<b>Arbeitslose (Personen)</b>	<b>207 796</b>	<b>226 848</b>	<b>-8,4</b>	<b>-10,4</b>
und zwar				
Frauen	95 749	106 367	-10,0	-8,7
Männer	112 047	120 481	-7,0	-11,8
Jugendliche 15 bis unter 20 Jahre	2 271	2 604	-12,8	-22,4
Jüngere 15 bis unter 25 Jahre	17 763	20 736	-14,3	-20,1
Ältere 50 bis unter 65 Jahre	78 462	82 528	-4,9	-5,1
Ältere 55 bis unter 65 Jahre	48 552	50 271	-3,4	-3,1
Ausländer	8 901	9 321	-4,5	-3,1
<b>Arbeitslosenquote (Prozent)<sup>2)</sup></b>	<b>9,8</b>	<b>10,6</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
Frauen	9,5	10,6	x	x
Männer	10,0	10,7	x	x
Jugendliche 15 bis unter 20 Jahre	5,6	5,0	x	x
Jüngere 15 bis unter 25 Jahre	8,4	9,1	x	x
Ältere 50 bis unter 65 Jahre	11,9	13,0	x	x
Ältere 55 bis unter 65 Jahre	12,6	13,8	x	x
Ausländer	20,7	22,8	x	x
<b>Gemeldete Arbeitsstellen (Anzahl)</b>	<b>19 241</b>	<b>18 847</b>	<b>2,1</b>	<b>25,4</b>
<b>Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente</b>				
Förderung der beruflichen Weiterbildung	9 255	10 697	-13,5	-20,7
Förderung abhängiger Beschäftigung	13 895	17 823	-22,0	-22,0
dar. Eingliederungszuschuss	9 965	11 985	-16,9	-23,1
Förderung der Selbstständigkeit	5 480	8 543	-35,8	-11,3
dar. Gründungszuschuss	4 721	7 808	-39,5	-8,9
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	16 085	17 513	-8,2	-45,5
darunter				
Arbeitsgelegenheiten	12 990	16 244	-20,0	-48,4
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	2 950	1 120	163,4	x

1) Jahresdurchschnittsangaben; Stand: März 2013

2) Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante)

Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit (BA)

beitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Es setzt sich zusammen aus der Aktivierungsphase und der Beschäftigungsphase. Ziel der mindestens sechsmonatigen Aktivierungsphase ist die Integration der Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt. Die anschließende Beschäftigungsphase beinhaltet die eigentliche „Bürgerarbeit“ (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Bereich zusätzlicher und im öffentlichen Interesse liegender Arbeit) sowie ein beschäftigungsbegleitendes Coaching. [12, 13]

## Produktivität

### Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

Die Produktivität, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen, betrug im Jahr 2012 in Sachsen 48 946 € (vgl. Tab. 3). Im Vergleich dazu lag das Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) bei 50 420 €. Die Produktivität der sächsischen Wirtschaft stagnierte 2012 weiter bei 77 Prozent des gesamtdeutschen Produktivitätsniveaus. Abgesehen von kleineren Schwankungen – dem absoluten Betrag nach von bis zu gut einem Prozentpunkt – gab es somit seit 2002 gesamtwirtschaftlich keine Fortschritte im Prozess der Angleichung des in Sachsen je Erwerbstätigen erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts an den gesamtdeutschen Quotienten. Zum Vergleich betrug der Angleichungsstand im Jahr 1995 nur knapp 71 Prozent und 2000 waren es 72 Prozent. Grundsätzlich ähnlich verhält sich die Situation im

Mittel der fünf neuen Länder, wobei 1995 dort nur 69 Prozent, 2000 knapp 74 Prozent und 2002 knapp 77 Prozent der gesamtdeutschen Produktivität erreicht werden konnten. Allerdings verharrte der Angleichungsstand dann nicht auf diesem Niveau, sondern erhöhte sich geringfügig auf 79,4 Prozent im Jahr 2012.

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, weisen die Bereiche Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister weiterhin die höchsten Werte der pro Erwerbstätigen erzielten Bruttowertschöpfung aus (vgl. Tab. 3). Allerdings war der Angleichungsstand an das gesamtdeutsche Niveau im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister mit 65,2 Prozent nicht nur kleiner als im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 72,8 Prozent, sondern überhaupt der geringste Wert bei den hier betrachteten Wirtschaftsbereichen. Auf Ursachen dafür war w. o. schon hingewiesen worden. Obwohl in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei das Niveau der je Erwerbstätigen erwirtschafteten Bruttowertschöpfung vergleichsweise gering ist, lag der sächsische Wert hier mit 106,4 Prozent erneut und noch deutlicher als 2011 über dem Bundesmittel. In Sachsen war im Jahr 2012 gesamtwirtschaftlich kein **Produktivitätszuwachs**, gemessen auf der Basis der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts im Verhältnis zur Veränderung der Erwerbstätigenzahl, zu verzeichnen. Aufgrund der Stagnation der

preisbereinigten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der geringen Zunahme der Beschäftigung kam es (zum jetzigen Berechnungsstand) sogar zu einem fast einprozentigen Produktivitätsrückgang (vgl. Tab. 3). Im Jahr 2011 betrug der Anstieg noch zwei Prozent. Im bundesdeutschen Mittel ging der Produktivitätsindex 2012 um 0,4 Prozent zurück, im Durchschnitt der fünf neuen Länder gab es dagegen ein minimales Plus von 0,2 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2005 lag der sächsische Produktivitätsindex jetzt noch gut drei Prozent höher. Im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) sowie im gesamtdeutschen Maßstab nahm er in diesem Zeitraum um jeweils 3,9 Prozent zu.

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, erhöhte sich in Sachsen im Jahr 2012 der Produktivitätsindex nur in den Dienstleistungsbereichen, hier insbesondere im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister, sowie in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (vgl. Tab. 3).

### Stundenproduktivität

Die Stundenproduktivität stellt ein weiteres Maß zur Produktivitätsmessung dar. Sie wird ermittelt als Quotient aus dem Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) und den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen. Bei der gegenwärtig zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (z. B. Teilzeittätigkeit und marginale Beschäftigung) gewinnt dieses Produktivitätsmaß zunehmend an Bedeutung, da hier

Tab. 3 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen und je Erwerbstätigenstunde nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>

Merkmal Wirtschaftsbereich	Je Erwerbstätigen				Je Erwerbstätigenstunde			
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt, verkettet			in jeweiligen Preisen	preisbereinigt, verkettet		
		2012	2011			2012	2011	
	absolut	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		absolut	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	€	2005 = 100	%		€	2005 = 100	%	
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>48 946</b>	<b>103,30</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,0</b>	<b>33,12</b>	<b>105,79</b>	<b>0,0</b>	<b>1,9</b>
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>43 774</b>	<b>104,03</b>	<b>-0,7</b>	<b>1,9</b>	<b>29,62</b>	<b>106,54</b>	<b>0,1</b>	<b>1,9</b>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36 525	133,74	6,1	-9,2	21,83	131,82	7,0	-8,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	57 105	105,33	-4,2	1,5	37,59	109,30	-2,2	0,6
darunter Verarbeitendes Gewerbe	49 279	102,72	-5,1	3,3	32,44	106,67	-3,0	2,1
Baugewerbe	36 153	100,15	-4,3	4,4	21,04	98,08	-4,6	4,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	32 850	113,56	0,1	2,8	22,83	118,37	1,7	3,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister	56 485	90,59	1,6	0,6	38,79	91,29	1,0	0,4
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	39 769	102,83	0,3	1,6	28,02	105,53	0,9	1,7

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); Berechnungsstand: Jahr 2011 - August 2012; Jahr 2012 - Februar 2013 (VGR des Bundes)

– im Unterschied zur Produktivitätsmessung anhand der Zahl der Erwerbstätigen – der unterschiedliche Arbeitseinsatz der Erwerbstätigen berücksichtigt wird.

Je geleisteter Arbeitsstunde wurde 2012 in Sachsen eine gesamtwirtschaftliche Leistung in Höhe von 33,12 € erbracht (vgl. Tab. 3). Damit war die Stundenproduktivität der sächsischen Wirtschaft erneut etwas niedriger als das Mittel der fünf neuen Länder mit 33,87 €. Die gesamtdeutsche Stundenproduktivität betrug 45,49 €. Mit knapp 73 Prozent des Bundesdurchschnittes war die Angleichung bei dieser Kennzahl noch nicht so weit fortgeschritten wie beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (77 Prozent). Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet weisen auch bei der Stundenproduktivität die Bereiche Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister sowie Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe weiterhin die höchsten Werte auf, jedoch in umgekehrter Reihenfolge (vgl. Tab. 3). Allerdings war in beiden Bereichen der Angleichungsstand an das gesamtdeutsche Niveau mit 62,8 Prozent bzw. 68,6 Prozent am geringsten. Auch bei der Stundenproduktivität wurde der höchste Angleichungsstand in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit 110,2 Prozent erzielt, wobei hier das Niveau der je geleisteter Arbeitsstunde erwirtschafteten Bruttowertschöpfung vergleichsweise gering ist und sich kaum von den Werten im Baugewerbe bzw. im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation unterscheidet.

Der entsprechende **Produktivitätsindex**<sup>5)</sup> veränderte sich 2012 in Sachsen im Vergleich zum Vorjahr nicht, nachdem 2011 eine fast zweiprozentige Erhöhung festzustellen war. In den neuen Ländern (ohne Berlin) nahm der Produktivitätsindex 2012 um 0,9 Prozent zu,

für Deutschland wird dagegen ein Anstieg um lediglich 0,3 Prozent ausgewiesen. Im Vergleich zu 2005 lag in Sachsen eine knapp sechszehntprozentige Zunahme der Stundenproduktivität vor. Im Mittel der neuen Länder (ohne Berlin) ist sie in diesem Zeitraum sogar um 6,4 Prozent gestiegen, im gesamtdeutschen Maßstab um 6,5 Prozent.

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, nahm in Sachsen im Jahr 2012 auch der Index der Stundenproduktivität nur im Dienstleistungsbereich sowie in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei zu (vgl. Tab. 3).

### Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten sind ein wichtiger Indikator zur Betrachtung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen.<sup>6)</sup> Aus der Sicht der Unternehmer sind Regionen mit niedrigen Lohnkosten und hoher Produktivität attraktiv. Allerdings muss beachtet werden, dass in entwickelten Volkswirtschaften generell ein hohes Lohnstückkostenniveau vorherrscht.

In Sachsen lagen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten (Personenkonzept) im Jahr 2012 mit 61,0 Prozent weiter über dem bundesdeutschen Mittel von 58,4 Prozent. Dies ist Folge des geringeren Angleichungsstandes beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (77 Prozent) gegenüber dem bei den Lohnkosten (80,5 Prozent). Auch die auf Basis des Stundenkonzeptes ermittelten Lohnstückkosten sind in Sachsen höher als im gesamtdeutschen Maßstab. Für den Bereich des Verarbeitenden Gewerbes ist festzuhalten, dass hier 2012 die Lohnstückkosten in Sachsen nur geringfügig über dem Bundesmittel lagen, nachdem sie zuletzt zum Teil deutlich niedriger gewesen waren. Die sächsische Landwirtschaft verzeichnete 2012 erstmals günstigere Lohnstückkosten als auf Bundesebene.

Der **Lohnstückkostenindex**<sup>7)</sup> wies im Jahr 2012 für Sachsen einen Anstieg von 2,6 Prozent auf (Deutschland: 3,1 Prozent). Im Vergleich zu 2005 lag in Sachsen eine elfprozentige Zunahme dieses Index vor, im gesamtdeutschen Maßstab hingegen nur von gut acht Prozent.

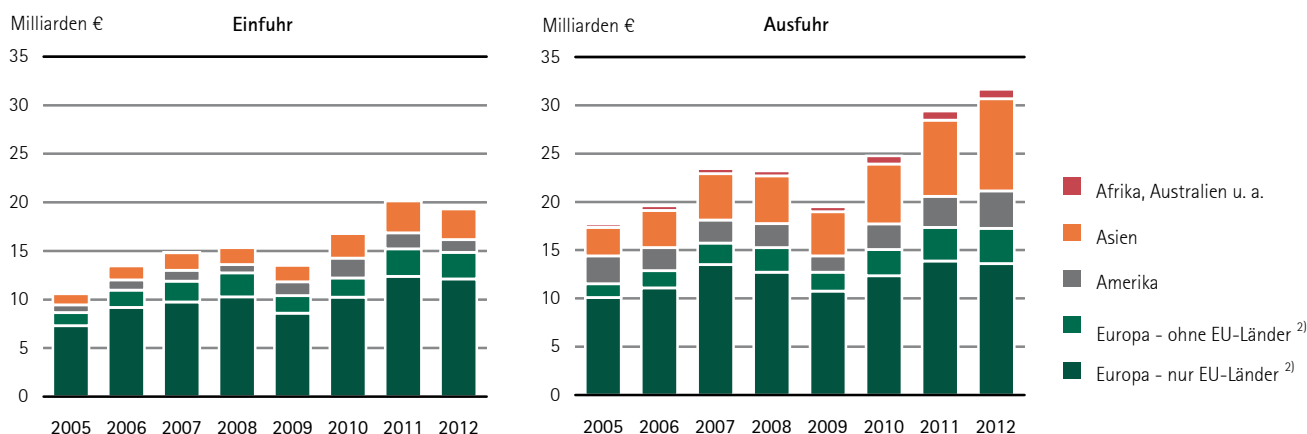
### Außenhandel<sup>8)</sup>

#### Ausfuhr

Die Ausfuhr (Spezialhandel) aus Sachsen erreichte im Jahr 2012 den neuen Rekordwert von 31,6 Milliarden € (vgl. Tab. 4 und Abb. 10). Der Zuwachs gegenüber 2011 betrug 7,6 Prozent und lag damit auch weiterhin über dem Bundesdurchschnitt von 3,4 Prozent. Die Ausfuhrpreise stiegen dabei um 1,7 Prozent. [14] Trotz der im Juni 2012 erzielten neuen monatlichen Rekordmarke von 3,1 Milliarden € verringerte sich die Dynamik bei den sächsischen Exporten insbesondere am Jahresende. Für das 1. Quartal 2013 wurde ein Rückgang um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum verzeichnet, darunter in den Euro-Raum (EU 17) um 1,6 Prozent. Der

- 5) Ermittlung dieses Produktivitätsindex: Quotient aus der preisbereinigten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und der Entwicklung der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen.
- 6) Mit dieser Kennzahl werden die Lohnkosten in Relation zur Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit gesetzt. Die Ermittlung ist zum einen nach dem so genannten Personenkonzept (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer [Lohnkosten] zu Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche [in jeweiligen Preisen] je Erwerbstätigen [Produktivität]) möglich. Zum anderen gibt es das Stundenkonzept, bei dem mit Angaben zu den Lohnkosten bzw. zur Produktivität auf der Basis von Daten zu den geleisteten Arbeitsstunden gearbeitet wird.
- 7) Ermittlung des Lohnstückkostenindex: Quotient aus der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten und der preisbereinigten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (hier: Angaben nach dem Personenkonzept verwendet).
- 8) Angaben zum Außenhandel sind ab Januar 2012 vorläufig.

Abb. 10 Außenhandel 2005 bis 2012<sup>1)</sup> nach Kontinenten



1) Jahr 2012 – vorläufige Ergebnisse; Datenstand: 23. April 2013 (Genesis-Online-Datenbank)  
 2) EU-Länder – Beitrittsländer Stand 2012



Jahreswert 2012 lag für die Ausfuhren in den Euro-Raum um 7,4 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Den größten Teil der Ausfuhren bildeten auch im Jahr 2012 die Güter der gewerblichen Wirtschaft. Hier stand ein Anstieg von 6,7 Prozent auf 30,0 Milliarden € zu Buche. Darunter waren Enderzeugnisse im Wert von 26,1 Milliarden €. Hervorzuheben sind hierbei die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus mit einem Wert von insgesamt 14,0 Milliarden €. Deren Ausfuhr erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 8,0 Prozent. Der Export von Erzeugnissen des Maschinenbaus hingegen ging um 2,4 Prozent auf 3,7 Milliarden € zurück. Bei den elektrotechnischen Erzeugnissen lag ein Zuwachs um 27,1 Prozent auf 3,5 Milliarden € vor.

Mit Blick auf die wichtigsten Handelspartner zeigt sich exportseitig folgendes Bild: Die Position Chinas als Hauptabnehmerland hat sich auch 2012 weiter gefestigt. Die sächsischen Lieferungen an das asiatische Land legten gegenüber dem Vorjahr um gut ein Viertel auf 4,9 Milliarden € zu. Auf dem zweiten Platz folgten mit einem Warenwert von 2,8 Milliarden € die USA. Gegenüber 2011 wurde hier ein Zuwachs von 29,2 Prozent ausgewiesen. Bei den Lieferungen an die beiden führenden Handelspartner dominierten jeweils die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus.

#### Einfuhr

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Sachsen ging 2012 gegenüber dem hohen Vorjahreswert um 4,1 Prozent zurück. Es wurden Waren im Wert von 19,4 Milliarden € eingeführt (vgl. Tab. 4 und Abb. 10). Bundesweit hingegen war 2012 noch ein leichter Anstieg der Importe um 0,7 Prozent zu verzeichnen. Der Index der Einfuhrpreise lag dabei um 2,1 Prozent über seinem Vorjahresstand. [14] Nachdem sich die Entwicklung der sächsischen Einfuhr bereits im Verlauf des Jahres 2012 abgeschwächt hatte, wurde mit Ablauf des 1. Quartals 2013 im Vorjahresvergleich ein Minus von 9,4 Prozent notiert, darunter in den Euro-Raum (EU 17) von 7,8 Prozent. Der Jahreswert 2012 lag für die Einfuhren in den Euro-Raum um 10,3 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Nach Warengruppen betrachtet konzentrierte sich der Außenhandel Sachsens auch bei der Einfuhr auf die Schwerpunkte, die bereits bei der Ausfuhr deutlich wurden. Die Güter der gewerblichen Wirtschaft bildeten im Jahr 2012 mit 16,8 Milliarden € den Hauptteil der sächsischen Importe, darunter waren Enderzeugnisse für 11,7 Milliarden €. Den höchsten Stellenwert hatten dabei mit 3,6 Milliarden € die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus. Deren Einfuhr ging allerdings

Tab. 4 Außenhandel <sup>1)</sup>

Merkmal	2012	2011	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2012	2011
	Mill. €		%	
<b>Ausfuhr (Spezialhandel) <sup>2)</sup></b>	<b>31 642</b>	<b>29 408</b>	<b>7,6</b>	<b>18,9</b>
<b>nach Warengruppen</b>				
Ernährungswirtschaft	1 147	1 048	9,4	13,9
Gewerbliche Wirtschaft	30 022	28 129	6,7	19,3
darunter Enderzeugnisse	26 059	23 886	9,1	20,6
darunter				
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	13 977	12 938	8,0	34,0
Erzeugnisse des Maschinenbaus	3 655	3 742	-2,4	20,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	3 479	2 738	27,1	-7,9
<b>nach Ländern</b>				
EU-Länder <sup>3)</sup>	13 573	13 863	-2,1	12,3
darunter				
Vereinigtes Königreich	1 797	1 331	35,0	10,0
Frankreich	1 620	1 766	-8,3	17,8
Polen	1 448	1 540	-5,9	15,8
Tschechische Republik	1 366	1 376	-0,7	15,9
Italien	1 207	1 520	-20,6	11,6
China	4 920	3 920	25,5	69,8
Vereinigte Staaten	2 768	2 142	29,2	15,8
Russische Föderation	1 351	1 216	11,0	69,5
<b>Einfuhr (Generalhandel) <sup>2)</sup></b>	<b>19 418</b>	<b>20 253</b>	<b>-4,1</b>	<b>19,8</b>
<b>nach Warengruppen</b>				
Ernährungswirtschaft	1 066	1 064	0,2	8,4
Gewerbliche Wirtschaft	16 818	18 355	-8,4	19,4
darunter				
Rohstoffe	1 506	1 877	-19,8	68,1
darunter Erdöl und Erdgas	1 299	1 648	-21,2	74,8
Enderzeugnisse	11 722	12 609	-7,0	14,6
darunter				
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	3 643	3 799	-4,1	17,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	2 381	2 196	8,4	18,8
Erzeugnisse des Maschinenbaus	2 275	2 861	-20,5	35,3
<b>nach Ländern</b>				
EU-Länder <sup>3)</sup>	12 083	12 344	-2,1	20,9
darunter				
Tschechische Republik	3 164	3 023	4,7	15,4
Polen	1 318	1 207	9,2	22,1
Österreich	1 133	1 179	-3,9	10,3
Niederlande	989	1 225	-19,3	43,0
Frankreich	970	1 264	-23,2	34,5
Russische Föderation	1 613	1 947	-17,2	53,2
Japan	1 087	1 271	-14,5	39,5
Vereinigte Staaten	994	1 307	-24,0	-26,5

1) 2012 vorläufige Ergebnisse; Datenstand: 23. April 2013 (Genesis-Online-Datenbank)

2) einschließlich Rückwaren, Ersatzlieferungen und nicht aufgliederbarer Handelswaren

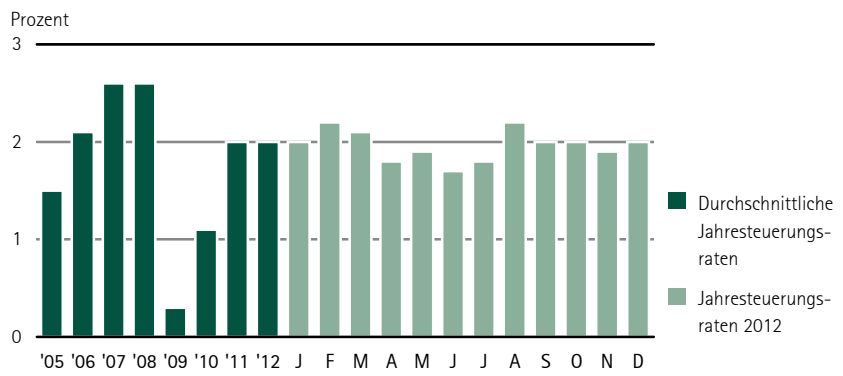
3) EU-Länder - Beitrittsländer Stand 2012

im Vorjahresvergleich um 4,1 Prozent zurück. Noch stärker sank der Import von Erzeug-

nissen des Maschinenbaus, der mit 2,3 Milliarden € um gut ein Fünftel niedriger als im

Jahr 2011 war. Bei den elektrotechnischen Erzeugnissen hingegen lag ein Anstieg um 8,4 Prozent auf 2,4 Milliarden € vor. Wichtigstes Herkunftsland sächsischer Importe war erneut die Tschechische Republik. Verglichen mit dem Vorjahr wurde hier eine Steigerung um 4,7 Prozent auf 3,2 Milliarden € ausgewiesen. Sachsen bezog aus seinem Nachbarland in erster Linie Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus. In der Rangliste der wichtigsten Importpartner folgt die Russische Föderation. Sachsen erhielt aus diesem Land Lieferungen im Wert von 1,6 Milliarden €, dies waren allerdings 17,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. An der Spitze der Einfuhrgüter aus der Russischen Föderation standen Erdöl und Erdgas.

Abb. 11 Jahresteuerraten<sup>1)</sup> 2005 bis 2012



1) Basis: 2010=100

Preisentwicklung

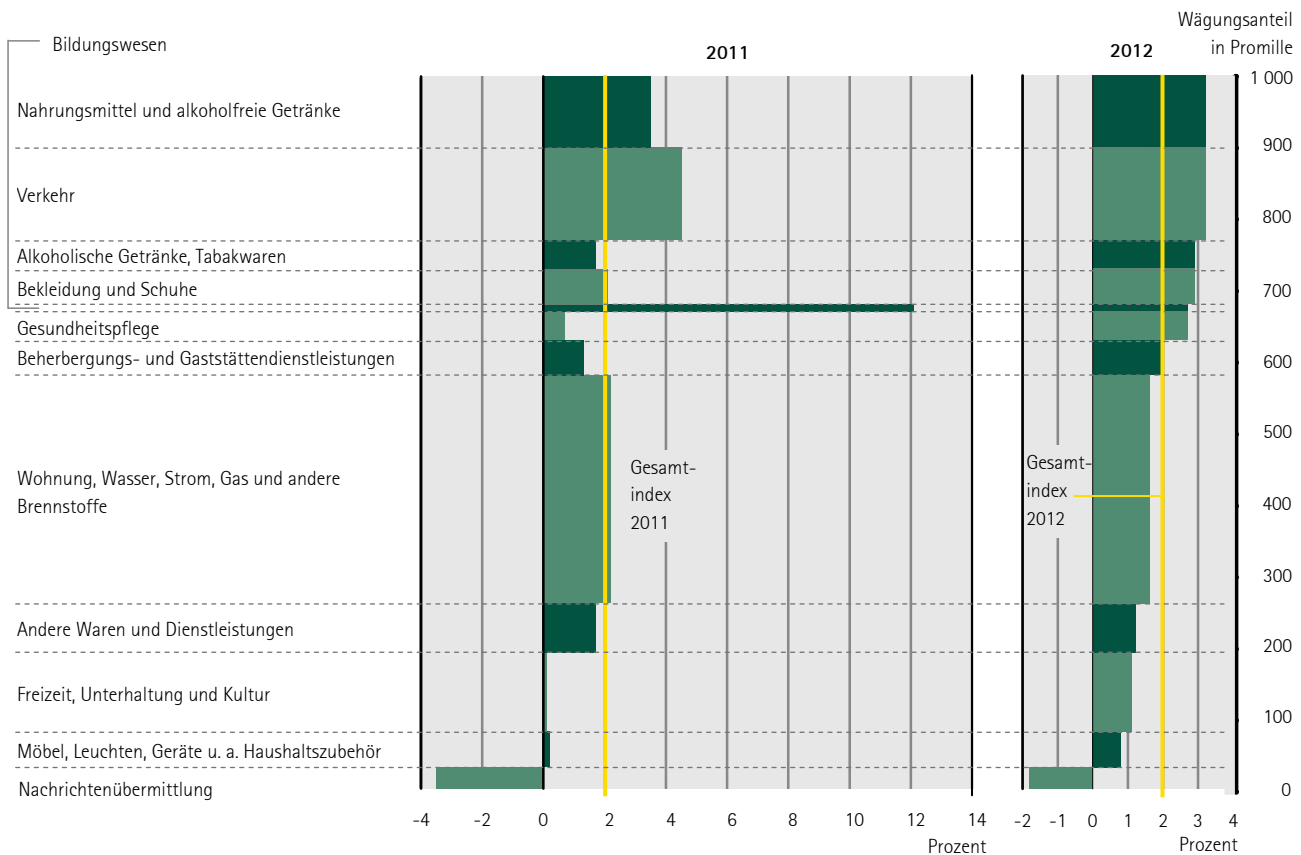
Verbraucherpreise

Der Verbraucherpreisindex (Basis: 2010=100) stieg im Jahresdurchschnitt 2012 gegenüber 2011 in Sachsen wie auch in Deutschland insgesamt um 2,0 Prozent. Im Verlauf des Jahres 2012 bewegte sich die Jahresteuerrate in Sachsen zwischen 1,7 Prozent und 2,2 Prozent (vgl. Abb. 11). In den ersten Monaten 2013 lag diese stets unter der Zwei-Prozent-Marke, im Mai wurde ein Stand von 1,7 Prozent ausgewiesen.

Die Entwicklung des Preisniveaus verlief 2012 in den einzelnen Gütergruppen unterschiedlich (vgl. Abb. 12). Der deutlichste Preisauftrieb wurde mit jeweils 3,2 Prozent für die Bereiche „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ sowie „Verkehr“ ausgewiesen. So mussten die Verbraucher beispielsweise für Fleisch und Fleischwaren 4,7 Prozent sowie für Brot und Getreideerzeugnisse 3,6 Prozent mehr zahlen als ein Jahr zuvor. Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge verteuerten sich um 5,6 Prozent. In der Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ – dem Bereich mit dem höchsten

Wägungsanteil am Gesamtindex – zogen die Preise im Durchschnitt um 1,6 Prozent an. Markant waren die Teuerungen bei flüssigen Brennstoffen mit 9,3 Prozent, Zentralheizung und Fernwärme mit 8,9 Prozent sowie Gas mit 5,8 Prozent. Verbraucherfreundlich verlief dagegen weiterhin die Entwicklung im Bereich „Nachrichtenübermittlung“. Hier lag das Preisniveau 2012 im Mittel um 1,8 Prozent unter dem des Vorjahres. Günstig wirkten sich hier die Preisrückgänge bei Telefonen u. a. Geräten für die Kommunikation von 3,4 Prozent sowie bei Telekommunikationsdienstleistungen von 1,8 Prozent aus.

Abb. 12 Verbraucherpreisindex (2010 = 100) – Jahresteuerraten 2011 und 2012 nach Hauptgruppen



## Baupreise

Die Baupreise (Basis: 2005=100) lagen 2012 in Sachsen bei allen Bauwerksarten über ihrem Vorjahresniveau (vgl. Tab. 5). Am kräftigsten war der Anstieg mit 5,2 Prozent im Straßenbau. Die Errichtung von Wohngebäuden und gewerblichen Betriebsgebäuden verteuerte sich gegenüber 2011 jeweils um 3,3 Prozent, bei Bürogebäuden betrug die Teuerung 3,2 Prozent, bei Brücken im Straßenbau 2,3 Prozent und bei Ortskanälen 3,5 Prozent. Auch zu Jahresbeginn 2013 setzte sich der Anstieg der Baupreise in Sachsen fort.

## Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

### Gewerbeanzeigen

Bei den sächsischen Gewerbeämtern erfolgten im Jahr 2012 insgesamt 32 364 **Gewerbeanmeldungen** und 32 611 **Gewerbeabmeldungen**. Dies waren 10,9 Prozent Anmeldungen bzw. 1,8 Prozent Abmeldungen weniger als 2011 (vgl. Tab. 6 und Abb. 13). Zu Jahresbeginn 2013 setzte sich die rückläufige Entwicklung fort. Die 8 087 Gewerbeanmeldungen des 1. Quartals 2013 bedeuten ein Minus von 6,3 Prozent im Vorjahresvergleich. Die Abmeldungen verringerten sich um 5,7 Prozent auf 8 536 Fälle. Deutschlandweit hat im Jahresvergleich 2012 zu 2011 die Zahl der Gewerbeanmeldungen um 7,8 Prozent abgenommen, die der Abmeldungen um 0,6 Prozent. [15]

Der größte Teil der Gewerbeanmeldungen in

Tab. 5 Preisindizes für Bauwerke (Neubau) <sup>1)</sup>

Merkmal	2012	2011	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2012	2011
	2005 = 100		%	
Wohngebäude	122,3	118,4	3,3	3,8
Rohbauarbeiten	120,1	116,4	3,2	3,4
Ausbauarbeiten	124,4	120,1	3,6	4,0
Bürogebäude	124,2	120,3	3,2	4,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	125,2	121,2	3,3	4,4
Straßenbau	126,4	120,2	5,2	3,5
Brücken im Straßenbau	120,4	117,7	2,3	3,2
Ortskanäle	122,4	118,3	3,5	2,2

1) Jahresdurchschnittsangaben

Sachsen (77,8 Prozent der Anmeldungen und 81,3 Prozent der Abmeldungen) betrafen Einzelunternehmen. Die meisten Anmeldungen mit 83,6 Prozent erfolgten in der Absicht der Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes. 83,0 Prozent der Gewerbeabmeldungen erfolgten wegen der Aufgabe des Gewerbebetriebes. Nach Wirtschaftsabschnitten betrachtet betraf der Großteil aller Gewerbeanmeldungen in Sachsen auch im Jahr 2012 den Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen). Der Vorjahresvergleich ergab hier einen verstärkten Rückgang um 13,0 Prozent auf 6 983 Fälle. Auf den Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ entfiel mit 4 958 Fällen die zweithöchste Zahl aller Anmeldungen.

Gegenüber 2011 trat hier eine Verringerung um 13,5 Prozent ein. Zu diesem Bereich zählen u. a. die Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen; die Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau sowie die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften. Für das Baugewerbe wurde 2012 eine Verringerung ausgewiesen. Mit 4 849 Gewerbeanmeldungen waren es 4,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

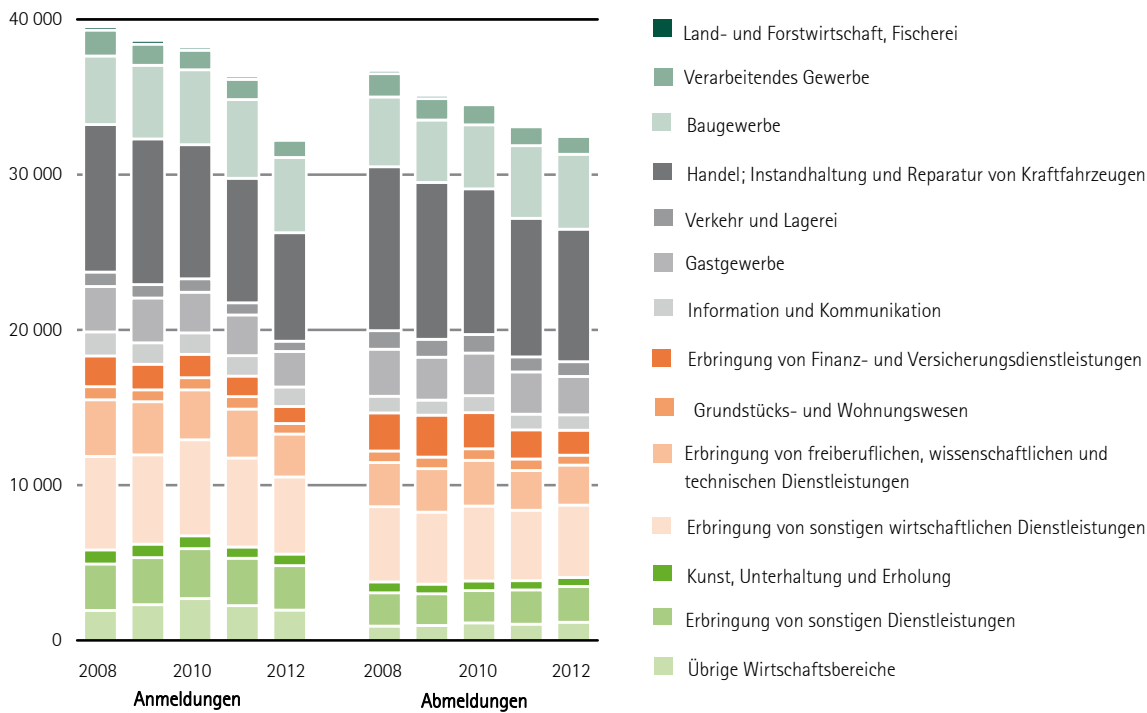
Bei den Abmeldungen betraf mit 8 529 Fällen der Großteil aller Gewerbeanzeigen ebenfalls den Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen). Verglichen mit dem Vorjahr setzte sich der Rückgang der vorangegangenen Jahre mit 4,4

Tab. 6 Gewerbeanzeigen nach Wirtschaftsbereichen <sup>1)</sup>

Wirtschaftsbereich	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeabmeldungen			
	2012	2011	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		2012	2011	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2012	2011			2012	2011
	Anzahl		%		Anzahl		%	
<b>Insgesamt</b>	<b>32 364</b>	<b>36 331</b>	<b>-10,9</b>	<b>-4,9</b>	<b>32 611</b>	<b>33 220</b>	<b>-1,8</b>	<b>-4,2</b>
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe	1 108	1 288	-14,0	2,7	1 156	1 221	-5,3	-5,1
Baugewerbe	4 849	5 072	-4,4	4,9	4 833	4 680	3,3	13,0
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	6 983	8 022	-13,0	-7,2	8 529	8 918	-4,4	-4,9
Gastgewerbe	2 285	2 613	-12,6	-0,5	2 474	2 719	-9,0	-0,8
Information und Kommunikation	1 248	1 319	-5,4	-5,0	985	1 022	-3,6	-6,2
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 104	1 325	-16,7	-11,4	1 616	1 876	-13,9	-19,8
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2 775	3 150	-11,9	-2,0	2 578	2 567	0,4	-12,8
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	4 958	5 729	-13,5	-7,3	4 664	4 545	2,6	-5,9
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2 862	3 049	-6,1	-5,3	2 309	2 197	5,1	5,6

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Abb. 13 Gewerbeanzeigen 2008 bis 2012 nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>



1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Prozent fort. Im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ erhöhte sich indes die Zahl der abgemeldeten Gewerbe um 2,6 Prozent auf 4 664. Im Baugewerbe lag ein 3,3-prozentiger Anstieg auf 4 833 Fälle vor.

Erstmals seit Beginn der Erfassung 1990 in Sachsen wurden 2012 mehr Gewerbe abgemeldet als angemeldet. Das Verhältnis von An- und Abmeldungen betrug rund 99 zu 100 gegenüber 109 zu 100 im Vorjahr. In den einzelnen Wirtschaftszweigen war die Quote jedoch unterschiedlich. So wurde beispielsweise für den Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) ein Verhältnis von 82 Anmeldungen zu 100 Abmeldungen ermittelt, im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ betrug es 106 zu 100. Im Baugewerbe war die Zahl der An- und Abmeldungen nahezu gleich.

### Insolvenzen

Im Jahr 2012 wurden in Sachsen insgesamt 7 010 Insolvenzverfahren gemeldet, dies waren 9,7 Prozent weniger als 2011 (vgl. Tab. 7). Deutschlandweit war 2012 ein Rückgang der Insolvenzen um 5,7 Prozent zu verzeichnen. Von den 7 010 Insolvenzverfahren des Jahres 2012 in Sachsen kamen 6 143 zur Eröffnung, 837 wurden mangels Masse abgewiesen und 30 durch die Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes beendet.

Tab. 7 Insolvenzverfahren

Merkmal	2012	2011	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2012	2011
	Anzahl		%	
<b>Insgesamt</b>	<b>7 010</b>	<b>7 764</b>	<b>-9,7</b>	<b>-10,9</b>
und zwar				
eröffnete Verfahren	6 143	6 742	-8,9	-12,6
mangels Masse abgewiesene Verfahren	837	1 000	-16,3	2,2
Schuldenbereinigungsplan	30	22	36,4	4,8
<b>Unternehmen<sup>1)</sup></b>	<b>1 388</b>	<b>1 587</b>	<b>-12,5</b>	<b>-7,4</b>
darunter				
Baugewerbe	267	341	-21,7	0,3
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	233	246	-5,3	-14,9
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	150	165	-9,1	-1,2
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	146	146	-	-22,8
Verarbeitendes Gewerbe	119	129	-7,8	-19,4
Gastgewerbe	115	143	-19,6	-2,7
<b>übrige Schuldner</b>	<b>5 622</b>	<b>6 177</b>	<b>-9,0</b>	<b>-11,7</b>
natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.	36	38	-5,3	-60,4
ehemals selbstständig Tätige (mit Regelinsolvenzverfahren)	827	1 019	-18,8	5,2
ehemals selbstständig Tätige (mit Verbraucherinsolvenzverfahren)	274	339	-19,2	-14,0
Verbraucher	3 983	4 261	-6,5	-14,8
Nachlässe	502	520	-3,5	-3,9

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen belief sich im Jahr 2012 auf 1 388 und war somit um 12,5 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Am stärksten betroffen war das Baugewerbe mit 267 Fällen, zugleich lag hier mit 21,7 Prozent auch der kräftigste prozentuale Rückgang innerhalb der Wirtschaftsbereiche vor. Es folgte der Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 233 Fällen, zum Vorjahr lag hier eine Abnahme um 5,3 Prozent vor. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden 119 Insolvenzen gemeldet, 7,8 Prozent weniger als 2011.

Die Insolvenzverfahren für Verbraucher lagen mit 3 983 Fällen im Jahr 2012 um 6,5 Prozent unter ihrem Vorjahresstand. Neben den Verbraucherinsolvenzen zählen zu den 5 622 Insolvenzen für „Übrige Schuldner“ 36 Verfahren für natürliche Personen, die als Gesellschafter u. Ä. tätig waren, 1 101 für ehemals selbstständig Tätige und 502 Verfahren für Nachlässe. Die Verfahren für „übrige Schuldner“ verringerten sich zum Vorjahr um 9,0 Prozent.

Leonore Hesse, Dipl.-Ökon., Referentin Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit

Carola Hoffmann, Dipl.-Math., Referentin Wirtschaftsbeobachtung, Konjunkturanalyse und Arbeitsmarkt

Heike Matticz, Dipl.-Ökon., Fachverantwortliche Wirtschaftsbeobachtung, Konjunkturanalyse und Arbeitsmarkt

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Roman Straube, Dipl.-Volkswirt, Sachbearbeiter gesamtwirtschaftliche Analysen

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Zuletzt: Hesse, L., C. Hoffmann, H. Matticz, A. Oettel, W.-D. Speich u. R. Straube: Wirtschaftsentwicklung 2011 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 3/2012, S. 2 - 9.
- [2] Wirtschaft in Sachsen. Ergebnisse der amtlichen Statistik 2012. Statistischer Bericht, Z 1 2 - j/12, Kamenz 2013.
- [3] Speich, W.-D.: Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? In: Statistik in Sachsen, 1/2009, S. 7 - 14.
- [4] Erläuterungen und Veröffentlichungstermine für Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttowertschöpfung (BWS). Unter: [http://www.vgrdl.de/arbeitskreis\\_VGR/xplan\\_BIP.asp](http://www.vgrdl.de/arbeitskreis_VGR/xplan_BIP.asp) [Abruf vom 16.05.2013]
- [5] Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa, Jahreswirtschaftsbericht 2013 der Bundesregierung. Unter: <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=546048.html>, hier S. 7 [Abruf vom 21.05.2013]
- [6] Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten; Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013. Unter: <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/publications/docbase/details.html?docId=19087773>, hier S. 25 [Abruf vom 21.05.2013]
- [7] Bundesminister Rösler: 2013 wird ein gutes Jahr; Pressemitteilung vom 25.4.2013. Unter: <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=572796.html> [Abruf vom 21.5.2013]
- [8] Pressemitteilung 163/13 des Statistischen Bundesamtes vom 15. Mai 2013 zur Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 2013. Unter: [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/05/PD13\\_163\\_811.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/05/PD13_163_811.html) [Abruf vom 21.05.2013]
- [9] Arent, S., M. Kloß, R. Lehmann und J. Ragnitz: Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2012/2013: Eurokrise bringt gesamtwirtschaftliche Entwicklung nahezu zum Stillstand. Unter: <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/publications/docbase/details.html?docId=19075243>, hier S. 17ff. [Abruf vom 21.05.2013]
- [10] Groß, B., C. Hoffmann u. W.-D. Speich: Wirtschaftsentwicklung 2001 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1-2/2002, S. 1 - 19, hier S. 5f.
- [11] IWH; DIW; ifo Dresden; IAB; HoF; RWI: Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland – Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. IWH-Sonderheft 2/2011. Halle (Saale) 2011. Unter: [http://www.iwh-halle.de/d/publik/sh/PDF/SH\\_11-2.pdf](http://www.iwh-halle.de/d/publik/sh/PDF/SH_11-2.pdf), hier S. 29 bzw. auch S. 59ff. bzw. 71ff. [Abruf vom 21.05.2013]
- [12] Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „Bürgerarbeit ist konsequentes Fördern und Fordern“ vom 9. Juli 2012. Unter: <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/buergerarbeit.html;jsessionid=4E66F11C5D96117C0161DC9D26F616D3> [Abruf vom 12.07.2013]
- [13] Bundesministerium für Arbeit und Soziales „Fragen und Antworten zur Durchführung von Modellprojekten Bürgerarbeit“. Unter: [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/buergerarbeit-faq.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/buergerarbeit-faq.pdf?__blob=publicationFile) [Abruf vom 12.07.2013]
- [14] Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zu den Außenhandelspreisen vom 28. Mai 2013. Unter: [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/05/PD13\\_178\\_614.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/05/PD13_178_614.html) [Abruf vom 12.07.2013]
- [15] Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zu den Gewerbeanzeigen vom 18. März 2013. Unter: [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13\\_106\\_52311.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13_106_52311.html) [Abruf vom 12.07.2013]



# Das Verarbeitende Gewerbe<sup>1)</sup> Sachsens 2012

## Vorbemerkungen

Im Blickpunkt dieser jährlichen Betrachtungen steht der Teil der sächsischen Wirtschaft, der traditionell als Industrie bezeichnet wird. Er umfasst die Abschnitte B (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) und C (Verarbeitendes Gewerbe) der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). [1] Die Befragung der Betriebe der genannten Bereiche erfolgt im Rahmen des „Monatsberichtes für Betriebe“ (Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen) [2] sowie im Rahmen des „Jahresberichtes für Betriebe“ (Betriebe mit im Allgemeinen 20 bis 49 tätigen Personen). [3] Die aus beiden Erhebungen zum Jahresergebnis für die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zusammengeführten Angaben dienen einerseits zur mittelfristigen Beurteilung der konjunkturellen Lage, decken andererseits aber ebenso den Informationsbedarf zu den

strukturellen Veränderungen (regional sowie sektoral). Die Angaben beziehen sich, wenn nicht gesondert Bezug auf Monatsdaten genommen wird, auf Jahreswerte der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen<sup>2)</sup>. Rechtsgrundlagen der Erhebungen sind das Bundesstatistikgesetz (BStatG) [4] sowie das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der jeweils gültigen Fassung. [5]

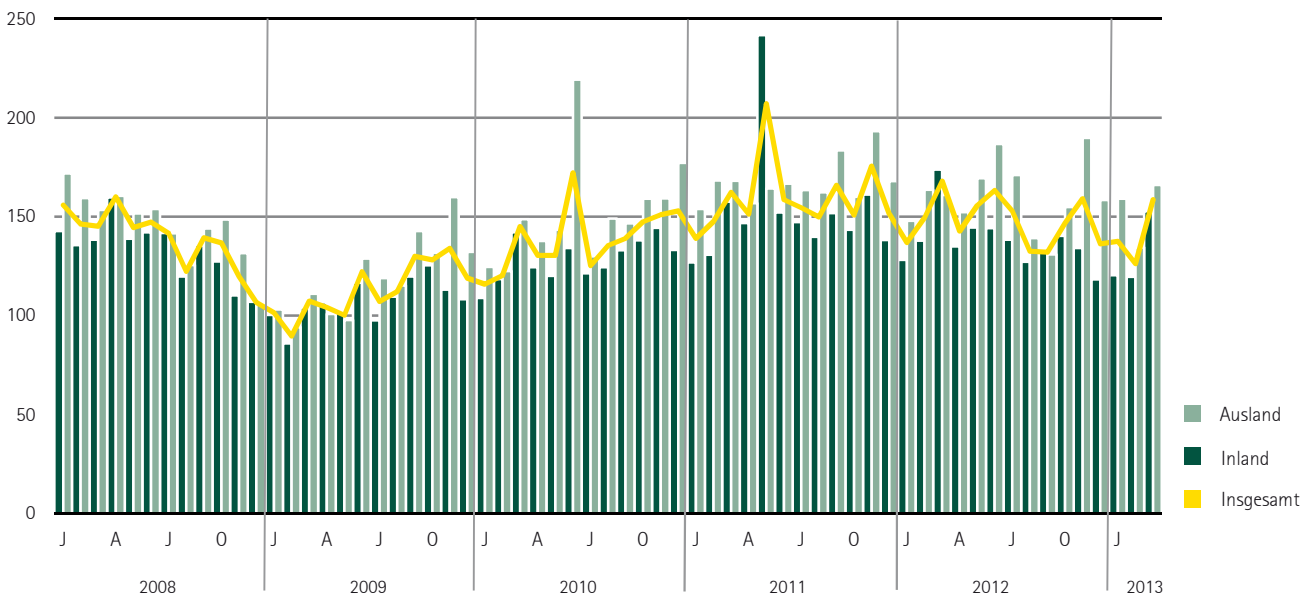
## Wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst durch Turbulenzen aus der Eurozone erkennbar verhaltener

Die nachfolgende einleitende Betrachtung zur konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2012 anhand der unterjährigen Entwicklung beim Auftragseingang bezieht sich auf Angaben der Betriebe aus dem Monatsberichts-

(Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen). Auch in der sächsischen Industrie gewann die konjunkturelle Entwicklung nach dem krisenbedingten Abschwung im Jahr 2009 in den beiden Folgejahren rasch wieder an Schwung. Die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs wurde jedoch durch die globalen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen so-

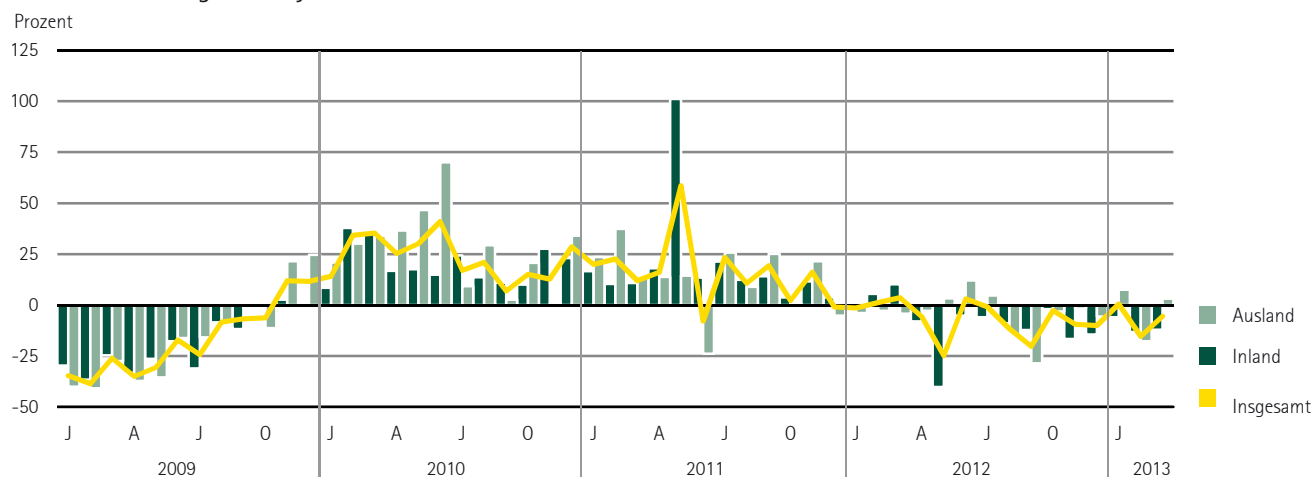
- 1) Wenn nicht ausdrücklich zwischen den Abschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ unterschieden wird, schließt der Gebrauch der Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ den Sektor „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ mit ein.
- 2) Im Rahmen der Betriebserhebungen des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes werden in der Regel Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen befragt. Das heißt, im Falle von Einbetriebsunternehmen haben die befragten Betriebe eine Mindestgröße von 20 tätigen Personen. Ausnahmen gibt es nur in einigen wenigen Wirtschaftszweigen (vgl. dazu [3]). Im Falle von Mehrbetriebsunternehmen gilt die Abschneidegrenze von 20 tätigen Personen für das Unternehmen insgesamt, so dass deren Betriebe weniger als 20 tätige Personen haben können. Die große Zahl der kleineren Einbetriebsunternehmen mit weniger als 20 tätigen Personen ist in diese Statistiken nicht einbezogen.

Abb. 1 Auftragseingang<sup>1)</sup> im Verarbeitenden Gewerbe Januar 2008 bis März 2013 (Wertindex 2005 = 100)



1) preisbereinigte und kalendermonatliche Darstellung

Abb. 2 Auftragseingangindex im Verarbeitenden Gewerbe Januar 2009 bis März 2013  
Veränderung zum Vorjahresmonat



Tab. 1 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2012

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
					insgesamt	Inland	Ausland
					Millionen €		
		Anzahl					
05	Kohlenbergbau	2	.	.	.	.	.
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	72	1 612	47	267	.	.
09	Erbr. v. Dienstl. f. d. Bergbau u. f. d. Gew. v. Steinen u. Erden	1	.	.	.	.	.
<b>B</b>	<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>75</b>	<b>3 415</b>	<b>133</b>	<b>767</b>	<b>740</b>	<b>27</b>
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	343	17 573	358	5 966	5 335	632
11	Getränkeherstellung	27	2 148	70	851	.	.
12	Tabakverarbeitung	1	.	.	.	.	.
13	H. v. Textilien	106	7 954	171	955	612	344
14	H. v. Bekleidung	36	.	.	.	.	.
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	9	.	.	.	.	.
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	94	4 901	102	1 094	755	339
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	62	6 687	196	1 630	939	691
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	72	6 410	160	715	567	148
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	69	8 997	360	2 532	1 101	1 430
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	21	3 025	117	450	283	167
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	161	12 834	316	1 934	1 474	459
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	231	11 379	317	1 941	1 592	350
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	71	10 437	340	2 933	2 137	796
25	H. v. Metallerzeugnissen	568	39 741	1 038	5 079	4 145	934
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	102	16 296	642	3 972	1 770	2 203
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	147	15 224	465	2 271	1 726	545
28	Maschinenbau	376	38 440	1 312	7 430	3 844	3 586
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	103	27 583	1 146	13 978	6 527	7 451
30	Sonstiger Fahrzeugbau	20	5 384	218	1 299	766	533
31	H. v. Möbeln	63	3 985	87	548	420	128
32	H. v. sonst. Waren	115	6 237	137	567	433	133
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	179	9 968	353	1 475	1 261	214
<b>C</b>	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>2 976</b>	<b>258 112</b>	<b>7 973</b>	<b>58 762</b>	<b>37 549</b>	<b>21 212</b>
	<b>Insgesamt</b>	<b>3 051</b>	<b>261 527</b>	<b>8 105</b>	<b>59 529</b>	<b>38 290</b>	<b>21 239</b>

1) Stand Ende September

wie durch die fortdauernden Finanzprobleme im Eurowährungsraum beeinträchtigt. Bei der Betrachtung der Auftragseingänge der sächsischen Industrie ließen sich bereits im zweiten Halbjahr 2011 erste Anzeichen einer Dämpfung bei der Nachfrage aus dem Ausland erkennen. Diese Entwicklung setzte sich im Verlauf des Jahres 2012 fort und gewann an Intensität (vgl. Abb. 1 und Abb. 2).

Die Auftragseingänge der sächsischen Industriebetriebe gingen im Vergleich zum Jahr 2011 nominal um 8,0 Prozent zurück (2011: +11,9 Prozent). Während die Bestellungen aus dem Inland im Jahresdurchschnitt 2012 um 11,3 Prozent zurückgingen (2011: +20,3 Prozent), verlor die Nachfrage aus dem Ausland mit einem Rückgang um 3,9 Prozent erkennbar weniger an Schwung (2011: +3,1 Prozent). Die beim Auftragseingang aus dem Ausland festgestellte Entwicklung ist maßgeblich den

aus der Euroschuldenkrise erwachsenden Turbulenzen geschuldet. Während die Nachfrage aus der Eurozone gegenüber 2011 um 13,1 Prozent nachgab (2011: +14,3 Prozent), konnte bei der Order aus dem nicht zur Eurozone gehörenden Ausland mit einem Zuwachs um 3,0 Prozent eine leichte Belebung festgestellt werden (2011: -4,0 Prozent).

Insgesamt kamen 47,1 Prozent des Auftragsvolumens im Jahr 2012 aus dem Ausland. Im Jahr zuvor lag der Anteil der Order aus dem Ausland bei 45,1 Prozent (2010: 49,0 Prozent, 2009: 46,0 Prozent).

### Industrie setzte weniger Erzeugnisse und Leistungen um als 2011

Die nach dem krisenbedingten Umsatztief im Jahr 2009 in den beiden darauf folgenden Jahren festgestellte konjunkturelle Belebung

(2010: 12,4 Prozent, 2011: 11,9 Prozent) erfuhr im Jahr 2012 einen leichten Dämpfer. Von den 3 051 berichtspflichtigen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes Sachsens wurde im Jahr 2012 ein Gesamtumsatz in Höhe von 59,5 Milliarden € erwirtschaftet. Damit wurden insgesamt Waren und Leistungen im Wert von 1,36 Milliarden € bzw. 2,2 Prozent weniger umgesetzt als im Jahr zuvor. Im selben Zeitraum ging das Geschäft im Inland um 2,1 Prozent zurück und erwies sich damit erkennbar kraftloser als im Jahr zuvor (2011: +10,2 Prozent). Auch beim Geschäft mit ausländischen Kunden musste eine rückläufige Entwicklung konstatiert werden. Hier fiel der Dämpfer mit einem Rückgang um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2011: +15,1 Prozent) jedoch noch deutlicher aus als im Inland.

**Tab. 2 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens – Veränderungen gegenüber 2011 (in Prozent)**

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
					insgesamt	Inland	Ausland
05	Kohlenbergbau	-	.	.	.	.	.
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	-4,0	-5,3	-1,7	-13,2	.	.
09	Erbr. v. Dienstl. f. d. Bergbau u. f. d. Gew. v. Steinen u. Erden	-	.	.	.	.	.
<b>B</b>	<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>-3,8</b>	<b>-1,1</b>	<b>3,1</b>	<b>-2,6</b>	<b>-2,3</b>	<b>-11,8</b>
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	0,6	1,0	2,7	1,1	-	11,4
11	Getränkeherstellung	-3,6	-3,2	-0,2	-0,6	.	.
12	Tabakverarbeitung	-	.	.	.	.	.
13	H. v. Textilien	-3,6	-2,3	1,4	-5,8	-6,4	-4,9
14	H. v. Bekleidung	5,9	.	.	.	.	.
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	-	.	.	.	.	.
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	1,1	1,1	6,2	1,0	1,5	-
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	-1,6	3,4	3,4	0,2	-2,4	3,9
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	-2,7	3,4	1,7	-6,0	-4,6	-10,7
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	-	1,5	3,1	-8,9	-4,6	-11,9
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	-4,5	1,6	5,9	-28,0	.	.
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	0,6	0,1	3,7	-2,6	-6,2	10,9
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	1,3	0,6	3,1	-1,5	-0,2	-7,1
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	-1,4	2,8	7,1	-6,8	-8,1	-3,2
25	H. v. Metallerzeugnissen	3,5	3,6	6,8	1,1	-0,1	7,0
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	-1,9	1,0	6,4	-8,2	-10,6	-6,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	5,8	6,1	12,4	2,3	7,1	-10,4
28	Maschinenbau	-	2,3	6,0	6,3	3,7	9,2
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	-4,6	4,7	15,2	-8,4	-9,5	-7,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	5,3	5,2	9,9	67,8	54,7	91,0
31	H. v. Möbeln	1,6	0,2	1,9	-1,0	-2,0	2,6
32	H. v. sonst. Waren	-	2,1	4,1	0,1	2,9	-8,0
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	0,6	3,7	4,7	-2,2	-2,4	-1,4
<b>C</b>	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>0,7</b>	<b>2,4</b>	<b>6,8</b>	<b>-2,2</b>	<b>-2,1</b>	<b>-2,5</b>
	<b>Insgesamt</b>	<b>0,6</b>	<b>2,4</b>	<b>6,8</b>	<b>-2,2</b>	<b>-2,1</b>	<b>-2,5</b>

1) Stand Ende September

### Mehrzahl der Branchen verfehlte die im Jahr zuvor erzielten Umsatzergebnisse

Nur wenige Branchen der sächsischen Industrie konnten im Jahr 2012 mit einem Umsatzplus im Vergleich zum Vorjahr aufwarten. Hierzu zählen Bereiche wie u. a. der Sonstige Fahrzeugbau mit einem Zuwachs um 67,8 Prozent (2011: -5,6 Prozent), der Maschinenbau mit 6,3 Prozent (2011: 19,8 Prozent), der Bereich Herstellung von elektrischen Ausrüstungen mit 2,3 Prozent (2011: 17,8 Prozent) sowie die Bereiche Herstellung von Metallerzeugnissen und Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit einem Plus von jeweils 1,1 Prozent (2011: 16,6 Prozent bzw. 8,6 Prozent). Von der Mehrzahl der übrigen Wirtschaftszweige konnten dagegen die im Vorjahr erzielten Umsatzergebnisse nicht wieder erreicht werden. Zu den Wirtschaftszweigen von denen augenfällig weniger Umsatz erwirtschaftet wurde gehören u. a. Branchen wie Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen mit einem Rückgang um 28,0 Prozent (2011: +5,6 Prozent), Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit einem um 8,9 Prozent geringeren Umsatz (2011: +6,2 Prozent), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit einem Minus um 8,4 Prozent (2011: +10,7 Prozent), Metallerzeugung und -bearbeitung mit 6,8 Prozent weniger Umsatz (2011: +24,6 Prozent), Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung bespielter Tonträger usw. mit einem

um 6,0 Prozent geringeren Ergebnis (2001: +9,7 Prozent) sowie Herstellung von Textilien mit einem Rückgang um 5,8 Prozent (2011: +3,8 Prozent). Die Intensität der Entwicklung in den Bereichen Sonstiger Fahrzeugbau sowie Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen ist durch Sondereffekte beeinflusst (vgl. Tab. 1, Tab. 2 und Abb. 3).

### Die fünf führenden Wirtschaftszweige in Sachsen

Der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen musste zwar im Vergleich zum Vorjahr einen spürbaren Umsatzrückgang verkräften, erwies sich mit einem Jahresumsatz von annähernd 14,0 Milliarden € auch 2012 wieder als umsatzstärkste Industriebranche Sachsens. Im zurückliegenden Jahr setzten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen Erzeugnisse im Wert von rund 1,3 Milliarden € bzw. 8,4 Prozent weniger um als im Jahr 2011 und steuerten damit einen Anteil von 23,5 Prozent zum Industriumsatz Sachsens bei (2011: 25,1 Prozent, 2010: 25,3 Prozent). Durch die weltweit angespannte wirtschaftliche Lage, insbesondere aber durch die Auswirkungen der Euro-Schuldenkrise, gestalteten sich die Geschäfte der Branche schwieriger als in vorangegangenen Jahren. Sowohl im Inland als auch beim Geschäft mit ausländischen Kunden wurden die im Jahr 2011 erzielten

Ergebnisse deutlich verfehlt. Das Geschäft im Inland ging um 9,5 Prozent zurück, der Umfang der Exporte um 7,4 Prozent. Der Anteil der Branche an den Exporten der sächsischen Industrie verringerte sich 2012 dadurch zwar um 1,9 Prozentpunkte, beläuft sich aber nach wie vor auf weit mehr als ein Drittel (35,1 Prozent). Mit einem Gesamtumsatz von gut 7,4 Milliarden € belegte mit deutlichem Abstand zum Spitzenreiter der Maschinenbau wiederum Rang zwei. Die abflauende konjunkturelle Belebung, die sich in den anderen Branchen u. a. auch durch eine nachlassende Investitionsbereitschaft bemerkbar macht, wirkt sich auf die Auftragsituation in dieser Branche erst mit einer gewissen Verzögerung aus. Die Maschinen- und Anlagenbauer konnten im Jahr 2012 noch erkennbar zulegen. Mit einem Umsatzzuwachs um rund 439 Millionen € bzw. 6,3 Prozent festigte die Branche ihre Platzierung aus dem Vorjahr und steuerte 2012 einen Anteil von 12,5 Prozent zum sächsischen Industriumsatz bei (2011: 11,5 Prozent). Mit Geschäften im Wert von rund 6,0 Milliarden € erzielte der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln ein Umsatzplus um 1,1 Prozent und beanspruchte bei dieser Betrachtung damit den dritten Rang für sich. Im Vergleich zum Vorjahr vergrößerte sich der Abstand zum Zweitplatzierten auf Grund der dynamischeren Entwicklung im Maschinenbau jedoch erkennbar. Der Anteil der Branche am Indu-

Abb. 3 Tätige Personen und Umsatz in ausgewählten Branchen der sächsischen Industrie 2012 Veränderung gegenüber 2011

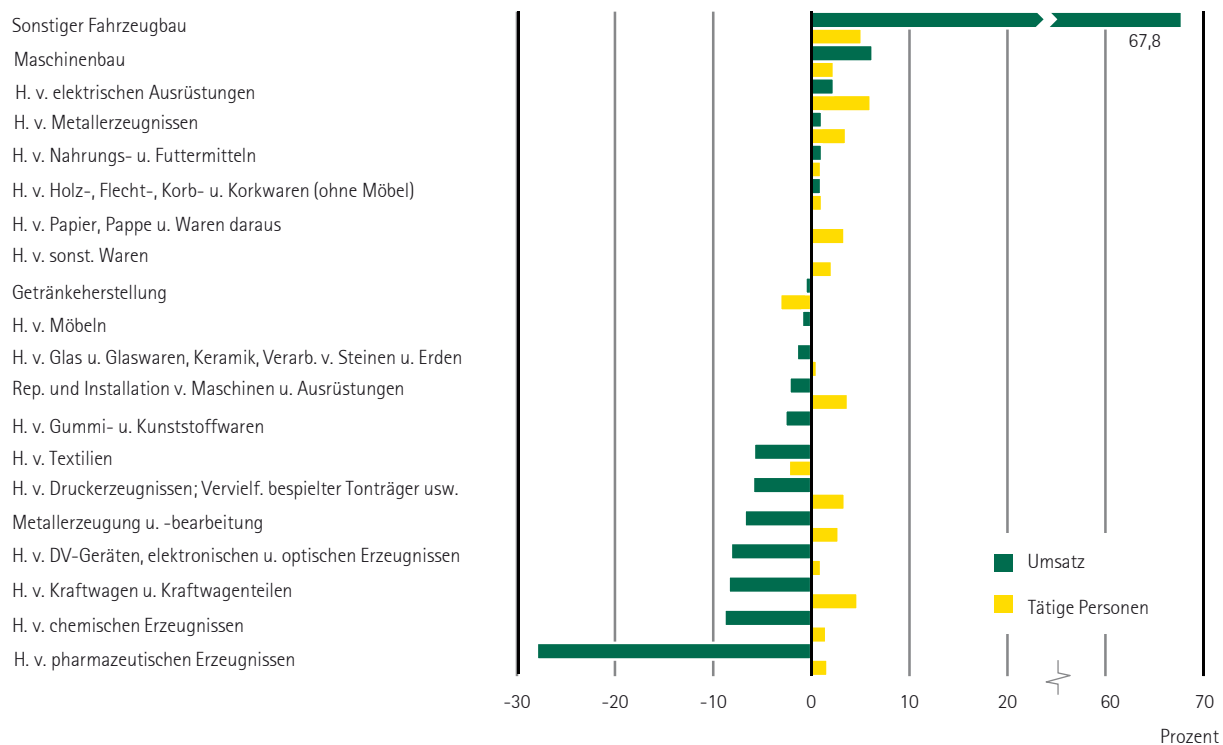
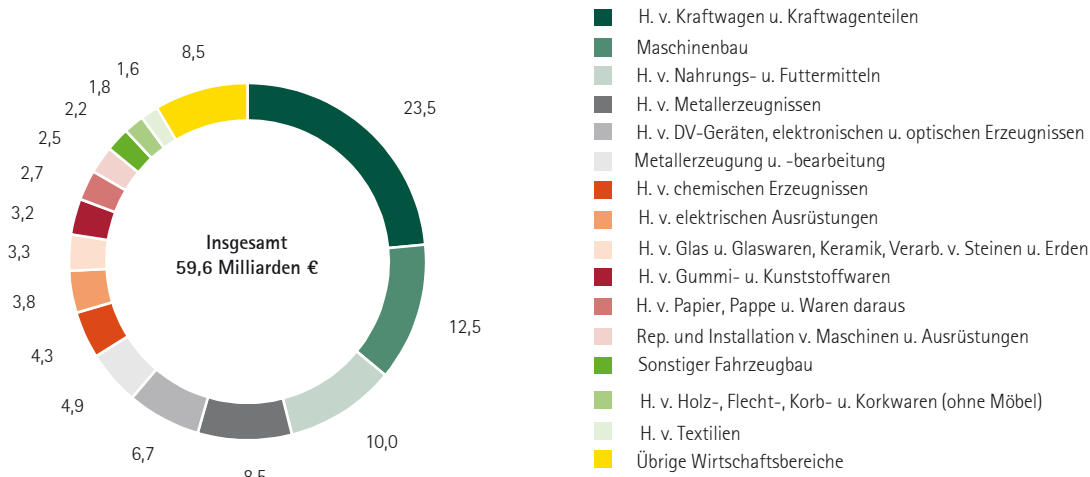


Abb. 4 Branchenstruktur der sächsischen Industrie 2012 nach Umsatzanteilen in Prozent



strieumsatz belief sich 2012 auf 10,0 Prozent (2011: 9,7 Prozent). Von den Betrieben im Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen wurde ein Jahresergebnis von rund 5,1 Milliarden € erwirtschaftet, rund 56 Millionen € mehr als im Jahr zuvor. Die Branche verbuchte damit gegenüber 2011 ebenfalls einen Umsatzzuwachs um 1,1 Prozent und steuerte mit einem Anteil von 8,5 Prozent 0,3 Prozentpunkte mehr zum Industrieumsatz bei als vor Jahresfrist. Platz fünf belegte mit rund 4,0 Milliarden € der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen. Der Wirtschaftszweig, der im Jahr zuvor erkennbaren Aufwind verspürte, verzeichnete 2012 einen Umsatzrückgang um 8,2 Prozent und erweist sich damit weiter als schwieriges Geschäftsfeld. Mit dem gegenüber 2011 um rund 354 Millionen € geringeren Umsatzergebnis verminderte sich der Anteil der Branche am Industrieumsatz Sachsens um 0,4 Prozentpunkte auf 6,7 Prozent. Gemessen am erwirtschafteten Gesamtumsatz bleibt die Branche damit aber nach wie vor eine der tragenden Säulen der sächsischen Industrie. Von diesen fünf genannten Wirtschaftszweigen wurden im Jahr 2012 mehr als drei Fünftel (61,2 Prozent) des Gesamtumsatzes der sächsischen Industrie erwirtschaftet (2011: 61,6 Prozent, 2010: 60,6 Prozent) (vgl. Abb. 4).

#### „Konjunkturlokomotive“ Export verlor spürbar an Fahrt

Das Auslandsgeschäft, das sich im Jahr zuvor auch in der sächsischen Industrie noch als Konjunkturlokomotive erwiesen hatte, verlor aufgrund der weltweit schwächelnden Konjunktur sowie vor dem Hintergrund der im Euro-Währungsraum fortdauernd schwelenden Finanzkrise im Jahr 2012 deutlich an

Schwung. Die von den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden realisierten Exporte erreichten eine Größenordnung von reichlich 21,2 Milliarden € (2011: 21,8 Milliarden €). Von Januar bis Dezember 2012 wurden von der sächsischen Industrie damit Waren im Wert von rund 554 Millionen € weniger exportiert als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Entwicklung war dabei maßgeblich durch das Geschehen im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen bestimmt. Das Exportgeschäft allein in dieser Sparte fiel um rund 599 Millionen € bzw. um 7,4 Prozent geringer aus als im Jahr zuvor. Da das Inlandsgeschäft im Vergleichszeitraum um 9,5 Prozent nachgab, resultierten dennoch 53,3 Prozent des von der Branche erwirtschafteten Umsatzes aus dem Geschäft mit ausländischen Kunden (2011: 52,7 Prozent). Ein nominal beachtlicher Rückgang beim Auslandsgeschäft war auch im Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen (rund 192 Millionen €) sowie im Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (rund 145 Millionen €) festzustellen. Gegenüber 2011 ein ansehnliches Umsatzplus beim Exportgeschäft verzeichneten dagegen Bereiche wie u. a. der Maschinenbau mit rund 303 Millionen €, der Bereich Sonstiger Fahrzeugbau mit rund 254 Millionen €, der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit rund 65 Millionen € sowie der Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen mit gut 61 Millionen €. Die spürbar rückläufige Entwicklung beim Auslandsgeschäft in den drei zuerst genannten Bereichen konnte jedoch durch den Zuwachs anderer Branchen nicht aufgefangen werden, so dass sich der Umfang der Exporte gegenüber 2011 insgesamt um 2,5 Prozent verringerte (vgl. Tab. 2).

Da Auslandsgeschäft und Inlandsgeschäft eine annähernd vergleichbare Entwicklung nahmen, ging die Exportquote der sächsischen Industrie (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) gegenüber dem Vorjahreswert lediglich um 0,1 Prozentpunkte zurück. Sie lag im Jahr 2012 bei 35,7 Prozent.

#### Fahrzeugbau unangefochtener Spitzenreiter beim Geschäft mit dem Ausland

Der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen behauptete auch 2012 mit Exporten im Wert von reichlich 7,4 Milliarden € (2011: rund 8,0 Milliarden €) unangefochten die Position als Flaggschiff der sächsischen Industrie. Als Zweitplatzierter realisierte der Maschinenbau Geschäfte mit ausländischen Kunden im Wert von rund 3,6 Milliarden € (2011: 3,3 Milliarden). Mit Geschäften im Umfang von rund 2,2 Milliarden € exportierte der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen zwar deutlich weniger als im Jahr zuvor (2011: rund 2,35 Milliarden €), konnte sich aber damit ungefährdet als Drittplatzierter bei dieser Betrachtung behaupten. Trotz eines ansehnlichen Rückgangs beim Geschäft mit ausländischen Kunden belegte der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit Exporten im Wert von gut 1,4 Milliarden € (2011: rund 1,6 Milliarden €) den vierten Rang. Mit etwas Abstand folgen auf den Plätzen fünf bis sieben der Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen, von dem Waren im Wert von rund 934 Millionen € (2011: 873 Millionen €) im Ausland abgesetzt werden konnten, der Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung mit Exporten im Wert von 796 Millionen € (2011: 822 Millionen €) sowie der Bereich Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus mit rund



691 Millionen € (665 Millionen €). Von den genannten sieben Wirtschaftszweigen wurden damit mehr als vier Fünftel (80,5 Prozent) des 2012 von der sächsischen Industrie mit dem Ausland getätigten Geschäftsvolumens realisiert (vgl. Tab. 1).

### Umsatzrückgang 2012 bleibt weitgehend ohne Auswirkung auf die Beschäftigungssituation

Trotz der leicht rückläufigen Umsatzentwicklung lag die Zahl der in sächsischen Industriebetrieben tätigen Personen Ende September 2012 mit 261 527 Beschäftigten um 6 130 Personen bzw. um 2,4 Prozent höher als vor Jahresfrist. Diese Entwicklung kann nahezu ohne Ausnahme branchenübergreifend festgestellt werden. Das kann als Zeichen dafür gesehen werden, dass der Großteil der sächsischen Unternehmer die konjunkturelle Entwicklung in naher Zukunft optimistisch einschätzt und personalseitig kurzfristig keine entsprechenden Anpassungsmaßnahmen als erforderlich erachtet wurden. Mit rund 39 750 Beschäftigten (2011: 38 400 tätige Personen) erwies sich der Bereich Herstellung von Metallenerzeugnissen auch im Jahr 2012 als Wirtschaftszweig mit dem umfangreichsten Personalstock. In der Branche sind damit 15,2 Prozent (2011: 15,0 Prozent) der in der Industrie tätigen Personen be-

schäftigt. Der Maschinenbau behauptete mit 38 450 Beschäftigten (2011: 37 600 tätige Personen) Rang zwei, das entspricht unverändert wie im Jahr zuvor einem Beschäftigtenanteil von 14,7 Prozent. Auf den Plätzen drei bis fünf folgen der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 27 600 Beschäftigten und einem Anteil von 10,5 Prozent (2011: 26 350 tätige Personen / Anteil: 10,3 Prozent), der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 17 600 Beschäftigten und einem Anteil von 6,7 Prozent (2011: 17 400 tätige Personen / Anteil: 6,8 Prozent) sowie der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit 16 300 Beschäftigten und einem Anteil von 6,2 Prozent (2011: 16 150 tätige Personen / Anteil: 6,3 Prozent). Jeder zweite der in der sächsischen Industrie tätigen Personen (53,4 Prozent) ging 2012 einer Beschäftigung in einem Betrieb der genannten fünf Wirtschaftszweige nach (vgl. Tab. 1 und Abb. 2).

### Gestiegene Aufwendungen für Lohn und Gehalt – Ausdruck der Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg

Im Jahr 2012 betrug die Summe der bezahlten Entgelte [2], [3] reichlich 8,1 Milliarden € (2011: rund 7,6 Milliarden €, 2010: reichlich 6,8 Milliarden €). Die Aufwendungen der

Unternehmen für Lohn und Gehalt stiegen damit in Jahresfrist um rund 515 Millionen € bzw. 6,8 Prozent deutlich an (2011: rund 750 Millionen € bzw. 11,0 Prozent, 2010: rund 300 Millionen € bzw. um 5,2 Prozent). Die spürbare Aufwärtsentwicklung bei dieser Kennzahl insbesondere in den beiden letzten Jahren ist einerseits auf den branchenübergreifenden Beschäftigungszuwachs zurückzuführen, sie ist andererseits aber auch Beleg für die Teilhabe der Beschäftigten am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen im Ergebnis tarifpolitischer Verhandlungen. Das durchschnittlich bezahlte Entgelt je tätiger Person betrug im Jahr 2012 rund 30 990 € und lag damit um 4,3 Prozent über dem für das Vorjahr ausgewiesenen Niveau (2011: 29 700 € / Plus gegenüber 2010 4,4 Prozent). Damit werden bereits das zweite Jahr in Folge ansehnliche Zuwachsraten bei dieser Kennzahl ausgewiesen. Die für die einzelnen Branchen ermittelten Durchschnittswerte weisen jedoch deutliche Unterschiede auf. Zu den Branchen, in denen überdurchschnittlich gut bezahlt wird, zählten im Betrachtungszeitraum u. a. der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 41 550 € (2011: 37 800 €), der Sonstige Fahrzeugbau mit 40 450 € (2011: 38 700 €), der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit 40 000 € (2011: 39 400 €), der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen

Tab. 3 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Deutschlands 2012

Bundesland Deutschland	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
				insgesamt	Inland	Ausland
	Anzahl		Millionen €			
Baden-Württemberg	8 119	1 209 241	56 625	308 985	150 707	158 277
Bayern	7 041	1 196 572	53 742	336 793	164 128	172 665
Berlin	736	92 836	4 262	23 327	11 021	12 306
Brandenburg	1 204	99 135	3 237	25 432	18 176	7 256
Bremen	290	51 636	2 554	24 913	11 759	13 154
Hamburg	449	83 766	4 653	88 419	68 882	19 537
Hessen	2 842	400 144	18 312	110 573	55 041	55 532
Mecklenburg-Vorpommern	679	57 292	1 550	12 729	9 069	3 661
Niedersachsen	3 719	515 952	22 627	195 405	108 310	87 094
Nordrhein-Westfalen	9 928	1 218 009	53 137	342 530	198 876	143 655
Rheinland-Pfalz	2 228	286 779	12 723	89 666	43 121	46 545
Saarland	504	92 974	3 893	27 147	13 987	13 160
<b>Sachsen</b>	<b>3 051</b>	<b>261 527</b>	<b>8 105</b>	<b>59 529</b>	<b>38 290</b>	<b>21 239</b>
Sachsen-Anhalt	1 425	130 578	4 007	42 413	31 154	11 259
Schleswig-Holstein	1 230	121 500	4 954	36 150	21 950	14 199
Thüringen	1 829	167 446	4 842	31 462	21 972	9 490
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>45 274</b>	<b>5 985 387</b>	<b>259 224</b>	<b>1 755 473</b>	<b>966 442</b>	<b>789 030</b>

1) Stand Ende September

2) Abweichungen zwischen der Summe der Länder und Deutschland durch Rundungen bedingt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.1

Tab. 4 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Deutschlands – Veränderungen gegenüber 2011 (in Prozent)

Bundesland Deutschland	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
				insgesamt	Inland	Ausland
Baden-Württemberg	0,2	1,4	5,0	1,4	-1,2	4,0
Bayern	-0,1	1,8	4,2	0,9	0,3	1,5
Berlin	-0,1	-0,3	2,0	-6,0	-19,0	9,9
Brandenburg	2,0	0,6	4,3	-1,4	-3,3	3,7
Bremen	5,5	2,6	5,4	5,9	4,6	7,2
Hamburg	-2,6	0,9	3,8	3,9	3,9	4,2
Hessen	0,2	0,2	4,2	-1,7	-3,1	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	-1,6	0,4	3,8	-1,9	-4,8	6,1
Niedersachsen	1,6	3,0	8,1	1,7	1,0	2,6
Nordrhein-Westfalen	3,3	1,5	3,8	-1,6	-1,7	-1,4
Rheinland-Pfalz	0,4	1,2	4,8	1,2	-1,0	3,4
Saarland	-0,6	-2,3	2,0	-0,8	-1,8	0,1
<b>Sachsen</b>	<b>0,6</b>	<b>2,4</b>	<b>6,8</b>	<b>-2,2</b>	<b>-2,1</b>	<b>-2,5</b>
Sachsen-Anhalt	-0,3	0,3	4,3	-0,8	-0,7	-1,1
Schleswig-Holstein	-1,5	0,4	2,7	4,1	3,7	4,6
Thüringen	0,2	1,2	5,7	-1,9	-2,8	0,4
<b>Deutschland</b>	<b>0,9</b>	<b>1,4</b>	<b>4,7</b>	<b>0,3</b>	<b>-0,8</b>	<b>1,7</b>

1) Stand Ende September

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.1

Tab. 5 Umsatzanteile und Exportquote nach Bundesländern 2012

Bundesland Deutschland	Umsatz		Export- quote
	insges.	Ausland	
	%		
Baden-Württemberg	17,6	20,1	51,2
Bayern	19,2	21,9	51,3
Berlin	1,3	1,6	52,8
Brandenburg	1,4	0,9	28,5
Bremen	1,4	1,7	52,8
Hamburg	5,0	2,5	22,1
Hessen	6,3	7,0	50,2
Mecklenburg-Vorpommern	0,7	0,5	28,8
Niedersachsen	11,1	11,0	44,6
Nordrhein-Westfalen	19,5	18,2	41,9
Rheinland-Pfalz	5,1	5,9	51,9
Saarland	1,5	1,7	48,5
<b>Sachsen</b>	<b>3,4</b>	<b>2,7</b>	<b>35,7</b>
Sachsen-Anhalt	2,4	1,4	26,5
Schleswig-Holstein	2,1	1,8	39,3
Thüringen	1,8	1,2	30,2
<b>Deutschland</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>44,9</b>

und optischen Erzeugnissen mit 39 400 € (2011: 37 400 €) sowie der Bereich Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen mit 38 700 € (2011: 37 150 €).

Zu den Bereichen der sächsischen Industrie mit den weniger guten Verdienstmöglichkei-

ten zählten 2012 der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 20 400 € (2011: 20 050 €) sowie der Bereich Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel) mit gut 20 800 € (2011: 19 850 €). Am unteren Ende der Verdienstskaala finden sich aber darüber hinaus auch Wirtschaftsbereiche wie der Bereich Herstellung von Textilien mit 21 550 € (2011: 20 750 €), der Bereich Herstellung sonstiger Waren mit 21 900 € (2011: 21 500 €) oder auch der Bereich Herstellung von Möbeln mit 21 900 € (2011: 21 550 €).

#### Sachsen und die anderen Bundesländer

Betrachtet man die Umsatzentwicklung gegenüber 2011 nach Bundesländern, zeigt sich bei den für das Merkmal Gesamtumsatz ermittelten Werten eine Spanne von plus 5,9 Prozent (Bremen) bis hin zu minus 6,0 Prozent (Berlin). Die Spannweite der Ergebnisse und ein über alle Länder für Deutschland ermittelter Durchschnittswert von lediglich plus 0,3 Prozent belegen, dass die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern recht unterschiedlich verlief. Neben Bremen konnten Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie Bayern für 2012 eine positive Umsatzbilanz vorweisen. Für die Mehrzahl der Bundesländer, so auch für Sachsen (-2,2 Prozent), musste gegenüber 2011 allerdings ein leichter Umsatzrückgang

konstatiert werden (vgl. Tab. 3 und Tab. 4). Im Jahr 2012 wurde von sächsischen Betrieben ein Anteil von 3,4 Prozent zum Gesamtumsatz und von 2,7 Prozent zum Auslandsumsatz der

Tab. 6 Entgelt je tätige Person<sup>1)</sup> 2012 nach Bundesländern

Bundesland Deutschland	Entgelt je tätige Person	Veränderung zum Vorjahr	
		€	%
Baden-Württemberg	46 827	1 581	3,5
Bayern	44 913	1 053	2,4
Berlin	45 912	1 015	2,3
Brandenburg	32 648	1 172	3,7
Bremen	49 460	1 281	2,7
Hamburg	55 549	1 573	2,9
Hessen	45 763	1 761	4,0
Mecklenburg-Vorpommern	27 060	887	3,4
Niedersachsen	43 855	2 073	5,0
Nordrhein-Westfalen	43 626	964	2,3
Rheinland-Pfalz	44 365	1 503	3,5
Saarland	41 873	1 758	4,4
<b>Sachsen</b>	<b>30 992</b>	<b>1 272</b>	<b>4,3</b>
Sachsen-Anhalt	30 685	1 186	4,0
Schleswig-Holstein	40 770	928	2,3
Thüringen	28 919	1 248	4,5
<b>Deutschland</b>	<b>43 309</b>	<b>1 335</b>	<b>3,2</b>

1) Die der Berechnung zugrunde liegende Angaben zu den tätigen Personen beziehen sich auf den Stand Ende September.

deutschen Industrie beigesteuert, jeweils ein Zehntel Prozentpunkt weniger als im Jahr zuvor. Sachsen konnte damit im Jahr 2012 seine Position beim Ranking zwischen den Bundesländern und zugleich auch seine führende Rolle unter den neuen Bundesländern behaupten und festigen.

Ausgenommen Berlin erzielte Sachsen unter den neuen Bundesländern mit 35,7 Prozent die höchste Exportquote (2011: 35,8 Prozent), liegt damit aber wieder deutlicher als im Jahr zuvor unter dem über alle Bundesländer hinweg für Deutschland ermittelten Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz von 44,9 Prozent (2011: 44,3 Prozent) (vgl. Tab. 5). Bei den bezahlten Entgelten kann wie bereits im Jahr zuvor auch 2012 über alle Bundesländer hinweg ein deutlicher Anstieg festgestellt werden. Trotz einer vergleichbaren prozentualen Entwicklung bei der Kennzahl „Entgelte je tätiger Person“ bleibt nominal betrachtet die Schere zwischen altem Bundesgebiet und neuen Bundesländern weiter weit geöffnet (vgl. Tab. 6).

#### Ausblick auf 2013

Betrachtet man die Entwicklung der Umsatzkennzahlen kann nach Ablauf der ersten drei Monate resümiert werden, dass sich die bereits Ende 2012 erkennbare leicht rückläufige Umsatzentwicklung in der sächsischen Industrie auch zu Beginn 2013 fortsetzte. Die Entwicklung beim Umsatz folgt in der Regel zeitversetzt der Entwicklung beim Auftragseingang. Hier zeigt sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2013 insbesondere bei der Order aus dem Ausland eine verhaltenerer

Entwicklung als vor Jahresfrist, so dass eine Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung durch das Auslandsgeschäft frühestens in der zweiten Jahreshälfte erwartet werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass durch weitere finanzpolitische Maßnahmen das Vertrauen der Märkte in den europäischen Wirtschaftsraum gestärkt werden kann. Stabilisierend auf die Entwicklung wirkt sich momentan ein robustes Inlandsgeschäft aus, das vom derzeit positiven Konsumklima (gute Beschäftigungssituation, gestiegene Arbeitseinkommen) profitieren kann. Eine gute Binnenkonjunktur sowie eine Belebung beim Export sind Voraussetzung für eine stabile Beschäftigungssituation in den sächsischen Industriebetrieben. Erfährt die wirtschaftliche Entwicklung im Verlauf des Jahres keinen nachhaltigen Aufwind, wird sich dies wohl auch auf den Personaleinsatz in den Betrieben niederschlagen. Vor dem Hintergrund einer global angespannten jedoch relativ stabilen Wirtschaftslage und unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Aktivitäten auf europäischer Ebene zur Einschränkung der Auswirkungen der Euroschuldenkrise geben Wirtschaftsforschungsinstitute und -verbände mit Blick auf das Jahresende 2013 derzeit jedoch moderat optimistische Wachstumsprognosen für Deutschland ab.

Jürgen Stelzner, Dipl.-Ing., Referent Produzierendes Gewerbe

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
- [2] Allgemeine Hinweise und ausführliche Erläuterungen zum Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Internes Arbeitsmaterial.
- [3] Allgemeine Hinweise und ausführliche Erläuterungen zum Jahresbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Internes Arbeitsmaterial.
- [4] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249).
- [5] Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2466) geändert worden ist.
- [6] Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen 2012, Statistischer Bericht, E I 3 – j/12, Kamenz Juni 2013.
- [7] Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2012. Statistisches Bundesamt, Jahresbericht für Betriebe 2012 – Arbeitsunterlage, Wiesbaden April 2013.

# Die Reisegebiete in Sachsen – ein Vergleich

## Vorbemerkungen

Basis dieses Aufsatzes ist die Beherbergungsstatistik, die monatlich durchgeführt wird. Einbezogen sind alle Beherbergungsstätten mit 10 und mehr Betten sowie alle Campingplätze mit 10 und mehr Stellplätzen. Zu den Beherbergungsstätten zählen Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen, Jugendherbergen und Hütten, Erholungs- und Ferienheime, Ferienzentren, Ferienhäuser und -wohnungen sowie Vorsorge-, Rehabilitationskliniken und Schulungsheime

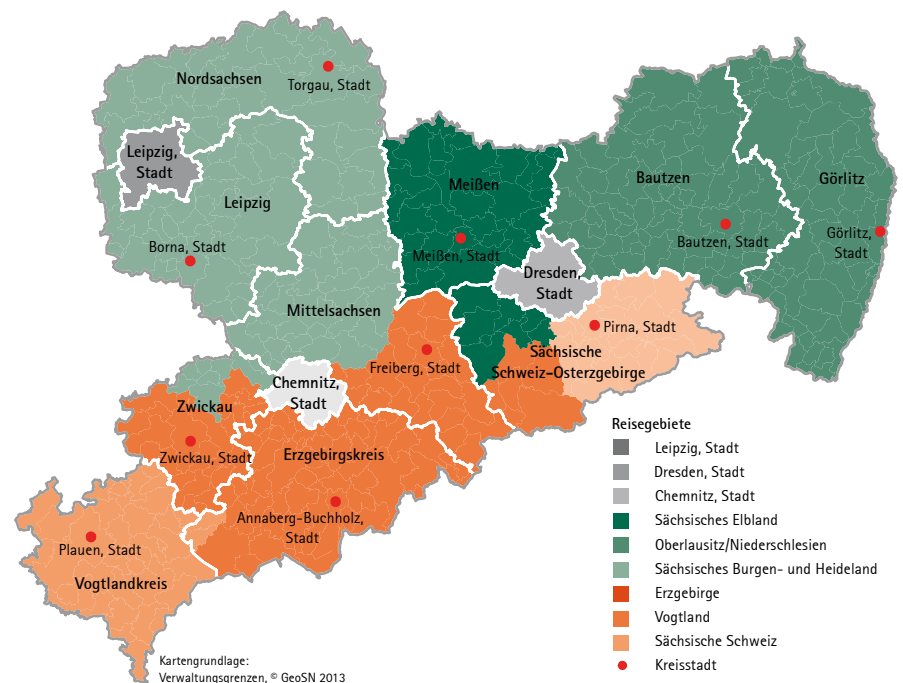
Die Abgrenzung der neun ausgewiesenen Reisegebiete nach Kreisfreien Städten und Landkreisen bzw. Gemeinden des Freistaates wurde vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit in Abstimmung mit dem Landestourismusverband vorgenommen. Die Daten der Beherbergungsstatistik beziehen sich auf das Jahr 2012, dabei wurden die mit Stand Juli geöffneten Betriebe und angebotenen Betten betrachtet.

## Tourismus – wichtiger Wirtschaftsfaktor in Sachsen

Neben den verschiedenen Wirtschaftszweigen der Industrie und der Land- und Forstwirtschaft spielt auch der Tourismus eine gewichtige Rolle im Freistaat Sachsen. Der Wirtschaftsfaktor Tourismus setzt sich aus einer Vielzahl von verschiedenen Teilleistungen aus unterschiedlichen Branchen, wie zum Beispiel dem Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, dem Handel und auch verschiedenen Dienstleistungsbereichen zusammen.

Im Jahr 2008 betrug die betriebswirtschaftliche Bruttowertschöpfung des Bereiches Tourismus für den Freistaat Sachsen insgesamt circa 1,3 Milliarden €. Rund ein Viertel davon erbrachte das Beherbergungsgewerbe. Die Anteile der einzelnen Reisegebiete hierzu sind differenziert.

Abb. 1 Reisegebiete, Kreisfreie Städte und Landkreise des Freistaates Sachsen  
Gebietsstand: 1. Januar 2013



## Sachsen gliedert sich in neun Reisegebiete

Bei der touristischen Vermarktung werden die einzelnen Reisegebiete oft mit entsprechenden Alleinstellungsmerkmalen verbunden, damit sich die Gebiete voneinander abgrenzen können und so zu einer eigenständigen touristischen Attraktion werden. Dabei spielen sowohl die Landschaft und die historische Geschichte als auch kulturelle und wirtschaftliche Bereiche eine Rolle.

All das hat dazu geführt, dass die Zahl der Touristen, die Urlaub in Sachsen machen, in den Jahren kontinuierlich gestiegen ist.

Neben den drei Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz gibt es die Reisegebiete Oberlausitz-Niederschlesien, Sächsische Schweiz, Sächsisches Elbland, Erzgebirge, Sächsisches Burgen- und Heideland und das Vogtland (Abb.1).

## Das Reisegebiet Erzgebirge

Das Erzgebirge zählt zu den beliebtesten Ferienregionen in Sachsen, im Sommer ist es ein Wander- und im Winter ein Wintersportparadies. Außerdem hat es auch den Beinamen Weihnachtsland verdient, bedingt durch die vorweihnachtlichen Bergparaden und die hier beheimatete Schnitzkunst.

Das Erzgebirge ist das Reisegebiet mit den meisten Beherbergungsstätten (528) und auch angebotenen Betten (23 054) in Sachsen. Hier befindet sich ein Viertel der insgesamt befragten Einrichtungen. Im Jahr 2012 wurden hier 1,06 Millionen Touristen gezählt mit 3,17 Millionen Übernachtungen. 96 Prozent der Urlauber waren Bundesbürger, 3,4 Prozent andere Europäer, darunter kamen die meisten aus den Niederlanden.

Die Mehrzahl der Beherbergungseinrichtun-

**Tab. 1 Beherbergungseinrichtungen, Gästebetten und deren Auslastung in Sachsen im Jahr 2012 nach Reisegebieten**

Reisegebiet	Beherbergungsstätten/ Campingplätze insgesamt (geöffnet)	Gästebetten in Beherbergungsstätten insgesamt (geöffnet)	Auslastung der angebotenen Betten in %
Oberlausitz/Niederschlesien	396	15 736	31,2
Sächsische Schweiz	234	10 036	42,9
Sächsisches Elbland	205	10 084	38,6
Erzgebirge	528	23 054	37,1
Sächsisches Burgen- und Heide-land	310	14 861	37,2
Vogtland	162	8 361	45,7
Stadt Dresden	195	21 640	50,9
Stadt Leipzig	107	13 375	49,0
Stadt Chemnitz	45	3 782	34,3
<b>Insgesamt</b>	<b>2 182</b>	<b>120 929</b>	<b>41,3</b>

gen sind Hotels (174), Gasthöfe (143) und Pensionen (65). Außerdem befinden sich hier sieben Vorsorge- und Reha-Kliniken sowie 17 Campingplätze (Tab. 1 und 2).

#### Das Reisegebiet Oberlausitz/Niederschlesien

Das östlichste Reisegebiet Sachsens ist für seine Heide- und Teichlandschaft, seine Parks und seine schönen Städte bekannt. Zu ihm zählt auch das Zittauer Gebirge mit seinen Wander- und Wintersportmöglichkeiten. Außerdem sind hier die Sorben mit ihrem Brauchtum beheimatet.

396 Beherbergungsstätten mit 15 736 Betten sind in diesem Reisegebiet zu finden. Das entspricht einem Anteil von 18 Prozent der Betriebe und 13 Prozent der angebotenen Betten am Gesamtbestand in Sachsen. Dieses Angebot nahmen im Jahr 2012 rund 643 000 Urlauber mit 1,9 Millionen Übernachtungen

in Anspruch. 95,3 Prozent davon waren Bundesbürger, 4,3 Prozent kamen aus anderen europäischen Ländern, auch hier waren die Niederländer die zahlenmäßig stärksten Vertreter. Mit 32 hat das Reisegebiet Oberlausitz/Niederschlesien die meisten Campingplätze im Vergleich mit den anderen Reisegebieten in Sachsen. Neben den 94 Hotels, 92 Gasthöfen und 62 Pensionen findet man hier noch sechs Vorsorge- und Reha-Kliniken. Mit einer Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 2,9 Tagen hat das Gebiet Oberlausitz/Niederschlesien die niedrigste Quote von allen ländlichen Reisegebieten in Sachsen.

#### Das Reisegebiet Sächsisches Burgen- und Heide-land

Im Norden des Freistaates liegt das sächsische Burgen- und Heide-land, geprägt von einer vielfältigen Natur- und Kulturlandschaft. Neben den vielen Sehenswürdigkei-

ten, die sich anzuschauen lohnen, gibt es viele Möglichkeiten für die Wanderfreunde. 310 Beherbergungsstätten mit 14 861 Betten laden zum Verweilen ein. 2012 nahmen rund 658 000 Besucher mit 1,9 Millionen Übernachtungen dieses Angebot an. 92,7 Prozent der Urlauber reisten aus anderen deutschen Regionen an, 6,8 Prozent aus anderen europäischen Ländern, auch hier allen voran die Niederländer. Neben 106 Hotels, 59 Gasthöfen, 50 Pensionen und 21 Campingplätzen gibt es in diesem Gebiet acht Vorsorge- und Reha-Kliniken.

#### Das Reisegebiet Sächsische Schweiz

Das Reisegebiet Sächsische Schweiz liegt südöstlich von Dresden und besteht u. a. aus dem beeindruckenden Elbsandsteingebirge mit dem Nationalpark Sächsische Schweiz sowie den Städten Pirna, Sebnitz und Stolpen. Die Sächsische Schweiz ist ein bekanntes Kletter- und Wanderparadies mit einer vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt.

234 Beherbergungsstätten mit 10 036 Betten stehen für Erholung Suchende bereit. 2012 kamen 436 000 Besucher und buchten 1,56 Millionen Übernachtungen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 3,6 Tagen war die zweithöchste im Vergleich mit allen anderen Reisegebieten. Auch in der Sächsischen Schweiz waren die Mehrzahl der Touristen Bundesbürger (95,2 Prozent), aus Europa (4,4 Prozent) trafen vor allem auch hier Niederländer zu einem Urlaub ein. 50 Hotels, 68 Gasthöfe, 43 Pensionen und 12 Campingplätze laden unter anderem zum Verweilen ein. Außerdem finden sich hier vier Vorsorge- und Reha-Kliniken.

#### Das Reisegebiet Sächsisches Elbland

Dieses Reisegebiet besticht durch seine Kulturlandschaft entlang der Elbe. Hier kann man neben der Natur auch Kultur und Kunst bewundern.

Für die Urlauber stehen 205 Beherbergungsstätten mit 10 084 Betten bereit. 2012 nutzten rund 431 000 Erholungssuchende dieses Angebot und buchten 1,4 Millionen Übernachtungen. Auch hier kam die Mehrzahl der Touristen aus der Bundesrepublik (87,9 Prozent), jedoch ist im Vergleich mit den anderen ländlichen Gebieten der Ausländeranteil mit 12,1 Prozent wesentlich höher. Daran haben neben den europäischen Gästen (9,5 Prozent) auch Gäste aus Asien einen großen Anteil (2,0 Prozent). Als Angebot an Beherbergungsstätten finden sich im Sächsischen Elbland unter anderem 64 Hotels, 38 Gasthöfe, 56 Pensionen und neun Campingplätze. Außerdem findet man hier vier Vorsorge- und Reha-Kliniken.

**Tab. 2 Ankünfte, Übernachtungen und Aufenthaltsdauer in Sachsen 2012 nach Reisegebieten**

Reisegebiet	Ankünfte	Übernachtungen	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen
Oberlausitz/Niederschlesien	642 653	1 873 606	2,9
Sächsische Schweiz	436 059	1 560 162	3,6
Sächsisches Elbland	430 701	1 415 902	3,3
Erzgebirge	1 061 606	3 166 664	3,0
Sächsisches Burgen- und Heide-land	658 375	1 948 265	3,0
Vogtland	317 684	1 393 601	4,4
Stadt Dresden	1 918 520	4 037 023	2,1
Stadt Leipzig	1 347 820	2 482 541	1,8
Stadt Chemnitz	237 078	477 484	2,0
<b>Insgesamt</b>	<b>7 050 496</b>	<b>18 355 248</b>	<b>2,6</b>



### Das Reisegebiet Vogtland

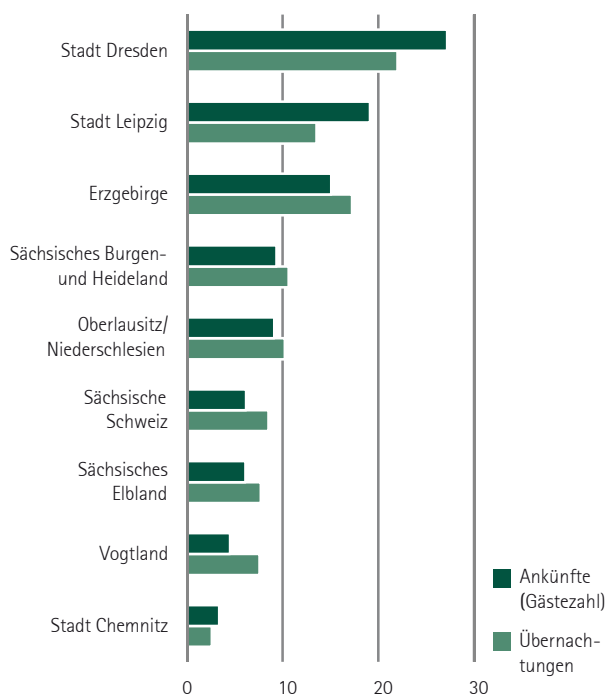
Das Vogtland ist das südwestlichste Reisegebiet des Freistaates Sachsen und ist durch eine sanft hügelige Landschaft geprägt. Außer der Landschaft kann man hier auch alte Handwerkskunst und historische Bauten bewundern. In der Region stehen den Urlaubern 162 Beherbergungsstätten mit 8 361 Betten zur Verfügung. Damit ist dieses Reisegebiet das mit dem kleinsten Angebot bei den ländlichen Gebieten, hat aber im Vergleich die höchste Auslastung mit 45,7 Prozent. 2012 kamen 318 000 Besucher, sie buchten 1,4 Millionen Übernachtungen. Damit hat das Vogtland mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 4,4 Tagen den höchsten Wert von allen Gebieten Sachsens. Das ist auch mit der Tatsache geschuldet, dass der Anteil der Vorsorge- und Reha-Kliniken an den angebotenen Betten in diesem Reisegebiet besonders hoch ist und in diesen Kliniken die Aufenthaltsdauer bekanntlich mindestens 21 Tage beträgt. 2012 kamen 308 000 Bundesbürger ins Vogtland (96,9 Prozent). Das ist der höchste Anteil von deutschen Touristen im Vergleich mit allen sächsischen Reisegebieten. Von den 2,7 Prozent europäischen Besuchern kamen die meisten aus der Schweiz. Im Vogtland findet man u. a. 45 Hotels, 39 Gasthöfe, 34 Pensionen und fünf Campingplätze. Acht Vorsorge- und Reha-Kliniken sind ebenfalls von wirtschaftlicher Bedeutung (Abb. 2).

### Die städtischen Reisegebiete Dresden, Leipzig und Chemnitz

Städtereisen sind in der Mehrzahl Kurzreisen, was sich in der Aufenthaltsdauer widerspiegelt. Je nach den Sehenswürdigkeiten und der Kultur, die die jeweilige Stadt anbietet, ist die touristische Nachfrage entsprechend unterschiedlich.

Die Stadt Dresden mit der Vielzahl an Sehenswürdigkeiten und der kulturellen Vielfalt ist von besonderer Bedeutung für den Tourismus in Sachsen. In Dresden bieten 195 Beherbergungseinrichtungen 21 640 Betten an. Das ist nach dem Erzgebirge die zweithöchste Bettenzahl im Vergleich aller sächsischen Reisegebiete. Mit 50,9 Prozent hat Dresden die höchste Auslastung der Beherbergungsbetriebe. Dresden verzeichnete im Jahr 2012 mit 1,92 Millionen Besuchern und 4,0 Millionen Übernachtungen die höchsten Werte im Gesamtvergleich. 81,8 Prozent der Gäste waren Bundesbürger (1,6 Millionen). Mit 18,2 Prozent an ausländischen Besuchern hat Dresden hier den höchsten Anteil im Vergleich aller Reisegebiete. Neben den Touristen aus anderen europäischen Ländern (12,8 Prozent), die meisten aus der Schweiz

Abb. 2 Anteil der Reisegebiete in Sachsen an der Gästezahl und den Übernachtungen 2012



und dem Vereinigten Königreich, sind die Gäste aus Asien (2,6 Prozent) und Amerika (2,2 Prozent) von Bedeutung. Hier sind es in der Mehrzahl Besucher aus Japan und den USA, die die sächsische Hauptstadt besuchten. Unter anderen bieten 82 Hotels, 16 Gasthöfe und 42 Pensionen ihre Übernachtungen an. Außerdem stehen drei Campingplätze zur Verfügung.

In der Stadt Leipzig bieten 107 Beherbergungsstätten insgesamt 13 375 Betten an. Mit einer Auslastung von 49,0 Prozent steht die Messestadt im Vergleich an zweiter Stelle. Rund 1,35 Millionen Besucher blieben im Jahr

2012 für 2,48 Millionen Übernachtungen. Mit 1,8 Tagen hat Leipzig die niedrigste durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Vergleich aller Reisegebiete. 1,15 Millionen Gäste von Leipzig (85,6 Prozent) waren Bundesbürger, das ist der zweitniedrigste Wert nach Dresden. Neben den Besuchern aus dem übrigen Europa (10,1 Prozent), hier vor allem aus dem Vereinigten Königreich und der Schweiz sowie Österreich, waren 2,3 Prozent der Touristen aus Amerika (hauptsächlich aus den USA) und 1,3 Prozent aus Asien (mehrheitlich aus China mit Hongkong und Japan) (Tab.3). Übernachtungen in Leipzig boten u. a. 42

Tab. 3 Ankünfte nach Herkunftsland der Gäste 2012 in Sachsen nach Reisegebieten

Reisegebiet	Ankünfte aus ...		
	Deutschland	Ausland zusammen	dar. Europa
Oberlausitz/Niederschlesien	612 338	30 315	27 517
Sächsische Schweiz	414 969	21 090	19 341
Sächsisches Elbland	378 749	51 952	40 777
Erzgebirge	1 020 307	41 299	36 564
Sächsisches Burgen- und Heide-land	610 120	48 255	44 589
Vogtland	308 014	9 670	8 764
Stadt Dresden	1 568 687	349 833	246 313
Stadt Leipzig	1 154 146	193 674	136 302
Stadt Chemnitz	203 927	33 151	27 218
<b>Insgesamt</b>	<b>6 271 257</b>	<b>779 239</b>	<b>587 385</b>

Hotels, drei Gasthöfe und 24 Pensionen an. Außerdem standen zwei Campingplätze zur Verfügung.

Die Stadt Chemnitz als kleinstes städtisches Reisegebiet hat auch die niedrigste Besucherzahl. In 45 Beherbergungsstätten stehen 3 782 Betten zur Verfügung. Die Auslastungsquote von 34,3 Prozent ist die zweitniedrigste nach dem Reisegebiet Oberlausitz/Niederschlesien. 2012 buchten 237 000 Gäste 477 000 Übernachtungen. Die 2,0 Tage durchschnittliche Aufenthaltsdauer sind der zweitniedrigste Wert nach Leipzig. Rund 204 000 Gäste (86,0 Prozent) kamen aus anderen Bundesländern. Vier Fünftel der ausländischen Besucher kamen aus anderen europäischen Ländern und 11 Prozent aus asiatischen Ländern, hier vor allem aus Japan. In Chemnitz findet man 23 Hotels, drei Gasthöfe, sieben Pensionen und einen Campingplatz.

### Tourismus in Sachsen – ein Wirtschaftszweig mit Zukunft

Sachsens Reisegebiete bieten viele Möglichkeiten, um Erholung und Entspannung zu finden, Neues und Interessantes zu entdecken und Kunst oder Kultur zu genießen. Dafür stehen im Freistaat 2 182 Beherbergungsstätten mit 120 929 Betten (Stand 2012) zur Verfügung. Mehr als sieben Millionen Touristen nutzten im Jahr 2012 bereits dieses Angebot. Wenn auch nach wie vor die meisten Besucher Bundesbürger sind (88,9 Prozent), so wurden in den letzten Jahren zunehmend mehr ausländische Touristen gezählt. Ob der Trend anhält wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

Brigitta Töpfer, Dipl.-Ing., Referatsleiterin  
Datenerhebung Konjunktur- und Strukturstatistik

# IKT-Erhebung 2012 – Computernutzung und Internetaktivitäten der sächsischen Privathaushalte

## Vorbemerkungen

Die Nutzungsmöglichkeiten von Computern und Internet verändern und erweitern sich ständig, deshalb werden an dieser Stelle, wie bereits in den letzten zwei Jahren (siehe Ausgaben von „Statistik in Sachsen“ 3/2011 sowie 4/2012), aktuelle Ergebnisse über die Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) der privaten Haushalte in Sachsen vorgestellt. Erstmals werden auch Ergebnisse zu den Tätigkeiten bei der Computernutzung (den sogenannten E-Skills), wie z. B. Erstellung von Präsentationen mit entsprechender Präsentationssoftware und Anschluss und Installation neuer Geräte, präsentiert.

2012 nahmen im Freistaat Sachsen insgesamt 1 214 Personen in 643 Haushalten an der IKT-Erhebung teil. Neben dem Haushaltsfragebogen war ein Personenfragebogen von jeder zum Haushalt gehörenden Person ab zehn Jahren auszufüllen. Die Auskunftserteilung erfolgte freiwillig. Für die Teilnahme an der Erhebung wurde den Privathaushalten eine Aufwandsentschädigung von 10 € gezahlt.

Tab. 1 Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien in Sachsen und Deutschland, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 und 2012 (in Prozent)

Merkmal	Sachsen		Deutschland	
	2007	2012	2007	2012 <sup>1)</sup>
Haushalte mit Computer (stationäre Computer, Laptop/Notebook, Netbook, Tablet-Computer) <sup>2)</sup>	67,1	72,7	72,7	81
Haushalte ohne Computer (stationäre Computer, Laptop/Notebook, Netbook, Tablet-Computer) <sup>2)</sup>	32,9	27,3	27,3	19
Haushalte mit Internetzugang <sup>2)</sup>	59,1	70,3	64,9	79
Haushalte ohne Internetzugang <sup>2)</sup>	40,9	29,7	35,1	21
Breitbandanschluss vorhanden <sup>3)</sup>	53,4	95,3	69,4	95
<b>Arten von Internetzugang<sup>3)</sup> mit dem Computer von zu Hause aus</b>				
und zwar				
DSL-Anschluss	45,6	76,4	66,2	82
Anderer Breitbandanschluss	/	40,4	6,2	43
Analoges Modem oder ISDN-Modem/ISDN-Karte	45,3	/	40,7	3

1) Daten nur ohne Dezimalstelle verfügbar

2) Prozentanteil bezogen auf alle Haushalte

3) Prozentanteil bezogen auf Haushalte mit Internetzugang; Mehrfachnennung möglich

## Hinweise zur Ergebnisdarstellung

Im Artikel werden ausgewählte Ergebnisse aus der IKT-Erhebung 2012 vorgestellt und teilweise mit den Ergebnissen aus den Vorjahren verglichen. Alle dargestellten Daten beziehen sich auf das erste Quartal (Berichtszeitraum) des jeweiligen Berichtsjahres. Soweit nicht anders angegeben, liegen bei den

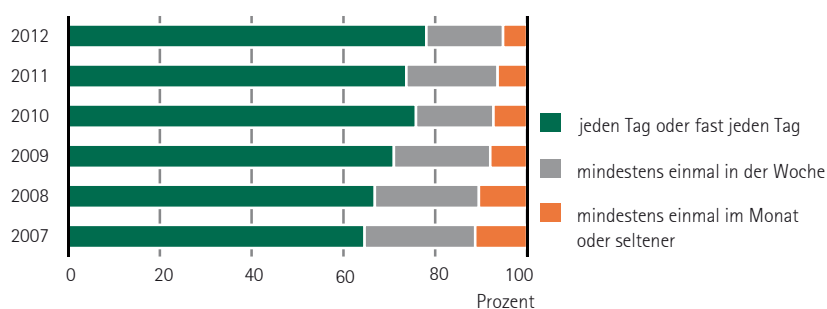
Ergebnissen zur Computer- und Internetnutzung ausschließlich Daten von Haushalten bzw. Personen zugrunde, die über Computer und Internetzugang verfügten und diese im Berichtszeitraum nutzten. [vgl. 1, 4] Ergebnisse für Deutschland werden vom Statistischen Bundesamt ab 2011 nur auf ganze Zahlen gerundet veröffentlicht. Aus diesem Grund werden die Deutschlandwerte im Artikel ohne Dezimalstelle dargestellt. Die Infobox auf Seite 34 erläutert wichtige IT-Begriffe aus dem Artikel.

## Aktuelle Ergebnisse

### Mehr als drei Viertel der Privathaushalte nutzen jeden oder fast jeden Tag einen Computer

72,7 Prozent der privaten Haushalte in Sachsen waren 2012 mit einem Computer (stationärer Computer, Laptop/Notebook, Netbook, Tablet-Computer) ausgestattet. Im Vergleich dazu

Abb. 1 Durchschnittliche Computernutzung<sup>1)</sup> von Personen in Sachsen, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 bis 2012



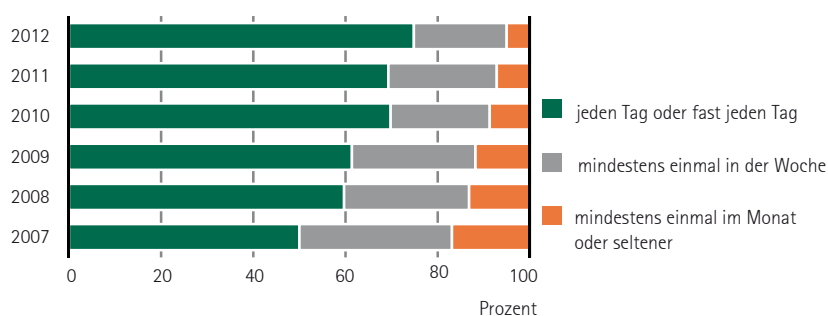
1) Prozentanteil bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die den Computer im Berichtszeitraum genutzt haben

verfügten im Bundesdurchschnitt 81 Prozent der privaten Haushalte über einen Computer. Von den Personen, die den Computer im Berichtszeitraum nutzten, waren 78,1 Prozent jeden Tag oder fast jeden Tag am Computer tätig. Dabei lag die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen mit 90,3 Prozent mehr als 12 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Unter den 45- bis 64-Jährigen nutzten noch 72,3 Prozent jeden oder fast jeden Tag einen Computer. 16,7 Prozent der Personen waren 2012 mindestens einmal in der Woche und lediglich 5,2 Prozent mindestens einmal im Monat oder seltener am Computer tätig. Allerdings gaben 21,6 Prozent an, noch nie einen Computer genutzt zu haben. Erwartungsgemäß war der größte Anteil der Nichtnutzer in der Altersgruppe 65 Jahre und älter zu finden. Drei Viertel dieser Altersgruppe hatten noch nie den Computer genutzt (vgl. Tab. 1, Abb. 1).

### Zahl der Haushalte mit Internetzugang steigt an

Der Anteil der Haushalte mit Internetzugang stieg 2012 im Freistaat Sachsen von 68,1 Prozent wieder leicht um 2,2 Prozentpunkte auf 70,3 Prozent an. Drei Viertel (74,4 Prozent) der Haushalte ohne Internetzugang gaben an, keinen Bedarf an einem Netzzugang zu haben (vgl. Tab. 1).

**Abb. 2 Durchschnittliche Internetnutzung<sup>1)</sup> von Personen in Sachsen, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 bis 2012**



1) Prozentanteil bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben

Im Vergleich zu 2011 stieg 2012 der Anteil der Personen, die jeden oder fast jeden Tag online waren, mit 74,8 Prozent um 5,5 Prozentpunkte. [vgl. 2] Gegenüber 2007 stieg der Anteil sogar um knapp 25 Prozentpunkte (vgl. Abb. 2). Obwohl die Nutzung des Internets sehr verbreitet ist, gaben 28,9 Prozent der Personen ab zehn Jahren an, noch nie das Internet in Anspruch genommen zu haben. Besonders hoch war auch hier der Anteil der Nichtnutzer in der Altersgruppe 65 Jahre und älter. Mehr als zwei Drittel (68,6 Prozent) von ihnen waren noch nie online. Gegenüber 2011 sank der Anteil der Personen, die mindestens einmal in der Woche im

Internet surfen, um 3,5 Prozentpunkte auf 20,1 Prozent (vgl. Tab. 2, Tab. 3, Abb. 3). Unter den Internetnutzern waren im ersten Quartal 2012 zwar wieder mehr Männer (53,5 Prozent) als Frauen (46,5 Prozent), trotzdem stieg der Frauenanteil gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozentpunkte.

### Mobile Internetnutzung außerhalb von Zuhause oder des Arbeitsplatzes

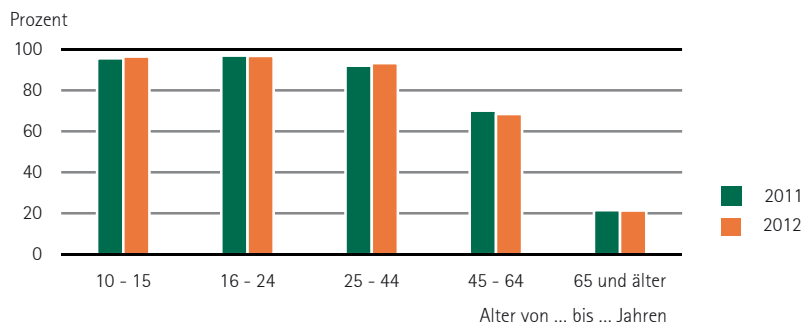
Im ersten Quartal 2012 waren 35,7 Prozent der Internetnutzer mit einem mobilen Gerät online. Fast drei Viertel (71,1 Prozent) verwendeten dazu einen Laptop/Notebook

**Tab. 2 Ausgewählte Merkmale der Computer- bzw. Internetnutzung von Personen in Sachsen 2007 bis 2012 und Deutschland 2012, Berichtszeitraum 1. Quartal des jeweiligen Jahres (in Prozent)**

Merkmal	Sachsen						Deutschland <sup>1)</sup>
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2012
<b>Durchschnittliche Computernutzung</b>							
jeden Tag oder fast jeden Tag	64,6	66,9	71,0	75,8	73,7	78,1	80
mindestens einmal in der Woche	24,1	22,7	21,0	16,9	19,9	16,7	15
mindestens einmal im Monat oder seltener	(11,3)	(10,5)	(8,0)	(7,3)	(6,4)	/	5
<b>Durchschnittliche Internetnutzung</b>							
jeden Tag oder fast jeden Tag	50,0	59,7	61,4	69,8	69,3	74,8	77
mindestens einmal in der Woche	33,1	27,1	26,8	21,5	23,5	20,1	18
mindestens einmal im Monat oder seltener	16,9	13,2	(11,8)	(8,7)	(7,2)	(5,0)	6
<b>Internetaktivitäten zu privaten Zwecken</b>							
senden und empfangen von E-Mails	80,8	82,9	82,7	88,3	.	89,6	91
telefonieren/Videotelefonate (mit Webcam)	15,0	20,2	16,6	23,8	19,7	23,2	27
Informationssuche über Waren und Dienstleistungen	84,8	82,8	85,1	84,8	82,3	87,5	88
Nutzung von Reisedienstleistungen (z. B. Buchung von Fahrkarten für Urlaubsreisen)	55,2	47,1	57,0	51,9	62,0	58,6	64
Nutzung von Internet-Radio/Internet-Fernsehen	17,5	25,2	26,5	25,5	.	36,6	38
lesen/herunterladen von Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften	23,8	25,2	27,1	49,3	60,1	61,6	64
Internet-Banking/Online-Banking	45,5	48,8	49,5	53,2	53,7	53,8	50
Verkauf von Waren und Dienstleistungen	20,1	16,6	14,6	18,1	24,0	22,5	27
<b>Kontakt mit Behörden/öffentl. Einrichtungen über das Internet (E-Government) in den letzten 12 Monaten</b>							
Informationssuche auf den Webseiten von Behörden	57,6	43,5	61,1	59,2	59,4	62,8	59
herunterladen von amtlichen Formularen	34,3	20,2	43,2	40,1	34,5	36,2	34
versenden ausgefüllter Formulare	21,7	11,2	23,7	25,4	16,8	16,8	16

1) Daten nur ohne Dezimalstelle verfügbar

**Abb. 3 Anteil der Personen, die das Internet im 1. Quartal 2011 und 2012 nutzten, nach Altersgruppen**



oder Netbook. In der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen surfen bereits mehr als die Hälfte (51,0 Prozent) mobil im Netz. Während fast jede dritte Frau (31,4 Prozent) das Internet mobil nutzte, waren es bei den Männern bereits vier von zehn (39,5 Prozent).

### DSL-Anschlüsse stark verbreitet

95,3 Prozent der sächsischen Privathaushalte mit Internetzugang verfügten 2012 über einen Breitbandanschluss (neben DSL z. B. auch über das Netz für Kabelfernsehen, über Funk, Satellit etc.) mit hohen Datenübertragungsraten zum schnellen Surfen und Arbeiten im Internet. Damit stieg der Anteil der Haushalte mit Breitbandzugang gegenüber 2011 um weitere 3,7 Prozentpunkte. Grund dafür ist, wie in den Vorjahren, der fortschreitende Ausbau der Breitbandnetze besonders im ländlichen Raum sowohl auf Leitungs- als auch auf Funkbasis (z. B. UMTS, HSDPA, LTE). Mit diesen innovativen Technologien werden vorhandene Versorgungslücken immer weiter geschlossen.

Wie in den Vorjahren blieb DSL unter den Breitbandanschlüssen auch 2012 die marktbeherrschende Technologie. 76,4 Prozent der Haushalte mit Internetzugang verfügten über einen DSL-Anschluss. Der Anteil dieser Haushalte stieg im Freistaat gegenüber 2011 um 4,3 Prozentpunkte. Sachsen lag 2012 immer noch 2 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) und war vom Bundes-

durchschnitt (82 Prozent) noch rund 6 Prozentpunkte entfernt.

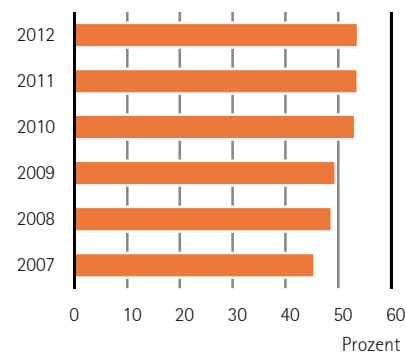
### Internetaktivitäten der Sachsen<sup>1)</sup>

Bei der Kommunikation mit anderen Nutzern zählte das Senden oder Empfangen von E-Mails mit 89,6 Prozent zu den beliebtesten Internetaktivitäten. Ein Drittel der Internetanwender (33,8 Prozent) stellte Mitteilungen in soziale Netzwerke, Foren, Blogs oder Chatsräumen ein. Dabei waren Frauen (49,4 Prozent) annähernd gleich aktiv wie Männer (50,6 Prozent). Fast ein Viertel der Internetnutzer (23,2 Prozent) telefonierte über das Internet (einschl. Videotelefonate). Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozentpunkte.

Die Informationssuche zählt ebenfalls zu den häufigsten Aktivitäten im Netz. 87,5 Prozent der Anwender suchten bzw. informierten sich 2012 über Waren und Dienstleistungen, gegenüber 2011 ist das ein Plus von 5,2 Prozentpunkten. Ebenfalls weiter zugenommen (+1,5 Prozentpunkte) hat der Anteil der Nutzer, die im Internet Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften lesen bzw. herunterladen. 2012 betrug deren Anteil 61,6 Prozent.

Im Bereich Unterhaltung und Kreativität zeigte sich gegenüber 2011 ein starker Anstieg der Nutzer von Internet-Radio/Internet-Fernsehen. Waren es 2011 19,7 Prozent der sächsischen Internetanwender die online

**Abb. 4 Internetnutzer mit Internet- bzw. Online-Banking 2007 bis 2012**



Radio hörten oder fern sahen, verdoppelte sich 2012 der Anteil fast auf 36,6 Prozent. Mehr als die Hälfte der User im Freistaat (51,2 Prozent) spielten im Berichtszeitraum online, sahen sich Bilder oder Filme im Netz an, hörten Musik oder luden sich diese Medien herunter. Fast ein Viertel (24,6 Prozent) der Anwender luden auch eigene erstellte Texte, Fotos, Videos und Musik usw. auf Webseiten.

2012 blieb der Anteil der Nutzer von Internet- bzw. Online-Banking (53,8 Prozent) im Vergleich zu 2011 (53,7 Prozent) fast gleich (vgl. Abb. 4). Von denen, die Internetbanking nutzten, zählten mehr als die Hälfte (53,2 Prozent) zur Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen, ein reichliches Drittel (36,5 Prozent) war 45 Jahre oder älter.

Der Trend zum E-Government, also der virtuelle Kontakt mit Behörden bzw. öffentlichen Einrichtungen über das Internet, hält weiter an. 2012 nutzten 62,8 Prozent<sup>2)</sup> der Internetanwender im Freistaat den Behördenservice, ein Plus von 3,4 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Sachsen lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 59 Prozent. Sechs von zehn Internetnutzern (62,8 Prozent) suchten auf den Webseiten von Behörden nach Informationen und 36,2 Prozent luden amtliche Formulare herunter.

1) bezogen auf sächsische Internetnutzer, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt haben

2) bezogen auf Personen, die in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung das Internet genutzt haben

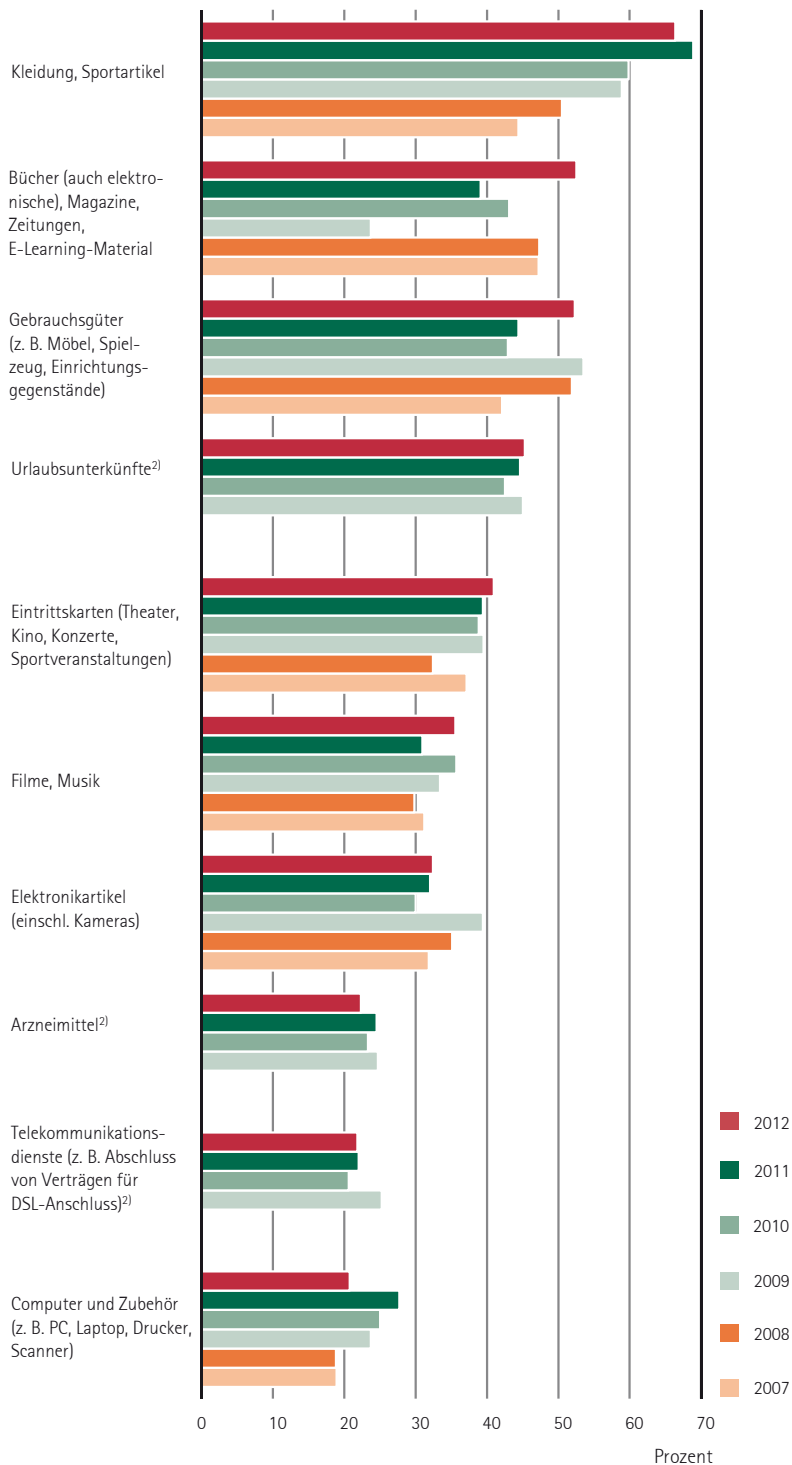
**Tab. 3 Internetnutzer<sup>1)</sup> in Sachsen und Deutschland, die das Internet jeden Tag oder fast jeden Tag nutzten, nach ausgewählten Altersgruppen, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 bis 2012**

Alter von ... bis ... Jahren	2007		2008		2009		2010		2011		2012	
	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland <sup>2)</sup>	Sachsen	Deutschland <sup>2)</sup>
16 - 24	60,7	72,5	(65,1)	77,4	(69,0)	81,7	83,0	86,7	86,0	89	(92,3)	89
25 - 44	50,0	64,2	61,6	70,2	67,2	74,2	72,3	79,0	73,3	82	82,7	81
45 - 64	46,0	58,5	57,7	61,9	54,5	66,7	66,1	68,8	64,2	71	66,7	67

1) bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum nutzten

2) Daten nur ohne Dezimalstelle verfügbar

Abb. 5 Einkäufe und Bestellungen über das Internet (E-Commerce) von Personen<sup>1)</sup> in Sachsen, Berichtszeitraum jeweils 1. Quartal 2007 bis 2012



1) Personen ab 10 Jahren, die das Internet in den letzten drei Monaten genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben  
 2) wird erst seit 2009 (einzeln) erhoben bzw. ausgewertet

der Befragung Waren oder Dienstleistungen im Netz.

Abbildung 5 zeigt Einkäufe und Bestellungen ausgewählter Produkte über das Internet im zeitlichen Verlauf von 2007 bis 2012.

Besonders beliebt waren beim Onlineshopping 2012 wie in den vorangegangenen Jahren Kleidung und Sportartikel (66,4 Prozent). Stark nachgefragt wurden 2012 Bücher (auch elektronische), Zeitungen, Zeitschriften sowie E-Learning-Material. 52,5 Prozent der Anwender kauften bzw. bestellten diese Produkte über das Netz, ein Plus von 13,4 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. An dritter Stelle folgten mit 52,3 Prozent Gebrauchsgüter (z. B. Möbel, Spielzeug, Geschirr). 45,3 Prozent der Anwender buchten Urlaubsunterkünfte online. Der Anteil der Kunden, die Eintrittskarten für z. B. Theater, Kino, Konzerte oder auch Sportveranstaltungen online kauften bzw. bestellten folgte mit 40,9 Prozent auf dem fünften Rang (vgl. Abb. 5). Alle Waren der genannten Kategorien wurden von weiblichen Internetnutzern häufiger gekauft bzw. bestellt als von den männlichen Nutzern. Einen Überblick zu den geschlechterspezifischen Unterschieden im Onlinekaufverhalten liefert die Abbildung 6.

Obwohl die Kunden beim Einkauf im Internet einen weltweiten Zugang zum Online-Handel haben, nutzten die sächsischen „Online-Shopper“ im betrachteten Zeitraum fast ausschließlich inländische Anbieter (97,9 Prozent). [vgl. 6]

### E-Skills – Tätigkeiten bei der Computernutzung

Die IKT-Erhebung 2012 beinhaltete auch Fragen zu Kenntnissen bzw. Fähigkeiten im Umgang mit Computern.

Es ist festzustellen, dass sich bei Computerfertigkeiten teilweise große Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen. Bei einigen eher alltäglichen Tätigkeiten, wie dem Kopieren/Verschieben einer Datei oder dem Kopieren/Einfügen von Informationen, sind diese kaum festzustellen. Andere Tätigkeiten, die teilweise mehr Kenntnisse des Anwenders voraussetzen, werden jedoch häufiger von Männern durchgeführt. [5] Am deutlichsten zeigen sich Unterschiede bei der Änderung/Überprüfung der Einstellungen von Softwareanwendungen. 53,2 Prozent der männlichen Computeranwender übten diese Tätigkeit schon aus, bei den weiblichen Anwendern waren es nur 22,8 Prozent und damit mehr als

3) bezogen auf Personen, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben

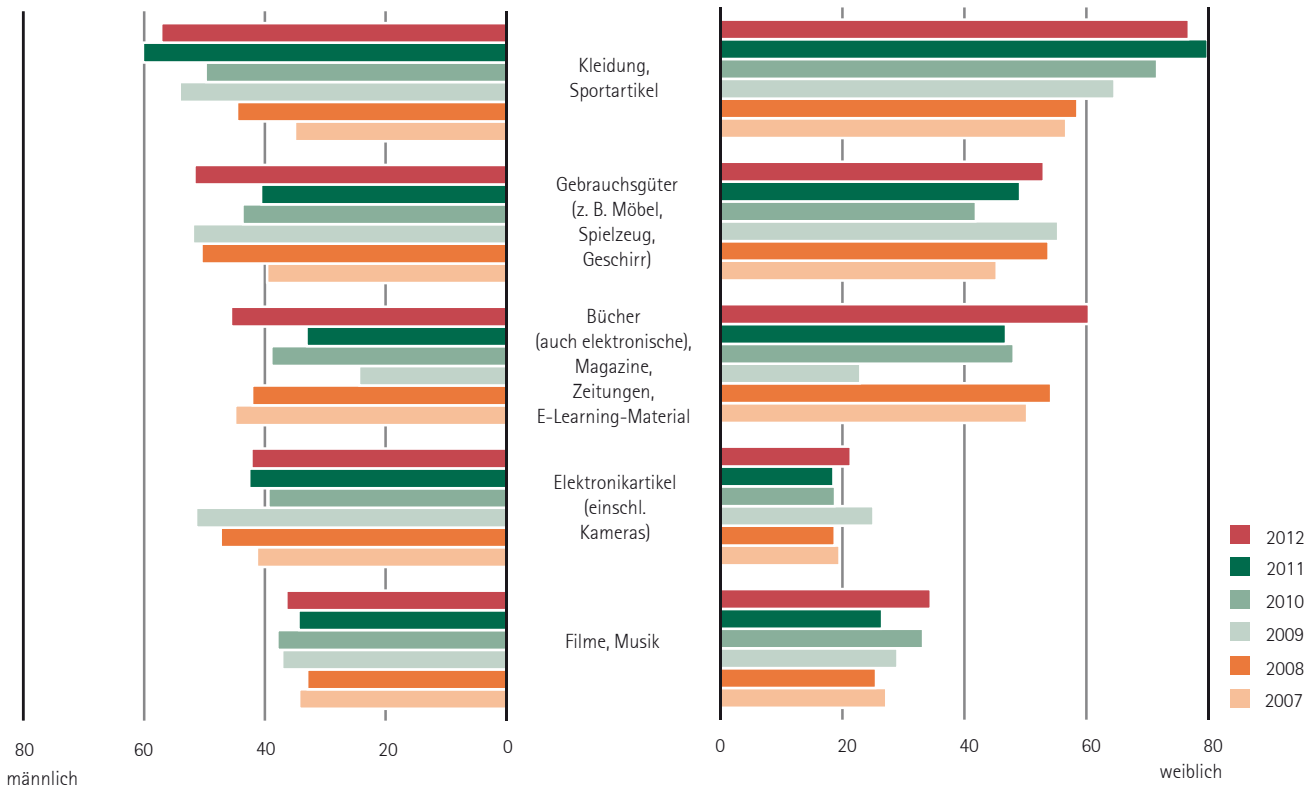
Tabelle 2 zeigt eine Auswahl von Internetaktivitäten zu privaten Zwecken im zeitlichen Verlauf von 2007 bis 2012. Durch Anpassungen im jährlichen Frageprogramm können einige Aktivitäten nicht über den gesamten Zeitraum ausgewertet werden.

### E-Commerce – Einkäufe und Bestellungen online<sup>3)</sup>

Fast drei Viertel (74,4 Prozent) der sächsischen Internetanwender, die das Internet im Berichtszeitraum nutzten, kauften bzw. bestellten in den letzten 12 Monaten vor



Abb. 6 Ausgewählte gekaufte bzw. bestellte Waren über das Internet von Personen<sup>1)</sup> in Sachsen nach Geschlecht, Berichtszeitraum 1. Quartal 2007 bis 2012



1) Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben

30 Prozentpunkte weniger. Ein ähnliches Bild zeigte sich beim Anschluss und der Installation neuer Geräte, wie z. B. Drucker. Mehr als zwei Drittel (67,6 Prozent) der männlichen Computernutzer hatten bereits ein neues Gerät angeschlossen und installiert, bei den weiblichen Nutzern waren es 39,5 Prozent.

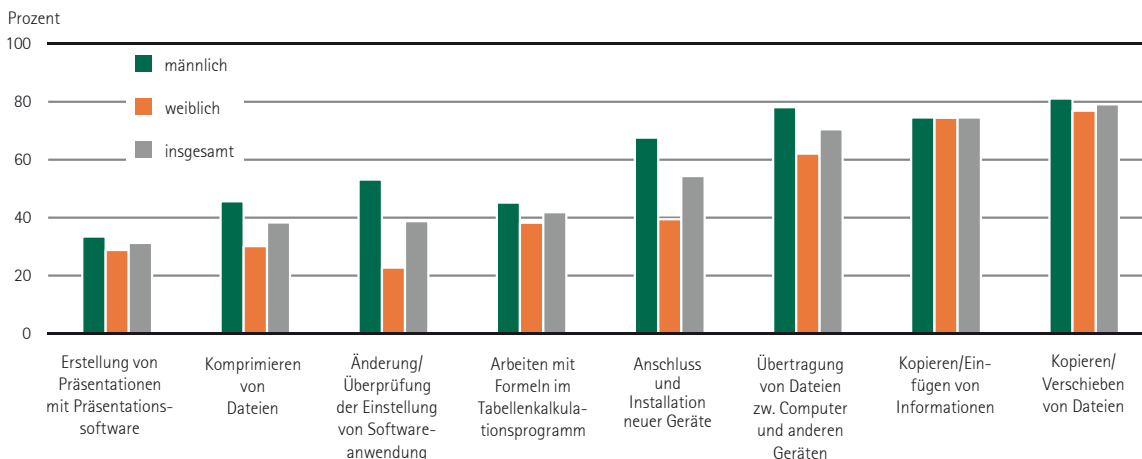
In Abbildung 7 werden weitere Unterschiede bei den Computerkenntnissen zwischen den Geschlechtern deutlich.

**Zusammenfassung**

Fast alle privaten Haushalte mit Internetzugang im Freistaat verfügten 2012 bereits über einen Breitbandinternetzugang. Gegenüber 2011 erhöhte sich deren Anteil noch-

mals um 3,7 Prozentpunkte auf 95,3 Prozent. Für die Nutzung moderner Internetaktivitäten, wie z. B. Online-Spiele, Internet-Fernsehen und dem Herunter- oder Hochladen von Medien, bilden Breitbandzugänge mit hohen Datenübertragungsraten die Voraussetzung. Mehr als ein Drittel der Anwender nutzten im ersten Quartal 2012 das Internet auch mobil - außerhalb von Zuhause oder des Arbeitsplatzes.

Abb. 7 Ausgewählte Tätigkeiten bei der Computernutzung (E-Skills) von Personen<sup>1)</sup> nach Geschlecht, Berichtszeitraum 1. Quartal 2012



1) bezogen auf Personen ab 10 Jahren, die das Internet im Berichtszeitraum nutzten

Tab. 4 Erläuterungen ausgewählter IT-Begriffe

Merkmal	Erläuterungen
<b>Verbindungsarten und Hardware</b>	
Breitbandverbindung	Ein Breitband-Internetzugang ermöglicht z. B. das schnelle Herunterladen von Daten und die Nutzung von Videokonferenzen in guter Qualität. Ein Breitbandzugang funktioniert beispielsweise über das Kabelmodem oder DSL.
DSL	Die „Digital Subscriber Line“ (engl. für „Digitale Teilnehmeranschlussleitung“) bezeichnet verschiedene Techniken, um über zwei bis vier Kupferadern des Telefonnetzes Daten mit hoher Datenübertragungsrate zu übertragen.
UMTS	Das „Universal Mobile Telecommunications System“ ist ein Mobilfunkstandard der dritten Generation (3G).
HSDPA	High Speed Downlink Packet Access (HSDPA) ist ein Datenübertragungsverfahren des Mobilfunkstandards UMTS. Das Verfahren ermöglicht DSL-ähnliche Datenübertragungsraten im Mobilfunknetz.
LTE	Long Term Evolution (LTE) ist ein Mobilfunkstandard der vierten Generation (3,9G-Standard), der mit bis zu 300 Megabit pro Sekunde deutlich höhere Downloadraten erreichen kann als UMTS.
Tablet-Computer	Ein Tablet-Computer (englisch tablet „Schreibtafel“, US-engl. tablet „Notizblock“) ist ein tragbarer, flacher Computer in besonders leichter Ausführung mit einem Touchscreen, anders als beim Notebook ohne ausklappbare Tastatur.
<b>Internetaktivitäten</b>	
Chatten	Chatten bedeutet soviel wie „plaudern oder sich unterhalten“. Es ist die Bezeichnung für eine innerhalb des Internets weit verbreitete Art der schriftlichen Kommunikation zwischen zwei oder mehreren Personen.
E-Government	Unter E-Government versteht man das „elektronische Regieren und Verwalten“. Dabei handelt es sich um die Vereinfachung und Durchführung von Prozessen zur Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb und zwischen Institutionen, Behörden, Personen, etc.
E-Learning-Material	Hierbei handelt es sich um Material für elektronisch unterstütztes Lernen. Damit sind alle Formen vom Lernen gemeint, bei denen digitale Medien zum Einsatz kommen.
Soziale Netzwerke	Ein soziales Netzwerk bzw. Social Network (deutsch: gemeinschaftliches Netzwerk) im Internet ist eine Verbindung von Menschen in einer Netzgemeinschaft. Handelt es sich um Netzwerke, bei denen die Benutzer gemeinsam eigene Inhalte erstellen, bezeichnet man diese auch als soziale Medien. Das weltweit größte soziale Netzwerk ist Facebook.

Quelle: Wikipedia.org

Im Artikel wurde auch ein Blick auf die Tätigkeiten bei der Computernutzung (E-Skills) geworfen. Einfache und im Alltag gebräuchliche Tätigkeiten, wie z. B. das Kopieren/Verschieben von Dateien haben acht von zehn Computernutzern im Berichtszeitraum durchgeführt. Bei komplexeren Tätigkeiten, wie der Installation oder dem Ersetzen eines Betriebssystems lag der Anteil entsprechend niedriger (21,1 Prozent). Die einzelnen Tätigkeiten am Computer unterschieden sich zwischen Frauen und Männern teilweise erheblich.

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte  
 Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Sachbearbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien 2012, Fachserie 15 Reihe 4, Wiesbaden 2012.
- [2] Goldmann, M; Koreng, B.: Computer- und Internetnutzung privater Haushalte in Sachsen – Ergebnisse der IKT-Erhebung 2011. In: Statistik in Sachsen, Jahrgang 18 – 4/2012, S. 22 – 26.
- [3] Goldmann, M; Koreng, B.: Erhebung über private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2010. In: Statistik in Sachsen, Jahrgang 17 – 3/2011, S. 36 – 39.
- [4] Statistisches Bundesamt: Qualitätsbericht – Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – IKT 2012, Wiesbaden 2012.
- [5] Czajka, S.; Jechová, P.: Der Einsatz von Computer und Internet in privaten Haushalten in Deutschland – Ergebnisse der Erhebung 2011. In: Wirtschaft und Statistik 5/2012, S. 415 – 423.
- [6] Czajka, S.; Mohr, S.: Einkäufe privater Haushalte über das Internet – E-Commerce im Jahr 2009. In: Wirtschaft und Statistik 3/2010, S. 282 – 289.

# Ambulante und stationäre Versorgung von Pflegebedürftigen in Sachsen

## Vorbemerkungen

Durch die aktuelle demografische Entwicklung steht die Pflege immer mehr im öffentlichen Fokus. Im Rahmen der amtlichen Statistik werden seit 1999 Daten zu diesem Thema erhoben. Von den Statistischen Landesämtern werden dazu im Zweijahresturnus zum Stichtag 15. Dezember ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen zur Einrichtung, zu den Beschäftigten und den Pflegebedürftigen befragt. Diese Angaben werden mit den vom Statistischen Bundesamt zum Stichtag 31. Dezember bei den Spitzenverbänden der Pflegekassen und dem Verband der privaten Krankenversicherung erfassten Daten zu Pflegegeldempfängern zusammengeführt und liefern damit ein umfassendes Bild zur Situation im Pflegebereich. Im vorliegenden Beitrag soll schwerpunktmäßig auf die Entwicklung der professionellen Pflege im Hinblick auf die Beschäftigungssituation im ambulanten und stationären Bereich eingegangen werden.

## Pflegebedürftige in der amtlichen Statistik

Im vorliegenden Artikel wird die Bezeichnung „Pflegebedürftiger“ synonym für Leistungsempfänger der Pflegeversicherung verwendet, denn die amtliche Pflegestatistik erfasst **ausschließlich Daten im Zusammenhang mit Leistungen der sozialen Pflegeversicherung nach dem SGB XI.** [1] Personen in Behinderteneinrichtungen mit Leistungen gemäß § 43a SGB XI werden dabei nicht als Pflegebedürftige erfasst, da in diesen Fällen die Teilhabe am Leben unter Bewältigung der bestehenden Beeinträchtigung und nicht die Pflege im Vordergrund steht.

## Pflegebedürftige – Entwicklung allgemein und nach Versorgungsarten

### Allgemeine Entwicklung

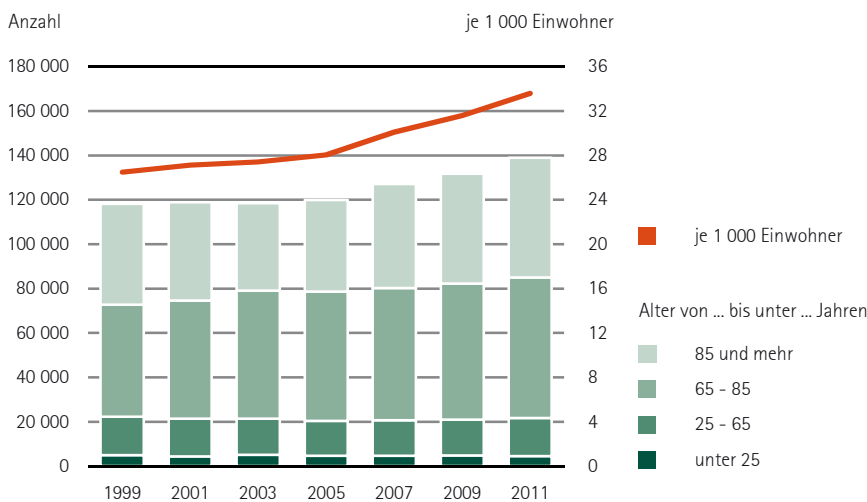
Im Ergebnis der Erhebungen zur Pflege im Dezember 2011 bestätigte sich der Trend einer steigenden Anzahl Pflegebedürftiger.

### Pflegebedürftige/Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung

Pflegebedürftig sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für ihre gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen. Voraussetzung für eine Leistungserbringung im Rahmen der Pflegeversicherung (SGB XI) ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über die Pflegebedürftigkeit in Verbindung mit einer Zuordnung zu den Pflegestufen durch den Medizinischen Dienst. In stationären Einrichtungen kann in dringenden Fällen der Einweisung (z. B. Überführung aus dem Krankenhaus) die Entscheidung über die Pflegestufe noch ausstehen. [2]

Mit 138 987 Pflegebedürftigen wurde die höchste Anzahl an Leistungsempfängern der Pflegeversicherung seit Einführung der amtlichen Pflegestatistik ermittelt, es waren 17,7 Prozent mehr als 1999 und 5,5 Prozent mehr als 2009.

Abb. 1 Leistungsempfänger der Pflegeversicherung in Sachsen nach Altersgruppen



### Anteil der pflegebedürftigen Männer steigt

Zwei Drittel (92 823 Personen) der Pflegebedürftigen am Jahresende 2011 waren weiblich, 1999 waren es noch 71 Prozent. Die Dominanz der weiblichen Pflegebedürftigen wird sich auch in den nächsten Jahren mit dem „stärkeren Altern“ der männlichen Bevölkerung weiter abbauen. [3] Der Anstieg bei den Männern war über den Gesamtzeitraum seit 1999 mit 34,7 Prozent über dreimal so hoch wie der bei den Frauen (10,7 Prozent). Die stärkste Erhöhung betraf die Altersgruppe der 65- bis 85-Jährigen mit 25,7 Prozent (62,8 Prozent bei den Männern, 10,2 Prozent bei den Frauen). Auch bei den ab 85-Jährigen erhöhte sich die Anzahl männlicher Pflegebedürftiger mit 30,7 Prozent stärker als die der Frauen (16,5 Prozent). Bei den unter 65-Jäh-

rigen sank die Zahl der weiblichen Pflegebedürftigen um 9,0 Prozent, während die der männlichen um 2,5 Prozent stieg. Die unterschiedliche Entwicklung ist eine natürliche Folge der sich verändernden Bevölkerungsstruktur – während der Bevölkerungsanstieg z. B. bei den ab 85-Jährigen stärker bei den niedrigeren Altersjahren unter ihnen ausgeprägt ist (resp. weniger Pflegebedürftige), gibt es in der Altersgruppe der 65- bis unter 85-Jährigen immer mehr Ältere mit entsprechend höherer Pflegebedürftigkeit. Bei den Männern rücken zudem die noch nicht vom Krieg betroffenen stärkeren Altersjahre hierher auf.

### Insgesamtquote steigt trotz meist sinkender Pflegeprävalenz in höheren Altersjahren

Im Dezember 2011 erhielten 33,6 von 1 000 Einwohnern Leistungen der Pflegeversicherung. Das war die höchste Quote seit 1999, wo nur 26,5 von 1 000 Einwohnern von Pflege betroffen waren. Im Zeitraum von 1999 bis 2011 stieg der Bevölkerungsanteil der ab 65-Jährigen von 18,0 auf 24,5 Prozent, ihre Anzahl stieg um 26,5 Prozent. Diese Zahlen zeigen, dass die Entwicklung der Gesamt-Pflegequote der sächsischen Bevölkerung mit ihrem Anstieg um 26,8 Prozent sehr stark dem Alterungsprozess in der demografischen Entwicklung Sachsens folgt. Die Pflegeprävalenz für die

einzelnen Altersjahre (Wahrscheinlichkeit, von Pflege betroffen zu sein, gemessen an der jeweiligen Bevölkerung) wies dagegen für den Gesamtzeitraum für fast alle höheren Altersjahre (für Frauen noch vor dem 60. und Männer ab dem 67. Lebensjahr) rückläufige Werte auf.

Die höchste Pflegeprävalenz lag am Jahresende 2011 mit 450 von 1 000 Einwohnern naturgemäß bei den ab 85-Jährigen (338 von 1 000 Männern und 486 von 1 000 Frauen dieser Altersgruppe). Bei den 65- bis unter 85-Jährigen waren 71 von 1 000 Einwohnern von Pflege betroffen und bei den unter 65-Jährigen 7. Ein Anstieg der Pflegeprävalenz gegenüber 1999 war aber vor allem bei den unter 65-Jährigen zu verzeichnen. Bei den unter 50-Jährigen waren sowohl Männer als auch Frauen 2011 (bevölkerungsbezogen) öfter von Pflegeleistungen betroffen als 1999, bei den 50- bis unter 65-Jährigen nur die Männer. In den höheren Altersgruppen ging die Pflegeprävalenz dagegen gegenüber 1999 zurück, stieg aber gegenüber 2009 leicht an.

### Pflegequoten in Sachsen liegen im Allgemeinen über dem Bundesdurchschnitt

Im bundesdeutschen Durchschnitt lag die Pflegequote am Jahresende 2011 bei 3,1 (30,6 von 1 000 Einwohnern; Sachsen: 33,6). Von 1 000 ab 85-Jährigen in Deutschland erhielten 445 Leistungen der Pflegeversicherung, bei den Männern waren es 311 und bei den

Frauen 497. Damit wiesen die Pflegequoten in Sachsen im Allgemeinen zwar höhere Werte auf als im gesamtdeutschen Durchschnitt, die Pflegeprävalenz der ab 85-jährigen Frauen lag aber in Sachsen niedriger als in Deutschland.

### Betrachtung der Versorgungsarten und ihrer Entwicklung

93 172 Pflegebedürftige erhielten am Jahresende 2011 in Sachsen Leistungen der Pflegeversicherung im häuslichen Umfeld. In 55 087 Fällen erhielten sie ausschließlich Pflegegeld, um damit ihre Pflege (meist durch Verwandte) selbst zu organisieren. 14 003 Pflegebedürftige nahmen Kombinationsleistungen in Anspruch – sie wurden nur partiell von ambulanten Pflegediensten betreut und erhielten noch anteilig Pflegegeld für Pflegeleistungen in eigener Regie. 24 082 zu Hause betreute Pflegebedürftige nahmen ausschließlich Sachleistungen ambulanter Pflegedienste in Anspruch.

48 712 Leistungsempfänger von Pflegeversicherungsleistungen wurden am 15. Dezember 2011 stationär betreut, 2 897 davon befanden sich in teilstationärer Tagespflege und 941 in Kurzzeitpflege.

Bei einer anteiligen Betrachtung der einzelnen Versorgungsarten ist zu beachten, dass es seit 2009 eine methodische Änderung bei der Einbeziehung teilstationär betreuter Pflegebedürftiger in die Gesamtempfängerzahl gibt.

Tab. 1 Pflegebedürftige und -quoten<sup>1)</sup> 2011, 2009 und 1999 in Sachsen nach Alter und Geschlecht sowie Art der Versorgung

Alter in Jahren	Pflegebedürftige insgesamt				Und zwar							
					stationär versorgt				durch ambulante Pflegedienste versorgt			
	Anzahl		Quote (je 1 000 Einwohner)		Anzahl		je 1 000 Einwohner		Anzahl		je 1 000 Einwohner	
	insgesamt	in-gesamt	männlich	weiblich	zusammen	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	insgesamt	männlich	weiblich
<b>im Dezember 2011</b>												
unter 65	21 629	6,9	7,7	6,1	3 750	1,2	1,4	1,0	3 362	1,1	1,1	1,0
65 bis unter 85	63 386	70,9	61,8	77,9	20 946	23,4	17,8	27,8	18 525	20,7	16,2	24,2
85 und mehr	53 972	450,4	338,4	485,6	24 016	200,4	117,5	226,5	16 198	135,2	110,6	142,9
<b>Insgesamt</b>	<b>138 987</b>	<b>33,6</b>	<b>22,8</b>	<b>44,0</b>	<b>48 712</b>	<b>11,8</b>	<b>6,2</b>	<b>17,1</b>	<b>38 085</b>	<b>9,2</b>	<b>5,6</b>	<b>12,7</b>
<b>im Dezember 2009</b>												
unter 65	20 964	6,7	7,2	6,1	3 618	1,2	1,3	1,0	3 240	1,0	1,1	1,0
65 bis unter 85	61 352	66,9	56,3	75,0	19 977	21,8	15,9	26,2	18 632	20,3	15,6	23,9
85 und mehr	49 398	447,0	330,9	481,2	22 230	201,2	115,4	226,4	15 215	137,7	112,3	145,2
<b>Insgesamt</b>	<b>131 714</b>	<b>31,6</b>	<b>20,7</b>	<b>42,0</b>	<b>45 825</b>	<b>11,0</b>	<b>5,6</b>	<b>16,2</b>	<b>37 087</b>	<b>8,9</b>	<b>5,2</b>	<b>12,4</b>
<b>im Dezember 1999</b>												
unter 65	22 255	6,1	6,4	5,7	3 414	0,9	1,1	0,8	2 401	0,7	0,6	0,7
65 bis unter 85	50 437	71,6	55,8	81,3	11 915	16,9	10,0	21,1	14 809	21,0	13,3	25,7
85 und mehr	45 432	463,1	350,8	494,0	15 423	157,2	87,3	176,4	12 761	130,1	106,9	136,5
<b>Insgesamt</b>	<b>118 124</b>	<b>26,5</b>	<b>15,9</b>	<b>36,4</b>	<b>30 752</b>	<b>6,9</b>	<b>3,0</b>	<b>10,5</b>	<b>29 971</b>	<b>6,7</b>	<b>3,2</b>	<b>10,0</b>

1) Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

### Gesamtanzahl Pflegebedürftiger

Bis 2007 umfasste die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen Leistungsempfänger, die ausschließlich Pflegegeld erhielten sowie alle in den Erhebungen der ambulanten Pflegedienste und stationären Pflegeeinrichtungen gemeldeten Pflegebedürftigen.

Seit 2009 werden teilstationär betreute Pflegebedürftigen, die nur zur Tages- oder Nachtpflege in Heimen versorgt werden, zwar als stationär betreute Pflegebedürftige erfasst, bei der Bildung der Gesamtzahl aber nicht herangezogen. Man geht davon aus, dass diese Personen größtenteils gleichzeitig ambulante Pflegeleistungen durch Angehörige und/oder Pflegedienste in Anspruch nehmen und deshalb schon dort berücksichtigt sind.

Durch die getrennte Erfassung in verschiedenen Erhebungen, kann keine konkrete Zahl für die Parallelbezieher ermittelt werden. Empirische Beobachtungen zeigen aber eine Inanspruchnahme von Tages- und Nachtpflege parallel zu ambulanten Sachleistungen oder Pflegegeld insbesondere seit der Reform der Pflegeversicherung im Sommer 2008, die die Leistungsobergrenzen für diese Kombinationsfälle deutlich erhöhte [2]. Für zurückliegende Jahre wird deshalb keine Korrektur der Gesamtzahl vorgenommen.

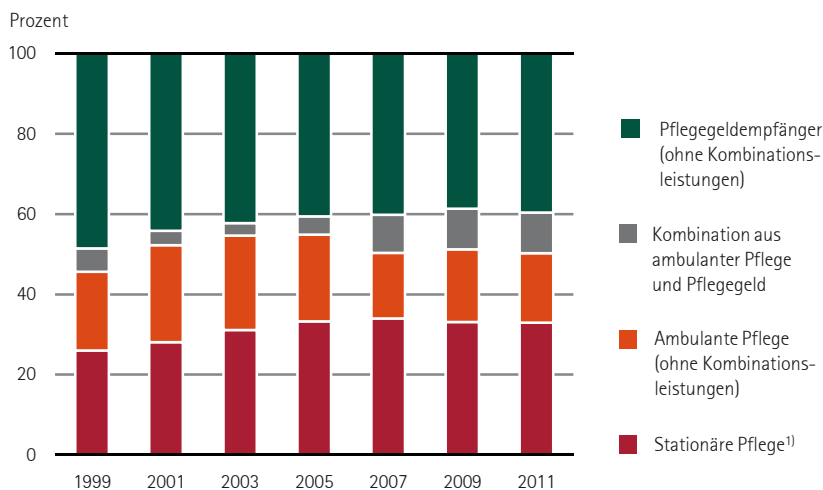
2011 erhielten 49,7 Prozent aller Leistungsempfänger der Pflegeversicherung in Sachsen Pflegegeld, d. h. die Pflege wurde zumindest anteilig durch nichtprofessionelle Pflegekräfte, meist Verwandte geleistet. 1999 gab es anteilig die meisten Pflegegeldempfänger (54,4 Prozent), 2005 die wenigsten (45,1 Prozent). Seit 2007 wird wieder in beinahe der Hälfte aller Pflegefälle Pflegegeld geleistet.

Während der Anteil Pflegebedürftiger, die am jeweiligen Jahresende ausschließlich Pflegegeld erhielten und somit keine professionelle Pflege in Anspruch nahmen, bis 2009 ständig gesunken war (von 48,6 Prozent 1999 bis auf 38,8 Prozent), stieg dieser bis zum Jahresende 2011 wieder leicht an (39,6 Prozent). Im Ausgleich dazu erlebte der Anteil der ambulanten Pflegedienstleistungen vom Jahresende 2009 bis zum Jahresende 2011 einen Rückgang um 0,8 Prozentpunkte auf 27,4 Prozent, wobei nur die ausschließlich durch Pflegedienste erbrachten Leistungsanteile abnahmen.

Insgesamt waren ambulante Pflegedienste bei einem reichlichen Viertel (2011: 27,4 Prozent; Maximum 2009: 28,2 Prozent, Minimum 1999: 25,4 Prozent) aller Pflegebedürftigen für die Pflege verantwortlich oder zumindest beteiligt.

Der Anteil der stationären Pflege blieb gegenüber 2009 mit 33,0 Prozent fast konstant. Zuvor hatte er aber seit Erfassungsbeginn (1999: 26,0 Prozent) bis 2007 (34,0 Prozent) stetig an Größe gewonnen.

Abb. 2 Leistungsempfänger der Pflegeversicherung in Sachsen nach der Leistungsart



1) Anteil ab 2009 ohne teilstationäre Pflege (methodische Änderung)

### Anteil professioneller Pflege in Deutschland niedriger

Im bundesdeutschen Durchschnitt hatte die stationäre Pflege am Jahresende 2011 nur einen Anteil von 29,7 Prozent. 70,3 Prozent der Pflegebedürftigen wurde zu Hause betreut (in Sachsen 67,0 Prozent). Der Anteil der Leistungsempfänger mit ausschließlich Pflegegeld lag in Deutschland bei 47,3 Prozent (Sachsen: 39,6) und ambulante Pflegedienste wurden zu 23,0 Prozent in Anspruch genommen (Sachsen 27,4). Der Anteil der genutzten professionellen Pflegeleistungen lag damit in Sachsen mit 60,4 Prozent um 7,7 Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt (52,7 Prozent).

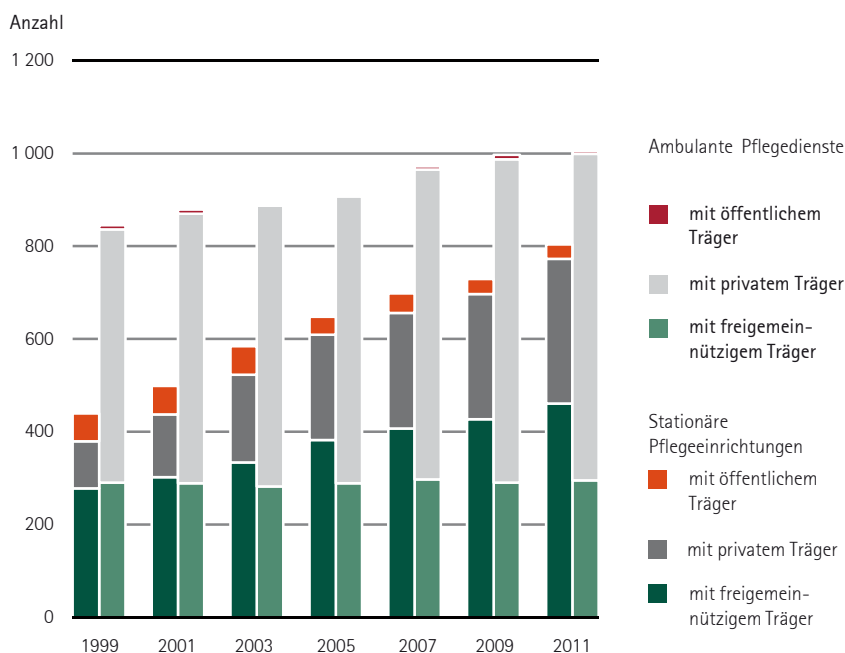
### Betreuung in der professionellen Pflege

#### Ambulante Pflegeeinrichtungen wurden größer, stationäre kleiner

Zur professionellen Versorgung der Pflegebedürftigen standen 2011 in Sachsen 1 005 ambulante Pflegedienste und 804 stationäre Pflegeeinrichtungen mit einem Versorgungsvertrag nach SGB XI zur Verfügung. Die Anzahl der Pflegeeinrichtungen, ihre Platz- und personelle Kapazität hat sich seit Erfassungsbeginn stetig erhöht.

Die Zahl der ambulanten Pflegedienste stieg zwischen Dezember 1999 (845 Einrichtungen) und Dezember 2011 (1 005 Einrichtungen) um 19 Prozent, die Anzahl der dort Beschäftigten dagegen um 86 Prozent. Das

Abb. 3 Einrichtungen für die stationäre und ambulante Pflege in Sachsen



zeigt eine Tendenz zu größeren Einrichtungen mit mehr Beschäftigten. 70 Prozent der ambulanten Pflegedienste (704 Einrichtungen) befanden sich am Jahresende 2011 in privater Trägerschaft. Ihre Anzahl hat sich seit 1999 um 29 Prozent erhöht. Die Anzahl der ambulanten Pflegeeinrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft blieb dagegen mit knapp 300 (2011: 295) annähernd konstant. Einen öffentlichen Träger hatten sehr wenige ambulante Pflegedienste, seit Erfassungsbeginn waren es am jeweiligen Jahresende maximal 10, 2011 gab es 6.

Im Vergleich zu Sachsen waren ambulante Pflegedienste in Deutschland größer, sie betreuten am Jahresende 2011 im Durchschnitt 47 Pflegebedürftige, während es in Sachsen nur 38 waren. 62,9 Prozent der ambulanten Pflegedienste Deutschlands befanden sich in privater Trägerschaft (Sachsen: 70,0), 35,7 in freigemeinnütziger (Sachsen: 29,4) und 1,4 in öffentlicher (Sachsen: 0,6).

Die Anzahl der stationären Pflegeeinrichtungen erhöhte sich in Sachsen seit 1999 (439 Einrichtungen) um 83 Prozent, die Zahl der dort verfügbaren Plätze um 46 Prozent

und die der darin Beschäftigten um 76 Prozent. Hatte eine stationäre Pflegeeinrichtung 1999 damit im Durchschnitt 79 Plätze, so waren es 2011 nur noch 63. Von den 804 stationären Pflegeeinrichtungen am Jahresende 2011 befanden sich die meisten (461 Einrichtungen) in freigemeinnütziger Trägerschaft, 312 in privater und 31 in öffentlicher. Die Einrichtungen mit privatem Träger hatten damit zwar nur einen Anteil von 39 Prozent (freigemeinnützige Träger: 57 Prozent) an allen stationären Einrichtungen, aber sie wiesen den höchsten Zuwachs auf – ihre Anzahl hat sich seit 1999 mehr als verdreifacht. Im Gegensatz dazu sank die Anzahl öffentlicher Pflegeeinrichtungen im betrachteten Zeitraum um etwa die Hälfte. Die Anzahl der von ihnen zur Verfügung gestellten Pflegeplätze ging sogar um fast drei Viertel zurück. Während öffentliche Pflegeeinrichtungen 1999 eine durchschnittliche Anzahl von 121 Pflegeplätzen auswiesen (freigemeinnützige 77, private 56), liegt die durchschnittliche Platzanzahl der Pflegeeinrichtungen aller Trägerarten jetzt zwischen 60 (freigemeinnützige Träger) und 66 bei privaten Trägern (öffentliche Träger: 62).

Auch stationäre Pflegeeinrichtungen sind im Durchschnitt in Deutschland größer als in Sachsen. Im Dezember 2011 hatte ein Pflegeheim hier durchschnittlich 71 Plätze (Sachsen: 63). Die Verteilung der Trägerschaften war ähnlich wie in Sachsen: 54 Prozent der stationären Pflegeeinrichtungen hatte einen freigemeinnützigen Träger, in öffentlicher Trägerschaft befanden sich 5 Prozent der Einrichtungen (Sachsen: 4 Prozent), 40 Prozent hatte einen privaten Träger.

Plätze zur stationären Pflege sind in den meisten Fällen fast 100-prozentig ausgelastet, das zeigt der Fakt, dass pro Pflegebedürftigem in stationärer Pflege am Jahresende 2011 im Sachsendurchschnitt 1,04 Plätze ausgewiesen wurden. In den einzelnen Kreisfreien Städten und Landkreisen waren es zwischen 1,0 (Landkreis Meißen) und 1,06 (im Vogtlandkreis).

Während 2011 in der Stadt Leipzig die absolut meisten Pflegeheimplätze (6 397) zur Verfügung standen, waren es im Landkreis Zwickau die meisten je 1 000 Einwohner (14,4) und in der Stadt Dresden mit 0,44 die meisten je insgesamt Pflegebedürftigem. Im

Tab. 2 Pflegebedürftige und Einrichtungen der Pflege am 15. Dezember 2011 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

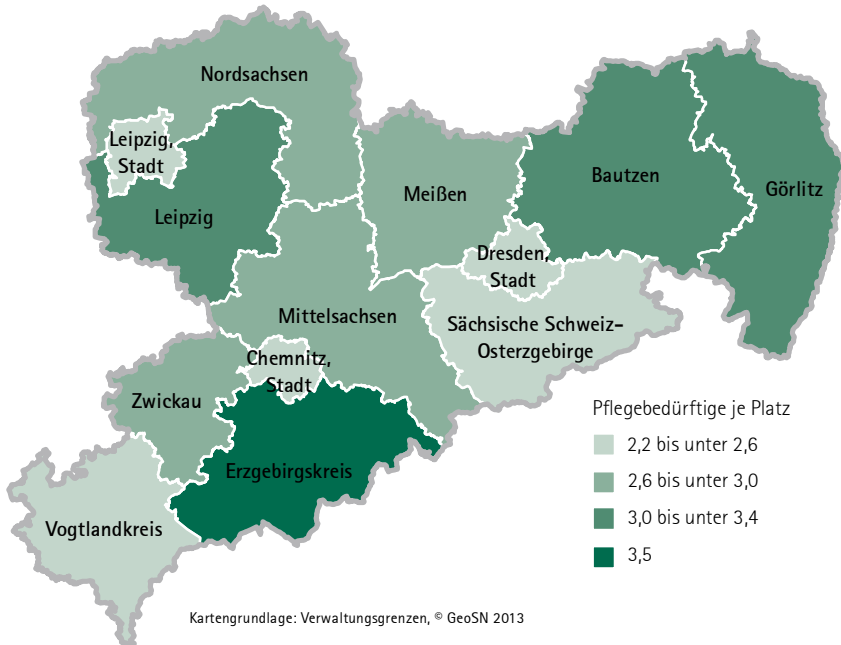
Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Pflegebedürftige			Ambulante Pflegedienste			Stationäre Pflegeeinrichtungen						
	insgesamt		darunter Pflege- geld	An- zahl	Be- schäf- tigte <sup>2)</sup>	Pfle- ge- bedürf- tige	An- zahl	Be- schäf- tigte <sup>2)</sup>	Pfle- ge- bedürf- tige	verfügbare Plätze			
	Anzahl	je 1 000 Einwoh- ner <sup>1)</sup>								An- zahl	je 1 000 Ein- woh- ner <sup>1)</sup>	je Pflege- bedürftigen	ins- gesamt
Chemnitz, Stadt	8 099	33,3	3 055	51	1 092	2 022	35	2 154	3 147	3 258	13,4	0,40	1,04
Erzgebirgskreis	14 115	38,8	6 003	106	2 028	4 379	67	2 878	3 943	4 084	11,2	0,29	1,04
Mittelsachsen	11 100	34,2	4 362	90	1 597	3 175	80	2 876	3 825	4 008	12,3	0,36	1,05
Vogtlandkreis	7 956	32,9	2 774	78	1 306	2 306	54	2 215	3 035	3 226	13,4	0,41	1,06
Zwickau	13 558	40,1	5 194	105	2 219	3 976	71	2 993	4 691	4 859	14,4	0,36	1,04
Dresden, Stadt	13 455	25,4	4 977	94	1 782	3 234	80	3 656	5 572	5 867	11,1	0,44	1,05
Bautzen	11 196	35,1	4 995	67	1 310	2 796	60	2 684	3 545	3 605	11,3	0,32	1,02
Görlitz	11 579	42,3	4 831	71	1 600	3 230	72	2 793	3 721	3 741	13,7	0,32	1,01
Meißen	8 259	32,9	3 449	61	1 016	2 311	50	1 810	2 787	2 785	11,1	0,34	1,00
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	8 400	33,5	3 168	52	1 057	2 261	58	2 090	3 164	3 258	13,0	0,39	1,03
Leipzig, Stadt	15 220	28,6	5 413	108	2 358	4 080	75	3 776	6 044	6 397	12,0	0,42	1,06
Leipzig	8 920	33,6	3 727	68	1 200	2 534	54	2 009	2 808	2 925	11,0	0,33	1,04
Nordsachsen	7 130	34,9	3 139	54	835	1 781	48	1 825	2 430	2 474	12,1	0,35	1,02
<b>Sachsen 2011</b>	<b>138 987</b>	<b>33,6</b>	<b>55 087</b>	<b>1 005</b>	<b>19 400</b>	<b>38 085</b>	<b>804</b>	<b>33 759</b>	<b>48 712</b>	<b>50 487</b>	<b>12,2</b>	<b>0,36</b>	<b>1,04</b>
2009	131 714	31,6	51 063	997	17 048	37 087	729	31 302	45 825	48 124	11,5	0,37	1,05
2007	127 064	30,1	51 111	972	15 096	32 810	698	28 156	43 143	45 924	10,9	0,36	1,06
2005	119 905	28,1	48 674	913	13 762	31 310	648	26 296	39 921	43 413	10,2	0,36	1,09
2003	118 401	27,4	50 047	892	12 987	31 510	584	23 386	36 844	39 817	9,2	0,34	1,08
2001	118 918	27,1	52 519	879	12 050	32 980	499	20 732	33 419	36 154	8,2	0,30	1,08
1999	118 124	26,5	57 401	845	10 405	29 971	439	19 155	30 752	34 467	7,7	0,29	1,12

1) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990

2) Mehrfachzählung bei Beschäftigten in mehrgliedrigen Einrichtungen möglich



Abb. 4 Pflegebedürftige insgesamt je Platz in einer stationären Einrichtung im Dezember 2011



Erzgebirgskreis war der Anteil Pflegebedürftiger, die stationär untergebracht waren, am geringsten. Pro insgesamt Pflegebedürftigem standen hier nur 0,29 Plätze zur Verfügung, so dass auf einen Pflegeheimplatz 3,5 Pflegebedürftige (s. Karte) entfielen, während es im Sächsendurchschnitt 2,8 waren. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ist aber davon auszugehen, dass das Verhältnis von Nachfrage und angebotenen Plätzen hier nicht wesentlich anders ist als in anderen Regionen. Befriedigende Antworten auf die hier aufgezeigten unterschiedlichen Relationen allein bezüglich der vorhandenen Pflegeheimplätze auf regionaler Ebene können nur breiter angelegte Studien liefern, die statistische Daten (Demographie, Wirtschaft, Einkommen) mit empirischen (Tradition, Ethik) verknüpfen.

#### Hat sich die Betreuung der Pflegebedürftigen verbessert?

Im Fokus der weiteren Betrachtungen soll die Versorgung und Betreuung der zu Pflegenden außerhalb der rein materiellen Voraussetzungen stehen. Daten zu den Betreuenden werden dabei in der amtlichen Statistik nur in der professionellen Pflege erfasst. Angaben zur Qualität, die problematisch hinsichtlich ihrer Objektivität sind, werden dabei nicht erhoben. Quantitative Kriterien können aber Anhaltspunkte liefern, ob Vorbehalte gegenüber der professionellen Pflege, insbesondere im Zusammenhang mit einer stationären Unterbringung objektive Ursachen haben.

#### Zahl der Beschäftigten stieg in ambulanten und stationärer Pflege stärker als Zahl der betreuten Pflegebedürftigen

Wie schon oben erwähnt, hat sich die Anzahl der Leistungsempfänger der Pflegeversicherung seit 1999 um 17,7 Prozent erhöht. Dabei stieg die Anzahl der von ambulanten Pflegediensten Betreuten um 27,1 Prozent, die der stationär Betreuten sogar um 58,4 Prozent. Die Anzahl der im Pflegebereich Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum um 79,8 Prozent, im ambulanten Bereich waren es sogar 86,4 Prozent und im stationären 76,2 Prozent. Am 15. Dezember 2011 waren in ambulanten Pflegediensten

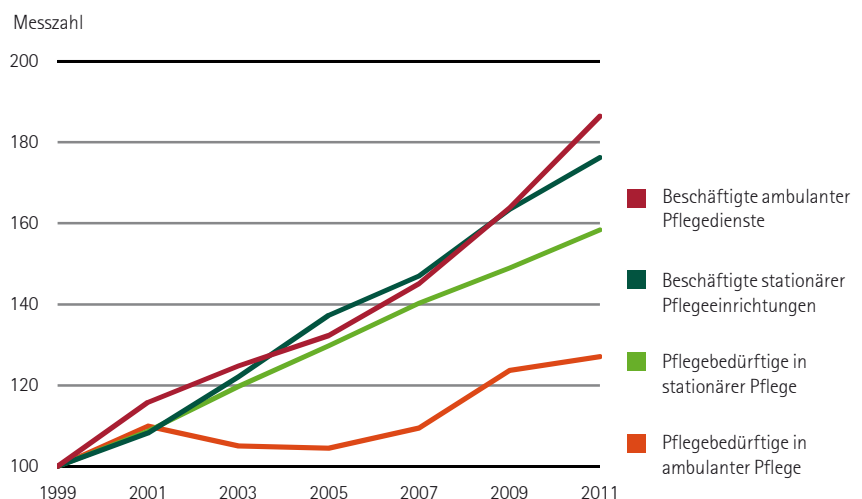
19 400 Personen beschäftigt, in stationären Pflegeeinrichtungen 33 759.

Der hohe Zuwachs an Beschäftigten in der ambulanten Pflege insgesamt wird mit 103,1 Prozent im Bereich der Grundpflege sogar noch übertroffen, am Jahresende waren hier 71,4 Prozent des Personals tätig. In der Pflegedienstleitung und Verwaltung arbeiteten insgesamt 11,3 Prozent der Beschäftigten, der Personalanstieg hier verlief in etwa parallel zur Gesamtbeschäftigtenzahl. Bei der hauswirtschaftlichen Versorgung betrug der Personalzuwachs nur 2,5 Prozent. Der Anteil der hier Beschäftigten sank von 18,3 Prozent 1999 auf 10,1 am Jahresende 2011.

Auch im stationären Bereich erlebte das Personal in der „Pflege und Betreuung“ mit 85,8 Prozent noch einen höheren Zuwachs als das Gesamtpersonal. Sein Anteil an allen Beschäftigten lag im Dezember 2011 bei 69,6 Prozent. Für die hauswirtschaftliche Betreuung war 12,5 Prozent des Personals zuständig und für die soziale Betreuung 4,4 Prozent. Mit einem Personalzuwachs von 127,2 Prozent gewann die soziale Betreuung stärker an Bedeutung als andere Tätigkeiten. Das Personal in der Geschäftsführung hatte zuletzt einen Anteil von 5,1 Prozent und stieg seit 1999 nur um 51 Prozent. Im haustechnischen Dienst gab es dagegen einen Personalrückgang um 12,8 Prozent, der sich aber zu einem Großteil schon zwischen 1999 und 2003 vollzog.

Neu ist die zusätzliche Betreuung nach § 87b SGB XI für Heimbewohner mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung, die 2011 einen personellen Anteil von 4,7 Prozent hatte.

Abb. 5 Beschäftigte<sup>1)</sup> und Pflegebedürftige in der ambulanten und stationären Pflege in Sachsen 1999 = 100



1) Mehrfachzählung bei Beschäftigten in mehrgliedrigen Einrichtungen möglich

Tab. 3 Beschäftigte in der ambulanten und stationären Pflege in Sachsen im Dezember 1999 bis 2011

Merkmal	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011	Veränderung 2011 gegen- über 1999 in Prozent
<b>Beschäftigte absolut <sup>1)</sup></b>								
Ambulant insgesamt	10 405	12 050	12 987	13 762	15 096	17 048	19 400	86,4
davon								
Pflegedienstleitung	682	884	934	1 064	1 272	1 216	1 269	86,1
Grundpflege	6 824	7 982	8 943	9 762	10 791	12 310	13 859	103,1
hauswirtschaftliche Versorgung	1 902	2 053	1 988	1 689	1 595	1 809	1 950	2,5
Verwaltung, Geschäftsführung	482	595	645	714	809	843	925	91,9
sonstiger Bereich	515	536	477	533	629	870	1 397	171,3
Stationär insgesamt	19 155	20 732	23 386	26 296	28 156	31 302	33 759	76,2
davon								
zusätzliche Betreuung (§ 87b SGB XI)	x	x	x	x	x	1 217	1 593	x
Pflege und Betreuung	12 653	14 351	16 465	19 157	20 744	22 086	23 514	85,8
soziale Betreuung	652	694	758	950	976	1 357	1 481	127,1
Hauswirtschaftsbereich	3 542	3 478	3 777	3 645	3 804	3 904	4 231	19,5
haustechnischer Dienst	927	844	770	827	756	839	808	-12,8
Verwaltung, Geschäftsführung	1 138	1 141	1 350	1 450	1 484	1 565	1 720	51,1
sonstiger Bereich	243	224	266	267	392	334	412	69,5
<b>Insgesamt</b>	<b>29 560</b>	<b>32 782</b>	<b>36 373</b>	<b>40 058</b>	<b>43 252</b>	<b>48 350</b>	<b>53 159</b>	<b>79,8</b>
<b>Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten <sup>1)2)</sup></b>								
Ambulant insgesamt	8 456	9 765	10 288	10 665	11 691	13 183	15 007	77,5
davon								
Pflegedienstleitung	663	862	909	1 031	1 214	1 183	1 233	85,9
Grundpflege	5 537	6 479	7 065	7 525	8 322	9 507	10 751	94,2
hauswirtschaftliche Versorgung	1 443	1 521	1 432	1 162	1 069	1 214	1 293	-10,4
Verwaltung, Geschäftsführung	402	493	541	581	668	700	765	90,3
sonstiger Bereich	410	411	341	366	418	580	965	135,5
Stationär insgesamt	16 132	17 012	18 487	20 407	21 517	23 780	25 552	58,4
davon								
zusätzliche Betreuung (§ 87b SGB XI)	x	x	x	x	x	803	1 075	x
Pflege und Betreuung	10 681	11 853	13 099	14 872	15 907	16 962	18 013	68,6
soziale Betreuung	524	525	564	704	704	974	1 093	108,6
Hauswirtschaftsbereich	2 872	2 716	2 820	2 699	2 737	2 793	2 992	4,2
haustechnischer Dienst	851	740	653	707	635	678	628	-26,1
Verwaltung, Geschäftsführung	1 010	1 002	1 152	1 234	1 251	1 336	1 460	44,5
sonstiger Bereich	194	175	198	191	284	234	291	49,9
<b>Insgesamt</b>	<b>24 588</b>	<b>26 777</b>	<b>28 774</b>	<b>31 072</b>	<b>33 208</b>	<b>36 963</b>	<b>40 559</b>	<b>65,0</b>
<b>Pflegebedürftige</b>								
Ambulant	29 971	32 980	31 510	31 310	32 810	37 087	38 085	27,1
Stationär	30 752	33 419	36 844	39 921	43 143	45 825	48 712	58,4
<b>Verhältnis Pflegebedürftige zu Beschäftigten bei ambulanten Pflegediensten</b>								
Pflegebedürftige je Beschäftigten	2,88	2,74	2,43	2,28	2,17	2,18	1,96	-31,8
darunter in der Grundpflege	4,39	4,13	3,52	3,21	3,04	3,01	2,75	-37,4
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	3,54	3,38	3,06	2,94	2,81	2,81	2,54	-28,4
darunter in der Grundpflege	5,41	5,09	4,46	4,16	3,94	3,90	3,54	-34,6
<b>Verhältnis Pflegebedürftige zu Beschäftigten in stationären Pflegeeinrichtungen</b>								
Pflegebedürftige je Beschäftigten	1,61	1,61	1,58	1,52	1,53	1,46	1,44	-10,1
darunter in Pflege und Betreuung	2,43	2,33	2,24	2,08	2,08	2,07	2,07	-14,8
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	1,91	1,96	1,99	1,96	2,01	1,93	1,91	0,0
darunter in Pflege und Betreuung	2,88	2,82	2,81	2,68	2,71	2,70	2,70	-6,1

1) Mehrfachzählung bei Beschäftigten in mehrgliedrigen Einrichtungen möglich

2) s. Hinweis "Berechnung der Vollzeitäquivalente"

## Vollzeitäquivalente bieten objektivere Vergleichsmöglichkeiten

Die Betreuungssituation in der professionellen Pflege kann rein rechnerisch durch das Verhältnis von Pflegebedürftigen zu Beschäftigten dargestellt werden. Aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit werden die Beschäftigten im Folgenden in Vollzeitäquivalenten betrachtet.

Zum Personalbestand einer Pflegeeinrichtung im Sinne der amtlichen Pflegestatistik gehören alle, die in einem Arbeitsverhältnis zur Einrichtung stehen und teilweise oder ausschließlich Leistungen nach SGB XI erbringen. Bei mehrgliedrigen Einrichtungen (z. B. Pflegeheime mit einem angeschlossenen ambulanten Pflegedienst) können Mehrfachzählungen des Personals entstehen, wenn Beschäftigte in beiden Einrichtungsarten Leistungen nach SGB XI erbringen. Für das unter diesen Voraussetzungen erfasste Personal wird sowohl das Beschäftigungsverhältnis als auch der Anteil der Tätigkeit im Rahmen des SGB XI erfasst. Die Umrechnung des Personals in Vollzeitäquivalente bietet durch Ausschluss des Teilzeitfaktors einen objektiveren Vergleich als die vorhergehende Betrachtung der Personalentwicklung in Absolutzahlen, bleibt aber dennoch nur eine Schätzung, da die Arbeitszeiten nicht exakt erfasst werden und der Arbeitsanteil nach SGB XI nicht mit einbezogen wird. [2]

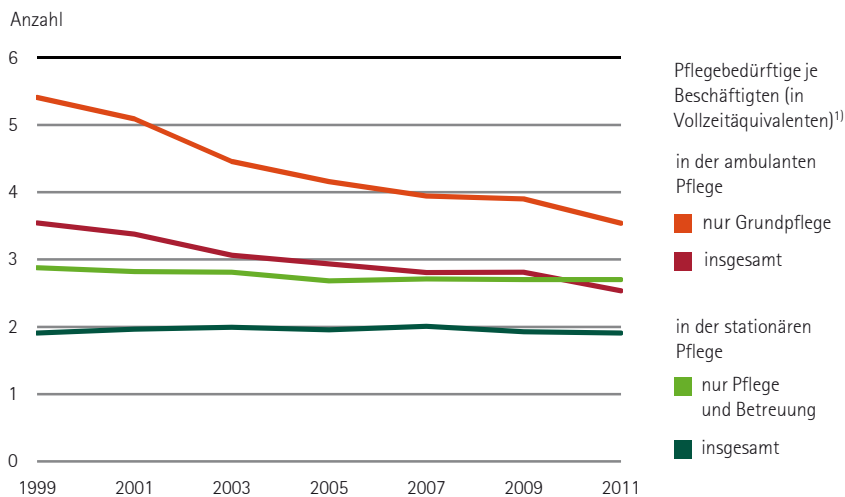
### Berechnung von Vollzeitäquivalenten

Folgende Faktoren wurden für die einzelnen Beschäftigungsverhältnisse zugrunde gelegt:

Faktor 1,00	für Vollzeitbeschäftigte sowie für Helfer im freiwilligen sozialen Jahr
Faktor 0,75	für Teilzeitbeschäftigte über 50 Prozent
Faktor 0,50	für Praktikanten, Schüler und Auszubildende
Faktor 0,45	für nicht geringfügig Beschäftigte in Teilzeit bis 50 Prozent
Faktor 0,25	für geringfügig in Teilzeit Beschäftigte

Betrachtet man die Personalentwicklung in Vollzeitäquivalenten, sind die Zuwächse an Personal im betrachteten Zeitraum durchgängig geringer. In der ambulanten Pflege stiegen die Beschäftigtenanzahlen damit nur noch um 77,5 Prozent und in der stationären um 58,4 Prozent. In der hauswirtschaftlichen Versorgung bei der ambulanten Pflege gab es sogar einen Personalarückgang um 10,4 Prozent. Bei der stationären Pflege hatte der hauswirtschaftliche Bereich in Vollzeitäquivalenten nur einen Zuwachs um 4,2 Prozent und das Personal des haustechnischen Dienstes ging um 26,1 Prozent zurück. Hier kann außer einer hohen Teilzeitquote auch die

Abb. 6 Betreuungssituation in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen



1) Mehrfachzählung bei Beschäftigten in mehrgliedrigen Einrichtungen möglich

Fremdvergabe solcher Leistungen eine Rolle spielen.

Insgesamt und besonders im rein pflegerischen Bereich liegt der Personalarückgang auch in Vollzeitäquivalenten noch über dem Anstieg der Anzahl der Pflegebedürftigen. Diese Tendenz ist aber in der ambulanten Pflege viel deutlicher ausgeprägt als in der stationären Pflege.

### Rückgang der Pflegebedürftigen je Beschäftigten hauptsächlich in der ambulanten Pflege

In der ambulanten Pflege fielen auf jeden Beschäftigten am Jahresende 2011 durchschnittlich 2,5 Pflegebedürftige, 1999 waren es noch 3,5. Das Verhältnis hat sich stetig verbessert, insgesamt um 28,4 Prozent. Die Beschäftigten in der Grundpflege mussten im Dezember 2011 durchschnittlich 3,5 Pflegebedürftige versorgen, 1999 waren es 5,4 und damit jetzt über ein Drittel weniger. Zieht man hier neben der Grundpflege noch die Pflegedienstleitung und die hauswirtschaftliche Versorgung als relativ stark mit den Pflegebedürftigen befassten Bereich hinzu, ergibt sich für Ende 2011 ein Verhältnis von 2,9 (1999: 3,9) und damit eine Verbesserung um 26,8 Prozent.

In der stationären Pflege betrug das Verhältnis Pflegebedürftige je Beschäftigtem am Jahresende 2011 genau wie 1999 1,9. Bei den Erhebungen der Zwischenjahre wurden rein rechnerisch mehr Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent ermittelt. Am schlechtesten war dieses Verhältnis 2007 mit 2,0. Eingeschränkt auf das Personal im Beschäftigungsbereich Pflege und Betreuung lag das Verhältnis im Dezember 2011 bei 2,7 und im Dezember 1999 bei 2,9. Hier gab es eine stetige, allerdings minimale Verbesserung, die für den

gesamten Zeitraum bei 6,1 Prozent lag. Unter Hinzuziehung des Personals in der zusätzlichen Betreuung nach § 87b SGB XI sowie in der sozialen Betreuung und im Hauswirtschaftsbereich entfielen am Jahresende 2011 auf jeden in diesen Bereichen der stationären Einrichtungen Beschäftigten 2,1 Pflegebedürftige, am Jahresende 1999 waren es knapp 2,2 und die meisten mit reichlich 2,2 am Jahresende 2003. Die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses ist hier damit noch geringer (3,8 Prozent zwischen 1999 und 2011) als im engsten Pflegebereich.

### Gibt es regionale Unterschiede?

Die Beschäftigtensituation in den Pflegeeinrichtungen in Sachsen unterscheidet sich relativ stark von der im gesamtdeutschen Durchschnitt. Verglichen in Vollzeitäquivalenten kamen bei ambulanten Pflegediensten in Deutschland am Jahresende 2011 mit 3,0 mehr Pflegebedürftige als in Sachsen (2,5) auf einen Beschäftigten. Bei den stationären Einrichtungen war es umgekehrt, hier entfielen in Sachsen 1,9 Pflegebedürftige auf einen Beschäftigten, im Durchschnitt aller Bundesländer waren es nur 1,6. Insbesondere im ambulanten Pflegebereich war der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in Deutschland bedeutend höher als in Sachsen.

Auch die personelle Ausstattung in den Pflegeeinrichtungen Sachsens zeigte relativ große Unterschiede. Sie sind allerdings im ambulanten und stationären Bereich differenziert zu betrachten.

Bei den ambulanten Pflegeeinrichtungen reichte die Spanne Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent im Dezember 2011 von 2,1 in der Stadt Leipzig bis 2,9 im Erzgebirgskreis. Auch in den anderen zwei Kreisfreien

Tab. 4 Betreuungssituation in ambulanten und stationäre Pflegeeinrichtungen am 15. Dezember 2011 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Personal insgesamt			Darunter in der Grundpflege bzw. Pflege und Betreuung <sup>1)</sup>			
	Vollzeit- äqui- valente (VZA)	Pflege- bedürf- tige je VZA	Be- schäf- tigte je VZA	Vollzeit- äqui- valente (VZA)	Anteil an VZA ins- gesamt	Pflege- bedürf- tige je VZA	Be- schäf- tigte je VZA
<b>ambulante Pflegedienste</b>							
Chemnitz, Stadt	863	2,34	1,26	633	73,3	3,20	1,25
Erzgebirgskreis	1 494	2,93	1,36	1 000	67,0	4,38	1,34
Mittelsachsen	1 222	2,60	1,31	892	73,0	3,56	1,31
Vogtlandkreis	1 009	2,29	1,29	689	68,3	3,35	1,29
Zwickau	1 694	2,35	1,31	1 263	74,6	3,15	1,31
Dresden, Stadt	1 389	2,33	1,28	1 042	75,0	3,10	1,27
Bautzen	971	2,88	1,35	716	73,7	3,91	1,35
Görlitz	1 210	2,67	1,32	862	71,2	3,75	1,34
Meißen	790	2,92	1,29	603	76,3	3,83	1,28
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	852	2,65	1,24	532	62,5	4,25	1,25
Leipzig, Stadt	1 915	2,13	1,23	1 382	72,1	2,95	1,23
Leipzig	942	2,69	1,27	666	70,7	3,81	1,26
Nordsachsen	655	2,72	1,28	471	71,9	3,78	1,26
<b>Sachsen</b>	<b>15 007</b>	<b>2,54</b>	<b>1,29</b>	<b>10 751</b>	<b>71,6</b>	<b>3,54</b>	<b>1,29</b>
dagegen Deutschland	193 301	3,0	1,50	137 735	70,6	4,2	1,49
<b>stationäre Pflegeeinrichtungen</b>							
Chemnitz, Stadt	1 577	2,00	1,37	1 102	69,9	2,85	1,33
Erzgebirgskreis	2 086	1,89	1,38	1 400	67,1	2,82	1,37
Mittelsachsen	2 155	1,77	1,33	1 500	69,6	2,55	1,32
Vogtlandkreis	1 609	1,89	1,38	1 114	69,2	2,72	1,37
Zwickau	2 316	2,03	1,29	1 646	71,1	2,85	1,27
Dresden, Stadt	2 863	1,95	1,28	2 177	76,0	2,56	1,26
Bautzen	2 005	1,77	1,34	1 370	68,3	2,59	1,32
Görlitz	2 102	1,77	1,33	1 443	68,6	2,58	1,32
Meißen	1 399	1,99	1,29	977	69,8	2,85	1,28
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	1 598	1,98	1,31	1 146	71,8	2,76	1,30
Leipzig, Stadt	2 981	2,03	1,27	2 112	70,8	2,86	1,26
Leipzig	1 507	1,86	1,33	1 055	70,0	2,66	1,31
Nordsachsen	1 353	1,80	1,35	970	71,7	2,50	1,34
<b>Sachsen</b>	<b>25 552</b>	<b>1,91</b>	<b>1,32</b>	<b>18 013</b>	<b>70,5</b>	<b>2,70</b>	<b>1,31</b>
dagegen Deutschland	479 547	1,6	1,38	327 542	68,3	2,4	1,33

1) ambulant: Grundpflege; stationär: Pflege und Betreuung

Städten entfielen auf einen Beschäftigten mit 2,3 relativ wenige Pflegebedürftige. Je Beschäftigten in der Grundpflege wiesen die drei Großstädte Sachsens mit Werten zwischen 3,0 (Leipzig) und 3,2 (Chemnitz; Dresden: 3,1) ebenfalls die günstigsten Verhältnisse auf. Mit einem Wert von 4,4 schloss auch hier der Erzgebirgskreis am schlechtesten ab.

Im Erzgebirgskreis war der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in der ambulanten Pflege am niedrigsten (auf ein Vollzeitäquivalent kamen 1,4 Beschäftigte), in der Stadt Leipzig am höchsten (1,2 Beschäftigte je VZA). Bei den Beschäftigten in der Grundpflege hatte die Kreisfreie Stadt Leipzig mit dem gleichen Wert wiederum die höchste Vollzeitbeschäftigung im Kreisvergleich der ambulanten

Pflegeeinrichtungen. Die niedrigste Vollzeitbeschäftigung wies hier der Landkreis Bautzen auf.

Der Anteil der Beschäftigten in der Grundpflege an allen Beschäftigten ambulanter Pflegedienste war im Landkreis Meißen mit 76,3 Prozent am höchsten und im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge am niedrigsten (62,5 Prozent).

In stationären Pflegeeinrichtungen entfielen auf einen Beschäftigten im Dezember 2011 zwischen 1,8 und 2,0 Pflegebedürftige. Der Landkreis Bautzen, unmittelbar gefolgt von den Landkreisen Görlitz, Mittelsachsen und Nordsachsen, wies dabei den niedrigsten (günstigsten) Wert auf. Der höchste Wert wurde für die Stadt Leipzig errechnet, mit ebenfalls nur minimalen Unterschieden zu den Landkreisen Zwickau, Meißen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie zur Stadt Chemnitz. Die Kreisfreien Städte Leipzig und Chemnitz wiesen hier also eher ungünstigere Betreuungsschlüssel auf, was sich bei Betrachtung der Beschäftigten im reinen Pflegebereich („Pflege und Betreuung“) fortsetzte.

Vollzeitbeschäftigung war auch im stationären Pflegebereich in Leipzig am stärksten und im Erzgebirgskreis am wenigsten ausgeprägt, dieser Sachverhalt ist bei ausschließlicher Betrachtung der Beschäftigten in Pflege und Betreuung ebenso zu beobachten.

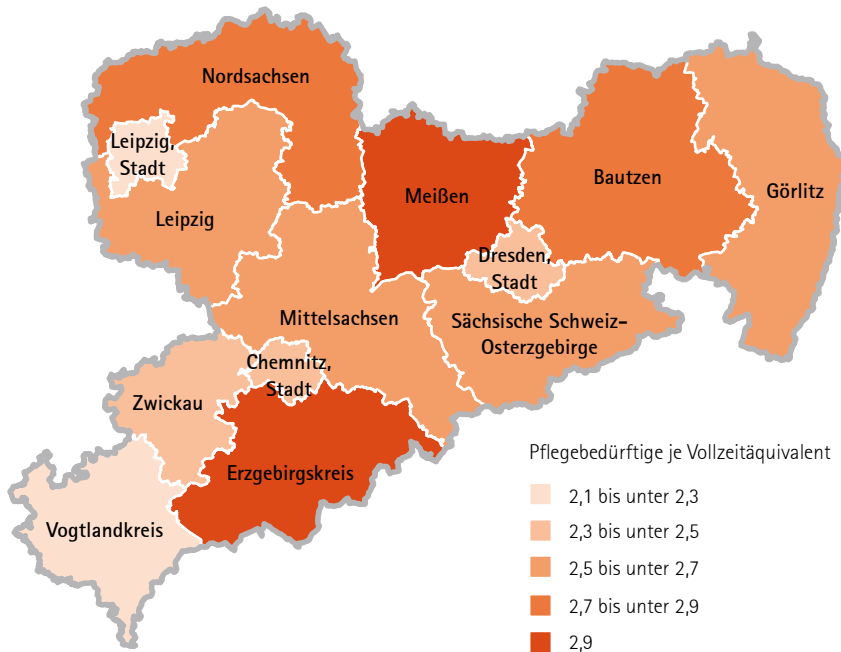
Der höchste Anteil Beschäftigter (in VZA) in Pflege und Betreuung an den insgesamt in stationären Pflegeeinrichtungen Beschäftigten wurde in der Stadt Dresden verzeichnet (76,0 Prozent), der niedrigste im Erzgebirgskreis (67,1). Im Sachsenschnitt lag dieser Anteil in stationären Einrichtungen mit 70,5 Prozent etwas unter dem der ambulanten Einrichtungen, wo 71,6 Prozent der Beschäftigten in der Grundpflege tätig waren. Unter Berücksichtigung der zusätzlichen Pflegekräfte nach § 87b SGB XI waren am Jahresende 2011 in den stationären Pflegeeinrichtungen Sachsens jedoch fast drei Viertel (74,7 Prozent) der Beschäftigten in Pflege und Betreuung tätig.

Bei der Beurteilung dieser rein rechnerisch ermittelten Werte muss berücksichtigt werden, dass insbesondere im stationären Bereich der Pflegebedürftige 24 Stunden und in vielen Fällen jeden Tag im Jahr der Betreuung bedarf, während das Personal in Vollzeit 8 Stunden tätig ist und es Ausfälle durch Urlaub und Krankheit gibt.

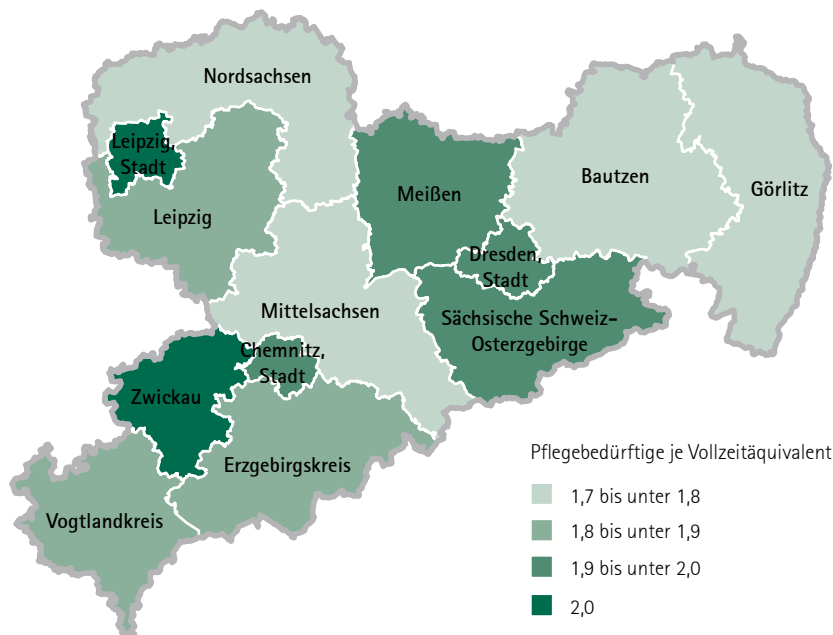
Da Einflussfaktoren wie z. B. eine Veränderung der Tätigkeitsfelder (beim temporären Vergleich) oder unterschiedliche Wegezeiten in der ambulanten Pflege (im Regionalvergleich) nicht berücksichtigt werden, können die dargestellten statistischen Daten zur Personalsituation nur ein Hilfsmittel zur Beur-

Abb. 7 Pflegebedürftige je Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten)<sup>1)</sup> in Pflegeeinrichtungen im Dezember 2011

ambulante Pflegeeinrichtungen



stationäre Pflegeeinrichtungen



1) Mehrfachzählungen bei Beschäftigten in mehrgliedrigen Einrichtungen möglich  
Kartengrundlage: Verwaltungsgrenzen, © GeoSN 2013

teilung der Betreuungssituation sein. Weitere Einflussgrößen sind die Motivation des Personals und die Eignung für den Pflegeberuf hinsichtlich persönlicher Merkmale und einer entsprechenden Ausbildung.

### In ambulanter Pflege anteilig mehr Beschäftigte mit Pflege-Berufsabschluss

Von den in der ambulanten und stationären Pflege Beschäftigten in Sachsen verfügten im Dezember 2011 55,0 Prozent über eine

abgeschlossene Berufsausbildung im pflegerischen Bereich, weitere 8,1 Prozent hatten einen Berufsabschluss in pflegenahen Gebieten, wie medizinisch-therapeutischen Berufen sowie im sozialpädagogischen oder hauswirtschaftlichen Bereich. 28,3 Prozent hatten einen anderen Berufsabschluss, ohne Berufsabschluss bzw. noch in Ausbildung waren 8,6 Prozent. Über den Gesamtzeitraum der Erhebung gab es nur wenige Verschiebungen bei den Anteilen der Berufsab-

schlüsse - hauptsächlich gingen die Anteile der Beschäftigten ohne Berufsabschluss zu Gunsten derer mit einem sonstigen Berufsabschluss zurück (etwa um 3 Prozentpunkte). Im ambulanten Bereich verfügte im Dezember 2011 mit 68,5 Prozent der Beschäftigten mehr Personal über einen Berufsabschluss in der Pflege als im stationären (47,2 Prozent). In stationären Einrichtungen gab es dafür bedeutend mehr Beschäftigte mit einem sonstigen Berufsabschluss - 33,6 Prozent gegenüber 19,1 Prozent in der ambulanten Pflege. Über den Gesamtzeitraum seit 1999 ist in der ambulanten Pflege bei einer Zunahme der sonstigen Berufsabschlüsse eine leichte Abnahme der pflegerischen und pflegenahen Abschlüsse zu verzeichnen - von 79,3 Prozent am Jahresende 1999 auf 74,4 Prozent am Jahresende 2011. In stationären Einrichtungen gab es 2011 weniger Personal ohne Abschluss (etwa 4 Prozentpunkte) als 1999. Dafür erhöhte sich vor allem der Anteil der Beschäftigten mit pflegenahen, aber auch pflegerischen oder sonstigen Abschlüssen.

### In Deutschland durchschnittlich mehr Personal ohne Berufsabschluss in stationären Einrichtungen tätig

Die Verhältnisse hinsichtlich der Berufsabschlüsse im gesamtdeutschen Durchschnitt unterschieden sich im Dezember 2011 im ambulanten Pflegebereich kaum von denen in Sachsen. Im stationären Bereich fällt auf, dass im Durchschnitt der Bundesländer der Anteil von Personal ohne Abschluss mit 18,3 Prozent viel höher lag als in Sachsen, wo nur 9,8 Prozent des Personals in stationären Pflegeeinrichtungen keinen Abschluss vorweisen konnten, dafür aber über ein Drittel der Beschäftigten einen sonstigen Berufsabschluss hatte (Deutschland: 25,3 Prozent). Pflegerische oder pflegenahen Abschlüsse hatten in beiden Fällen über die Hälfte der stationär Beschäftigten (Sachsen: 56,6 Prozent; Deutschland: 56,4 Prozent).

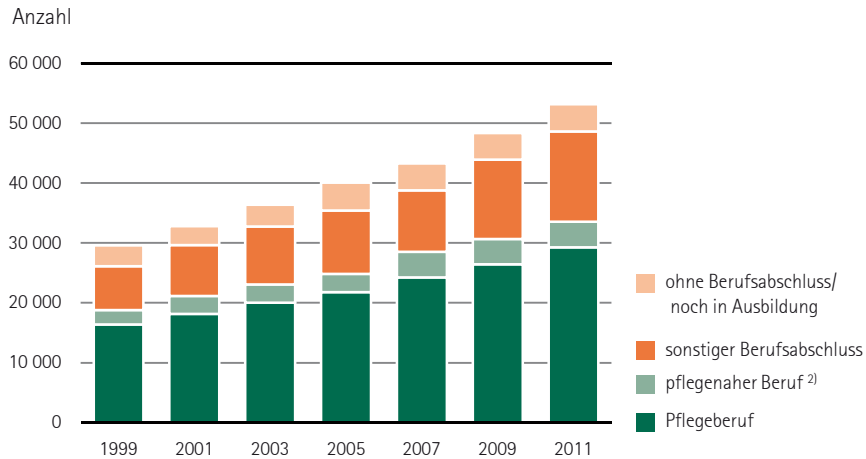
### Ausblick

#### Steigender Bedarf an Pflegekräften stellt große Herausforderung dar

Aufgrund des demografischen Wandels und des damit zu erwartenden Anstiegs der Zahl der Pflegebedürftigen wird auch der Bedarf an Pflegekräften in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Niedrigschwellige Angebote und die Unterstützung pflegender Angehöriger können diesen Trend wahrscheinlich höchstens abmildern.

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Sachsen [4] wird sich der Bedarf an Pflegekräften (in Voll-

**Abb. 8 Beschäftigte<sup>1)</sup> in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen in Sachsen nach Berufsabschluss**



1) Mehrfachzählung bei Beschäftigten in mehrgliedrigen Einrichtungen möglich  
 2) z. B. Heil- und Sozialpädagogen, Ergo-, Arbeits-, Beschäftigungs-, Physiotherapeuten, andere nichtärztliche Heilberufe, Hauswirtschaftler und Dorfhelfer

zeitäquivalenten) bis 2030 in Sachsen um ca. 40 bis 50 Prozent erhöhen, in der Stadt Dresden in der ambulanten Pflege sogar mehr als verdoppeln. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um bei einem insgesamt sinkenden Arbeitskräftepotenzial entsprechendes Personal zu rekrutieren.

Voraussetzungen sind außer einer verstärkten Ausbildung mit modernisierten Ausbildungsinhalten und der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse (eine Erweiterung der Anerkennungsregeln erfolgte im November 2011) vor allem eine leistungsgerechte Bezahlung und verbesserte Arbeitsbedingungen. Zumindest kurzfristig liegen Reserven auch in der Verlängerung der Wochenarbeitszeit bei geringfügig- und Teilzeitbeschäftigten, zumal Frauen im Osten Deutschland häufig nur deshalb Teilzeit arbeiten, weil sie keine Vollzeitstelle finden können. [5]

#### Verbesserte Gestaltungsmöglichkeiten durch gesetzliche Änderungen

Änderungen im SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) und in der Pflegestatistikverordnung erlauben ab der Erhebung 2013 eine tiefere Untergliederung der Pflegestatistik. Beim Personal wird nun auch das Alter der Beschäftigten erfasst, die Erfassung der Ausbildung erfolgt differenzierter. Als Pflegebedürftige werden jetzt auch Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (ohne Pflegestufe, oft wegen Demenz) erfasst und darüber hinaus der Wohnort des Leistungsempfängers (ambulante Pflege).

Längerfristig soll die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zu deutlichen Verbesserungen für die meisten Pflegebedürftigen führen. Fünf Pflegegrade sollen dann die bisherigen drei Pflegestufen ersetzen.

Gina Gäbler, Dipl.-Slaw., Fachverantwortliche Analyse Soziales, Gesundheit  
 Gabriele Philipp, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Soziales, Gesundheit

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherung (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S.1014, 1015), das zuletzt durch Art. 2a des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2423) geändert worden ist
- [2] Pflegestatistik 2011, Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, Deutschlandergebnisse, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011
- [3] Gäbler, G., G. Philipp: Pflegebedürftigkeit in Sachsen im Spiegel der amtlichen Statistik, In: Statistik in Sachsen 4/2011, S. 40 ff.
- [4] Pohl, C., U. Sujata, A. Weyh: Der zukünftige Bedarf an Pflegearbeitskräften in Sachsen, Modellrechnung auf Kreisebene bis zum Jahr 2030, IAB – Regional Sachsen 2/2012
- [5] Afentakis, A., T. Maier: Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025; In: Wirtschaft und Statistik 11/2010; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010



# Sonderpädagogischer Förderbedarf – Einzelintegration und Förderschulen

## Vorbemerkungen

Die Teilhabe von Kindern mit Behinderungen beginnt bereits im frühen Kindesalter. Kinder mit einer Behinderung sollen, soweit wie möglich, gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern die Kindertageseinrichtungen oder später dann die Schulen besuchen können. Viele sächsische Kindertageseinrichtungen und Schulen haben dafür die Voraussetzungen geschaffen. Je nach Art und Schwere der Behinderung sollen eine behindertengerechte Ausstattung, zusätzliche Betreuungsleistungen und entsprechend qualifizierte Fachkräfte die Integration unterstützen. [1]

Ein vom Sächsischen Kultusministerium einberufenes Expertengremium Inklusion hat Empfehlungen zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention (BRK) in Sachsen erarbeitet. „Die VN-BRK ist seit dem 26. März 2009 auch in Deutschland als Bundesrecht verbindlich. Mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention haben sich die Vertragsstaaten verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das gesellschaftliche Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu verändern und die Achtung ihrer Würde und ihrer Rechte zu fördern. ...

Artikel 24 VN-BRK enthält die für die Bildung und Erziehung von Kindern mit Behinderungen maßgeblichen Vorschriften. Hiernach sind die Vertragsstaaten verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben.“ [2]

Der folgende Beitrag soll auf Basis der Ergebnisse der Statistik der Kindertageseinrichtungen und der Statistik der allgemeinbildenden Schulen (Grundschulen, Mittelschulen, Gymnasien, Förderschulen) Entwicklungen im Be-

reich des sonderpädagogischen Förderbedarfes aufzeigen.

Ausgangspunkt bildet ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Zahl der Menschen mit Behinderung (mit gültigem Schwerbehindertenausweis). Für den Übergang von der Kindertageseinrichtung zur allgemeinbildenden Schule werden Daten vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz zu Ergebnissen von Schulaufnahmeuntersuchungen herangezogen. Diese Daten werden dem Statistischen Landesamt im Zuge der Erstellung der Gesundheitsberichterstattung zur Verfügung gestellt.

## Methodische Hinweise

Im vorliegenden Beitrag wird auf die Auswertung der Absolventen/Abgänger mit sonderpädagogischem Förderbedarf verzichtet. Aufgrund fehlender Individualdaten in der Schulstatistik im Freistaat Sachsen können für die integrierten Schüler keine Aussagen zum erreichten Schulabschluss getroffen werden. An den allgemeinbildenden Förderschulen können Abschlüsse der übrigen Schularten erworben werden. An Schulen zur Lernförderung wird der Hauptschulabschluss ohne Teilnahme an einer besonderen Leistungsfeststellung erworben.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Artikel auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe (Schüler) gelten grundsätzlich für beide Geschlechter.

## Zahl schwerbehinderter Menschen steigend

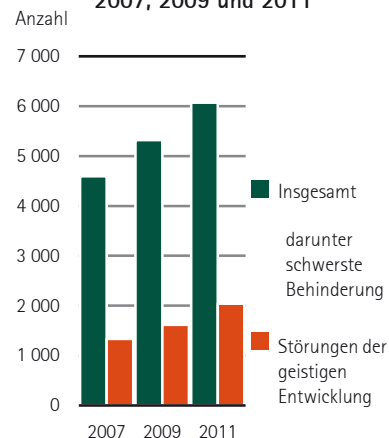
Ende 2011 waren beim Kommunalen Sozialverband in Sachsen 355 925 schwerbehinderte Menschen mit einem Behinderungsgrad von 50 und mehr registriert. Das waren über 9 Prozent mehr als 2009. 2011 war fast

jeder zwölfte sächsische Bürger im Besitz eines gültigen Schwerbehindertenausweises, 1993 traf das auf jeden zwanzigsten zu. Mit steigendem Alter nimmt der Anteil schwerbehinderter Menschen zu. 2011 waren über die Hälfte der Schwerbehinderten 65 Jahre und älter.

Die Zahl der schwerbehinderten Kinder im Alter von unter 15 Jahren stieg um 14 Prozent von 5 318 in 2009 auf 6 073 in 2011 und damit stärker als die Gesamtzahl schwerbehinderter Menschen. Der Anteil schwerbehinderter Kinder unter 15 Jahren an den Schwerbehinderten insgesamt lag 2009 bei 1,6 und 2011 bei 1,7 Prozent.

2011 wurden bei 46 Prozent der schwerbehinderten Kinder unter 15 Jahren zerebrale Störungen und geistig-seelische Behinderung als schwerwiegendste Art der Behinderung festgestellt. Bei fast drei Viertel (72,7 Prozent) von ihnen betraf das Störungen der geistigen Entwicklung (z. B. Lernbehinderung und geistige Behinderung). Das waren im Vergleich zu 2009 (67,9 Prozent)

Abb. 1 Schwerbehinderte Kinder 2007, 2009 und 2011



**Tab. 1 Genehmigte Plätze in Kindertageseinrichtungen für behinderte Kinder und Kindertageseinrichtungen mit integrierter Betreuung**

Art der Tageseinrichtung	2008	2009	2010	2011	2012
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	2 978	3 319	2 814	987	1 076
Tageseinrichtungen mit integrierter Betreuung	113 726	117 014	120 382	111 060	125 573

5 Prozentpunkte mehr. Die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen war die Hauptbehinderungsart bei 15 Prozent der Kinder. Sprach- und Sprechstörungen, Schwerhörigkeit und Taubheit trat als schwerste Behinderungsart bei knapp 6 Prozent der Schwerbehinderten dieser Altersgruppe auf. Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen, der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie der Verlust bzw. Teilverlust von Gliedmaßen wurde bei knapp 4 Prozent der schwerbehinderten Kinder diagnostiziert. Blindheit und Sehbehinderung war die Hauptbehinderungsart bei über 3 Prozent.

### Mehr Einrichtungen und Plätze für integrierte Betreuung in Kitas

Zum 1. März 2012 wurden in 2 800 Kindertageseinrichtungen in Sachsen insgesamt 266 723 Kinder im Alter von bis zu 13 Jahren betreut. Für behinderte Kinder gab es 23 Tageseinrichtungen, in 1 033 Einrichtungen war eine integrative Betreuung möglich. Die Zahl der Tageseinrichtungen für behinderte Kinder hat sich im Vergleich zu 2008 (53 Einrichtungen) mehr als halbiert. Standen 2008 noch 2 978 Plätze in Tageseinrichtungen für behinderte Kinder zur Verfügung, waren es 2012 noch 1 076. Das bedeutet einen Rückgang um fast zwei Drittel. Entgegen dazu hat sich die Zahl der Tageseinrichtungen mit integrierter Betreuung um 38 im Vergleich zu 2008 erhöht. 2012 verfügten die 1 033 Tageseinrichtungen mit integrierter Betreuung über 125 573 Plätze, fast 12 000 bzw. reichlich 10 Prozent mehr als 2008.

### Mehr integrierte Kinder in Kindertageseinrichtungen

Immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen gemeinsam mit nicht behinderten Kindern eine Kindertageseinrichtung. 2008 wurden 2 658 Kinder in den 53 Einrichtungen für behinderte Kinder betreut. Das waren 42 Prozent der 6 307 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Kindertageseinrichtungen insgesamt. Vier Jahre später lag dieser Anteil nur noch bei 16

Prozent (945 Kinder). Während die Zahl der Kinder in Tageseinrichtungen für behinderte Kinder um über ein Drittel zurückging, stieg die Zahl der behinderten Kinder in integrativen Einrichtungen um mehr als ein Drittel auf knapp 5 000 an.

**Tab. 2 Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in Kindertageseinrichtungen 2008 bis 2011 nach in der Einrichtung erhaltenen Hilfen**

Merkmal	Kinder insgesamt	Kinder mit erhöhtem Förderbedarf	Davon <sup>1)</sup>		
			Eingliederungshilfe wegen körperlich-geistiger Behinderung	seelischer Behinderung	Erzieherische Hilfe
<b>2008</b>					
Nichtschulkinder	144 601	4 930	3 799	660	1 358
Schulkinder	91 136	1 377	1 047	153	249
<b>Insgesamt</b>	<b>235 737</b>	<b>6 307</b>	<b>4 846</b>	<b>813</b>	<b>1 607</b>
<b>2009</b>					
Nichtschulkinder	149 236	4 926	3 899	694	1 145
Schulkinder	95 617	1 509	1 173	109	323
<b>Insgesamt</b>	<b>244 853</b>	<b>6 435</b>	<b>5 072</b>	<b>803</b>	<b>1 468</b>
<b>2010</b>					
Nichtschulkinder	153 782	4 974	3 878	688	1 227
Schulkinder	99 076	1 518	1 042	179	349
<b>Insgesamt</b>	<b>252 858</b>	<b>6 492</b>	<b>4 920</b>	<b>867</b>	<b>1 576</b>
<b>2011</b>					
Nichtschulkinder	156 715	4 984	3 964	742	1 152
Schulkinder	102 320	1 447	974	141	405
<b>Insgesamt</b>	<b>259 035</b>	<b>6 431</b>	<b>4 938</b>	<b>883</b>	<b>1 557</b>

1) Doppelzählungen möglich

**Tab. 3 Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in Kindertageseinrichtungen 2012 nach in der Einrichtung erhaltenen Hilfen**

Merkmal	Kinder insgesamt	Kinder mit erhöhtem Förderbedarf	Kind erhält in der Tageseinrichtung Eingliederungshilfe wegen <sup>1)</sup>		
			körperlicher Behinderung	geistiger Behinderung	drohender oder seelischer Behinderung <sup>2)</sup>
Nichtschulkinder	161 139	4 719	4 713	834	145
Schulkinder	105 584	1 220	1 220	87	1
<b>Insgesamt</b>	<b>266 723</b>	<b>5 939</b>	<b>5 933</b>	<b>921</b>	<b>146</b>

1) Doppelzählungen möglich

2) Nach § 35a SGB VIII; bei Frühförderung unter Umständen i. V. m. SGB XII (gem. § 10 Abs. 4 Satz 3 SGB VIII).

### Überwiegend Eingliederungshilfen wegen körperlicher und geistiger Behinderung

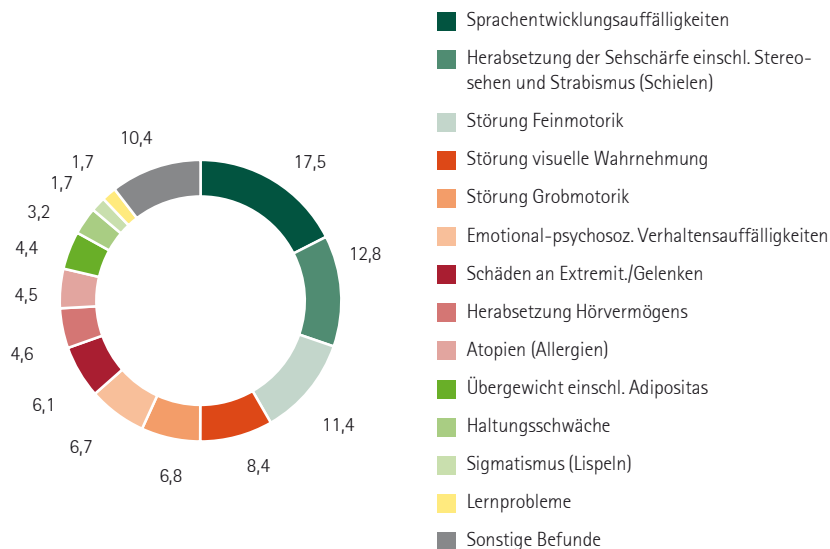
Weniger als 3 Prozent aller betreuten Kinder in den Tageseinrichtungen erhielten in den Jahren 2008 bis 2012 Hilfen aufgrund eines erhöhten Förderbedarfes. 2011 betraf das 6 431 Kinder. Von ihnen gingen über drei Viertel noch nicht zur Schule. Der Anteil (77 bzw. 78 Prozent) war im gesamten Zeitraum seit 2008 nahezu gleich. In den Jahren 2008 bis 2011 erhielten zwischen 76 und 79 Prozent aller Kinder mit erhöhtem Förderbedarf Eingliederungshilfen wegen körperlicher bzw. geistiger Behinderung und 13 bzw. 14 Prozent wegen seelischer Behinderung. Rund ein Viertel der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf bekamen erzieherische Hilfen. Ab 2012 sind

auf Grund methodischer Änderungen die Zahlen zu den Vorjahren nicht mehr direkt vergleichbar. 2012 erhielten 5 939 Kinder, darunter 945 in Tageseinrichtungen für behinderte Kinder, Eingliederungshilfen wegen einer körperlichen, geistigen bzw. drohender oder seelischen Behinderung. 80 Prozent (4 719 Kinder) von ihnen gingen noch nicht zur Schule. Nahezu alle Kinder erhielten Hilfen wegen körperlicher Behinderung, über 15 Prozent (921 Kinder) wegen geistiger Behinderung, bei den Nichtschulkindern waren es knapp 18 Prozent (834 Kinder). Etwas über 2 Prozent (146 Kinder), fast ausschließlich Kinder die noch nicht die Schule besuchten, erhielten Hilfen wegen drohender oder seelischer Behinderung.

### Schulaufnahmeuntersuchungen – bei über einem Drittel der Kinder werden Sprachentwicklungsauffälligkeiten festgestellt

Alle Schulanfänger müssen von ihren Eltern an einer Grundschule angemeldet werden. Dieses hat bereits im Jahr der Einschulung zu erfolgen. Zur Schuleingangsphase gehört auch die Schulaufnahmeuntersuchung. Sie ist die gesetzlich verankerte Pflichtuntersuchung für alle angemeldeten Kinder vor Schulbeginn. Ein Kinder- und Jugendarzt oder eine Kinder- und Jugendärztin des öffentlichen Gesundheitsdienstes (in der Regel ein Arzt oder eine Ärztin vom Gesundheitsamt) untersucht die Kinder im Hinblick auf ihren altersgerechten körperlichen und geistigen Entwicklungsstand mit Blick auf den bevorstehenden Schuleintritt. [1] Die Rangfolge der festgestellten Befunde bei den untersuchten Kindern war in den zurückliegenden Jahren seit 2008 nahezu unverändert. An der Spitze standen immer festgestellte Sprachentwicklungsauffälligkeiten und Sprachstörungen.

Abb. 2 Befunde<sup>1)</sup> bei Schulaufnahmeuntersuchungen in Sachsen im Schuljahr 2011/12 in Prozent



1) Mehrfachnennungen sind möglich  
Datenquelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz: Schulaufnahmeuntersuchung

Diese wurden 2008 bei knapp 34 Prozent der untersuchten Kinder festgestellt, 2011 betraf das über 36 Prozent. Ein hoher Anteil von Kindern kann die Anforderungen im Bereich der Fein- und Grobmotorik nicht erfüllen. Knapp ein Viertel der untersuchten Kinder wiesen Störungen der Feinmotorik auf. Störungen der Grobmotorik wurden 2011 bei 14 Prozent der künftigen Schulanfänger dokumentiert, das waren knapp 2 Prozentpunkte weniger als 2008. Um knapp 3 Prozentpunkte von etwas über 19 auf 22 Prozent gestiegen ist der Anteil der Kinder mit herabgesetzter Sehschärfe. Für rund 14 Prozent der untersuchten Kinder lautete der Befund „emotionale-psychoziale Verhaltensauffälligkeiten“.

### Förderquote nur leicht gestiegen

Wird bei schulpflichtigen Kindern ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt, besteht die Möglichkeit der Förderung in einer allgemeinbildenden Förderschule oder durch schulische Integration in der Grund- bzw. Mittelschule oder im Gymnasium. Die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen (Primar- und Sekundarbereich I) ist im Schuljahr 2012/13 im Vergleich zu 2008/09 um fast 11 Prozent gestiegen, die der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sogar um knapp 14 Prozent. Ähnlich wie bei den Kindertageseinrichtungen werden auch in den allgemeinbildenden Schulen immer mehr Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zusammen mit nicht behinderten Schülern unterrichtet. Während die Schülerzahl an Förderschulen sich im Vergleich zum

Tab. 4 Ausgewählte Befunde bei Schulaufnahmeuntersuchungen in Sachsen in den Schuljahren 2008/09 bis 2011/12

Befunde <sup>1)</sup>	Anzahl				Anteil bei Untersuchten in %			
	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12
Sprachentwicklungsauffälligkeiten	10 525	10 998	11 292	11 713	33,7	33,7	34,5	36,4
Störung Feinmotorik	7 139	7 226	7 501	7 637	22,8	22,2	22,9	23,8
Herabsetzung der Sehschärfe	6 033	6 642	6 913	7 064	19,3	20,4	21,1	22,0
Störung visuelle Wahrnehmung	5 157	5 320	5 447	5 591	16,5	16,3	16,7	17,4
Störung Grobmotorik	4 900	4 589	4 736	4 529	15,7	14,1	14,5	14,1
Emotional-psychosoz. Verhaltensauffälligkeiten	4 488	4 229	4 123	4 471	14,4	13,0	12,6	13,9
Schäden an Extremität./Gelenken	3 169	4 389	3 905	4 046	10,1	13,5	11,9	12,6
Herabsetzung Hörvermögens	2 418	2 808	3 154	3 066	7,7	8,6	9,6	9,5
Lernprobleme	1 272	1 046	981	1 122	4,1	3,2	3,0	3,5

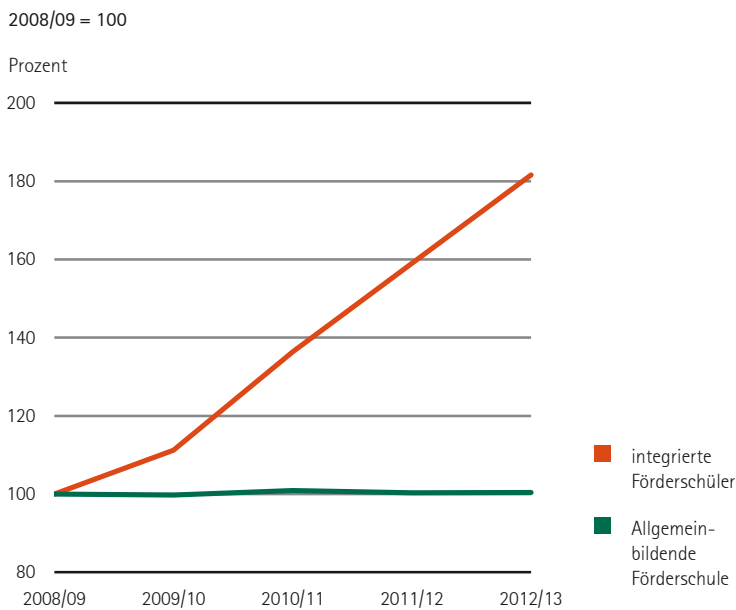
1) Mehrfachnennungen sind möglich  
Datenquelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz: Schulaufnahmeuntersuchung

Schuljahr 2008/09 nur unwesentlich veränderte (Anstieg um 0,4 Prozent), stieg die Zahl der genehmigten Einzelintegrationen um reichlich 82 Prozent.

Daraus ergibt sich eine Förderquote (Anteil Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Schülern insgesamt-Primar- und Sekundarbereich I) im Schuljahr 2012/13 von 8,2 Prozent, 0,2 Prozentpunkte mehr als 2008/09. Auch hier wird der Trend zu Einzelintegrationen wieder sichtbar. Ging die Förderschulbesuchsquote um 0,6 Prozentpunkte auf 6,1 Prozent zurück, so erhöhte sich die Besuchsquote von Einzelintegrationen um 0,8 Prozentpunkte auf derzeit 2,1 Prozent.

Von den rund 25 600 Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf wurden im Schuljahr 2012/13 über ein Viertel in den Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen integriert. Im Schuljahr 2008/09 lag dieser Anteil bei lediglich 16 Prozent.

**Abb. 3 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf**



#### 4 Prozent der Schulanfänger beginnen ihre Schulzeit an einer Förderschule

Alle Schulanfänger müssen zunächst an einer Grundschule angemeldet werden, unabhängig davon, ob eventuell der Besuch einer Förderschule in Betracht kommt oder nicht. Wenn die Grundschule anhand der vorliegenden Unterlagen, wie z. B. dem Ergebnis der Schulaufnahmeuntersuchung, einschätzt, dass eine Notwendigkeit der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs des Kindes besteht, werden die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Im Ergebnis des Verfahrens entscheidet die Regionalstelle der Sächsischen Bildungsagentur über die Pflicht zum Besuch der Förderschule. [1]

2012 wurden in Sachsen insgesamt knapp 32 000 Schüler eingeschult. Der überwiegende Teil der Schulanfänger (96 Prozent) erhielt die Zuckertüte an einer Grundschule. Für 1 200 ABC-Schützen (4 Prozent) begann

der Unterricht an einer Förderschule. Dieser Anteil hat sich in den letzten 5 Jahren kaum verändert. Die Zahl der Schulanfänger ging 2012 im Vergleich zu 2011 an Grundschulen genau wie insgesamt um 1,5 Prozent zurück und stieg im Vergleich zu 2008 um 3 Prozent an. An den Förderschulen fiel sowohl der Rückgang zum Vorjahr (um 1,1 Prozent) als auch der Anstieg (um 1,2 Prozent) im Vergleich zu 2008 etwas geringer aus.

Die meisten Kinder werden fristgemäß eingeschult, nur etwa 5 bis 6 Prozent der Schulanfänger in den letzten 5 Jahren nach einer Zurückstellung. Bei den Direkteinschulungen an Förderschulen lag 2012 der Anteil der nach Zurückstellung eingeschulten Kinder bei fast einem Drittel (390 Schulanfänger). Somit wurde jeder fünfte Schulanfänger mit Zurückstellung an einer Förderschule eingeschult.

#### Mehr Wechsler von der Förderschule an andere Schulart

Lässt die Entwicklung eines Schülers erkennen, dass kein sonderpädagogischer Förderbedarf mehr besteht, hebt die Sächsische Bildungsagentur die Verpflichtung zum Besuch der Förderschule auf. [1] Dieser Sachverhalt lässt den Wechsel eines Schülers von der Förderschule auf eine andere allgemeinbildende Schule (Grundschule, Mittelschule, Gymnasium) zu. Außerdem besteht auch die Möglichkeit die Förderschule zu verlassen und den Unterricht als genehmigte Einzelintegration fortzusetzen. Im Schuljahr 2012/13 wechselten von der Förderschule an eine Grundschule 142 Schüler, an eine Mittelschule 269 und ein Gymnasium 12 Schüler. Im Vergleich zu 2008/09 waren das fast doppelt soviel Schüler. Insbesondere die Zahl der Schüler die von der Förderschule an eine Mittelschule wechselten, stieg auf mehr als das Doppelte

**Tab. 5 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen<sup>1)</sup> in den Schuljahren 2008/09 bis 2012/13**

Schuljahr	Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt	Darunter			Förderquote		
		Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf			Förderquote		
		zusammen	an allgemeinbildenden Förderschulen	an allgemeinbildenden Schulen (Einzelintegration)	insgesamt	Förderschulbesuchsquote	Besuchsquote für Einzelintegration
2008/09	280 857	22 519	18 875	3 644	8,0	6,7	1,3
2009/10	286 425	22 896	18 821	4 075	8,0	6,6	1,4
2010/11	295 047	24 046	19 044	5 002	8,1	6,5	1,7
2011/12	304 053	24 761	18 938	5 823	8,1	6,2	1,9
2012/13	311 494	25 586	18 948	6 638	8,2	6,1	2,1

1) Primarbereich und Sekundarbereich I (Klassenstufen 1 bis 10) einschl. Freie Waldorfschulen

Tab. 6 Schulanfänger 2008 bis 2012 nach Art der Einschulung

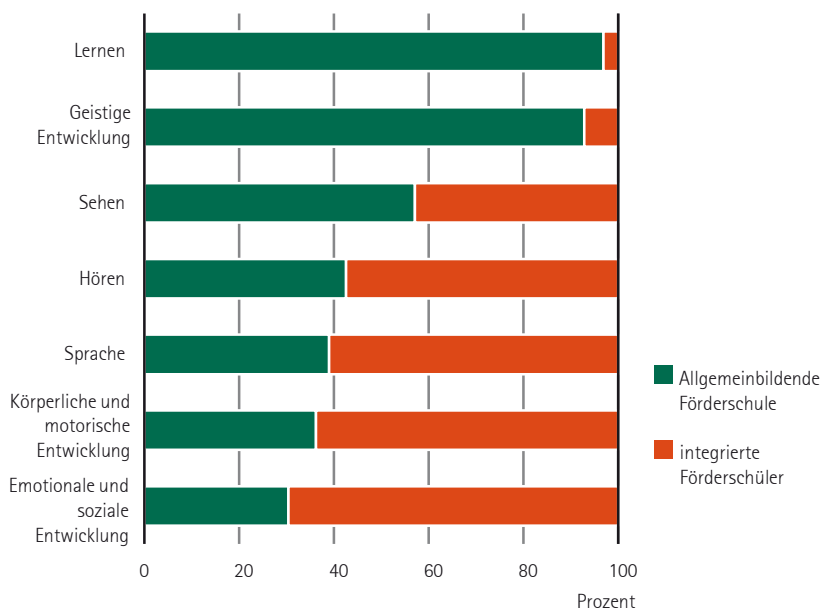
Art der Einschulung	Insgesamt		Darunter an			
			Grundschulen		Allgemeinbildenden Förderschulen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
<b>2008</b>						
Einschulung	30 925	100	29 620	95,8	1 201	3,9
darunter						
fristgemäß	29 301	94,7	28 330	96,7	882	3,0
nach Zurückstellung	1 444	4,7	1 110	76,9	319	22,1
<b>2009</b>						
Einschulung	30 820	100	29 541	95,9	1 170	3,8
darunter						
fristgemäß	29 138	94,5	28 194	96,8	860	3,0
nach Zurückstellung	1 484	4,8	1 149	77,4	310	20,9
<b>2010</b>						
Einschulung	32 310	100	30 952	95,8	1 243	3,8
darunter						
fristgemäß	30 398	94,1	29 396	96,7	899	3,0
nach Zurückstellung	1 758	5,4	1 402	79,7	344	19,6
<b>2011</b>						
Einschulung	32 419	100	31 052	95,8	1 230	3,8
darunter						
fristgemäß	30 413	93,8	29 420	96,7	868	2,9
nach Zurückstellung	1 874	5,8	1 500	80,0	362	19,3
<b>2012</b>						
Einschulung	31 933	100	30 580	95,8	1 216	3,8
darunter						
fristgemäß	29 944	93,8	29 003	96,9	826	2,8
nach Zurückstellung	1 917	6,0	1 505	78,5	390	20,3

(um 157 Schüler). Wesentlich mehr Schüler wechselten aber von einer Grund- oder Mittelschule an eine Förderschule. Im Schuljahr 2012/13 ist jedoch eine rückläufige Entwicklung im Vergleich zu vor 5 Jahren erkennbar. Im Schuljahr 2012/13 gab es an den Förderschulen 762 Schüler, die im Jahr zuvor an einer Grundschule unterrichtet wurden, 112 kamen von der Mittelschule. Im Schuljahr 2008/09 betraf das 920 Wechsler von der Grund- und 141 von der Mittelschule.

**Sonderpädagogischer Förderbedarf in Förderschwerpunkten „Geistige Entwicklung“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ gestiegen**

Im Vergleich zum Schuljahr 2008/09 stieg die Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Sachsen um knapp 14 Prozent bzw. rund 3 100 Schüler auf 25 600 Schüler an. Wird die Verteilung der Schüler auf die Förderschwerpunkte, unabhängig ob eine Förderschule besucht wird oder ob es sich um Einzelintegrationen handelt, betrachtet, sind im Förderschwerpunkt „Lernen“ (46 Prozent) mit Abstand die meisten Schüler vertreten. Die Förderschwerpunkte „Geistige Entwicklung“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ folgen danach mit jeweils 16 Prozent vor dem Förderschwerpunkt „Sprache“ mit 12,5 Prozent. Während der Anteil des stark besetzten Förderschwerpunktes „Lernen“ seit dem Schuljahr 2008/09 um fast 6 Prozentpunkte zurückging, allerdings nur bei den Förderschulen, der Anteil bei den Einzelintegrationen stieg, erhöhte sich der Anteil für den Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ deutlich um über 4 Prozentpunkte. Hier ist sowohl ein Anstieg bei den Förderschulen (um 84 Schüler bzw. 0,4 Prozentpunkte) als auch bei den Einzelintegrationen (um 1 400 bzw. 6,1 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Der Förderschwerpunkt „Sprache“ ist zwar anteilig um 1 Prozentpunkt zurückgegangen, zahlenmäßig ist jedoch ein Anstieg um über 600 Schüler zu verzeichnen, der sich allerdings ausschließlich durch die Entwicklung bei den Einzelintegrationen ergibt. Auf Grund des besonderen Förderbedarfs bzw. spezieller Voraussetzungen für die Unterrichtung der Schüler sind die Förderschwerpunkte „Lernen“, „Geistige Entwicklung“ und „Sehen“ anteilig stärker an den Förderschulen vertreten, wohingegen die Förderschwerpunkte „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Emotionale und soziale Entwicklung“, sowie „Sprache“ und „Hören“ einen größeren Anteil bei den Einzelintegrationen aufweisen.

Abb. 4 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Schuljahr 2012/13



Tab. 7 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schuljahren 2008/09 bis 2012/13 nach Förderschwerpunkten

Schuljahr	Insgesamt		Lernen		Sehen		Hören		Sprache		Körperliche und motorische Entwicklung		Geistige Entwicklung <sup>1)</sup>		Emotionale und soziale Entwicklung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>allgemeinbildende Förderschulen</b>																
2008/09	18 875	61,4	11 594	0,7	134	291	1,5	1 286	6,8	413	2,2	3 755	19,9	1 402	7,4	
2009/10	18 821	61,8	11 626	0,8	150	296	1,6	1 319	7,0	412	2,2	3 646	19,4	1 372	7,3	
2010/11	19 044	61,7	11 751	0,7	124	379	2,0	1 310	6,9	382	2,0	3 654	19,2	1 444	7,6	
2011/12	18 938	60,8	11 511	0,8	149	387	2,0	1 260	6,7	364	1,9	3 745	19,8	1 522	8,0	
2012/13	18 948	60,8	11 513	0,8	156	336	1,8	1 255	6,6	400	2,1	3 802	20,1	1 486	7,8	
<b>allgemeinbildende Schulen</b>																
2008/09	3 699	5,3	196	2,1	79	276	7,5	1 304	35,3	541	14,6	91	2,5	1 212	32,8	
2009/10	4 115	5,3	218	2,2	90	309	7,5	1 447	35,2	569	13,8	40	1,0	1 442	35,0	
2010/11	5 042	5,4	272	2,1	106	371	7,4	1 661	32,9	665	13,2	142	2,8	1 825	36,2	
2011/12	5 882	5,3	313	2,0	118	408	6,9	1 865	31,7	789	13,4	197	3,3	2 192	37,3	
2012/13	6 717	5,5	367	1,7	117	453	6,7	1 963	29,2	914	13,6	291	4,3	2 612	38,9	

1) einschließlich Autisten

### Die meisten Schüler an Förderschulen im Förderschwerpunkt „Lernen“

In Sachsen stehen derzeit 148 Förderschulen/ Förderschulzentren für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zur Verfügung. Über die Hälfte der knapp 19 000 Förderschüler werden an 57 Schulen für Lernförderung unterrichtet, knapp ein Fünftel der Förderschüler an 54 Schulen für geistig Behinderte.

Die Zahl der Schüler an Förderschulen wie auch die Verteilung auf die 7 Förderschwerpunkte hat sich in den letzten 5 Jahren nur unbedeutend verändert. Von den knapp 19 000 Schülern an Förderschulen im Schuljahr 2012/13 haben 61 Prozent sonderpädagogischen Förderbedarf im Förderschwerpunkt „Lernen“ und 20 Prozent im Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“. Weitere rund 8 Prozent erhalten Unterstützung im Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ und rund 7 Prozent im Förderschwerpunkt „Sprache“. Die Förderschwerpunkte „Körperliche und motorische Entwicklung“, „Hören“ und „Sehen“ sind mit 1 bis 2 Prozent der Schüler belegt.

### Anteil integrierter Schüler mit Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ gestiegen

In allen 7 Förderschwerpunkten ist die Zahl der integrierten Schüler im Schuljahr 2012/13 im Vergleich zu 2008/09 gestiegen. Verschieben haben sich jedoch die Anteile der Förderschwerpunkte. Im Schuljahr 2008/09 waren rund 35 Prozent aller integrierten Schüler dem Förderschwerpunkt „Sprache“ zugeordnet. Damit hatte dieser Förderschwerpunkt den höchsten Anteil und das seit dem

Schuljahr 2002/03. Den zweithöchsten Anteil nahm 2008/09 noch der Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ mit einem Drittel der integrierten Schüler ein. Dieser Förderschwerpunkt stand anteilmäßig seit dem Schuljahr 2003/04 an zweiter Stelle. Die Schuljahre zuvor lag der Förderschwerpunkt „Körperliche und motorische Entwicklung“ an zweiter Stelle. Hier lag der Anteil 2008/09 noch bei knapp 15 Prozent. Der Anteil der Schüler in diesem Förderschwerpunkt ging bis 2012/13 um einen Prozentpunkt weiter zurück und beträgt derzeit noch knapp 14 Prozent. Rückläufig ist vor allem der Anteil der Schüler mit Förderschwerpunkt „Sprache“. Seit dem Schuljahr 2010/11 liegt der Anteil in diesem Förderschwerpunkt unter dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ und erreichte im Schuljahr 2012/13 etwas über 29 Prozent. Auffällig gestiegen ist der Anteil der Schüler im Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“. War im Schuljahr 2001/02 noch etwa jeder fünfte (22 Prozent) integ-

rierte Schüler diesem Förderschwerpunkt zugeordnet, traf das 2012/13 auf mehr als jeden dritten (39 Prozent) integrierten Schüler zu. Seit dem Schuljahr 2010/11 sind die meisten integrierten Schüler diesem Förderschwerpunkt zugeordnet. Leicht gestiegen sind im Vergleich zu 2008/09 die Anteile der Schüler in den Förderschwerpunkten „Lernen“ (um 0,2 Prozentpunkte) und „Geistige Entwicklung“ (um 1,8 Prozentpunkte). Etwas kleiner geworden sind die Anteile der Förderschwerpunkte „Sehen“ (um 0,4 Prozentpunkte) und „Hören“ (um 0,7 Prozentpunkte)

### Die meisten Einzelintegrationen im Primarbereich

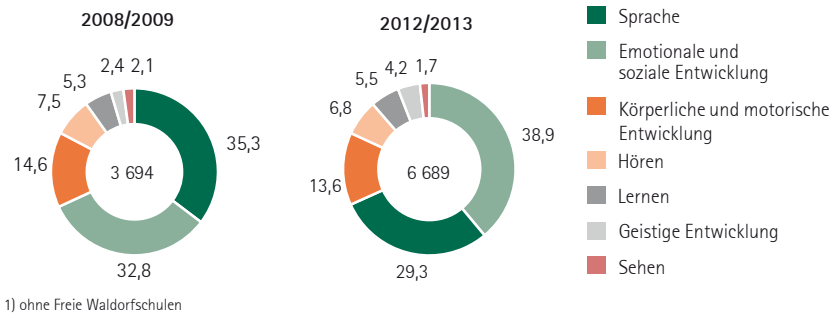
Die Mehrzahl (55 Prozent) der integrierten Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurde im Primarbereich unterrichtet. Im Schuljahr 2012/13 waren 3 654 Schüler in den Klassenstufen 1 bis 4 an Grundschulen, 2 381 an Mittelschulen und 654 Schüler an Gymnasien integriert. Mit steigendem

Tab. 8 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Förderschulen im Schuljahr 2012/13 nach Förderschultypen

Förderschultyp	Schulen	Schüler
Schulen für Lernförderung	57	10 014
Schulen für Blinde und Sehbehinderte	2	244
Schulen für Hörgeschädigte	3	426
Sprachheilschulen	4	988
Schulen für Körperbehinderte	4	765
Schulen für geistig Behinderte	54	3 415
Schulen für Erziehungshilfe	16	1 350
Förderschulzentren	8	1 746
<b>Insgesamt</b>	<b>148</b>	<b>18 948</b>



Abb. 5 Integrierte Förderschüler an allgemeinbildenden Schulen<sup>1)</sup> in den Schuljahren 2008/09 und 2012/13 nach Förderschwerpunkten in Prozent



Alter, von Klassenstufe zu Klassenstufe, verringert sich die Zahl an Einzelintegrationen. Die Besuchsquote von Einzelintegrationen nimmt in den höheren Klassenstufen ab. Lag sie in den Klassenstufen 1 bis 4 zwischen 2,7 und 3,2 Prozent, betrug sie in den Klassenstufen 5 bis 10 an den Mittelschulen und Gymnasien zwischen 1,0 und 2,1 Prozent. Auch die Förderschwerpunkte verändern sich mit zunehmendem Alter der Schüler. In den Grundschulklassen erhalten die meisten Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf Unterstützung im Förderschwerpunkt „Sprache“. Ab den Klassenstufen 3 und 4 gewinnt der Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ an Bedeutung. Während knapp ein Drittel der integrierten Schüler in Klasse 3 und 4 in diesem Förderschwerpunkt Hilfe erhalten, sind es in den Klassen 5 und 6 etwas über die Hälfte (54 Prozent) der Einzelintegrationen, in den Klassen 8 und 9 liegt der Anteil sogar bei 56 bzw. 58 Prozent.

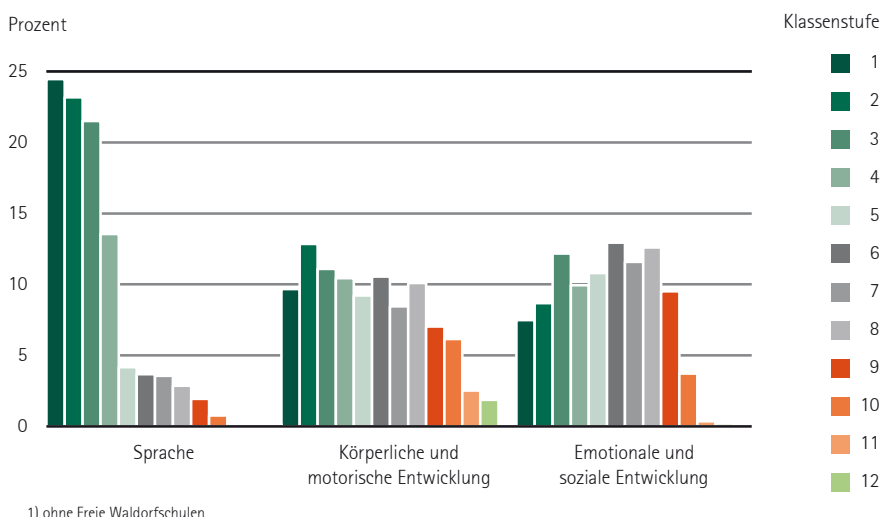
### Zusammenfassung

In den Kindertagesstätten wurden 2012 knapp 6 000 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf betreut, 84 Prozent von ihnen in integrativen Einrichtungen, 2008 lag dieser Anteil nur bei 58 Prozent. Bereits bei der Tatsache, dass knapp die Hälfte der schwerbehinderten Kinder (mit Schwerbehindertenausweis) als schwerwiegendste Behinderung zerebrale Störungen und geistig-seelische Behinderungen aufweisen, macht die wachsende Bedeutung dieser Behinderungsart deutlich. Bereits in den Kindertagesstätten erhielten 2012 15,5 Prozent aller Kinder, die Eingliederungshilfen erhielten, Hilfe wegen geistiger Behinderung und 2 Prozent wegen drohender oder seelischer Behinderung. Bei den Schulaufnahmeuntersuchungen werden nach wie vor bei über einem Drittel der schulpflichtigen Kinder Sprachentwicklungsauffälligkeiten festgestellt. Bei etwa jedem siebenten Kind lautete der Befund emotionale-psychoziale Verhaltensauffälligkeiten. Der Anteil Schulanfänger, der direkt an einer Förderschule eingeschult wird, hat sich

in den letzten Jahren kaum verändert. 2012 lag er bei 4 Prozent. Ein Drittel der Direktintegrationen erfolgte nach einer vorherigen Zurückstellung. Die Zahl der Schüler, die von einer Förderschule an eine Grund- oder Mittelschule wechseln hat zugenommen, die Zahl derer, die den Weg von einer Grund- oder Mittelschule an eine Förderschule gehen liegt jedoch weiterhin wesentlich darüber. Allerdings ist hier eine rückläufige Tendenz erkennbar. Die Förderschwerpunkte „Geistige Entwicklung“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ spielen nach dem Förderschwerpunkt „Lernen“ zahlenmäßig bei allen Schülern mit sonderpädagogischen Förderbedarf noch vor dem Förderschwerpunkt „Sprache“ eine wachsende Rolle. Seit dem Schuljahr 2008/09 hat sich die Zahl der genehmigten Einzelintegrationen um über 80 Prozent erhöht. Über die Hälfte der integrierten Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden im Primarbereich unterrichtet. Verändert haben sich die Anteile der Förderschwerpunkte. Seit dem Schuljahr 2010/11 sind die meisten integrierten Schüler dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ nach „Sprache“ zugeordnet.

Im Freistaat Sachsen gibt es viele verschiedene Möglichkeiten behinderte Schüler bestmöglich zu fördern. Neben dem Besuch einer Förderschule wird das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Schülern zunehmend zur Normalität. [3] Inzwischen werden in Sachsen 26 Prozent der Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam mit nichtbehinderten Schülern unterrichtet. Diese Quote erhöhte sich in den letzten 5 Jahren um 10 Prozentpunkte. Ziel muss sein, diesen Anteil in der Folgezeit weiter zu erhöhen.

Abb.6 Integrierte Förderschüler an allgemeinbildenden Schulen<sup>1)</sup> im Schuljahr 2012/13 nach Klassenstufen und ausgewählten Förderschwerpunkten in Prozent



Birgit Scheibe, Referatsleiterin Sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] <http://amt24.sachsen.de> (24.05.2013)
- [2] Auszug aus: Erster Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung von Art. 24 der VN-BRK, S. 2 (<http://www.schule.sachsen.de>)
- [3] <http://www.schule.sachsen.de/1797.htm> (20.06.2013)

# Fachschulen für Technik im Freistaat Sachsen – Entwicklungslinien und aktueller Stand

## Vorbemerkungen

Im Jahr 2012 konnten zahlreiche Fachschulen für Technik in Sachsen ihr 20-jähriges Jubiläum begehen. Diese Fachschulen sind aus Teilen ehemaliger Ingenieurschulen der DDR hervorgegangen. Das Jubiläum ist Anlass, diesen Transformationsprozess darzustellen und zu würdigen: Es wird die Situation der Ingenieurschulen in der DDR vor 1989 sowie die Integration von Teilen dieser Bildungseinrichtungen als Fachschulen in das sächsische berufliche Schulwesen beschrieben. Zudem wird auf die Errichtung der Berufsakademie in Sachsen eingegangen, deren Entstehung insbesondere auch durch die Ingenieurschulen initiiert wurde. Abschließend werden Bezüge zur aktuellen Entwicklung hergestellt, da die Fachschulen in Sachsen in ihrem Jubiläumsjahr unvermittelt Gegenstand eines bildungspolitischen Diskurses wurden, der ihren Weiterbestand grundsätzlich in Frage zu stellen schien. [1] Nach intensiver Diskussion um diesen Sachverhalt kommt es zu einem weitgehenden Interessenausgleich der Beteiligten: Das Bildungsangebot der Fachschulen wird derzeit nicht verändert. Zu gegebener

Zeit, aber nicht vor Ablauf von zwei Jahren, sollen alle Bildungsgänge überprüft und an Bedarf und Nachfrage angeglichen werden. Verzichtet werden soll vor allem auf Angebote, die seit Jahren keine Klassenbildung vorweisen können. [2]

## Zur Situation der Ingenieurschulen bis 1989

Die Ingenieurschulen in der DDR stellten sich in eine Traditionslinie zu der im 19. Jahrhundert entstandenen Landschaft technischer Fachschulen. Sie wurden seit 1949 sukzessive in das zentralstaatlich gelenkte Schulwesen integriert. [3] Gemäß § 41 Abs.1 des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem waren „Ingenieur- und Fachschulen [...] Einrichtungen der höheren Fachausbildung, an denen wissenschaftlich-technische und ökonomische Fachkräfte für Industrie, Landwirtschaft, Bauwesen, für Handel, Transport und Nachrichtenwesen, für Volksbildung und Kultur, für das Gesundheitswesen und für andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgebildet werden“ [4]

Wie Tabelle 1 zeigt, war diese „höhere Fachausbildung“ (oder Fachschulstufe) hinsichtlich der darin vertretenen Ausbildungsrichtungen sehr heterogen. Sie umfasste insbesondere [5]

- die **technischen Fachschulen (Ingenieurschulen)** zur Ausbildung von Ingenieuren sowie die **landwirtschaftlichen Fachschulen** zur Ausbildung von Agraringenieuren,
- die **medizinischen Fachschulen** zur Ausbildung von Krankenschwestern und Krankenpflegern sowie für medizinisch-technische Assistenzberufe – also nach heutigem Verständnis eine Berufsausbildung,
- die **ökonomischen Fachschulen** zur Ausbildung von Ökonomen,
- die **pädagogischen Fachschulen** zur Ausbildung z. B. von Kindergärtnerinnen sowie die Institute für Lehrerbildung zur Ausbildung von Lehrkräften für die

Tab. 1 Fachschulen in der DDR: Schulen, hauptamtliche Außenstellen und Studierende 1989 nach Fachschulgruppen

Fachschulgruppe	Schulen		Außenstellen	Studierende insgesamt		darunter Direktstudium	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Technische Fachschulen (Ingenieurschulen)	58	24,8	29	51 252	33,6	20 480	23,6
Medizinische Fachschulen	62	26,5	9	43 320	28,4	34 245	39,5
Landwirtschaftliche Fachschulen	38	16,2	8	12 112	7,9	6 300	7,3
Ökonomische Fachschulen	8	3,4	35	17 555	11,5	4 355	5,0
Kulturell-künstlerische Fachschulen	17	7,3	13	4 346	2,8	1 684	1,9
Pädagogische Fachschulen	48	20,5	3	23 530	15,4	19 388	22,3
Sonstige Fachschulen	3	1,3	-	585	0,4	320	0,4
<b>Insgesamt</b>	<b>234</b>	<b>100</b>	<b>97</b>	<b>152 700</b>	<b>100</b>	<b>86 772</b>	<b>100</b>

Quelle: Berufsbildungsbericht 1991. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Schriftenreihe Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft Bd. 28. Bonn 1991, S. 54

Klassenstufen 1 bis 4 („Lehrer für untere Klassen“) an der „Zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule“ (POS).

**Tab. 2 Anzahl und Verteilung der Ingenieurschulen nach Standorten in den zukünftigen fünf neuen Ländern und Berlin (Ost) – Stand 1989**

Land	Anzahl
Berlin (Ost)	4
Mecklenburg-Vorpommern	5
Brandenburg	7
Sachsen-Anhalt	8
Thüringen	12
Sachsen	22
<b>Insgesamt</b>	<b>58</b>

Quelle: Zuarbeit der „Außenstelle Fachschulbildung Chemnitz“ der „Gemeinsamen Einrichtung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Aufgaben in Bildung und Wissenschaft“ für den Berufsbildungsbericht 1991 (unveröffentlicht)

Insgesamt war die Proklamation einer Bildungsstufe „Ingenieur- und Fachschulen“ im sogenannten „einheitlichen sozialistischen Bildungssystem“ eher willkürlich und dem Wunsch nach Systematisierung und Einheitlichkeit geschuldet. Jedenfalls ist eine Kategorisierung der sehr unterschiedlichen Fachschul-Bildungsgänge nach gemeinsamen Merkmalen nur schwer möglich.

Die Ingenieurschulen hatten innerhalb der Fachschulstufe die größte Anzahl von Studierenden.<sup>1)</sup> 1989 waren rund 34 Prozent der Studierenden in der Fachschulstufe an Ingenieurschulen immatrikuliert, gefolgt von den medizinischen Fachschulen mit einem Anteil von 28 Prozent. [6] Mehr als 50 Prozent der Ingenieurschulen hatten 500 bis 800 Direktstudierende. [7] Neben dem Direktstudium gab es ein breit angelegtes Angebot im Fern- und Abendstudium. Dazu wurden häufig sogenannte „Außenstellen“ der Ingenieurschulen genutzt. Einige Ingenieurschulen bildeten neben Ingenieuren auch „Ingenieurökonom“, d. h. Fachkräfte für technisch-betriebswirtschaftliche Aufgaben in der mittleren Führungsebene aus.

Aufnahmevoraussetzungen für das Studium an einer Ingenieurschule waren i. d. R. der Abschluss der zehnten Klasse der POS, eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine möglichst mehrjährige einschlägige berufliche Tätigkeit. Das Direktstudium dauerte drei Jahre. Im letzten Semester war ein mehrmonatiges Ingenieurpraktikum in einem Betrieb

**Abb. 1 Ingenieurschulen und Agraringenieurschulen (*kursiv*) in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig – Stand 1989**

Bezirk Dresden
Ingenieurschule für Automatisierungstechnik und Glastechnik Weißwasser
Ingenieurschule für Elektronik und Informationsverarbeitung Görlitz
Ingenieurschule für Feinwerktechnik Glashütte
Ingenieurschule für Geodäsie und Kartographie Dresden
Ingenieurschule für Holztechnik Dresden
Ingenieurschule für Kraft- und Arbeitsmaschinenbau Meißen
Ingenieurschule für Lebensmittelindustrie Dippoldiswalde
Ingenieurschule für Maschinenbau Bautzen
Ingenieurschule für Verkehrstechnik Dresden
Ingenieurschule für Walzwerk- und Hüttentechnik Riesa
<i>Ingenieurschule für Zierpflanzenwirtschaft Bannewitz</i>
Bezirk Karl-Marx-Stadt
Ingenieurschule für Leder- und Kunstledertechnologie Freiberg (am Forschungsinstitut für Leder- und Kunstledertechnologie Freiberg)
Ingenieurschule für Textiltechnik Reichenbach
Ingenieurschule für Wärmetechnik und Anlagenbau Glauchau
Ingenieurschule an der Bergakademie Freiberg
Abt. Ingenieurschule an der TU Karl-Marx-Stadt (ehemals Ingenieurschule für Maschinenbau Breitenbrunn) <sup>1)</sup>
<i>Agraringenieurschule Zug/Freiberg</i>
<i>Agraringenieurschule Zwickau</i>
Bezirk Leipzig
Ingenieurschule für Bauwesen Leipzig
Ingenieurschule für Energiewirtschaft Markleeberg
Ingenieurschule für Gießereitechnik Leipzig
Ingenieurschule für Maschinenbau Leipzig
Ingenieurschule für Pharmazie Leipzig
Ingenieurschule für Polygraphie Leipzig
Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Post Leipzig
Ingenieurschule für Schwermaschinenbau Roßwein
<i>Agraringenieurschule Dahlen-Döbeln</i>

1) Die Abt. Ingenieurschule an der TU Karl-Marx-Stadt ist bei der Zählung der Standorte in den Tabellen 1 und 2 nicht berücksichtigt.  
Quelle: Zuarbeit der „Außenstelle Fachschulbildung Chemnitz“ der „Gemeinsamen Einrichtung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Aufgaben in Bildung und Wissenschaft“ für den Berufsbildungsbericht 1991 (unveröffentlicht)

zu absolvieren und in dieser Zeit die Ingenieurabschlussarbeit mit einer betrieblich orientierten Aufgabenstellung anzufertigen. Mit dem Ingenieurabschluss erwarben die Absolventen die fachgebundene Hochschulreife. [8, 9]

Hinsichtlich der Zuständigkeit für die Ingenieurschulen gab es eine Zweiteilung: Für bildungspolitische Grundsatzfragen war das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen – also nicht das Staatssekretariat für Berufsbildung – zuständig. Die staatliche Trägerschaft für die Ingenieurschulen wurde i. d. R. durch die zuständigen Industrieministerien wahrgenommen.

Die Ingenieurschulen waren insbesondere in industriellen Ballungsgebieten konzentriert, so z. B. in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig, also auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen (Tabelle 2). In Abbildung 1 sind die im Jahre 1989 in den genannten drei Bezirken insgesamt vorhandenen 22 Ingenieurschulen aufgeführt. [10] Viele dieser Ingenieurschulen hatten eine beeindruckende Historie, andere wurden erst nach 1945 gegründet; alle In-

1) Die Fachschulausbildung wurde als Studium gewertet; die Bezeichnungen „Studierende“ bzw. „Student“/„Studentin“ waren üblich. Das verdeutlicht den Anspruch dieser Ausbildung.

genieurschulen wiesen eine beachtliche Entwicklung auf.

Nach 1989 veränderte sich die Situation für die Ingenieurschulen der DDR grundlegend. Für die (Fachschul-)Ingenieurabschlüsse mit dem Ausbildungsniveau zwischen Facharbeiter- und Hochschulausbildung gab es keine Entsprechung im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland, da in Westdeutschland die Ingenieurausbildung an Fachschulen bereits lange vor 1989 aufgegeben wurde. Seit 1969 bis etwa 1971 entstanden dort aus den staatlichen Ingenieurschulen, Fachakademien und Höheren Fachschulen die Fachhochschulen als Einrichtungen des tertiären Bildungsbereiches. [11]

Auch im Osten Deutschlands befand sich die Institution „Ingenieurschule“ bereits vor 1989 vor tiefgreifenden Veränderungen. In der DDR gab es 1969, also etwa zeitgleich zur Bildung der Fachhochschulen in der Bundesrepublik, die sogenannte „Dritte Hochschulreform“. Im Rahmen dieser Reform entstanden aus einigen besonders leistungsfähigen Ingenieurschulen die Ingenieurhochschulen (so z. B. aus den Ingenieurschulen Mittweida, Zittau und Zwickau). Zudem wurden einige Ingenieurschulen in bestehende Technische Hochschulen integriert, u. a. in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) die Ingenieurschule für Maschinenbau und Textiltechnik sowie die Ingenieurschule für Werkstofftechnik in die dortige Technische Hochschule. Die Absolventen des vierjährigen Studiums, einschließlich eines Praktikumssemesters, erhielten die Berufsbezeichnung „Hochschulingenieur“. Die Vermutung liegt nahe, dass diesem Konzept auch ein Ost-West-Vergleich zu Grunde gelegt worden war: Die ostdeutsche Ingenieurhochschule war ein Pendant zur westdeutschen Fachhochschule. Auch im Osten war das Ziel eine Aufwertung der (Fachschul-)Ingenieurausbildung. Die anwendungsorientierten Ingenieurhochschulen sollten sukzessive die Ingenieurschulen ersetzen. Allerdings scheiterte dieses Vorhaben. Es herrschte zum einen Mangel an Bewerbern mit einer Studienberechtigung, zum anderen strebten die Absolventen überwiegend nach dem Diplomabschluss. Überdies bevorzugten auch die Ingenieurhochschulen die Ausbildung von Diplom-Ingenieuren und wollten das Promotionsrecht erhalten. Ab 1977 wurden deshalb die Ingenieurhochschulen schrittweise in Technische Hochschulen gewandelt oder an Technische Hochschulen angegliedert. Der Berufsabschluss „Hochschulingenieur“ wurde nicht mehr vergeben.

1983 folgte ein erneuter Versuch, die Ingenieurausbildung zu reformieren. Mit einer „Konzeption für die Gestaltung der Aus- und Weiterbildung der Ingenieure und Ökonomen

in der DDR“ [12] gab die regierende Partei dazu die Richtung vor. Alle Ingenieure sollten zukünftig auf Hochschulniveau, allerdings mit differenzierten Studienzielen und Ausbildungsinhalten in einem jeweils grundlagen- und forschungsorientierten oder einem anwendungs- und produktionsorientierten Grundprofil ausgebildet werden. Parallel dazu war vorgesehen, die Mehrzahl der Ingenieurschulen zu Einrichtungen umzuwandeln, die zukünftig „Techniker“ ausbilden. Dafür wurde eine zweijährige Ausbildung auf zwei Bildungswegen konzipiert: Im so genannten Bildungsweg 1 sollte sich die Ausbildung zum Techniker direkt an den Abschluss der POS ohne vorherige Berufsausbildung und ohne Berufserfahrung anschließen. Im Bildungsweg 2 konnten Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung und Berufserfahrung zu Technikern ausgebildet werden. Die Erprobung dieser Ausbildung begann 1984/85 in der Fachrichtung „Techniker für Maschinenkonstruktion“ an der Ingenieurschule für Maschinenbau Wildau [13] (im heutigen Land Brandenburg); die Umstellung war aber bis 1989 noch nicht in der Breite realisiert, obwohl bereits in 30 Fachrichtungen Techniker ausgebildet wurden. [14] Der fachlich begründete Widerspruch aus den Ingenieurschulen war sehr stark. Insbesondere der Bildungsweg 1 wurde abgelehnt, weil er nicht der Spezifik und dem Qualitätsanspruch der Ingenieurschulen entsprach, die sich einer Ausbildung von berufs- und praxiserfahrenen Bewerbern für eine nachfolgende berufliche Tätigkeit im mittleren Management verpflichtet sahen. [15] Übrigens sollten die ökonomischen Fachschulen analog zum Techniker einen „Wirtschaftler“ auf den genannten zwei Bildungswegen ausbilden.

### Zur Transformation von Teilen der Ingenieurschulen in das sächsische Bildungssystem nach 1989

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 veränderte sich die Bildungslandschaft im Osten grundlegend. Der Einigungsvertrag regelte die Übernahme von Rechtsnormen der Bundesrepublik im Beitrittsgebiet. Diese traten mit wenigen Ausnahmen unverzüglich in Kraft und ersetzten bisheriges DDR-Recht. Für den Bildungsbereich war insbesondere Artikel 37 Einigungsvertrag (EV) entscheidend (u. a. die Regelungen zur Kulturhoheit der Länder [Abs. 4], zur weiteren Gültigkeit staatlich anerkannter schulischer, beruflicher und akademischer Abschlüsse im Beitrittsgebiet und Gleichstellung mit westdeutschen Abschlüssen bei Gleichwertigkeit [Abs. 1] sowie zur Zuständigkeit für Verfahren und

Grundsätze der Anerkennung von Fachschulabschlüssen [Abs. 6]. [16]

Der Freistaat Sachsen wurde auf Grundlage des Ländereinführungsgesetzes [17] zum 3. Oktober 1990 neu gegründet. Für die neuen Länder galt gemäß Art. 37 Abs. 4 EV und somit nach dem Grundgesetz die Kulturhoheit. So wurde das DDR-Bildungssystem zügig, allerdings in den einzelnen neuen Ländern unterschiedlich transformiert.

Am 3. Juli 1991 trat das Schulgesetz für den Freistaat Sachsen in Kraft. Damit hatte sich Sachsen als erstes der neuen Länder ein Schulgesetz [18] gegeben.<sup>2)</sup> Ein bildungspolitisches Ziel bestand darin, ein durchlässiges, weiterführendes Schulsystem und insbesondere für die Absolventen der Mittelschule eine „Oberstufe“ zu schaffen: Nach der dualen Berufsausbildung in Ausbildungsbetrieb und Berufsschule oder einer vollzeitschulischen Berufsausbildung an der Berufsfachschule sollte für diese Fachkräfte zum einen der Zugang über die Fachoberschule oder das Berufliche Gymnasium zu einem Studium ermöglicht werden. Zum anderen sollten bei zusätzlichem Vorhandensein von Berufserfahrung auch Angebote für die berufliche Aufstiegsweiterbildung bestehen, z. B. zum Techniker, Betriebswirt, Erzieher oder Altenpfleger.

In Umsetzung des Schulgesetzes ging es um die strukturelle und inhaltliche Neu- und Umgestaltung des beruflichen Schulwesens durch Einführung neuer Schularten und Bildungsgänge. Schwerpunkt war die Etablierung der dualen Berufsausbildung. Bestehende Verhältnisse mussten weitergeführt, der Berufsschulunterricht abgesichert werden. Für alle Ausbildungsgänge waren Stundentafeln und Lehrpläne bereitzustellen und die Weiterbildung des Lehrpersonals zu organisieren.

Dazu kamen personelle Veränderungen in den Schulleitungen und bei den Lehrkräften. Gleichzeitig mussten die Schulverwaltungen bei den Schulträgern sowie die Schulaufsicht aufgebaut werden. Im Kontext der Re-Kommunalisierung der DDR-Betriebsberufsschulen wurden Berufliche Schulzentren (BSZ) gebildet, die je nach örtlicher Situation die vorhandenen kommunalen beruflichen Schulen einschlossen. [19] Dieser Prozess war bis Ende 1992 abgeschlossen. [20]

Die Ingenieurschulen befanden sich gemäß Kabinettsbeschluss von November 1991 im Zuständigkeitsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst. Im Rahmen der Umgestaltung des Bildungssystems verloren sie zum 31. De-

2) Eine Besonderheit im sächsischen Schulgesetz war die Einführung der abschlussbezogenen differenzierten Mittelschule anstelle von Haupt- und Realschule.

zember 1992 ihren Status. Soweit keine neue Bildungseinrichtung entstand, wurden nur noch die bereits begonnenen Ausbildungen zum Abschluss geführt, längstens jedoch bis 30. Juni 1994. [21] Diesen Prozess begleitete eine „Außenstelle Fachschulbildung Chemnitz“ der „Gemeinsamen Einrichtung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Aufgaben in Bildung und Wissenschaft“. In den neugebildeten Ministerien gab es zunächst nur wenige Fachleute, die sich mit der Transformation von Teilen der Ingenieurschulen und ihrem möglichen zukünftigen Platz im Bildungssystem beschäftigten.<sup>3)</sup> Erschwerend für alle Beteiligten kam hinzu, dass für die Fachschulbildung und deren Einordnung in das berufliche Schulwesen erst mit dem Inkraft-Treten des Schulgesetzes sowie des Gesetzes über die Schulen in freier Trägerschaft [22] die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen wurden.

Die Protagonisten der Ingenieurschulen, insbesondere das wissenschaftliche Lehrpersonal, versuchten ihre Einrichtungen durch eine Neuorientierung im neuen Bildungssystem zu „verankern“. Dabei spielten diverse Faktoren eine Rolle, unter anderem die örtlichen Bedingungen, vorhandene Netzwerke, Vorzugsvarianten der Beteiligten und ganz sicher auch der eine oder andere Zufall. Im Wesentlichen zeigten sich vier Entwicklungslinien:

(1) Viele Ingenieurschulen strebten nach dem Status einer **Fachhochschule** oder hätten sich gern Fachhochschulen angeschlossen. Allerdings bemühten sich auch die aus den Ingenieurhochschulen entstandenen Technischen Hochschulen um diesen Status und hatten dafür bessere Voraussetzungen. Zudem hatte und hat Sachsen eine beachtliche Hochschuldichte, so dass kein Bedarf nach weiteren Fachhochschulen bestand.<sup>4)</sup> Es gab nur wenige Ausnahmen. Allerdings kann trotz des Anschlusses der Ingenieurschule für Textiltechnik Reichenbach an die Westsächsische Hochschule Zwickau und der Ingenieurschule für Schwermaschinenbau Roßwein an die Hochschule Mittweida im Jahre 1994 wohl möglicherweise nicht auf Dauer der Weiterbestand von Bildungseinrichtungen an den ursprünglichen Standorten gesichert werden. [23]

Eine andere Situation ergab sich in Sachsen für die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Post in Leipzig. Die Ingenieurschule wurde 1990 zur Deutschen Bundespost Telekom überführt; bereits 1992 erhielt sie die Anerkennung als Fachhochschule. Nach Privatisierung der Deutschen Bundespost ging die Einrichtung 1995 in die private Trägerschaft der Deutschen Te-

lekom AG über und wird heute als Hochschule für Telekommunikation Leipzig geführt.

(2) Erfolgreich war die Entwicklung einiger Ingenieurschulen zur **Berufsakademie** (BA): Lehrkräfte der Ingenieurschulen Bautzen, Holztechnik Dresden und Meißen (später Riesa) nahmen Kontakt mit der BA Baden-Württemberg auf. Aus Sicht des Landes Baden-Württemberg war die Ausweitung des seinerzeit bildungspolitisch noch umstrittenen Konzeptes eines dualen Studiums auf weitere Länder der Bundesrepublik erstrebenswert. 1991 startete ein Pilotprojekt, das bereits ein Jahr später in die Gründung der BA Sachsen mit mehreren Standorten – den Staatlichen Studienakademien in Bautzen, Dresden und Meißen/Riesa mündete. 1994 trat das Gesetz über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen [24] in Kraft. Die Vorgaben zum Umfang der Ausbildung orientierten auf eine Studierendenzahl von 3 000.

Seit 1997 gibt es für die Abschlüsse der Berufsakademie die berufsrechtliche Gleichstellung mit Fachhochschul-Abschlüssen. Zudem werden seit 2004 die Bachelorabschlüsse als staatliche Abschlussbezeichnungen von akkreditierten Studiengängen an Berufsakademien den Bachelor-Abschlüssen von Fachhochschulen und Universitäten hochschulrechtlich gleichgestellt. [25] In Umsetzung des Bologna-Prozesses sind mittlerweile nahezu alle Studiengänge der BA Sachsen akkreditiert. Im Oktober 2011 konnte die BA Sachsen ihr 20-jähriges Bestehen feiern. Im Studienjahr 2011/12 lernten 5 000 Studierende in etwa 41 Studiengängen an sieben Staatlichen Studienakademien in Bautzen, Breitenbrunn, Dresden, Glauchau, Leipzig, Plauen und Riesa. [26]

(3) Zur Einordnung von Teilen der Ingenieurschulen in das berufliche Schulwesen: Im Schulgesetz des Freistaates Sachsen ist die **Fachschule** als Schulart der berufsbildenden Schule festgeschrieben. Träger der öffentlichen berufsbildenden Schulen waren und sind i. d. R. die Landkreise und Kreisfreien Städte. Entsprechend einer Empfehlung aus Bayern wurden die beruflichen Schularten organisatorisch zu Beruflichen Schulzentren (BSZ) zusammengefasst. Der Erhalt eigenständiger Fachschulen, möglichst noch in Landesträgerschaft, wie von einigen Ingenieurschulen angestrebt, war damit von vornherein ausgeschlossen. Das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) war zudem sehr daran interessiert, Teile der Ingenieurschulen als Fachschulen für Technik unter das Dach der BSZ zu bekommen, um deren Kompetenz für die Techniker Ausbildung nutzen zu können.

(4) An einigen Standorten etablierten sich sehr schnell **Fachschulen für Technik in freier Trägerschaft**. Diese rekrutierten das Lehrpersonal z. T. oder überwiegend aus den Ingenieurschulen. Vor dem Inkraft-Treten des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft im Februar 1992 [27] konnten zunächst nur einzelne Bildungsgänge genehmigt werden.<sup>5)</sup> Zu den ersten und noch heute bestehenden Bildungseinrichtungen gehören u. a. die Fachschule für Technik in Leipzig, hervorgegangen aus der Ingenieurschule für Bauwesen Leipzig, die Fachschule für Technik in Chemnitz, hervorgegangen aus der Außenstelle Chemnitz der Ingenieurschule für Bauwesen Leipzig<sup>6)</sup> sowie die Fachschule für Technik der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung in Glauchau mit engen Verbindungen zur ehemaligen Ingenieurschule Glauchau bzw. zu der im Aufbau befindlichen Studienakademie Glauchau. Die technischen Fachschulen in freier Trägerschaft konzentrierten sich zunächst insbesondere auf Fachrichtungen der Bau- und Versorgungstechnik (Bautechnik, Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik sowie Sanitärtechnik), also auf die Ausbildung für Bereiche, in denen nach 1990 dringend Fachkräfte gesucht wurden.

Die Transformation von Teilen der Ingenieurschulen in eine Techniker Ausbildung an den BSZ war aus verschiedenen Gründen ein mühsamer Prozess:

■ Zunächst mussten einige Schulträger davon überzeugt werden, sich auch der Trägerschaft für Fachschulen anzunehmen. Das SMK war und ist von den Schulträgern abhängig, da Errichtung und Betrieb von Schulen in Zuständigkeit des jeweiligen Schulträgers liegen.

3) Ansprechpartner und zugleich Fürsprecher gab es im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im Referat Fachhochschulen, im Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit insbesondere mit dem Staatssekretär Dr. Zeller als einem Protagonisten für die Umwandlung von Ingenieurschulen in eine sächsische Berufsakademie sowie im Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft für die Umwandlung der Agraringenieurschulen in landwirtschaftliche Fachschulen. Das Kultusministerium verfügte über ein Referat Fachschulen.

4) Etwas anders war das in Brandenburg. Dort ist der Ingenieurschule für Bergbau und Energetik in Senftenberg bereits 1991 der Wandel in eine Fachhochschule gelungen. Ebenso wurde aus der Ingenieurschule für Maschinenbau Wildau (bei Berlin) 1991 die Technische Fachhochschule Wildau.

5) Die erste staatliche Genehmigung für eine technische Fachschule auf Grundlage des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft erhielt im Dezember 1992 die „Gemeinnützige Gesellschaft mbH für technische und kaufmännische Schulen“ in Leipzig für die Fachrichtungen Elektrotechnik sowie Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik.

6) Schulträger in Leipzig und Chemnitz war die „Akademie Bauwesen, Technik und Wirtschaft GmbH“. Heute ist die „DPFA-Schulen gemeinnützige GmbH“ Träger dieser Fachschulen mit weiteren Fachrichtungen an mehreren Standorten in Sachsen. Die Fachschule für Technik in Leipzig mit der Fachrichtung Bautechnik wurde im Juli 1993 genehmigt; die staatliche Anerkennung im Juni 1998 erteilt.



Die Übernahme der Trägerschaft für die öffentlichen Fachschulen durch die Landkreise und Kreisfreien Städte war auch deshalb schwierig, weil die Staatlichen Liegenschaftsämter zunächst darauf bestanden, die Liegenschaften der Ingenieurschulen nur zum Verkehrswert an die zukünftigen öffentlichen Schulträger abzugeben. Die Verhandlungen des SMK mit dem Staatsministerium der Finanzen um eine für die Schulträger akzeptable Lösung waren vergeblich. Erst die CDU-Fraktion konnte in einer Beratung am 18. Juni 1992 im Sächsischen Landtag einen Durchbruch erzielen, und so wurde zunächst eine 5-jährige unentgeltliche Nutzung der benötigten Liegenschaften vereinbart. [28] Diese ist dann später unbefristet fortgeschrieben worden.<sup>7)</sup>

Für eine bedarfsgerechte Übernahme von Lehrpersonal aus den Ingenieurschulen in die BSZ standen dem SMK ab 1993 Haushaltsmittel für 350 Lehrerstellen zusätzlich zur Verfügung, so dass viele Lehrkräfte nicht übernommen werden konnten. [29] Außerdem waren zunächst nicht alle Lehrkräfte von der Integration in den nichtakademischen Berufsbildungsbereich überzeugt. Die Lehrkräfte der Ingenieurschulen hatten überwiegend den Status von Fachschuldozenten und sahen in dem Übergang zu den BSZ eine Abwertung ihrer Tätigkeit und einen Statusverlust. Deshalb wurde immer wieder die eigenständige Fachschule gefordert mit dem Verweis auf die Regelungen für die landwirtschaftlichen Fachschulen in Sachsen.

Die landwirtschaftlichen Fachschulen bilden eine kleine und eigenständige Gruppe und hatten abweichend von den übrigen öffentlichen Fachschulen einen Sonderstatus hinsichtlich der Trägerschaft und der Schulaufsicht. Sie wurden in staatlicher Trägerschaft durch das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) geführt; die Schulaufsicht übte dieses Ministerium im Einvernehmen mit dem SMK aus. Eine dauerhafte Lösung war das nicht. Im Rahmen einer Verwaltungsreform [30] wurden die landwirtschaftlichen Fachschulen - mit Ausnahme der Fachschule für Agrartechnik und Gartenbau Dresden-Pillnitz - ab 1. August 2008 in die Trägerschaft der Landkreise überführt. [31]

1992/93 waren die Fachschulen für Technik in den BSZ eingerichtet. Über die jeweilige Zuordnung von Fachrichtungen zu den BSZ

**Abb. 2 Fachrichtungen der Fachschule für Technik in Sachsen gemäß Prüfungsordnung für Abschlussprüfungen an berufsbildenden Schulen (1993) und gemäß Schulordnung Fachschule (2009) in rechtsbereinigter Fassung (2011)**

Prüfungsordnung 1993	Schulordnung 2009/2011
Abfalltechnik	-
Bautechnik	Bautechnik
Bekleidungstechnik	Bekleidungstechnik
Bohr-, Förder- und Rohrleitungstechnik	Bohrtechnik
Chemietechnik	Chemietechnik
Elektrotechnik	Elektrotechnik
-	Farb- und Lacktechnik
Feinwerktechnik	Feinwerktechnik,
-	Gebäudesystemtechnik
Geologietechnik	Geologietechnik
-	Gießereitechnik
Glastechnik	Glastechnik
Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik	Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
Holztechnik	Holztechnik
Informatik	Informatik
Kälteanlagenstechnik	Kältetechnik
Kraftfahrzeugtechnik	Fahrzeugtechnik
-	Kunststofftechnik
Lebensmitteltechnik	Lebensmitteltechnik
Maschinentechnik	Maschinentechnik
-	Mechatronik
Medizintechnik	Medizintechnik
Metallbautechnik	Metallbautechnik
Textiltechnik	Textiltechnik
Umweltschutztechnik	Umweltschutztechnik
Versorgungstechnik	-

Quellen: Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Abschlussprüfung an berufsbildenden Schulen im Freistaat Sachsen (Prüfungsordnung berufsbildende Schulen – BbSPrüfVO) vom 28. Mai 1993 (Amtsblatt SMK Nr. 11/1993 vom 13. August 1993, S. 301)

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und Sport und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Fachschule im Freistaat Sachsen (Schulordnung Fachschule – FSO) vom 2. Dezember 2009 (Sächs. GVBl. Nr. 15/2009 vom 28. Dezember 2009, S. 644); geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 15. Juli 2011 (Sächs. GVBl. 2011 S. 323)

gab es kontroverse Diskussionen. Es bot sich die Zuordnung entsprechend dem Profil des BSZ und der Passfähigkeit zwischen den jeweiligen Fachklassen der Berufsschule für anerkannte Ausbildungsberufe und den Technikerfachrichtungen an. Es war aber auch die Bündelung verschiedener Fachschulfachrichtungen in einem BSZ möglich, da sich daraus Synergieeffekte für die Techniker Ausbildung ergaben. Die jeweilige Zuordnung wurde letztlich pragmatisch entschieden. Dabei spielte die langjährige Tradition des Standortes eine Rolle, deren Entstehung häufig auf eine sehr frühe Schulgründung, z. T. mit überregionaler Bedeutung, zurückzuführen ist. Beispiele dafür sind

die Fachrichtung Lebensmitteltechnik am BSZ „Otto Lilienthal“ Freital-

Dippoldiswalde mit dem Bezug auf die Ingenieurschule für Lebensmittelindustrie in Dippoldiswalde, deren Ursprünge auf die „Deutsche Müllerschule“ (Gründung 1887) zurückzuführen sind;

die Fachrichtung Metallbautechnik am BSZ Döbeln mit dem Bezug auf die Ingenieurschule für Schwermaschinenbau Roßwein, deren Wurzeln in der „Höheren Deutschen Fachschule für Eisenkonstruktion, Bau-, Kunst- und Maschinen Schlosserei“ in Roßwein (Gründung 1894) liegen;

7) Davon profitierte u. a. die Stadt Dresden mit der Übernahme des Schulgebäudes der ehemaligen Ingenieurschule für Verkehrswesen für das jetzige BSZ für Elektrotechnik.



die Fachrichtungen Bautechnik, Elektrotechnik, Kraftfahrzeugtechnik und Maschinentechnik am BSZ für Elektrotechnik Dresden mit dem Bezug auf die Ingenieurschule für Verkehrstechnik, die 1951 als Fachschule für Eisenbahnwesen (später Ingenieurschule für Eisenbahnwesen) gegründet und an der in einem breiten Spektrum ingenieurtechnische Fachkräfte der mittleren Führungsebene speziell für das Verkehrswesen ausgebildet wurden;

die Fachrichtungen Bohrtechnik und Geologietechnik am BSZ für Technik und Wirtschaft „Julius Weisbach“ Freiberg mit dem Bezug auf die Ingenieurschule an der Bergakademie Freiberg (Gründung 1976).

Nach Einrichtung der BSZ 1992 und Integration der Techniker Ausbildung war eine schwierige Wegstrecke überwunden. Die „Mühen der Ebene“ waren nicht weniger anstrengend und eine Herausforderung für alle Beteiligten: Die Ausbildung begann im Schuljahr 1992/93. Eine Schulordnung Fachschule trat erst im Januar 1996 in Kraft. [32] Die Lehrpläne kamen zunächst aus Bayern und Baden-Württemberg. Sukzessive wurden sächsische Stundentafeln und Lehrpläne erarbeitet. Eine besondere Aufgabe war und ist die Gewinnung von Lehrpersonal für die Fachschulen, sobald die Lehrkräfte der ehemaligen Ingenieurschulen altersbedingt aus dem Berufsleben ausscheiden. Die spezifischen Anforderungen an die Lehrkräfte beziehen sich sowohl auf die Fachkompetenz als auch auf eine erwachsenengerechte Unterrichtsführung. Grundsätzlich sind an der Fachschule für Technik geeignete Rahmenbedingungen für hochspezialisierte Weiterbildungen für einen relativ kleinen Personenkreis sowie wirksame Rahmenbedingungen für den Einsatz von Fachkräften aus der Praxis als Lehrkräfte auf Honorarbasis zu schaffen. Und auch die Ausstattung der BSZ muss auf die Techniker Ausbildung ausgerichtet sein. Zuerst sind hier die Schulträger gefragt, die sich inzwischen i. d. R. sehr deutlich zu „ihren“ Technikerschulen bekennen. Darüber hinaus erhalten einige BSZ von den Abnehmern ihrer Absolventen Unterstützung bei der Ergänzung und Erneuerung der Ausstattungen. Derartige Verbesserungen kommen wiederum den anderen Schularten und insbesondere der Berufsschule zu Gute. Zur Entwicklung des Spektrums der Fachrichtungen: Abbildung 2 zeigt alle Fachrichtungen, die 1992/93 in der ersten Prüfungsordnung für berufsbildende Schulen [33] im Freistaat Sachsen enthalten waren. Diesen

**Abb. 3 Derzeitige Techniker Ausbildung an den Beruflichen Schulzentren (BSZ) nach Bereichen der Regionalstellen der Sächsischen Bildungsagentur (FR ... Fachrichtung)**

Bereich der Regionalstellen Chemnitz und Zwickau	
BSZ für Technik III „Richard-Hartmann-Schule“ Chemnitz	FR Elektrotechnik; FR Maschinentechnik
BSZ für Technik und Wirtschaft „Julius Weisbach“ Freiberg	FR Bohrtechnik; FR Geologietechnik
BSZ Döbeln	FR Metallbautechnik
BSZ für Technik „August Horch“ Zwickau	FR Fahrzeugtechnik
BSZ für Bau- und Oberflächentechnik des Landkreises Zwickau in Zwickau (Standort Limbach-Oberfrohna)	FR Bautechnik
BSZ für Gesundheit, Technik und Wirtschaft des Erzgebirgskreises „Erdmann Kircheis“ Oelsnitz/Aue (Standort Aue)	FR Mechatronik
BSZ „e.o.plauen“ Plauen	FR Bekleidungstechnik; FR Textiltechnik
Bereich der Regionalstellen Dresden und Bautzen	
BSZ für Elektrotechnik Dresden	FR Elektrotechnik; FR Maschinentechnik; FR Mechatronik; FR Informatik
BSZ für Bau und Technik Dresden	FR Bautechnik; FR Farb- und Lacktechnik
BSZ für Metalltechnik „Gustav Anton Zeuner“ Dresden	FR Fahrzeugtechnik; FR Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
BSZ „Otto Lilienthal“ Freital-Dippoldiswalde	FR Lebensmitteltechnik; FR Medizintechnik; FR Feinwerktechnik
BSZ für Wirtschaft und Technik Bautzen	FR Elektrotechnik; FR Maschinentechnik; FR Mechatronik
BSZ Kamenz	FR Holztechnik
BSZ Radeberg	FR Kunststofftechnik; FR Maschinentechnik
BSZ Löbau	FR Bautechnik
BSZ Weißwasser-Boxberg	FR Elektrotechnik
Bereich der Regionalstelle Leipzig	
BSZ 3 Metalltechnik „Karl-Heine-Schule“ Leipzig	FR Elektrotechnik; FR Gießereitechnik; FR Maschinentechnik

Quelle: Wege zum Beruf – Berufsbildende Schulen in Sachsen. Hrsg: Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Februar 2011; Internetseiten der Beruflichen Schulzentren

sind die Fachrichtungen gemäß der geltenden Schulordnung Fachschule [34] gegenübergestellt. Die Bestimmung von Fachrichtungen war 1992/93 mit großen Unsicherheiten verbunden. Ausgangspunkte waren das vorhandene Bildungspotential der Ingenieurschulen, die damals gültige Rahmenvereinbarung über

Fachschulen der KMK [35] und primär der mögliche Bedarf an Fachkräften im mittleren Management. Es gab allerdings für die Entwicklung der Wirtschaft im Freistaat Sachsen und dem daraus resultierenden Fachkräftebedarf zu dieser Zeit kaum verwertbare und zutreffende Prognosen. Das Angebot an

**Tab. 3 Schülerinnen und Schüler in den Schuljahren 1992/93 bis 2012/13 an Fachschulen für Technik in öffentlicher und freier Trägerschaft in Sachsen nach Fachrichtungen**

Staatlich geprüfter Techniker (Fachrichtung ...)	1992/93	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03
Bautechnik	69	848	791	275	403	410	458	428	368	345	371
Bekleidungstechnik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4
Bohrtechnik	-	12	42	13	13	11	11	12	6	7	16
Elektrotechnik	263	734	446	513	499	574	608	622	701	725	712
Fahrzeugtechnik <sup>1)</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
(Kraftfahrzeugtechnik) <sup>1)</sup>	49	46	31	28	34	55	61	57	52	66	67
Farb- und Lacktechnik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Feinwerktechnik	26	56	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Geologietechnik	-	-	-	23	27	26	27	18	10	12	21
Gießereitechnik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Holztechnik	-	41	-	-	-	3	15	10	20	46	47
Informatik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kältetechnik	-	262	291	-	240	306	4	4	5	9	13
Kunststofftechnik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lebensmitteltechnik	14	-	43	32	22	17	20	22	25	25	21
Maschinentechnik	137	561	241	166	211	163	193	216	281	386	455
Mechatronik	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	43
Medizintechnik	-	19	31	-	25	18	21	22	17	17	30
Metallbautechnik	-	50	23	41	22	21	22	21	19	29	29
Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik <sup>2)</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
(Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik) <sup>2)</sup>	-	87	70	168	-	-	257	220	175	172	241
(Sanitärtechnik) <sup>2)</sup>	-	-	-	-	-	-	46	44	39	44	45
Textiltechnik	-	25	-	-	-	-	-	-	-	-	4
Umweltschutztechnik	-	14	11	51	34	46	20	16	13	15	19

1) Präzisierung der Fachrichtungsbezeichnung 2) Bündelung und Weiterführung als Fachrichtung Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik – (vgl. Abbildung 2)  
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2012

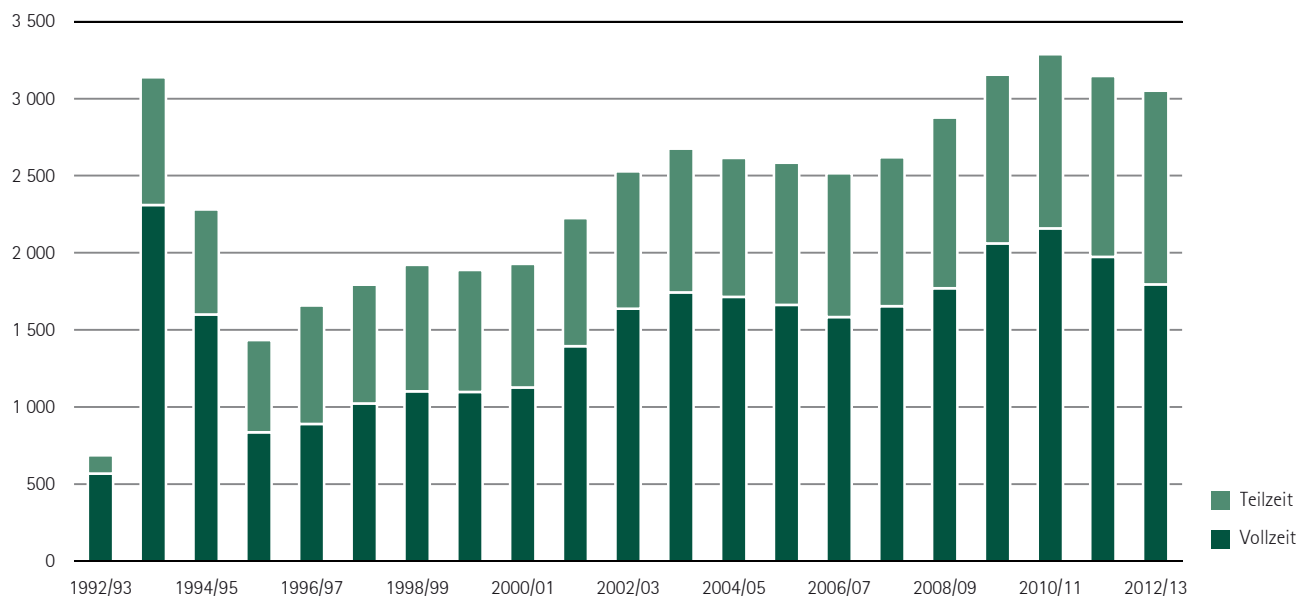
Fachrichtungen hat sich von 1993 bis heute nur geringfügig verändert. Mittlerweile haben sich stabile Fachschulstandorte etabliert; insgesamt werden derzeit an 17 BSZ Fachschulen für Technik geführt (Abbildung 3). Diese 17 Standorte sind z. T. im Ergebnis weiterer Zusammenlegungen von Beruflichen Schulzentren entstanden, die nach der Jahrtausendwende im Rahmen von Maßnahmen der Schulnetzplanung erfolgten. 1992/93 wurden insgesamt rund 700 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Der Anteil ist kontinuierlich gestiegen; seit dem Schuljahr 2009/10 liegt die Schülerzahl jeweils bei rund 3 000 pro Schuljahr, darunter etwa 250 pro Jahr in der Fachrichtung Agrartechnik an landwirtschaftlichen Fachschulen. Zeitreihen der Schülerzahl in den einzelnen Fachrichtungen seit dem Schuljahr 1992/93 sind in Tabelle 3 zusammengestellt. Für die Mehrzahl der Fachrichtungen zeigt sich mittlerweile Kontinuität im Schüleraufkommen in einer

auch bildungsökonomisch vertretbaren Größenordnung. Die Fachrichtungen Maschinentechnik, Elektrotechnik, Bautechnik und Mechatronik sind derzeit am stärksten belegt. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der jeweiligen Fachrichtung ist allerdings nicht das einzige Kriterium für die Bedeutung einer Fachrichtung. Oft schließen Fachschulbildungsgänge auch ganz spezifische Lücken im Fachkräftebedarf, und nicht jede Fachrichtung ist gleichermaßen in der Öffentlichkeit bekannt und nachgefragt – eine Tatsache, die auch in der dem jeweiligen Fachgebiet entsprechenden dualen Berufsausbildung zu beobachten ist. Die Verteilung der Schülerzahl nach der Organisationsform des Unterrichts (Vollzeit und Teilzeit) zeigt Abbildung 4: Mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler wählt die Ausbildung in Teilzeitform und ist i. d. R. berufstätig. Die Teilzeitausbildung ist insbesondere in den Fachrichtungen Elektrotech-

nik und Maschinentechnik stark ausgeprägt. In der Fachrichtung Gießereitechnik wird derzeit ausschließlich in Teilzeitform ausgebildet. Abbildung 5 zeigt die Verteilung der Schülerzahl nach Fachschulen in öffentlicher und freier Trägerschaft: Die Fachschulen in freier Trägerschaft hatten in den vergangenen Jahren einen Schüleranteil bis über 25 Prozent der Gesamtschülerzahl an technischen Fachschulen. Damit bestätigt sich auch für diese Schulen, dass in Sachsen im Bereich der beruflichen Bildung im Vergleich zu anderen Ländern der Bundesrepublik ein relativ hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft ausgebildet wird. Die Fachschulen in freier Trägerschaft haben insbesondere in den Fachrichtungen Bautechnik, Elektrotechnik, Informatik und Maschinentechnik einen hohen Schüleranteil. Die Ausbildung in der Fachrichtung Agrartechnik erfolgt bis zum Schuljahr 2011/12

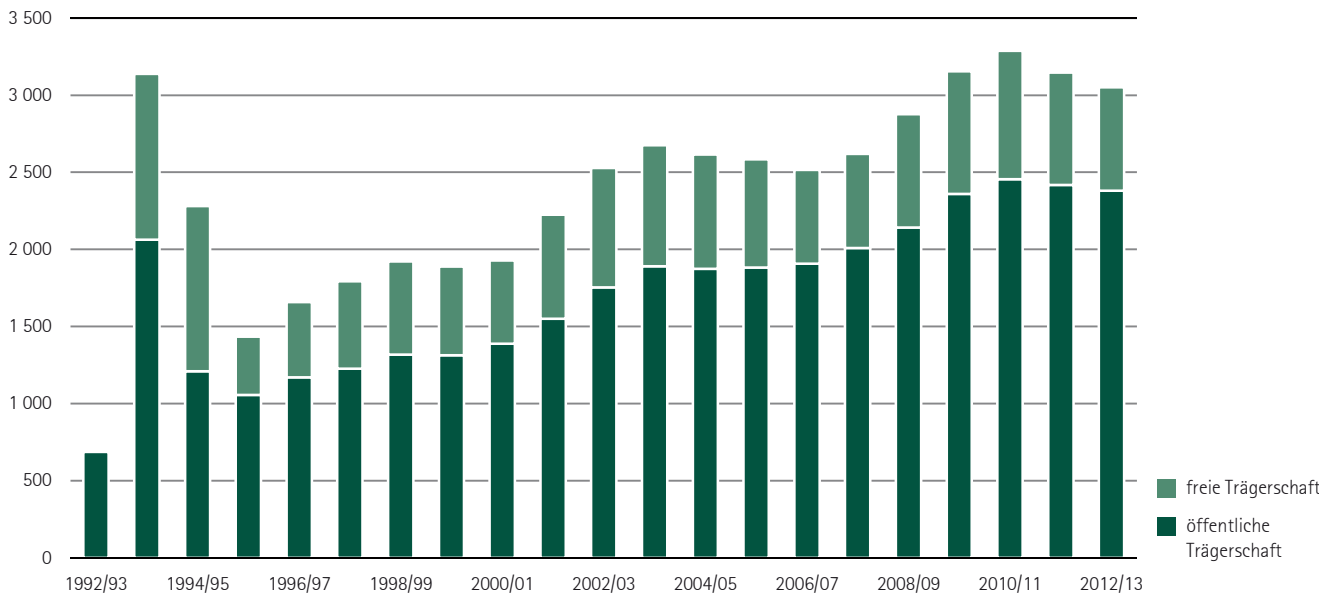
2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	Staatlich geprüfter Techniker (Fachrichtung ...)
404	355	301	239	196	196	235	239	241	226	Bautechnik
7	12	11	5	4	11	8	4	4	9	Bekleidungstechnik
16	12	32	22	24	23	30	28	25	31	Bohrtechnik
695	703	690	697	711	765	776	729	671	681	Elektrotechnik
-	-	-	-	-	-	-	-	115	150	Fahrzeugtechnik <sup>1)</sup>
84	112	132	130	149	181	184	173	68	24	(Kraftfahrzeugtechnik) <sup>1)</sup>
-	-	-	-	-	-	-	5	11	10	Farb- und Lacktechnik
-	-	-	-	-	6	13	17	11	11	Feinwerktechnik
18	11	17	17	24	29	27	17	22	17	Geologietechnik
26	26	26	42	35	32	33	30	28	26	Gießereitechnik
48	43	44	43	39	43	47	40	36	36	Holztechnik
76	141	153	113	98	103	112	115	80	60	Informatik
16	16	7	19	16	23	21	33	33	33	Kältetechnik
-	8	25	19	35	32	32	45	64	68	Kunststofftechnik
31	30	32	35	58	75	80	85	85	74	Lebensmitteltechnik
516	508	542	603	690	858	1 021	1 086	1 068	1 047	Maschinentechnik
57	59	81	87	98	112	161	217	193	209	Mechatronik
30	26	24	28	20	21	21	21	20	20	Medizintechnik
30	37	40	26	21	27	39	29	24	22	Metallbautechnik
-	-	-	-	-	-	-	-	53	67	Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik <sup>2)</sup>
195	180	139	102	98	98	78	84	46	10	(Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik) <sup>2)</sup>
45	36	25	20	16	16	21	14	3	4	(Sanitärtechnik) <sup>2)</sup>
8	11	15	14	11	7	10	12	13	8	Textiltechnik
12	-	10	8	-	-	-	-	-	-	Umweltschutztechnik

Abb. 4 Schülerinnen und Schüler an Fachschulen für Technik in den Schuljahren 1992/93 bis 2012/13 nach Zeitform des Unterrichts (einschließlich Fachrichtung Agrartechnik)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Abb. 5 Schülerinnen und Schüler an Fachschulen für Technik in den Schuljahren 1992/93 bis 2012/13 nach Trägerschaft (einschließlich Fachrichtung Agrartechnik)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Tab. 4 Absolventen 2012 sowie Schülerinnen und Schüler in der Klassenstufe 1 im Schuljahr 2012/13 an Fachschulen für Technik in öffentlicher und freier Trägerschaft in Sachsen nach Fachrichtungen

Staatlich geprüfter Techniker (Fachrichtung ...)	Absolventen 2012			Schüler/innen in der Klassenstufe 1 im Schuljahr 2012/13		
	insgesamt	Öffentliche Schulen	Schulen in freier Trägerschaft	insgesamt	Öffentliche Schulen	Schulen in freier Trägerschaft
Agrartechnik	87	87	-	45	45	-
Bautechnik	125	52	73	110	37	73
Bekleidungstechnik	2	2	-	7	7	-
Bohrtechnik	9	9	-	16	16	-
Elektrotechnik	212	157	55	278	198	80
Fahrzeugtechnik	18	-	18	84	47	37
(Kraftfahrzeugtechnik)	81	41	40	-	-	-
Farb- und Lacktechnik	4	4	-	6	6	-
Feinwerktechnik	6	6	-	8	8	-
Geologietechnik	10	10	-	6	6	-
Holztechnik	13	13	-	18	18	-
Informatik	27	-	27	15	-	15
Kältetechnik	19	-	19	9	-	9
Kunststofftechnik	11	11	-	17	17	-
Lebensmitteltechnik	41	41	-	32	32	-
Maschinentechnik	381	312	69	423	375	48
Mechatronik	64	52	12	84	66	18
Medizintechnik	8	8	-	11	11	-
Metallbautechnik	8	8	-	9	9	-
Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	-	-	-	32	10	22
(Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik)	46	10	36	-	-	-
(Sanitärtechnik)	2	2	-	-	-	-
Textiltechnik	5	5	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>1 179</b>	<b>830</b>	<b>349</b>	<b>1 210</b>	<b>908</b>	<b>302</b>

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2012

ausschließlich in Vollzeitform an öffentlichen Schulen.

Einen Überblick über die Anzahl der Absolventen im Jahre 2012 sowie über die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Klassenstufe 1 im Schuljahr 2012/13 nach Fachrichtungen an der Fachschule für Technik liefert Tabelle 4. Die Darstellung macht die derzeitige Absolventen- und Bewerbersituation transparent. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Klassenstufe 1 in den einzelnen Fachrichtungen im Schuljahr 2012/13 bestätigt die langjährige Nachfrageentwicklung im vorhandenen Fachrichtungsspektrum.

### Fazit

Die Fachschule für Technik als Einrichtung der nichtakademischen beruflichen Aufstiegsweiterbildung hat sich in Sachsen ebenso wie die Berufsakademie als „duale Hochschule“ und Einrichtung des tertiären Bildungsbereiches etabliert. Beide Transformationslinien machen das Potential der „alten“ Ingenieurschule deutlich.

Die Fachschule für Technik deckt einen zwar zahlenmäßig kleinen, aber wichtigen Bereich der Berufsbildung ab und leistet einen Beitrag zur Durchlässigkeit der nichtakademischen Berufsbildung. Diese Aussage trifft auch für die Fachschulen für Gestaltung und Wirtschaft sowie für die landwirtschaftlichen Fachschulen zu. Alle diese Fachschulen bilden Führungskräfte für das mittlere Management und/oder Fachpersonal für eine selbstständige verantwortungsvolle Tätigkeit in spezifischen Arbeitsbereichen aus.

Die Integration von Fachschulen für Technik in die BSZ erweist sich sowohl für die Fachschulen als auch für die BSZ als sachgerecht. Für die meisten Fachschulen als relativ kleine Struktureinheiten ergeben sich im Verbund eines BSZ günstige Rahmenbedingungen, um den Fortbestand selbst bei anhaltend eher geringer Schülerzahl zu gewährleisten. Die Fachschulen können wiederum zur Entwicklung der BSZ zu regionalen Kompetenzzentren für berufliche Bildung beitragen. [36] Gemäß Rahmenvereinbarung über Fachschulen können diese nicht nur die fachschulspezifische Aufstiegsweiterbildung, sondern auch Ergänzungs- und Aufbaubildungsgänge sowie Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung anbieten. [37]

Der aktuelle Diskurs um den Bestand der Fachschulen für Gestaltung, Technik und Wirtschaft in Sachsen und insbesondere die Diskussion der Kriterien<sup>8)</sup>, nach denen die Fachrichtungen der Fachschule für Technik in Sachsen zu prüfen waren, um über Weiterführung oder ggf. Streichung der Ausbildung zu entscheiden, sollten Herausforderung und

Ausgangspunkt für eine Bestandsaufnahme und Evaluation sowie für konzeptionelle Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Fachschulausbildung in Sachsen sein. Hierzu wird auch auf den Hintergrundbericht zur aktuellen OECD-Studie über die berufliche Fortbildung verwiesen. [39]

Entscheidend für den Bestand sind die **Nachfrage** (von Bewerbern nach der jeweiligen Ausbildung) und der **Bedarf** (der Wirtschaft nach Fachkräften mit der jeweiligen Ausbildung). Dabei ist insbesondere zu beachten, dass der – oft auch zahlenmäßig begrenzten – Nachfrage von Bewerbern nach einer Techniker Ausbildung ein hoher Stellenwert einzuräumen ist. Häufig handelt es sich um berufserfahrene Bewerber, die aus ihrer eigenen Berufsausbildung und Berufstätigkeit heraus genaue Vorstellungen über ihre weitere berufliche Entwicklung und ihren möglichen beruflichen Einsatz nach der Ausbildung haben. Es zeichnet ein „nach oben durchlässiges“ Bildungssystem aus, auf diese besonderen Aspekte reagieren zu können. Sichere Aussagen zur künftigen Nachfrage und zum künftigen Bedarf sind nicht immer möglich und wohl auch nicht zwingend notwendig. Für den Schulbetrieb gibt es Vorgaben für die Klassenbildung und Regelungen für begründete Abweichungen. In diesem Rahmen muss über sachgerechte und oft auch kreative Varianten der Schulorganisation immer wieder neu nachgedacht werden, damit der jeweilige Bildungsgang aus bildungsökonomischer Sicht nicht „aus dem Ruder“ läuft. Dass in diesem Kontext nicht nachgefragte Angebote oder auch Überangebote auf den Prüfstand gehören, dürfte den allgemeinen Erwartungen an eine verantwortungsvolle Bildungspolitik entsprechen.

Dr. Peter Kuklinski, 1986 bis 1989 Abteilungsleiter im Bereich Ingenieurausbildung im Institut für Fachschulwesen Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), von 1991 Referent, ab 1994 bis 2006 Referatsleiter Fachschulen im SMK

Dr. Frank Wehrmeister, 1995 bis 2003 Referent im Referat Fachschulen des SMK, seit 2003 Schulleiter des BSZ für Technik und Wirtschaft „Julius Weisbach“ Freiberg

Matthias Göhler, seit 2008 Mitarbeiter im Sächsischen Bildungsinstitut Radebeul

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Vgl. hierzu Kuklinski, Peter u. Wehrmeister Frank: Transformation von Ingenieurschulen in das sächsische Bildungssystem – Fachschulen für Technik im Freistaat Sachsen. In: Die berufsbildende Schule (65. Jg., Heft 11/12 – November/Dezember 2013)
- [2] Medieninformation des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus vom 20. März 2013: „Bildungsgänge an Fachschulen bleiben erhalten“. URL: <http://www.bildung.sachsen.de/5771.htm?pmid=2351> (Stand: 21.03.2013)
- [3] Vgl. Technisches Bildungswesen in Leipzig. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Leipzig 1989
- [4] Vgl. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965 (GBl. der DDR 1965, Teil I, S. 83)
- [5] Vgl. Die Fachschulbildung in der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg.: Autorenkollektiv des Institutes für Fachschulwesen. Leipzig 1980
- [6] Zuarbeit der „Außenstelle Fachschulbildung Chemnitz“ der „Gemeinsamen Einrichtung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Aufgaben in Bildung und Wissenschaft“ für den Berufsbildungsbericht 1991 (unveröffentlicht)
- [7] Vgl. [5] (Die Fachschulbildung...) S. 50
- [8] Vgl. [5] (Die Fachschulbildung...) S. 53 und S. 148-159
- [9] Vgl. Hande, Wolfgang: Sozialisierungserfahrungen von Ingenieuren und Fachschülern. In: Aspekte der beruflichen Bildung in der ehemaligen DDR. Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft Qualifikation-Entwicklung-Management Berlin. Münster, New York, München, Berlin 1996, S. 111-161
- [10] Vgl. [5] (Die Fachschulbildung...) Anlagen sowie [6] (Zuarbeit der „Außenstelle Fachschulbildung Chemnitz“...)
- [11] Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen. Hrsg.: Wissenschaftsrat, Köln 1981
- [12] Vgl. Beschluss „Konzeption für die Gestaltung der Aus- und Weiterbildung der Ingenieure und Ökonomen in der Deutschen Demokratischen Republik“. Beschluss des ZK der SED vom 28. Juni 1983. In: Die Fachschule 31(1983)9, S. 193

8) Als Kriterien für die Prüfung der Fachschulen für Gestaltung, Technik und Wirtschaft wurden genannt:  
- Nachfrage/Bedarf  
- regionale Besonderheit/Verankerung  
- traditionelle und historische Bedeutung  
- Nischenqualifikation/Einzigartigkeit  
- überregionale Bedeutung  
- geringer Entsprechungsgrad zu Industrie- und Handwerksmeisterqualifikation  
- länderübergreifende Anerkennung der Abschlüsse.[38]

- [13] Vgl. Zur Gestaltung der Ausbildung von Technikern und Wirtschaftlern - Ergebnisse, Probleme, Aufgaben. Schriftenreihe des Instituts für Fachschulwesen. Hrsg.: Institut für Fachschulwesen Karl-Marx-Stadt. Heft 42, Teile 1 und 2. Karl-Marx-Stadt 1987
- [14] Vgl. Berufsbildungsbericht 1991. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Schriftenreihe Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft Bd. 28. Bonn 1991, S. 54
- [15] Vgl. [9] (Hande, Wolfgang) insbesondere S. 121ff. und S. 141
- [16] Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 889, Artikel 37 - Bildung)
- [17] Vgl. Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik - Länderereinführungsgesetz - vom 22. Juli 1990 (BGBl. 1990 I S. 1567)
- [18] Vgl. Schulgesetz für den Freistaat Sachsen (SchulG) vom 3. Juli 1991 i. d. F. d. Bek. vom 16. Juli 2004 (SächsGVBl. Jg. 2004 Bl.-Nr. 15 S. 298)
- [19] Vgl. Kuklinski, Peter u. Wehrmeister, Frank: Die Re-Kommunalisierung der DDR-Berufsschule. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens. 1(1998) S. 99-109
- [20] Vgl. Kuklinski, Peter: Zur Entwicklung der Beruflichen Schulzentren im Freistaat Sachsen. In: Fingerzeiger - Zeitschrift für Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen. 1(2004) S. 12-17
- [21] Erlass an die Ingenieur- und betriebswirtschaftlichen Fachschulen. Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Dresden 23.09.1992 (unveröffentlicht)
- [22] Vgl. (Sächsisches) Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft (SächsFrTrSchulG) vom 4. Februar 1992 (SächsGVBl. S. 37)
- [23] Vgl.: Der Sächsische Hochschulentwicklungsplan bis 2020. Hrsg.: Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. S. 183-184 (Stand 17. Dezember 2011) URL: [http://www.studieren.sachsen.de/download/Hochschulentwicklungsplan\\_2010](http://www.studieren.sachsen.de/download/Hochschulentwicklungsplan_2010) (Stand: 06.08.2012)
- [24] Vgl. Gesetz über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen (Sächsisches Berufsakademiegesetz - SächsBAG) vom 11. Juni 1999, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 387)
- [25] Vgl. Einordnung der Bachelorausbildungsgänge an Berufsakademien in die konsekutive Studienstruktur (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.10.2004). Hrsg.: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK). In: Sammlung der Beschlüsse der KMK, Leitzahl 1912.4. Neuwied, o.J. (Loseblattsammlung)
- [26] Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: „Knapp 5 000 Studierende an der Berufsakademie Sachsen“. Medieninformation 3/2012 vom 5. Januar 2012
- [27] Vgl. [22] (Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft)
- [28] N.N.: Erfolg einer Initiative der CDU-Landtagsfraktion sichert Zukunft der sächsischen Fachschulen. In: Sachsen macht Schule (Broschüre 1990/91). Hrsg.: CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag. Dresden 1992, S. 27
- [29] Erlasse des SMK an die Oberschulämter über die Stellenausschreibung, Auswahl und Übernahme von Lehrkräften aus dem Zuständigkeitsbereich des SMWK zur Einrichtung von Fachschulen an den Beruflichen Schulzentren. Oktober/Dezember 1992 (unveröffentlicht)
- [30] Vgl. Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächsisches Verwaltungsneuordnungsgesetz - SächsVwNG) vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S.138)
- [31] Vgl. [18] (Schulgesetz) § 22 Schulträger
- [32] Vgl. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die Fachschule im Freistaat Sachsen (Schulordnung Fachschule - FSO) vom 9. Januar 1996 (SächsGVBl. S. 36)
- [33] Vgl. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Abschlussprüfung an berufsbildenden Schulen im Freistaat Sachsen (BbSprüfVO) vom 28. Mai 1993 (Amtsblatt SMK Nr. 11/1993 S. 301)
- [34] Vgl. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und Sport und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Fachschule im Freistaat Sachsen (Schulordnung Fachschule - FSO) vom 2. Dezember 2009 (SächsGVBl. Nr. 15/2009 vom 28. Dezember 2009, S. 644); geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 15. Juli 2011 (SächsGVBl. 2011 S. 323, § 80 Fachrichtungen und Schwerpunkte)
- [35] Vgl. Rahmenvereinbarung über Fachschulen mit zweijähriger Ausbildungsdauer (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. Juni 1992). Hrsg.: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. In: Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, Teilwerk Berufliche Bildung, Leitzahl 429, Loseblattsammlung, Stand 1992. Neuwied: Hermann Luchterhand Verlag
- [36] Vgl. Projekt zur Erprobung von Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Beruflichen Schulzentren zu Regionalen Kompetenzzentren für berufliche Bildung - Konzeption. Hrsg.: Sächsisches Bildungsinstitut, Radebeul 2011
- [37] Vgl. [35] (Rahmenvereinbarung über Fachschulen) Fortschreibung durch Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.11.2002 i. d. F. vom 27.02.2013. Beschlussammlung der KMK, Beschluss Nr. 430 - Einleitung
- [38] Quellen: Dokumente des Landesauschusses für Berufsbildung Sachsen sowie Antwort der Staatsregierung zum Antrag der Fraktion der SPD (Drs.-Nr. 5/9815) Thema: „Berufliche Bildung in Sachsen durchlässig weiterentwickeln“. Dresden, 24. August 2012
- [39] Aufstieg durch berufliche Weiterbildung - Deutscher Hintergrundbericht zur OECD Studie „Skills beyond School“. Hrsg.: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn 2012



# Nachlese zum zweiten Sächsischen Datensalon

## Der Sächsische Datensalon

Die TU Dresden und das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen schlossen im Jahr 2008 eine Kooperationsvereinbarung ab, um den Wissensaustausch zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft zu erleichtern und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen durch gemeinsame Projekte und Veranstaltungen zu ermöglichen. Im Rahmen dieser Kooperationsvereinbarung wurde der „Sächsische Datensalon“ ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Veranstaltungsreihe der TU Dresden und des Statistischen Landesamtes zu aktuellen gesellschaftlichen Themen. Fachleute aus Politik, Verwaltung, Forschung und der Praxis tragen Ergebnisse zusammen und analysieren diese aus ihrem Blickwinkel.

## Der zweite Sächsische Datensalon

Für den 4. Juli 2013 luden die TU Dresden und das Statistische Landesamt zum zweiten Sächsischen Datensalon ein. Dieser stand unter dem Motto „Übergänge im Bildungswesen“. Vertreter verschiedener Universitäten, der Verwaltung sowie der Wirtschaft präsentierten jeweils eigene Statistiken zu den Themen Schule, Berufsausbildung und Hochschule und interpretierten diese Ergebnisse aus ihrer Sicht. Die Vorträge wurden von den ca. 90 Zuhörern interessiert verfolgt und anschließend lebhaft diskutiert.

Im ersten Vortrag referierte Dr. Rainer Heinrich vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus über die Entwicklung der Mittel- und Oberschulen sowie des Gymnasiums. Dabei stellte er zunächst die Struktur des sächsischen Schulsystems vor, insbesondere die verschiedenen Möglichkeiten, wie Schüler in Sachsen zum Abitur gelangen können. Neben dem direkten Weg über das Gymnasium gibt es noch anderweitige Optionen zum Erwerb

des Abiturs vom späteren Einstieg in das Gymnasium über die Berufsausbildung mit Abitur bis hin zum Besuch einer Fachoberschule. Er benannte auch die zwei großen Probleme, mit denen sich das sächsische Schulsystem auseinandersetzen muss. Zum einen handelt es sich um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Schülerzahl und damit die Zahl der Schulen im Freistaat Sachsen. Außerdem stehen viele ältere Lehrer weniger jüngeren Lehrern gegenüber. Im Verlauf des Vortrages stellte Dr. Heinrich einen Maßnahmenkatalog vor, um die leistungsschwachen wie auch leistungsstarken Kinder mit ihren individuellen Voraussetzungen optimal zu fördern und ihnen einen möglichst hohen Schulabschluss zu ermöglichen.

Im zweiten Vortrag stellte Prof. Dr. Karl Lenz vom Kompetenzzentrum für Bildungs- und Hochschulforschung der TU Dresden die Ergebnisse der Sächsischen Abiturientenstudie vor. Diese wurde durch die TU Dresden in Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus durchgeführt bzw. noch weiter verfolgt. Ziel der Studie war bzw. ist, Informationen zur Studien- und Berufswahl der Studienberechtigten in Sachsen und deren Entscheidungsmotive sowie zu Studienneigungen und dem Übergangverhalten von Abiturienten zu erlangen. Im Ergebnis der Studie zeigt sich, dass über die Hälfte der Abiturienten plant, nach dem Abitur an einer Hochschule bzw. Fachhochschule zu studieren (Stufe 1 der Studie). Rückläufig hingegen ist die Aufnahme einer Berufsausbildung nach Ablegen des Abiturs, von über 35 Prozent im Jahr 1996 auf 19 Prozent im Jahr 2012. In den Stufen 2 und 3 der Studie werden in die Befragung die Studienpläne zu einem späteren Zeitpunkt sowie die wahrscheinliche Tendenz zur Aufnahme eines Studiums der bis dahin Unentschlossenen mit einbezogen. Damit kann von einer geschätzten Übergangsquote der Studienberechtigten in



Dr. Rainer Heinrich vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus © Sindy Schoss

ein Studium von 71 bis 76 Prozent ausgegangen werden. Die Studie ergab auch, dass die Übergangsquote der jungen Frauen leicht über der Quote der Männer liegt und mehr Frauen im Anschluss an das Abitur direkt ein Studium aufnehmen.

Der Diplomverwaltungswissenschaftler Hans-Dieter Kretschmann vom Statistischen Landesamt erläuterte die Ergebnisse der Bildungsstatistik, wobei er die zweite Schüler- und Absolventenprognose mit einbezog. Nach dieser Prognose steigt nach einem Tiefpunkt im Jahr 2011 die Zahl der Schüler und Schulabgänger wieder an, um sich ab etwa 2016/2017 auf einen Wert um die 30 000 pro Jahr einzupendeln. Die Zahl der Berufsschüler wird bis 2015/2016 sinken, dann ist mit einem Zuwachs bis ca. 2027 zu rechnen. Bei den Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife wird ab 2013 ein konstanter Anstieg prognostiziert. Die Studienberechtigtenquote erlebte nach einem Anstieg bis 2009 im Jahr 2010 einen Einbruch, um mittlerweile wieder anzusteigen. Positiv ist zu bewerten, dass die Studienanfängerquote in den letzten Jahren

gestiegen ist. Das bedeutet, mehr Studienberechtigte nehmen auch wirklich ein Studium auf. So nahmen im Jahr 2011 wieder mehr Schulabgänger mit einer Studienberechtigung ein Studium im gleichen Jahr auf. Die Zahl der Studienberechtigten, die zu einem späteren Zeitpunkt ein Studium aufnehmen, ist tendenziell fallend. Die Bildungsstatistik zeigt auch, dass der Freistaat Sachsen ein beliebter Studienort in Deutschland ist. Sächsische Studenten zieht es nur in geringem Maße an Studienorte in anderen Bundesländern.

Prof. Dr. Andrä Wolter von der Humboldt-Universität Berlin sprach zu dem Thema „Übergänge zwischen Schule, beruflicher Bildung und Hochschule – Entwicklungen und Herausforderungen aus der Sicht der nationalen Bildungsberichterstattung“. Übergänge haben für Prof. Dr. Wolter eine erhebliche Bedeutung für die Biografie des Einzelnen. Sie sind mit individuellen Herausforderungen und Schwierigkeiten bei deren Bewältigung verbunden. Übergänge unterliegen sozialen und rechtlichen Normierungen, es finden Differenzierungsprozesse statt. Daneben interagieren auch die verschiedenen, an der Bildung beteiligten Institutionen an den Übergangsstellen miteinander, wobei es zu quantitativen oder qualitativen Passungsproblemen kommen kann. Der Redebeitrag konzentrierte sich auf die Übergänge vom Schulsystem in die berufliche Bildung bzw. Hochschule und stellte die verschiedenen Übergangsmöglichkeiten für Jugendliche nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule dar. Nach näherer Beleuchtung der Übergänge von der Schule in eine Berufsausbildung bzw. in ein Studium wurden noch die unterschiedlichen Problemlagen erläutert. Herr Thomas Götze von der Handwerkskammer Dresden thematisierte die Möglichkeiten für Schulabgänger, eine Berufsausbildung im Handwerk zu absolvieren. Auch in diesem



Interessierte Zuhörer © Sindy Schoss

Vortrag wurde deutlich, dass sich die Zahl der Schulabgänger verringert, wodurch nicht alle Lehrstellen im Freistaat Sachsen besetzt werden konnten. Außerdem stellte Herr Götze Maßnahmen der Handwerkskammer vor, um Kinder und Jugendliche für eine Berufsausbildung zu gewinnen, entsprechend zu beraten und die Zahl der Vertragsauflösungen von Ausbildungsverträgen zu senken.

Die Diplomsoziologen Martin Otto und Robert Pelz vom Kompetenzzentrum für Bildungs- und Hochschulforschung der TU Dresden stellten die Ergebnisse der Sächsischen Studierendenbefragung 2012 vor. Bei der Studie wurden alle Studierenden der Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften im Geschäftsbereich der Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst ab dem zweiten Fachsemester im Zeitraum vom März bis Juni 2012 befragt. Ein Fragenkomplex beschäftigte sich mit der Frage, wie das Angebot des Bachelor- bzw. Masterstudienganges bei den Studenten akzeptiert wird. Fast 63 Prozent der Befragten aus der Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften studierten mit dem Ziel des Diploms als Abschluss. In den anderen Fächergruppen überwog als angestrebte Abschlussart der Bachelor. Bei Studierenden, die sich für ein Diplom als Abschluss entschieden hatten, gaben 59 Prozent an, keine Wahlmöglichkeit zwischen Diplom und Bachelor zu haben. 37 Prozent entschieden sich bewusst gegen ein Bachelor- und für ein Diplomstudium. Unter den Bachelorstudierenden präferierten 57 Prozent eigentlich einen Diplomabschluss und nur 16 Prozent den des Bachelors. Interessant bei der Studie ist die Tatsache, dass sowohl Diplomstudierende als auch Bachelorstudenten als Grund, sich gegen einen Bachelorabschluss zu entscheiden, angaben, dass die Arbeitsmarktchancen unklar seien und eine geringere Akzeptanz des Bachelorabschlusses befürchtet werde. Zudem sehen die Befragten Probleme bei der Etablierung des Bachelorabschlusses auf dem Arbeitsmarkt.

Frau Prof. Dr. Ute Götzen von der Autouni/Volkswagen Wolfsburg sprach im letzten Vortrag der Veranstaltung über praktische Erfahrungen mit Absolventen mit Bachelor-, Master- und Diplomabschluss. Dabei betonte sie, dass es bei Volkswagen in der Praxis nur wenige Unterschiede bezüglich der Abschlüsse gäbe. Vielmehr wird großen Wert auf die individuelle Leistung und Lernbereitschaft der angestellten Mitarbeiter gelegt. Es bestehe die Möglichkeit, dass sich Mitarbeiter mit Bachelor bzw. Masterabschluss intern weiterbilden und bei entsprechender Leistung auch wie Mitarbeiter mit Diplomabschluss behandelt werden würden.



Frau Prof. Dr. Ute Götzen © Sindy Schoss

Im Anschluss an die Vortragsreihe stellten die interessierten Zuhörer Fragen bzw. beteiligten sich rege an der Diskussion. Im Fazit der Veranstaltung zeigt sich, dass Bildung einer der wichtigsten Faktoren im persönlichen Leben eines Jeden, aber auch für die Wirtschaft und gesellschaftliche Entwicklung darstellt. Es lohnt sich, in die Bildung zu investieren, um auch in Zukunft gut aufgestellt zu sein. Der nächste Sächsische Datensalon ist für den 6. Dezember 2013, 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr, an der TU Dresden zum Thema Bundestagswahlen geplant. Weitere Informationen hierzu sowie die Redebeiträge zu den Veranstaltungen des Sächsischen Datensalons können auch im Internet unter <http://www.stla.sachsen.de/173.htm> nachgelesen werden.

# Neues aus Sachsen

## Reichlich 38 Prozent des sächsischen Bruttoinlandsprodukts wurden 2011 in den drei Kreisfreien Städten erwirtschaftet

Von den 95,4 Milliarden € Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Sachsen 2011 wurden rund 38 Prozent in den drei Kreisfreien Städten Sachsens erwirtschaftet, davon allein in der Landeshauptstadt rund 15 Milliarden €. Der Vergleich zu 2010 zeigt in allen Kreisen mit Ausnahme der Stadt Dresden ein Wachstum des BIP (in Marktpreisen). Spitzenreiter waren aktuell mit rund 7 Prozent Anstieg der Landkreis Bautzen und die Stadt Leipzig. Seit dem Jahr 2000 konnten die Landkreise Görlitz, Mittelsachsen und Leipzig mit rund 39 Prozent und mehr nominal die größten Zuwächse erwirtschaften. Deutlich unter dem Durchschnitt lagen mit rund 15 Prozent Wachstum der Vogtlandkreis und Nordsachsen. Die Wirtschaftsstruktur 2011 zeigt klare Unterschiede beim Anteil des Dienstleistungsbereichs an der gesamten Wertschöpfung in den Kreisfreien Städten (77 Prozent) und Landkreisen (60 Prozent).

2011 erwirtschaftete ein Erwerbstätiger in Sachsen ein Bruttoinlandsprodukt von 48 581 €. Bei den Regionalergebnissen lag hier der Landkreis Leipzig mit 54 053 € an der Spitze und der Erzgebirgskreis mit 44 621 € am Ende der Kreise. Anders sahen die Ergebnisse des BIP bezogen auf die Bevölkerung aus (Sachsen 23 037 €). Mit 28 816 € je Einwohner erreichte die Stadt Dresden den höchsten Wert. Das geringste BIP je Einwohner verzeichnete der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 17 666 €, wobei berücksichtigt werden muss, dass nicht nur die Einwohner des jeweiligen Kreises, sondern auch die Einpendler an der Erwirtschaftung des BIP des jeweiligen Kreises beteiligt waren.

Die Ergebnisse für die Jahre 2000 bis 2011 werden einheitlich nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2008 veröffentlicht.

## Weniger Insolvenzen in Sachsen im ersten Halbjahr 2013

3 388 Insolvenzverfahren wurden im ersten Halbjahr 2013 in Sachsen von den Amtsgerichten Chemnitz, Dresden und Leipzig gemeldet. Die Zahl der Insolvenzverfahren verringerte sich insgesamt um 7,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 616 Verfahren betrafen Unternehmen und 2 772 Verfahren übrige Schuldner, wie natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige, Verbraucher u. Nachlässe. Die Unter-

nehmensinsolvenzen sanken um 13,8 Prozent, die Verfahren der übrigen Schuldner um 6,2 Prozent.

51 Prozent der von Insolvenz betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere 40 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Bei den Insolvenzverfahren von Einzelunternehmen war ein Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 um gut 17 Prozent zu verzeichnen, die Insolvenzverfahren der GmbH gingen um knapp 10 Prozent zurück.

Das Baugewerbe und der Handel machten mehr als ein Drittel (37 Prozent) aller Unternehmensinsolvenzen im Berichtszeitraum aus. Jedes fünfte insolvente Unternehmen war dem Baugewerbe zuzuordnen. Davon wurden fast 83 Prozent in der Wirtschaftsabteilung „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ registriert. Über die Hälfte der Unternehmensinsolvenzen im Bereich „Handel“ betraf den Einzelhandel.

Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen betrugen in Sachsen im ersten Halbjahr 2013 rund 592 Millionen €, die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren ca. 175 000 €. Die Forderungen nahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6 Prozent ab. Während die Forderungen der übrigen Schuldner um reichlich 16 Prozent sanken, stiegen die Forderungen an Unternehmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um gut 1 Prozent.

Rund 41 Prozent aller Insolvenzverfahren wurden in den Kreisfreien Städten Leipzig (729), Dresden (338) und Chemnitz (306) beantragt. In Leipzig wurden mit knapp 20 Prozent auch die meisten Insolvenzverfahren von Unternehmen (123) angezeigt, gefolgt von Dresden (98) und dem Landkreis Leipzig (45).

## Zum Weltbildungstag am 8. September

Bildung ist der Schlüssel für die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Integration der Zugewanderten in das Bildungswesen sollte möglichst schon im Vorschulbereich beginnen.

Am 1. März 2013 befanden sich insgesamt 17 604 Kinder in Sachsen in der Tagesbetreuung, bei denen mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft war. Das waren 6,3 Prozent der betreuten Kinder insgesamt bzw. 0,6 Prozentpunkte mehr als 2008. Bei 9 182 Kindern war die überwiegend gesprochene Sprache nicht Deutsch.

An den allgemeinbildenden Schulen lernten im vergangenen Schuljahr 17 898 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil an den Schülern insgesamt betrug 5,5 Prozent und damit 1,8 Prozentpunkte mehr als im Schuljahr 2008/09. 62 Prozent von ihnen waren deutsche Staatsbürger.

2012 erwarben Absolventen mit Migrationshintergrund häufiger (31 Prozent) die allgemeine Hochschulreife als Absolventen ohne Migrationshintergrund (28 Prozent). Auch der Anteil der Absolventen mit Hauptschulabschluss war bei den Migrantenkindern höher (13 Prozent) als bei den Absolventen ohne Migrationshintergrund (10 Prozent).

Die berufsbildenden Schulen wurden im vergangenen Schuljahr von 2 583 Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besucht. Das entsprach einem Anteil von 2,5 Prozent der Schülerschaft. 17 Prozent dieser Jugendlichen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Von den Jugendlichen mit Migrationshintergrund verließen 2012 etwa ein Viertel die berufsbildenden Schulen mit einem Abgangszeugnis und drei Viertel mit einem Abschlusszeugnis. 23 Prozent von ihnen erwarben einen studienqualifizierenden Abschluss. Das sind 10 Prozentpunkte mehr als bei den Absolventen ohne Migrationshintergrund.

## 6 063 Kinder mehr in Sachsens Kitas

Insgesamt 272 786 Kinder wurden im Freistaat Sachsen am 1. März 2013 in Kindertageseinrichtungen betreut, 6 063 mehr als im Vorjahr. Das waren 140 062 Jungen und 132 724 Mädchen bzw. 164 363 Nichtschulkinder und 108 423 Schulkinder.

Von den in Tageseinrichtungen betreuten Kindern waren 15,7 Prozent jünger als drei Jahre (2012: 15,9 Prozent) und i. d. R. Krippenkinder, 44,5 Prozent waren drei Jahre und älter (2012: 44,5 Prozent) und gingen noch nicht in die Schule - also im Kindergartenalter und 39,7 Prozent gingen neben der Schule noch in den Hort (2012: 39,6 Prozent).

Für die Kinder unter einem Jahr betrug die Besuchsquote (Anteil der betreuten Kinder je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe) 2,5 Prozent und bei Kindern im Alter von einem bis unter drei Jahren 60,0 Prozent. Für die Kinder von drei bis unter sechs Jahren lag die Besuchsquote bei 95,6 Prozent.

Für 99,9 Prozent der Kinder war eine Betreuung an 5 Tagen pro Woche vereinbart. Für die Mehrzahl der Nichtschulkinder (80,9 Prozent) bestand ein Betreuungsvertrag für 36 und mehr Stunden pro Woche. An der Mittagsver-

pflegung in den Tageseinrichtungen nahmen 91,7 Prozent der Kinder teil (Nichtschulkinder 98,9 Prozent und Schulkinder 80,6 Prozent). 6 105 Kinder, die eine Tageseinrichtung besuchten, hatten einen nachgewiesenen erhöhten Förderbedarf wegen körperlicher bzw. geistiger sowie drohender oder seelischer Behinderung und erhielten zum Stichtag mindestens eine sogenannte Eingliederungshilfe nach SGB XII/SGB VIII.

### Über 100 Tagesväter in Sachsen

6 930 Kinder (3 472 Jungen und 3 458 Mädchen) wurden am 1. März 2013 in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Sachsen betreut. Das waren 739 bzw. 12 Prozent mehr als 2012. Die Mädchen und Jungen wurden von 1 516 Tagesmüttern (2012: 1 394 Tagesmütter) und 103 Tagesvätern (2012: 78 Tagesväter) versorgt. Damit stieg die Zahl der Tagespflegepersonen, die zum Stichtag auch tatsächlich Kinder in einem vertraglichen Betreuungsverhältnis hatten, gegenüber 2012 um 147 an.

96 Prozent der in Tagespflege betreuten Kinder (6 620 Kinder) waren jünger als drei Jahre, 287 Kinder waren im Alter von drei bis unter acht Jahren.

99 Prozent (6 889 Kinder) der Mädchen und Jungen erhielten an fünf Tagen in der Woche eine Betreuung. Für 40 Kinder waren die Tagespflegepersonen auch am Wochenende tätig. Eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von 40 und mehr Stunden pro Woche bei ihren Tagesmüttern und -vätern bestand für die meisten der kleinen Schützlinge (6 073 Kinder, 88 Prozent).

Für 53 Kinder waren die Tagespflegepersonen gleichzeitig Großeltern oder andere Verwandte.

24 Kinder besuchten neben der Tagespflege noch eine Kindertageseinrichtung.

774 Tagespflegepersonen betreuten die Kinder in der eigenen Wohnung. Eine Tagespflege ist auch in der Wohnung des Kindes/der Kinder bzw. anderen Räumen möglich.

27 Prozent des Personals in öffentlich geförderter Kindertagespflege verfügten über einen fachpädagogischen Berufsabschluss, 86 Prozent haben einen Qualifizierungskurs für Kindertagespflege abgeschlossen. Beide Qualifikationen konnten 18 Prozent nachweisen.

### 551 Mehrlingsgeburten in Sachsen 2012

Mit 545 Zwillingsgeburten, 5 Drillingsgeburten und einer Vierlingsgeburt konnten 2012 seit 1987 (558) die meisten Mehrlingsgeburten festgestellt werden. Gegenüber dem Jahr 2011 waren es 7 Drillingsgeburten weniger, aber 17 Zwillingsgeburten und eine Geburt von Vierlingen mehr.

Insgesamt wurden 2012 in Sachsen bei 34 239 Geburten 34 797 Kinder geboren (darunter 34 686 Lebendgeborene).

Auch die Zahl der Mehrlingsgeburten je 1 000 Geburten (16,1) ist im Vergleich zum Vorjahr (15,9) leicht angestiegen.

Von den im vergangenen Jahr geborenen 545 Zwillingspaaren waren 337 gleichen Geschlechts, davon 182-mal Jungen und 155-mal Mädchen. Unter den 5 Drillingsgeburten waren 2, bei denen die Kinder gleichgeschlechtlich waren (1-mal Mädchen und 1-mal Jungen) und 3 mit Kindern unterschiedlichen Geschlechts. Bei der Vierlingsgeburt erblickten 4 Mädchen das Licht der Welt. Das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt von Mehrlingen betrug 31,2 Jahre. Bei der Geburt nur eines Kindes waren die Mütter im Durchschnitt 30,0 Jahre alt. Im Vergleich zu 2011 ist das Durchschnittsalter bei der Geburt von Mehrlingen somit um 0,4 Jahre zurückgegangen, bei der Geburt eines Kindes stieg das Durchschnittsalter um 0,2 Jahre an. Die meisten Mehrlingsgeburten je 1 000 Geburten wurden 2012 mit 20,1 Geburten im Landkreis Zwickau und mit 19,4 Geburten im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge registriert. Die wenigsten Mehrlingsgeburten je 1 000 Geburten verzeichneten die Landkreise Bautzen (12,1) und Nordsachsen (12,6).

### Aquakulturerhebung 2012: Rund 86 Tonnen mehr Fisch als im Vorjahr

In den sächsischen Aquakulturbetrieben sind 2012 rund 2 419 Tonnen Fisch produziert worden. Das sind fast 4 Prozent bzw. 86 Tonnen mehr als im Jahr zuvor und 12,3 Prozent der gesamten in Aquakulturen produzierten Fischmenge Deutschlands. Das betriebliche Ergebnis lag bei durchschnittlich 7,8 Tonnen. Im bundesdeutschen Durchschnitt waren es nur 2,3 Tonnen.

Traditionell wird im Freistaat vor allem der Gemeine Karpfen produziert. Mit 1 873 Tonnen, das sind mehr als drei Viertel der Gesamtproduktion, dominiert diese Fischart deutlich. An zweiter Stelle folgt mit großem Abstand der Afrikanische Wels (159 Tonnen). Während Karpfen vor allem in den sächsischen Teichen gehalten werden, wird der Afrikanische Wels in Kreislaufanlagen produziert. Eine weitere bedeutende Fischart in Sachsen ist die Regenbogenforelle. 156 Tonnen dieser Fischart wurden im Berichtsjahr erzeugt.

Die meisten Aquakulturbetriebe gab es in den Landkreisen Zwickau (53), Bautzen und Görlitz (jeweils 46). Die größte Fischmenge wurde in den Landkreisen Görlitz (740 Tonnen) und Bautzen (710 Tonnen) erzeugt. Damit sind in diesen beiden Kreisen 60 Prozent der gesamten sächsischen Speisefischmenge produziert worden.

Die weitaus größte Menge der sächsischen Aquakulturproduktion (84 Prozent bzw. 2 041 Tonnen) erfolgte in Teichen. Knapp 8 Prozent wurden in Becken, Fließkanälen bzw. speziellen Forellenteichen, 7 Prozent in Kreislaufanlagen und 1 Prozent in Netzgehegen erzeugt.

### In der amtlichen Statistik wird der Meldeweg über das Internet zum Standard

Am 1. August 2013 trat das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz) in Kraft. Mit diesem Gesetz wurde auch eine neue Regelung in das Bundesstatistikgesetz eingefügt. Diese verpflichtet öffentliche Institutionen, Unternehmen und Betriebe ab sofort, für die Auskünfte zur amtlichen Statistik die vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten elektronischen Verfahren zu nutzen. Es wird damit auf die gestiegene Bedeutung des Internets in der Gesellschaft reagiert. Von der neuen Vorschrift profitieren sowohl die Auskunft Gebenden als auch die Verwaltung. Die elektronischen Verfahren zur Übermittlung von Daten für statistische Zwecke führen zu einer Kosten- und Zeitersparnis und erleichtern die Abgabe von Meldungen.

Wie beispielsweise auch in der Finanzverwaltung werden elektronische Meldeverfahren in der amtlichen Statistik bereits seit einigen Jahren mit zunehmendem Erfolg eingesetzt. Bislang bestand aber Wahlfreiheit zwischen der Auskunft per Papierfragebogen und der elektronischen Meldung. Das ändert sich jetzt. Die Meldung von öffentlichen Institutionen, Unternehmen und Betrieben hat künftig ausschließlich über sichere Verfahren per Internet zu erfolgen. Eine Meldung per Papierfragebogen ist nur noch in begründeten Ausnahmefällen möglich.



# Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Bevölkerung</b>										
Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1 000	4 054,2	4 050,2	4 049,1	4 048,0	4 046,8	4 045,6	4 044,0	4 042,7	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen	Anzahl	1 465	1 529	716	1 063	2 325	418	762	961	2 304
Lebendgeborene	Anzahl	2 869	2 891	2 760	2 595	3 026	2 447	2 566	2 894	2 874
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 219	4 276	4 555	4 266	4 504	4 869	4 669	5 233	4 277
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	7	7	7	5	5	7	6	5
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 350	-1 386	-1 795	-1 671	-1 478	-2 422	-2 103	-2 339	-1 403
<b>Wanderungen</b>										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 182	6 460	5 576	5 523	4 832	4 890	5 513	6 269	5 258
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 905	2 170	1 994	1 974	1 620	1 843	2 116	2 407	1 980
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 878	5 483	5 386	5 063	4 615	4 943	5 012	5 345	4 258
darunter in das Ausland	Anzahl	1 469	1 455	1 613	1 361	1 206	1 760	1 556	1 521	1 242
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	304	977	190	460	217	-53	501	924	1 000
Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	Anzahl	9 210	8 999	8 791	8 123	8 590	7 352	7 583	8 689	8 517
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Beschäftigte<sup>3)</sup></b>										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>4)</sup>	1 000	1 437,3	1 454,6	1 437,1	.	.	.	...	.	.
Frauen	1 000	709,3	716,5	710,3	.	.	.	...	.	.
Ausländer	1 000	18,4	22,1	20,8	.	.	.	...	.	.
Teilzeitbeschäftigte	1 000	.	.	.	.	.	.	...	.	.
darunter Frauen	1 000	.	.	.	.	.	.	...	.	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,1	21,0	20,8	.	.	.	...	.	.
Produzierendes Gewerbe	1 000	428,1	434,6	429,1	.	.	.	...	.	.
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	300,7	308,0	303,2	.	.	.	...	.	.
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	259,1	263,8	259,5	.	.	.	...	.	.
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	427,7	425,9	423,3	.	.	.	...	.	.
<b>Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	226,8	207,8	230,8	220,0	207,8	227,0	222,2	212,5	199,5
Frauen	1 000	106,4	95,7	102,0	100,2	96,5	96,6	95,2	93,4	90,5
Männer	1 000	120,5	112,0	128,8	119,8	111,3	130,4	127,1	119,1	109,0
Ausländer	1 000	9,3	8,9	9,4	9,3	8,9	9,5	9,4	9,3	9,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	20,7	17,8	20,0	18,5	17,3	18,2	18,0	17,1	15,7
<b>Arbeitslosenquote<sup>5)</sup></b>										
insgesamt	%	10,6	9,8	10,8	10,3	9,8	10,7	10,5	10,0	9,4
Frauen	%	10,6	9,5	10,1	10,0	9,6	9,6	9,5	9,3	9,0
Männer	%	10,7	10,0	11,4	10,6	9,9	11,6	11,3	10,6	9,7
Ausländer	%	22,8	20,7	22,8	22,6	20,4	21,6	21,4	21,3	20,0
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	9,1	8,4	8,9	8,3	8,5	8,9	8,8	8,4	8,3
Kurzarbeiter	1 000	11,5	9,4	18,2	6,2	5,6	23,5	...	...	...
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	18,8	19,2	19,6	20,1	20,5	17,8	18,3	18,4	18,2

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember, Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Zensusdaten vom 9. Mai 2011

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Bautätigkeit</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	289	287	272	261	333	261	237	294	387
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	275	270	262	246	320	248	220	277	348
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	275	280	230	235	293	228	235	251	520
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	51	54	45	47	58	44	46	49	97
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	61 922	67 052	56 342	57 454	71 176	54 946	59 720	65 129	122 745
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	114	116	109	96	117	92	89	95	118
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	715	704	585	629	538	1 284	461	541	835
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	100	105	84	92	82	136	61	84	115
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	69 158	80 716	71 959	86 986	56 071	101 015	52 115	65 334	108 818
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	567	477	253	462	414	479	400	587	1 424
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 756	2 453	2 077	2 186	2 616	2 133	2 163	3 285	5 556
<b>Landwirtschaft</b>										
Schlachtmengen <sup>1)</sup>	t	3 356	1 453	1 544	1 430	1 443	1 227	1 565	1 460	1 407
darunter										
Rinder insgesamt	t	501	306	404	270	286	288	406	317	271
darunter Kälber <sup>2)</sup>	t	22	22	32	18	19	16	49	19	27
Jungrinder	t	7	6	7	7	9	5	6	9	9
Schweine	t	2 817	1 113	1 100	1 130	1 132	915	1 112	1 117	1 113
Eierzeugung <sup>3)</sup>	1 000 St.	76 219	77 348	83 739	78 920	75 442	77 823	81 726	74 390	76 259
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>4)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	1 269	1 308	1 282	1 319	1 319	1 308	1 308	1 339	1 339
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	201,6	210,6	207,2	209,8	210,0	212,0	211,9	213,8	213,8
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 691	28 586	30 759	27 246	28 397	28 095	28 774	30 221	28 260
Bezahlte Entgelte	Mill. €	540,3	583,1	584,8	588,6	578,0	556,2	568,6	626,1	637,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	4 454,6	4 379,5	4 778,1	4 213,1	4 571,3	3 906,1	4 292,1	4 333,3	4 317,3
davon										
Vorleistungsgüter und Energie <sup>5)</sup>	Mill. €	1 602,1	1 534,4	1 652,2	1 523,3	1 578,8	1 344,5	1 529,2	1 506,5	1 578,8
Investitionsgüter	Mill. €	2 070,5	2 062,7	2 266,0	1 919,9	2 182,9	1 861,6	1 983,0	2 034,2	1 926,1
Gebrauchsgüter	Mill. €	59,2	58,9	63,6	55,4	55,1	53,4	56,5	63,5	52,1
Verbrauchsgüter	Mill. €	722,8	723,5	796,3	714,5	754,4	646,6	723,4	729,1	760,3
Auslandsumsatz	Mill. €	1 742,8	1 697,4	1 824,5	1 647,1	1 851,1	1 457,9	1 667,7	1 623,5	1 647,8

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

5) ohne Energie- und Wasserversorgung



# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Energie- und Wasserversorgung<sup>1)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	136	136	135	136	136	140	143	147	146
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	13,9	13,7	13,6	13,6	13,6	13,7	13,7	13,7	13,7
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 845	1 780	1 951	1 704	1 741	1 728	1 776	1 845	1 706
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	50	50	45	52	47	45	46	56	49
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 752	2 728	3 044	2 396	2 188	3 360	3 665	2 479	2 233
<b>Bauhauptgewerbe<sup>2)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	57,3	56,4	55,3	56,2	56,8	52,7	53,2	54,7	55,7
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 022	5 548	5 382	5 671	6 224	3 009	3 589	5 947	6 014
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 899	1 823	1 724	1 841	2 139	966	1 153	2 026	2 099
gewerblicher Bau	1 000	2 182	2 017	2 070	2 062	2 156	1 284	1 498	2 135	2 079
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 940	1 708	1 588	1 768	1 929	759	938	1 786	1 836
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	108,7	107,8	96,6	107,3	113,2	80,9	85,6	108,0	115,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	523,1	507,6	432,1	481,3	520,5	253,1	332,1	468,8	515,7
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	113,3	114,9	93,0	111,3	123,2	61,8	95,4	126,1	138,2
gewerblicher Bau	Mill. €	238,3	229,0	221,1	224,1	229,2	131,3	159,6	206,7	217,7
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	171,4	163,8	118,0	145,9	168,1	60,0	77,1	135,9	159,8
<b>Ausbaugewerbe<sup>1) 3)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	19,2	18,9	18,6	.	.	.	18,8	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 337	6 157	5 980	.	.	.	5 836	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	115,9	118,9	110,8	.	.	.	116,2	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	527,6	515,9	427,6	.	.	.	424,2	.	.
<b>Handel<sup>4)</sup></b>										
<b>Großhandel einschl. Handelsvermittlung</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	96,4	98,7	97,6	98,0	98,2	98,8	98,9	99,1	99,6
Umsatz (nominal)	2005 = 100	122,0	121,7	127,6	117,7	125,0	103,9	115,5	126,3	127,0
Umsatz (real)	2005 = 100	103,7	101,1	104,9	96,5	103,2	86,0	95,4	103,9	104,5
<b>Einzelhandel einschl. Tankstellen</b>										
Beschäftigte	2010 = 100	100,4	100,9	101,1	100,3	100,7	99,2	99,2	98,6	98,8
Umsatz (nominal)	2010 = 100	103,4	106,1	111,1	103,6	106,3	92,1	107,4	105,2	107,3
Umsatz (real)	2010 = 100	102,0	102,8	107,5	100,1	102,7	88,5	102,5	100,1	101,9
<b>Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz</b>										
Beschäftigte	2010 = 100	102,7	104,7	103,8	104,0	104,0	104,0	103,9	103,7	103,8
Umsatz (nominal)	2010 = 100	120,2	115,3	136,2	118,0	120,8	92,6	117,3	128,8	124,9
Umsatz (real)	2010 = 100	118,8	113,1	133,6	115,7	118,6	91,0	115,2	126,0	122,4
<b>Gastgewerbe<sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte	2010 = 100	100,9	100,9	94,1	100,4	104,6	94,7	96,6	100,5	103,1
Umsatz (nominal)	2010 = 100	103,8	105,0	92,2	101,6	120,8	76,3	96,6	101,9	122,5
Umsatz (real)	2010 = 100	102,2	101,4	89,4	98,8	116,9	72,8	91,7	96,5	116,1

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Ergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Der Berichtskreis wird jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel und Großhandel basieren die Ergebnisse ab Berichtsmonat September 2012 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Ergebnisse aus dem neuen Berichtskreis liegen rückwirkend für alle Monate seit Januar 2011 vor.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Tourismus<sup>1)</sup></b>										
Gästekünfte	1 000	561	588	477	552	704	390	500	534	756
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	65	46	55	79	33	43	54	82
Gästeübernachtungen	1 000	1 445	1 530	1 194	1 459	1 813	1 116	1 306	1 332	1 920
darunter von Auslandsgästen	1 000	136	151	110	126	183	81	107	125	186
<b>Verkehr</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	1 614	1 623	1 408	1 428	1 867	1 287	1 375	1 340	1 564
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 154	1 136	985	1 060	1 428	678	809	962	1 172
Getötete Personen	Anzahl	16	18	15	15	20	11	10	19	15
Verletzte Personen	Anzahl	1 460	1 414	1 253	1 294	1 746	876	1 026	1 173	1 471
<b>Kraftfahrzeuge</b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 296	11 492	16 139	11 926	13 027	8 421	12 517	12 858	12 193
darunter Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	10 108	9 557	13 217	9 627	10 764	7 223	10 083	10 345	10 057
Lastkraftwagen	Anzahl	1 359	1 143	1 288	1 125	1 172	735	1 093	1 196	1 116
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1 000 t	6,4	5,6	4,7	5,2	7,0	12,4	5,9	6,2	10,4
Güterversand	1 000 t	9,5	7,1	17,6	14,0	8,8	29,2	31,1	12,4	14,6
<b>Außenhandel<sup>4)</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	2 450,7	2 648,0	2 892,4	2 569,3	2 784,7	2 369,0	2 710,8	2 567,7	2 532,1
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	87,4	95,6	93,4	88,5	100,7	90,9	98,0	94,9	101,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	2 344,1	2 515,3	2 762,7	2 447,9	2 648,7	2 203,4	2 537,8	2 380,0	2 342,1
davon										
Rohstoffe	Mill. €	11,7	9,9	9,2	8,0	12,0	8,2	10,8	9,2	8,2
Halbwaren	Mill. €	104,0	102,4	103,0	70,9	82,7	84,6	96,7	85,8	85,8
Fertigwaren	Mill. €	2 228,4	2 403,0	2 650,5	2 369,0	2 554,1	2 110,6	2 430,3	2 285,0	2 248,1
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	237,9	218,3	225,4	218,8	219,8	195,8	220,2	217,2	223,5
Enderzeugnisse	Mill. €	1 990,5	2 184,7	2 425,1	2 150,2	2 334,3	1 914,8	2 210,1	2 067,8	2 024,7
<b>Ausfuhr nach</b>										
Europa	Mill. €	1 444,6	1 448,0	1 525,9	1 436,1	1 568,8	1 358,7	1 431,9	1 392,6	1 375,7
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 155,2	1 142,3	1 185,8	1 151,8	1 215,7	1 098,5	1 143,4	1 080,8	1 062,7
Afrika	Mill. €	49,4	46,8	43,7	43,5	47,4	73,0	79,3	78,6	77,8
Amerika	Mill. €	268,4	321,3	354,9	289,6	264,1	300,0	355,7	365,8	324,6
Asien	Mill. €	657,1	797,9	914,7	770,4	863,0	604,2	808,0	694,6	720,3
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	31,2	34,1	53,2	29,7	41,4	33,2	35,9	36,0	33,5

1) bis Dezember 2011: Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit drei und mehr Stellplätzen,  
ab Januar 2012: Betriebe mit zehn und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit zehn und mehr Stellplätzen

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Noch: Außenhandel</b>										
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 687,7	1 625,0	1 808,5	1 546,6	1 774,3	1 390,8	1 542,8	1 475,9	1 575,7
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	88,7	89,0	88,3	90,3	100,8	81,4	80,5	86,4	84,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 529,6	1 411,6	1 601,9	1 340,5	1 545,9	1 196,9	1 332,8	1 234,0	1 339,9
davon										
Rohstoffe	Mill. €	156,4	125,5	196,8	163,6	158,6	127,7	134,0	108,5	107,7
Halbwaren	Mill. €	143,7	138,0	158,3	155,1	178,3	103,8	116,4	121,1	154,6
Fertigwaren	Mill. €	1 229,5	1 148,1	1 246,8	1 021,8	1 209,0	965,4	1 082,4	1 004,5	1 077,7
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	178,7	161,9	168,0	158,5	181,0	128,2	159,5	154,0	149,5
Enderzeugnisse	Mill. €	1 050,8	986,3	1 078,8	863,3	1 027,9	837,2	922,9	850,5	928,2
<b>Einfuhr aus</b>										
Europa	Mill. €	1 266,6	1 237,3	1 442,5	1 199,4	1 348,2	1 121,2	1 156,9	1 129,7	1 205,0
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	1 028,7	1 007,7	1 134,8	911,9	1 069,9	916,6	957,0	920,3	980,1
Afrika	Mill. €	8,1	6,3	7,1	5,3	5,3	5,6	27,9	9,6	5,0
Amerika	Mill. €	136,0	107,9	128,4	106,1	116,8	69,8	88,6	103,4	88,9
Asien	Mill. €	274,4	271,1	228,5	233,5	301,9	191,4	267,7	231,0	274,0
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,7	2,3	2,1	2,2	2,1	2,9	1,7	2,2	2,8
<b>Gewerbeanzeigen<sup>1)</sup></b>										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 028	2 697	2 974	2 647	2 931	2 522	2 568	2 856	2 524
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 768	2 718	2 773	2 642	2 667	2 551	2 457	2 448	2 271
<b>Insolvenzen</b>										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	647	584	656	617	635	560	542	632	576
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	132	116	146	122	109	91	110	113	134
Verbraucher	Anzahl	355	332	368	335	393	336	295	367	298
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	92	112	98	88	93	89	101	95
sonstige natürliche Personen <sup>2)</sup> , Nachlässe	Anzahl	47	45	30	62	45	40	48	51	49
eröffnete Verfahren	Anzahl	562	512	589	531	566	499	472	560	489
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	83	70	63	82	68	61	68	69	86
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	103	104	121	69	72	110	120	139	84
<b>Handwerk</b>										
Beschäftigte <sup>3)</sup>	30.9.09 = 100	98,1	97,8	96,6	.	.	.	95,0	.	.
Umsatz <sup>4)</sup>	2009 = 100	107,3	103,1	86,3	.	.	.	80,6	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
<b>Preise</b>										
Verbraucherpreisindex	2010 = 100	102,0	104,0	104,0	103,8	103,8	105,0	105,6	105,1	105,6
Preisindex für Wohngebäude <sup>1)</sup>	2005 = 100	118,4	122,3	.	.	121,9	125,1	.	.	126,3
<b>Verdienste</b>										
Bruttonomatsverdienste <sup>2)</sup> der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>3)</sup> im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 789	2 825	2 582	x	x	x	2 639	x	x
männlich	€	2 856	2 926	2 651	x	x	x	2 698	x	x
weiblich	€	2 664	2 650	2 462	x	x	x	2 531	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 587	2 700	2 421	x	x	x	2 435	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 274	3 121	2 864	x	x	x	3 083	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 565	2 723	2 445	x	x	x	2 492	x	x
Energieversorgung	€	4 522	4 221	(3 715)	x	x	x	3 825	x	x
Wasserversorgung <sup>4)</sup>	€	2 543	2 566	2 304	x	x	x	2 610	x	x
Baugewerbe	€	(2 446)	(2 429)	2 169	x	x	x	2 060	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 937	2 902	2 678	x	x	x	2 775	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 501	2 437	2 236	x	x	x	2 258	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 434	2 494	2 298	x	x	x	2 380	x	x
Gastgewerbe	€	1 628	1 640	1 556	x	x	x	1 644	x	x
Information und Kommunikation	€	3 656	3 623	3 291	x	x	x	3 402	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs-	€	(4 168)	4 211	3 512	x	x	x	3 586	x	x
dienstleistungen	€	(4 168)	4 211	3 512	x	x	x	3 586	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 002	2 914	(2 581)	x	x	x	(2 735)	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen	€	3 613	3 566	3 192	x	x	x	3 227	x	x
und technischen Dienstleistungen	€	3 613	3 566	3 192	x	x	x	3 227	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen	€	1 772	1 798	1 700	x	x	x	1 905	x	x
Dienstleistungen	€	1 772	1 798	1 700	x	x	x	1 905	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung;	€	3 295	3 378	3 210	x	x	x	3 322	x	x
Sozialversicherung	€	3 295	3 378	3 210	x	x	x	3 322	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 809	3 929	3 762	x	x	x	3 868	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 229	3 161	2 919	x	x	x	3 066	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(3 109)	(3 020)	2 922	x	x	x	2 828	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 128)	(2 417)	(2 332)	x	x	x	(2 060)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

3) einschließlich Beamte

4) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

# Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Redaktion:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Gestaltung und Satz:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Druck:**

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

**Redaktionsschluss:**

Oktober 2013

**Preis dieser Ausgabe:**

3,50 €

**Bezug:**

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: [vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

[www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de)

**Verteilerhinweis**

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

**Copyright**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Rainer Sturm/PIXELIO

ISSN 0949-4480 (print)

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema

